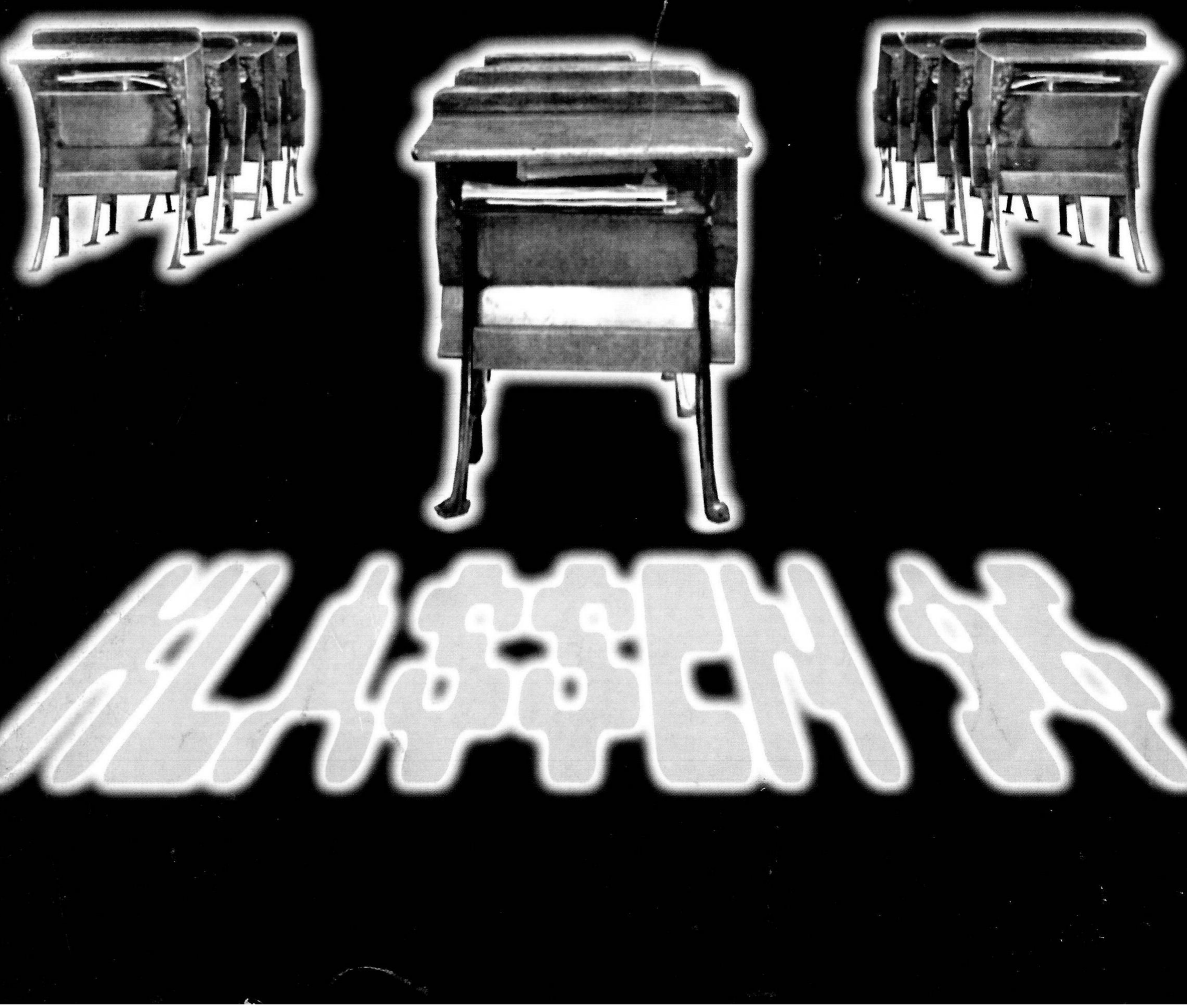
links radikal

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

Postmodern left
Subkultur
Repression



KLASSE

Offenbach Nr. 310/311 28. Jahrgang W: DM 13,– / Ö: DM 10,– März/April '96

editorial

links ist radikal, den einen zu sehr, anderen wiederum nicht genug. Diesmal sogar auf der Titelseite. Die vorliegende Nummer trägt den Schriftzug der kriminalisierten Zeitschrift *radikal* (vgl. *links* 304/305: 51) Es geht um die Solidarität mit den *radikal*-MacherInnen und -LeserInnen, ohne dabei einer „heute die, morgen Du"-Betroffenheitslogik zu verfallen. In Abgrenzung zu dieser verbreiteten Motivation, sich selbst immer gleich in den Fluchtpunkt jeglicher Verfolgung zu rücken, halten wir es für wichtig, dem Staatsschutzangriff auf vermeintlich „schwache Glieder" der linken Zeitschriftenszene in der vorliegenden Weise zu begegnen – trotz mancher Kritikpunkte, die man an der *radikal* haben kann.

Die Kriminalisierung solcher Projekte soll spalten, macht aus Kommunikation Mittäterschaft und soll Solidarisierung verhindern. Die *links*-Redaktion hat sich daher dem Aufruf, regionale und überregionale linke Zeitschriften, Zeitungen und Magazine im April unter dem Titel/Untertitel *radikal* herauskommen zu lassen, angeschlossen. Unsere März/April-Ausgabe erscheint deshalb unter dem Beinamen *radikal*.

Die Auseinandersetzungen um den aufgeflogenen Verfassungsschutzspitzel Klaus Steinmetz entwickeln sich zu einem behördlichen Verwirrspiel, welches die unterschiedlichen Interessen oder gar Fraktionen im repressiven Staatsapparat offensichtlich werden läßt. Während einerseits die Bundesanwaltschaft Steinmetz per Haftbefehl suchen läßt, erweisen sich andererseits hauptberufliche Staatsschutzschnüffler als eifrige Fluchthelfer. Die Rätselei um die Beweggründe ließe sich als bundesdeutsche Justiz- und Polizeiposse abtun – wäre da nicht die immer noch ungeklärte Erschießung von Wolfgang Grams in Bad Kleinen bzw. die Verstrickung Steinmetz' in die Sprengung des Gefängnisneubaues in Weiterstadt. Ungeachtet dieser Unklarheiten versucht das BKA derweil, weiter auf die Steinmetz-Karte zu setzen. Anfang Februar erhielten insgesamt 25 Personen aus Wiesbaden und andere Städten erste ZeugInnenvorladungen in einem „Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion". Das Strickmuster solcher Verfahren ist hinlänglich bekannt: aus ZeugInnen werden Beschuldigte.

Ebenfalls Anfang Februar erschien ein neuerlicher Bericht von amnesty-international, der einmal mehr rassistische Angriffe gegen MigrantInnen in der BRD durch die Polizei beklagte. Nicht so sehr der Bericht selber – denn diese Form des institutionellen Rassismus wird bereits länger kritisiert –, als vielmehr die offiziellen Reaktionen darauf, verdienen einer Kommentierung.
Der intellektuelle Wadenbeißer der Neuen Rechten, die FAZ, gab sich wieder einmal besondere Mühe: „Streß und schlechte Erfahrungen sind Hauptursachen für Übergriffe", titelte sie auf der ersten Seite. Die Bemühungen, die „Hauptursachen" in „schlechten Erfahrungen" und dem „Streß" von PolizeibeamtInnen zu suchen, werfen die Frage auf, worin diese bzw. dieser denn eigentlich bestehen sollen? „Schlechte Erfahrungen" mit der „zunehmenden Aggressivität ausländischer Jugendbanden" *(FAZ)* seien es. Allzu schnell wird deutlich, daß die Ursachen auf die eigentlichen Opfer abgewälzt werden sollen.
Ebenso wie im Mai vergangenen Jahres die erste, sorgt nun auch die zweite amnesty-Studie für überschwengliche Solidaritätsbekundungen – allerdings mit den kritisierten PolizistInnen. Der CDU-Abgeordnete Marschewski warnte gar davor, das Vertrauen zur Polizei durch ungeprüfte Vorwürfe zu zerstören. Es war einer der seltenen Fälle, in denen die StrategInnen der Inneren Sicherheit die Geltung der Unschuldsvermutung plötzlich zu schätzen wußten. Das „Im Zweifel für den Angeklagten" verändert sich somit im Abschiebeland BRD bis zur Kenntlichkeit: Im Zweifel für die Polizei! Einknasten, mißhandeln und abschieben kann man hingegen zweifellos.
An dem Vorhaben, die „arme" Polizei aus der Schußlinie zu nehmen, beteiligt sich jedoch nicht nur die Große Koalition der Parteien. Auch die Arbeitnehmerinteressen vertretende Standesorganisation GdP befleißigt sich, die Angriffe als Ausnahmen abzutun. Das Lamento, es handele sich ja nur um Einzelfälle, möchte vom Streß-Argument aber ebensowenig Abschied nehmen. Die Frage, warum gestreßte PolizistInnen denn nicht ihre Vorgesetzten verprügeln, sondern lieber MigrantInnen, konnte oder mochte indes niemand beantworten.

Abschließend ein liebgewonnener Hinweis in eigener Sache: Am Donnerstag, dem 21.März, findet eine öffentliche Redaktionssitzung der *links* – wie immer – im Frankfurter Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, statt. Anlaß: die Heftkritik der vorliegenden Nummer.

die redaktion

Impressum

REDAKTIONSADRESSE:
Sozialistisches Büro,
Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach
Tel.: 069 / 88 50 06 Fax: 069 / 82 11 16

REDAKTION: Natascha Apostolidou, Stefan Armborst, Ulrich Brand, Uwe Fahr, Christoph Görg, Eva-Maria Krampe, Thomas Kunz, Jörg Lauterbach, Ludi Lodovico, Gottfried Oy, Jens Winter

HERAUSGEBERINNEN: Elmar Altvater, Ursula Beer, Klaus Briegleb, Andreas Buro, Josef Esser, Wolfgang Fach, Eike Hennig, Joachim Hirsch, Arno Klönne, Silvia Kontos, Hans-Martin Lohmann, Mohssen Massarrat, Ingeborg Maus, Margit Meyer, Wolf-Dieter Narr, Oskar Negt, Joachim Perels, Roland Roth, Bernd Röttger, Gert Schäfer, Heinz Steinert, Klaus Vack, Edgar Weick

STÄNDIGE MITARBEITERINNEN: Robert Detobel (Frankfurt), Colectivo *La Guillotina* (Mexico),Rosi Karges (Berlin), Holm-Detlev Köhler (Spanien), Felix Schneider (Frankfurt)

REDAKTIONSBÜRO: Thomas Kunz, Gottfried Oy

VERLAG UND VERTRIEB: Verlag 2000 GmbH, Bleichstr. 5-7, Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach

SATZ: Birgit Letsch, Verlag 2000 GmbH

TITELBILD: Gestaltung: Gunnar Lieb

LAYOUT: Thomas Kunz, Birgit Letsch, Gottfried Oy

DRUCK: Ehgart & Albohn GmbH, Fernwald

ERSCHEINUNGSWEISE: zweimonatlich, 6 Ausgaben im Jahr
ISSN: 0024-404-X

REDAKTIONSSCHLUSS für die Mai/Juni-Ausgabe: 18. April 1996

BEZUGSBEDINGUNGEN: Doppelheft W: DM 13,– / O: DM 10,– Jahresabo W: DM 75,– / O: DM 50,– incl. Versand. Luftpostpreise auf Anfrage. Ermäßigtes Abo DM 56,– gegen Vorlage einer Bescheinigung.
Abbestellungen müssen spätestens bis 30.09. vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, ebenso Übersetzungen und fotomechanische Vervielfältigung von Beiträgen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in *links* wird kein Honorar gezahlt. Texte sollten auf einer 5 1/4 oder 3 1/2 HD-Diskette (bitte ohne eingebaute Fußnoten) eingeschickt werden.
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 10.

EIGENTUMSVORBEHALT: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur Habenahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

4 Rassismus als materielle Lebensform
Der „Fall Lübeck". Ein Kommentar von Gottfried Oy

5 Rituale des Rechtsstaates
Thomas Kunz über den Prozeß gegen Monika Haas

6 Das Friedenswunder in Palästina
Edward W. Said über die verhinderte Entwicklung einer Region

9 Frankreich nach den Streiks
Eine Nachbetrachtung der Ereignisse von Ludi Lodovico

10 Die Nützlichkeit der Furcht
Franziska Roller über Sicherheitsdiskurs, Kriminalitätsfurcht und Frauenpolitik

13 Wellenreiten
Thomas Kunz und Gottfried Oy über Strategien gegen Repression

K L A S S E N 9 6

16 Klassen 96
Redaktionelle Vorbemerkungen zum Schwerpunkt

18 "Klassenpolitik" als Politik der Subkulturbildung
Heinz Steinert über die Herstellung von Klassen als Ergebnis von Politik u. Konflikt

21 Kapitalismus heute: global und ohne Klassen?
Globalisierung als soziale Spaltung. Von Joachim Hirsch

24 Sozialstaatssolidarität
Michael Scharping über Umwertung des Solidaritätsbegriffes in der Standortdebatte

27 Armut
Individuelles Risiko oder Grund zur Auflehnung? Von Harald Rein

30 Nur Krampf im Klassenkampf
Jörg Lauterbach über Gewerkschaftspolitik in Deutschland

32 Klasse, Geschlecht, Familie
Geschlechtsspezifische soziale Ungleichheit und Herrschaft. Von Monika Domke

35 Achsen der Differenz - Koordinaten der Diskriminierung
Regina Dackweiler über die doppelte Vergesellschaftung von Frauen

37 Mit „ökologischen Leitplanken" in die Zukunft
Christoph Görg über die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland"

40 *tellerwäscher*
❶ US-Independent ❷ Westkonsens ❸ FALZ ❹ Lohnabstandsgesetz ❺ Aus aller Welt ❻ NAFTA ❼ Abschiebeprogramm ❽ Veranstaltungen

45 *leserbrief*
Betr.: Schwerpunkt „Popmoderne" (*links* 306/307)

46 Strategen der Subkultur!
Eine kleine Geschichte der Abhängigkeiten. Von Christoph Schneider

49 Postmodern left
Eike Hennig über Edward Sojas Cybersafari durch Postmoderne, -fordismus u. -histoire

52 Kritische Theorie? Abgewickelt.
Michael Hintz zur Lage des Frankfurter Instituts für Sozialforschung

56 Nationaler Wettbewerbsstaat
Das AutorInnenkollektiv *DissJockeys* über das neue Buch von Joachim Hirsch

GOTTFRIED OY

Rassismus als materielle Lebensform

Wie Flüchtlinge sterben müssen, damit sich die Deutschen mal wieder als Opfer sehen können

Lübeck als geistige Lebensform" titelte die *FAZ* ihre feuilletonistische Nachbetrachtung des Brandes der Flüchtlingsunterkunft in der Lübecker Neuen Hafenstraße am 18. Januar dieses Jahres. Getroffen werden sollten all jene, die den Ermittlungsergebnissen der Polizei keinen Glauben schenkten und von deutschen, rassistisch motivierten Täter ausgingen, die den Tod von 10 Menschen zu verantworten hätten. Die Deutschen seien die eigentlichen Opfer, da sie von der kulturhegemonialen liberalen Linken immer im vorauseilenden Gehorsam zu Tätern abgestempelt würden. Nur gut, daß die Ermittlungsbehörden eine Nachrichtensperre verhängten, um sich nicht weiter in die Richtung ihrer Ermittlungen hereinreden zu lassen.

Eine wiederkehrende Logik: Sobald nicht zwingend bewiesen werden kann, daß mit den anerkannten Codes – Springerstiefel, Bomberjacke, Glatze – Ausgestattete einen der nahezu täglich stattfindenden Angriffe auf MigrantInnen ausgeführt haben, wird jeglicher rassistischer Kontext ausgeblendet. In der Kaprizierung auf die Frage, wer denn nun strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen sei, liegt immer schon eine Verkürzung auf eine „normale" Straftat. Normal sind Angriffe gegen Nicht-Deutsche jedoch in einem anderen Sinn. Normal, weil sie den alltäglichen Rassismus in der BRD wiederspiegeln und normal, weil sie in viel stärkerem Maße direkt von staatlicher Asylpolitik ausgehen. Die faktische Abschaffung des Asylrechts bedeutet mehr noch als bisher: Selbstmorde in der Abschiebehaft, Folter und Mord der Abgeschobenen, Opfer polizeilicher Willkür zu sein und schließlich, eingepfercht in überfüllten und heruntergekommenen Unterkünften jederzeit damit rechnen zu müssen, Opfer einesBrandanschlages werden zu können.

Dieser Kontext, der auf den Extremismus der Mitte verweist und in dem alkoholisierte Jugendliche mit Nazi-Symbolen auf ihren Jacken immer noch als Bestätigung der anders, nämlich zivilisiert seienden demokratischen Mitte herhalten müssen, ist es, der systematisch ausgeblendet wird. Bürgerliche Presse und Polizei halten sich in dem „der Fall Lübeck" genannten Brandanschlag krampfhaft an einem in dem Brandschutt des Hauses gefundenen umgeschlossenen Türschlosses fest. Sind keine Nazis am Werk, dann hat das Ganze auch nichts mit Rassismus zu tun, so die einfache Logik derer, die jetzt nach den Ursachen suchen, wie „der Haß ins Haus" kam und dabei auf gängige ausländerfeindliche Ressentiments zurückgreifen.

Weiter jedoch als die Boulevardpresse, die aus dem Anschlag ein Liebesdrama eines – wie kann es auch anders sein – psychisch einfach gestrickten und durch fundamentalistische Werte bestimmten Asylbewerbers machen will, geht das konservative Feuilleton. Den Nolte-Adepten Konrad Adam schickte die *FAZ* ins Rennen, um im Rundumschlag gegen Alle, die es immer noch wagen, die Deutschen als das Volk der Täter zu bezeichnen, von einer „Schuldmythologie" zu schreiben, die es zu einer Art Zwangshandlung mache, dem eigenen Kollektiv die Schuld per se in die Schuhe zu schieben. Die „guten Deutschen, die in der EKD und in der Redaktion der *ZEIT* den Ton angeben" seien es, welche dem deutschen Kollektiv immer noch die verdiente Einheit und Ruhe als normale Nation in einer Welt von Nationalstaaten streitig machen. Gleich konditionierten Versuchstieren seien sie es, die sich und die „kleinen Leute" mit politisch korrekter Moral überziehen und somit diese zu den Opfern ihrer ständigen Gängelungen machen. Froh, sich in der Gewißheit zu wiegen, daß sich alte Wahrheiten immer wieder bestätigen, können sich die guten Deutschen in Betroffenheit üben, welche es als „durchaus angenehmes Gefühl" ermögliche, sowohl als Ankläger als auch als Mitglied des vermeintlichen Tätervolkes auftreten zu können.

Die *ZEIT*, selbst als liberales Aushängeschild angegriffen, sieht in diesem Angriff auf die Gutmenschen eine Fortsetzung des Historikerstreits mit dem Ziel, politischen Protest generell als „politisch-moralisches Schaumbad" von Tugendwächtern abzutun, denen es unabhängig von den austauschbaren Inhalten letztlich nur um ihr eigenes gutes Gewissen ging. Einen Vorwurf, den die *ZEIT* natürlich nicht auf sich sitzen lassen kann, hat sie doch schließlich auch der faktischen Abschaffung des Asylrechts zugestimmt, sowie im Kontext von Lübeck nochmals auf die „sicherlich zu vielen" Flüchtlinge verwiesen, die vor '93 in die BRD strömten, und damit ihre realpolitische und keineswegs moralische Kompatibilität bewiesen. So fühlen sich denn die Vertreter der Zivilgesellschaft allzu brüskiert von den doch etwas zu scharfen Angriffen von der anderen Seite des Runden Tisches des herrschaftsfreien Diskurses. Einigen wird man sich sicherlich darauf, daß es schlimm ist, Menschen zu töten, zumindest wenn man nicht in Besitz der Staatsgewalt ist.

Die „bessere Ausländerpolitik" fordert das liberale Deutschland als Schlußfolgerung aus den Ereignissen in Lübeck und markiert damit die Grenzen der Liberalität. Aus der vermeintlichen Erkenntnis etwa, daß einer „krisengeschüttelten Industriegesellschaft unter Migrationsdruck" Integration nur annähernd gelingen könne, wird nicht etwa der Schluß gezogen, daß mit dieser „Industriegesellschaft" etwas nicht in Ordnung ist, sondern wird nahegelegt, daß man in der BRD mit diesem Widerspruch, d.h. mit Angriffen auf Nicht-Deutsche, leben müsse. Auf dem Weg der Besserung befinde man sich schließlich seit '93, statistisch gesehen würden immer weniger Flüchtlinge ermordet und die Korrektur des etwas über das Ziel hinausgeschossenen neuen Asylrechts durch das Bundesverfassungsgericht stehe auch kurz bevor.

Die Sorge um den „inneren Frieden" eint somit die bürgerliche Presse wieder. Nicht etwa der rassistische Konsens ist es, der für diese jenen bedroht, sondern ein „Zuwanderungsdruck", unter dem die Einheimischen zu leiden hätten. Zu guter letzt ist man sich eben doch einig: Opfer sind die Deutschen, möge kommen, was da kommen mag. ●

THOMAS KUNZ

Rituale des Rechtsstaates

Zum Prozeß gegen Monika Haas

Vom 18. Januar bis Ende Februar lief vor dem Staatsschutzssenat am Oberlandesgericht Ffm der Prozeß gegen Monika Haas, die verdächtigt wird, vor fast zwanzig Jahren Bonbondosen und ein Transistorradio nach Palma de Mallorca gebracht zu haben. Darin angeblich verborgen: Sprengstoff, Zündmechanismus, Handgranaten und Pistolen; übergeben wurden die Waffen, so möchte es die Bundesanwaltschaft (BAW) glauben machen und so glaubt es anscheinend jetzt schon das verhandelnde Gericht, an das Kommando „Matyr Halimeh", die späteren EntführerInnen der Lufthansa-Maschine „Landshut".

Auch wenn der Prozeß wegen Krankheit von Monika Haas neu aufgerollt werden muß, zeichnet sich nicht ab, daß in einem neuen Verfahren die Suche nach dem vermuteten Bindeglied zwischen RAF und PFLP eine andere Richtung nehmen sollte. Amtliche (BAW) und mediale (*Spiegel)* GesinnungspolizistInnen mußten bei ihren Bemühungen oft genug Rückschläge hinnehmen, so z.B. die Freilassung von Haas nach deren erster Untersuchungsinhaftierung 1992, nachdem der Bundesgerichtshof die damaligen Akten als nicht ausreichende Beweismittel ansah oder auch ein Urteil gegen den *Spiegel*, der wegen Rufmordes 1994 zur Zahlung von 80.000 DM verurteilt wurde.

Deren Rückschläge erweisen sich derzeit als trügerische Teilsiege für Monika Haas. Zu der fast 16 Monaten andauernden U-Haft kommt hinzu, daß das Urteil gegen den *Spiegel* – kurz vor Prozeßbeginn – aufgehoben wurde. Das „Recht auf freie Berichterstattung" sei höher zu werten. Nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, daß die sog. Beweismittel (BKA- und Stasi-Akten) ihrerseits Informationen z.B. aus der *Bild* bezogen haben.

Denn: trotz aller Bemühungen, das Prädikat „rechststaatlich bewiesener Vorwurf", und deshalb „wahr", blieb den Staatsschutzbehörden bislang verwährt. Den krönenden Schlußstein in eine Mauer aus Vorwürfen soll deshalb der derzeit stattfindende Prozeß liefern – und zugleich einen weiteren Grabstein für die Geschichte eines Teils der Neuen Linken, der die Diskussion um und Anwendung von bewaffnetem Widerstand entgegen allen „Sympathisantenvorwürfen" zu behaupten versucht hat. Eben diesen Teil der Neuen Linken repräsentiert Monika Haas; und genau diese Position unterscheidet sich von jenen in anderen, insbesondere den „klassischen" RAF-Prozessen. Sie markiert die linksliberale Nahtstelle der Neuen Linken. Das dem so ist, zeigt sich nicht zuletzt an dem relativ großen öffentlichen Interesse, das dem Prozeß entgegengebracht wird.

Aus den genannten Gründen erhält der Prozeß gegen Monika Haas auch seinen politischen Stellenwert. Es geht um das Monopol herrschaftlicher Geschichtsschreibung. Der offensichtliche Zusammenhang zwischen Geschichte der Neuen Linken und bewaffnetem Widerstand in der BRD erweist sich als Movens, aus dem sich die Verbissenheit erklärt, mit der die Strafverfolgungsbehörden die bürgerliche Existenz der Monika Haas zu zerstören trachten. Erst die Möglichkeit, das einzige noch lebende Kommandomitglied der „Landshut"-Entführung, Souhaila Andrawes, unter Anwendung der KronzeugInnenregelung zu Aussagen zu erpressen, begründete den „dringenden Tatverdacht", welcher die Inhaftierung Haas' legitimieren half. Andrawes soll, nachdem sie von Norwegen an die BRD ausgeliefert wurde, in Hamburg wegen Mordes der Prozeß gemacht werden.

Ende Januar sorgte eine Erklärung Andrawes für Überraschung, in der sie die gemachten Aussagen zurücknahm. Während die Verteidigung Haas' dies zum Anlaß nahm, deren sofortige Entlassung aus der U-Haft zu beantragen, zeigte sich, daß BAW und das Gericht unter allen Umständen auf einer fortdauernden Inhaftierung beharren. Der Antrag auf Haftentlassung wurde abgelehnt. Am Inhalt der umstrittenen Aussagen wird gar festgehalten; schließlich habe Ansari nichts widerrufen, sondern lediglich zurückgenommen. Diese eigenwillige Interpretation wird darüberhinaus noch durch die Mehrdeutigkeit der Erklärung erleichtert.

Sie relativierte zwar belastende Angaben, behauptete aber zugleich, sie habe „nicht gelogen", noch hätte es Absprachen mit der Polizei gegeben. Dies kann jedoch genauso heißen, daß die polizeilichen Ermittler logen, als sie sich in Oslo ihre Version einer Waffenübergabe von Andrawes bestätigen ließen. Überdies schließt die gleichzeitig gemachte Äußerung, es hätte keinen Deal mit der Polizei gegeben, nicht aus, daß es einen solchen mit der BAW gab. Doch dazu verweigert die Anklagevertretung bislang jegliche Erklärung.

Die Hoffnungen, nach der Rücknahmeerklärung Andrawes eine Entlassung aus der U-Haft oder gar einen Freispruch Haas' nunmehr mit Sicherheit erwarten zu können, wurden enttäuscht. Die trotz Einspruch der Verteidigung verwendeten Stasi-Akten, an deren Wahrheitsgehalt aufgrund ihrer Herkunft erhebliche Zweifel geäußert wurden, erhielten nicht zuletzt aufgrund des geschilderten Verhaltens der Kronzeugin einen höheren Stellenwert. Diese Sachverhalte, sowie die Ablehnung der Befangenheitsanträge gegen drei beteiligte Richter, schürten sowohl bei ProzeßbeobachterInnen als auch Verteidigung Zweifel an der Rechtsstaatlichkeit des Verfahrens.

Demgegenüber bleibt jedoch festzuhalten: es handelt sich um ein rechtsstaatliches Verfahren. Diese Sichtweise bedeutet keineswegs die Preisgabe einer Verfahrenskritik – im Gegenteil. Vielmehr motiviert insbesondere sie eine weitergehende Kritik: der bisherige Prozeßverlauf ist nicht die Ausnahme vom Rechtsstaatsprinzip, sondern dessen Regel. Der Verfahrensverlauf liegt in seinem zentralen Gehalt nicht im persönlichen Wollen eines Vorsitzenden begründet. Eine Zuschreibung in die Gefühlswelt oder den Verantwortungsbereich Einzelner beraubt die Kritik exakt der Dimension, die diesen, wie alle politischen Prozesse, auszeichnet. Es ist nicht die Willkür der Richter, es ist die Willkür des Rechtsstaates, mit der die Angeklagte sich konfrontiert sieht. Erst durch diese Sichtweise wird die Auseinandersetzung auf ihren politischen Kern zurückgeführt. Eine Position, die sich hinter dem empörenden Vorwurf, es handele sich um kein rechtsstaatliches Verfahren, verschanzt, begibt sich in die Hände exakt der Instanzen, die in diesen Ritualen immer auch festlegen, was als rechtsstaatlich gilt.

Es wäre indes müßig, just von der Verteidigung zu erwarten bzw. zu verlangen, sich auf eine rigorose Metaebene zurückzuziehen, die gerade das rechststaatliche Moment als Angriffspunkt artikuliert. Dieses aus ihrer Position heraus zu kritisieren hieße, die eigene Rolle als Verteidiger infrage stellen zu müssen. Die Verteidiger operieren jedoch qua ihrer Rolle immanent – müssen es sogar –, d.h. unter Anerkenntnis jenes rechtsstaatlichen Momentes. Diese Kritik ist deshalb nur von Personen zu erwarten, die verfahrenstechnisch nicht involviert sind, denen eine Position des relativen „Außen" es überhaupt erst ermöglicht, eine radikale Kritik am Verfahren – und dessen Rechtsstaatlichkeit – zu entwickeln. Diese Kritik blieb bislang aus.

Monika Haas und ihre Verteidiger haben letztlich keine andere Möglichkeit, als in diesem Verfahren zu reagieren, wie sie es bislang taten. Schließlich sind dessen Bedingungen zu einem großen Teil vorgegeben. Dies zeigt sich exemplarisch am Umstand der umstrittenen Verlesung der Akten aus den Operativvorgängen „Wolf" und „Golf". Da deren Verlesung – entgegen den Anträgen der Verteidigung – Bestandteil des Prozesses ist, und die Stasi-Akten somit in den Stand von Beweismitteln erhoben wurden, blieb und bleibt der Verteidigung nichts anderes übrig, als hierzu Stellung zu beziehen, um sich nicht die Chance zu vergeben, wenigstens diese ominösen Äußerungen zu entkräften. ●

EDWARD W. SAID

Das Friedenswunder in Palästina

Nach den palästinensischen Wahlen ist der Nahost-„Friedensprozeß" zu einem vorläufigen Abschluß gekommen. So sieht es zumindest fast die gesamte hiesige Öffentlichkeit. Daß damit – vor allem mangels politischer Alternativen – ein autoritäres und korruptes Kompradorenregime seine demokratische Weihe bekam, ist keiner Aufmerksamkeit mehr wert. Noch weniger der Umstand, daß unter den jetzt herrschenden Bedingungen an eine „Entwicklung" dieser politisch gedemütigten und ökonomisch ruinierten Region überhaupt nicht zu denken ist. Der folgende, leicht gekürzte Artikel erschien zuerst in der US-amerikanischen Zeitschrift *The Nation*, Ausgabe vom 16. Oktober 1995. Die Übertragung ins Deutsche besorgte Eva-Maria Krampe. (Die Red.)

Während der Friedensverhandlungen ließ Arafat, unter dem Druck palästinensischer Proteste in Hebron, ein Treffen mit Shimon Peres ausfallen. Schon wenige Minuten später soll er von dem amerikanischen Koordinator der Friedensverhandlungen, Dennis Ross angerufen worden sein. „Wenn Sie jetzt nicht unterzeichnen, werden Sie auf die 100 Millionen Dollar-Hilfe, die die USA den Palästinensern jährlich zukommen läßt, verzichten müssen." Arafat unterschrieb.

Das war kein ungewöhnlicher Verhandlungstrick. Die palästinensischen Unterhändler, die weder eigene Landkarten bei sich hatten, noch über die notwendigen detaillierten Fakten und Zahlen verfügten wie die Israelis und die außerdem keine prinzipielle Verhandlungsstrategie erkennen ließen, gaben immer wieder dem Druck der Amerikaner und Israelis nach. Das Endergebnis besteht darin, daß die Palästinenser die lokale Regierung in einigen Bezirken übernehmen dürfen, während die Israelis die Zustimmung der Palästinenser zur Fortführung der Besatzung erhalten haben.

Das wirklich Überraschende an dieser Übereinkunft ist, daß die ganze Welt den israelischen „Rückzug" aus den besetzten Gebieten als den entscheidenden Schritt zu einem dauerhaften Frieden feiert. Dafür ist kein Grund vorhanden. Der fast zwei Jahre nach dem „historischen Händedruck" von Oslo in Washington unterschriebene Vertrag besiegelt nur, daß Israel seine Truppen von den Zentren der wichtigsten Städte der Westbank (mit Ausnahme von Hebron) in deren Vororte verlegt. Im Zuge dieser Truppenumsetzung wird Israel 62 neue Militärstützpunkte auf der Westbank einrichten. Wie der damalige Ministerpräsident Rabin sagte, „liegt das Problem nicht in der Präsenz der Truppen, sondern in deren freien Handlungsmöglichkeiten." Jedenfalls wird Israel die Kontrolle über die Zu- und Ausfallstraßen nicht nur der großen Städte, sondern der Westbank insgesamt behalten.

Zwar erhalten die Palästinenser die Hoheit über die Städte und ungefähr 400 Dörfer innerhalb des israelischen Kordons, aber ihnen obliegt nicht die Verantwortung für deren Sicherheit. Außerdem haben sie keinen Zugriff auf Land und Bodenschätze außerhalb der stark besiedelten Zentren. Ihre Regierungshoheit erstreckt sich auch nicht auf israelische Siedler, Polizei und Militär. Israel wird zudem 50 bis 60 Dörfer unter seiner Kontrolle behalten. Die israelischen Siedlungen bleiben intakt und sollen mit einem Straßennetz verbunden werden, welches den Siedlern erlaubt, jeden Kontakt mit den Palästinensern zu vermeiden – ganz wie im früheren Südafrika die Weißen den Kontakt mit Bantustans vermeiden konnten. Die Palästinenser werden so niemals über ein zusammenhängendes Territorium verfügen können. Die Palästinenser werden die zivile Kontrolle über ca. 5 Prozent der Westbank, aber nicht die Unabhängigkeit erhalten. Israel kontrolliert weiterhin – formell oder faktisch – die gesamte Region.

Das ist politisch und ökonomisch desaströs. Der Vertrag Oslo II gibt den Palästinensern die Attribute der Herrschaft aber nicht deren Realität – ein illusionäres Königreich, in dem Israel die Macht hat. Jede Stadt auf der Westbank kann nach dem jetzigen Abkommen von den Israelis geschlossen werden, wenn es ihnen beliebt. Der gesamte kommerzielle Verkehr zwischen Gaza und den autonomen Zonen der Westbank ist in den Händen Israels. So muß ein LKW, der Tomaten von Gaza nach Nablus auf der Westbank transportiert, seine Waren an der Grenze auf einen israelischen LKW umladen. An der Stadtgrenze von Nablus werden die Tomaten dann wieder auf einen palästinensischen Lieferwagen geladen. Dieses Verfahren dauert drei Tage, so daß nicht nur die Früchte verderben, sondern auch die Transportkosten so hoch sind, daß sich derartige Transaktionen verbieten. Es ist billiger, Tomaten aus Spanien zu importieren als aus Gaza.

Den Palästinensern soll auf möglichst demütigende Weise verdeutlicht werden, wer ihre Ökonomie kontrolliert. Dasselbe gilt für die politische Entwicklung. Die Kandidaten für den gesetzgebenden Rat mußten von den Israelis anerkannt werden. „Rassisten" und „Terroristen" waren von der Kandidatur ausgeschlossen. Israel kann gegen jedes Gesetz, das der Rat verabschiedet, sein Veto einlegen. Arafat hat allerdings das Privileg erhalten, sich als Vorsitzender/Präsident bezeichnen zu dürfen.

Darüber schweigen die sogenannten Nahostexperten. Sie behaupten, daß das einzige Hindernis für einen dauerhaften Frieden der islamische Fundamentalismus und Terrorismus sei. Daß aber der „Friede", der so vielen Palästinensern den Glauben an die Unabhängigkeit endgültig genommen hat, eine wenig wünschenswerte Situation schafft, daß er sogar einige zu selbstmörderischen Terroranschlägen treibt, wird nicht in Betracht gezogen.

Betrachten wir einmal die Entwicklung in den letzten zwei Jahren nach dem Übereinkommen von Oslo. Die Arbeitslosigkeit in Gaza liegt weiterhin bei 60 Prozent. Immer noch kontrolliert Israel ca. 40 Prozent des Landes. Die Grenze darf nur von den 8.000 Palästinensern passiert werden, die eine Arbeitserlaubnis in Israel haben. Vor dem Vertrag von 1993 durften noch 30.000 Menschen diese Grenze passieren, im Jahr 1987 sogar noch 80.000.

Selbst Arafat kann den Gazastreifen nur mit israelischer Genehmigung betreten. Auch zwischen Gaza und Jericho gibt es keinen freien Personen- und Güterverkehr. Im „autonomen" Gazastreifen haben weiterhin 1.100 israelische Militärgesetze Gültigkeit, auf der Westbank sind es sogar 1.400. Ungefähr 58 Straßensperren hindern die Palästinenser daran, vom Norden in den Süden der Westbank zu fahren. Angesichts der „Judaisierung" Jerusalems (Man

stelle sich nur den Aufschrei vor, wenn die Israelis eine „Arabisierung" hinnehmen müßten!) ist es Arabern verboten, die inzwischen enorm ausgeweiteten Stadtgrenzen zu überschreiten. Nicht nur, daß Ostjerusalem vom Gazastreifen und der Westbank, die selbst wie Gefängnisse abgeriegelt sind, abgeschnitten ist, sondern auch das traditionelle arabische Leben in der Stadt wird allmählich erstickt. Menschen werden aus ihren Häusern vertrieben, und die Bewohner der Randgebiete müssen hilflos zusehen, wie israelische Siedlungsprojekte die Stadt überproportional ausdehnen. Allein im ersten Quartal 1995 wurden 1.126 Wohneinheiten gebaut, gegenüber 324 im ganzen Jahr 1994. Wirklich verwunderlich an dieser 28jährigen militärischen Besatzung, der willkürlichen Zerstörung der Ökonomie und der Infrastruktur, der bewußten Demütigung der dort lebenden Menschen und der großen Zahl ermorderter Palästinenser ist nicht, daß sich terroristische Gruppen bilden konnten, sondern daß es nur so wenige sind.

Alle, die an der Entstehung des Friedensabkommens beteiligt waren, Israelis, Palästinenser und Amerikaner, behaupten, bei diesem „Als-ob-Staat", diesem Stückwerk nicht miteinander verbundener Kantone, handele es sich um eine regierbare Einheit. Eine wirklich atemberaubende Verlogenheit! Die israelische Siedlungspolitik wird ebenso wie die Jerusalemfrage überhaupt nicht mehr zur Diskussion gestellt. Dabei ist die Frage der israelischen Siedlungen eng mit dem Schicksal der „autonomen" Gebiete verbunden. Denn die Aneignung von Land durch Enteignungen, Entlaubungsaktionen, die Entwurzelung von Bäumen und die Weigerung, palästinensische Bauvorhaben und existierende Infrastrukturen zu fördern, wird weiterhin das Leben in Palästina prägen. Nimmt man Ostjerusalem dazu, so ist es Israel gelungen, in 70 Prozent der besetzten Gebiete seine Präsenz zu festigen. Die Anzahl der israelischen Siedler beträgt inzwischen 320.000. Von Oktober 1993 bis zum Januar 1995 gab es allein 96 gemeldete Enteignungen und Übergriffe auf palästinensisches Eigentum. Im April 1995 wurden in Ostjerusalem 55 ha Land konfisziert, was aber nur den ersten Teil eines auf 180 ha geplanten Bauprojektes ausmachte.

In einer Siedlung außerhalb Jenins, das zu den „autonomen" Gebieten gehört, hat die israelische Regierung dem Bau von fünf neuen Fabriken zugestimmt, den Initiatoren Land überlassen und ihnen größzügige Steuererleichterungen gewährt. Bleibt die Frage, was aus dieser Industriezone wird: Wird sie an Palästina übergeben oder von Israel annektiert, das dann gleichzeitig von der billigen palästinensichen Lohnarbeit profitieren könnte? Werden die Palästinenser jemals Reparationen für das enteignete Land bekommen? Obwohl die Zahlung von Reparationen ein üblicher Bestandteil internationaler Friedensverhandlungen ist, wurden sie in der Palästinafrage noch nicht einmal erwähnt.

Die Clinton-Regierung hat nichts gesagt oder getan, um diese israelische Politik zu unterbinden, und das, obwohl die USA jährlich 5 Milliarden Dollar an Israel zahlen und außerdem 10 Milliarden an Kreditbürgschaften gewähren. Der US-Botschafter Martin Indyk antwortete auf die Frage nach der amerikanischen Haltung zur israelischen Siedlungspolitik, daß diese die Verhandlungen zwar etwas kompliziert machten, daß aber der palästinensische Terrorismus ein wesentlich gravierenderes Hindernis sei. Die Frage danach, ob Rabin auch nach 1993 noch Siedlungsprojekte genehmigt habe, beantwortete er mit einer glatten Lüge, indem er behauptete, dies sei nicht der Fall.

„Israel/Palästina ist mehr als ein Stück Geographie. Es ist von religiösen, historischen und kulturellen Bedeutungen gefüllt wie kaum eine andere Region."

Erwähnenswert ist auch, daß der amerikanische Außenminister Warren Christopher sich beharrlich weigerte, die Westbank und den Gazastreifen überhaupt als von Israel besetzte Gebiete zu bezeichnen.

Mit dieser Haltung hat die amerikanische Regierung die unverschämten Landenteignungen Israels befördert. Das Schweigen und die entsprechenden Sprachregelungen, z.B. die Einführung des Begriffs „Friedensprozeß" sind ein zentrales Element des israelischen (und amerikanischen) Projektes. Wie Peres vor einem Jahr sagte: „Wir werden bauen, aber nicht in der Öffentlichkeit darüber sprechen ... Die Labour Party wußte immer schon, wie man Dinge stillschweigend regelt."

Es sollte nicht vergessen werden, daß über die Hälfte der enteigneten Palästinenser – ca. 3,5 Millionen Menschen – weder im Gazasteifen noch auf der Westbank leben. Und für diese Menschen ist jetzt jede Hoffnung verloren, jemals in ihre Heimat zurückkehren zu können oder für ihre Verluste entschädigt zu werden. Während über viele Jahre hinweg versucht wurde, die palästinensische Einheit herzustellen zwischen denen, die in den Flüchtlingslagern im Libanon, in Syrien und Jordanien leben, denen, die in Israel selbst wohnen, und denen in den besetzten Gebieten, hat die PLO mit einem Federstrich diese drei Komponenten wieder auseinanderdividiert, als sie die israelische Definition von Palästinensern als diejenigen, die in den besetzten Gebieten leben, akzeptierte. Keine andere Befreiungsbewegung des 20. Jahrhunderts hat so wenig erkämpfen können, nämlich nur ca. 5 Prozent ihres eigenen Landes. Und niemals zuvor haben die Führer einer Befreiungsbewegung etwas akzeptiert, was der realen und permanten Unterdrückung ihres Volkes gleichkommt.

Auch wenn es im Augenblick den Anschein hat, die Palästinenser seien angesichts der gegenwärtigen Entwicklungen vollkommen demoralisiert, so wird ihr Anspruch auf Gleichberechtigung mit dem israelischen Volk nicht einfach vergessen werden. Die Entstehung von Hamas und der islamischen Jihad sind Indizien für den anhaltenden Protest und sollten auch so verstanden werden. Ihre Selbstmordmissionen und Bombenattentate sind die deutliche Weigerung, die demütigenden Kondi-tionen der israelischen Besatzung und die Kollaboration der PLO hinzunehmen. Auch wenn man ihre Methoden und ihre religiösen Visionen nicht akzeptieren kann, so bleiben sie doch der Ausdruck des wütenden Protestes der Palästinenser gegen die Unterdrückung. Selbstverständlich wäre Gerechtigkeit und nicht Repression die korrekte Antwort auf den Terrorismus.

Es trifft sicherlich zu, daß mit der Einreise Arafats in den Gazastreifen im Juli 1994 gewisse Freiheiten realisiert wurden. Die Palästinenser dürfen jetzt an die Strände, sie müssen nicht bei Sonnenuntergang zu Hause sein und sie haben es mit einer palästinensischen Polizei, nicht mit der israelischen zu tun. Das ist aber auch schon alles. In jeder anderen Hinsicht hat sich das Leben verschlechtert. Da gibt es zum einen den israelischen Zynismus, der es Arafat erlaubt, sich als kleiner Diktator aufzuspielen, solange es den israelischen Interessen dient. So gestatten sie ihm eine überdimensionale Polizei- und Sicherheitstruppe von 19.000 Personen, obwohl die Verträge eigentlich nur 9.000 gestatten.

Arafats politischer Arm, die Fatah, ist zu seinem bewaffneten Durchführungsgehilfen geworden. Er selbst regiert uneingeschränkt, da es weder eine wirkliche Gesetzgebung noch eine Verfassung gibt. Auf Anraten Israels und der USA hat er Militärgerichte eingesetzt, die Menschen verhaften und verurteilen können, ohne daß eine entsprechender Prozeß stattfinden

müßte. Raji Sourani, ein bekannter Rechtsanwalt aus Gaza, der sein Leben lang Palästinenser gegen israelische Willkürakte verteidigt hat, protestierte gegen Arafats Anordnung und wurde prompt eingesperrt. Zwar wurde er nach kurzer Zeit wieder freigelassen, aber er wurde gezwungen, den Vorsitz über die von ihm mitgegründete Menschenrechtsvereinigung niederzulegen.

Nachdem Arafat die PLO, die einzige Organisation, in der alle Palästinenser repräsentiert waren, erfolgreich zersplittert hat, umgibt er sich ausschließlich mit einer erstaunlichen Gruppe von Gefolgsleuten. Alle 18 von ihm ernannten Minister sind nicht nur mit ihren Budgets, sondern auch in ihrer politischen Existenz von ihm abhängig. In einigen Ministerien, die sowieso nur auf dem Papier existieren, ernennt er zudem pausenlos Stellvertreter (und außerdem inzwischen insgesamt 750 „Generaldirektoren", deren Aufgabe ungeklärt ist). Die Gesamtzahl der von Arafat für die Autonomiebehörde eingestellten Personen beläuft sich auf 48.000 Menschen, davon 19.000 Polizisten und 29.000 Zivilangestellte. Da Arafat außer den internationalen finanziellen Hilfen (10 Millionen Dollar im Monat), den lokalen Steuereinnahmen und den Steuern, die die Israelis für ihn einnehmen (insgesamt 30 Millionen im Monat) keine Mittel zur Verfügfung hat, bleibt wenig Geld übrig, um die Kanalisation, das Gesundheitssystem oder die Beschäftigungsrate zu verbessern.

Arafat tut, was ihm gefällt, gibt Geld nach eigenem Gutdünken aus und plant entsprechend seiner persönlichen Interessen. Darüber hinaus bleibt die palästinensische Wirtschaft weiterhin abhängig von Israels Handels- und Steuerpolitik. Öl und Ölprodukte werden ausschließlich von Israel bezogen. Die Steuern, die die Palästinenser dafür zu bezahlen haben, werden auf ein Konto Arafats bei einer israelischen Bank deponiert. Nur er hat Zugang dazu. Von 18,5 Millionen Dollar internationaler Hilfe für Palästina gingen 18 Millionen direkt an Arafat, 500.000 wurden in die Staatskasse eingezahlt.

Wichtige wirtschaftliche Aktivitäten entwickelt auch eine Gruppe palästinensicher Geschäftsleute (die meisten von ihnen machten ihr Geld am persischen Golf), die angeblich von Arafats Machenschaften die Nase voll haben. Sie haben eine Reihe von Projekten in der Elektrizitätsversorgung und der Telekommunikation initiiert, die angeblich durch allgemeinen Aktienverkauf finanziert werden. Wobei zu sagen ist, daß die Allgemeinheit weitaus zu arm ist, um sich an solchen Geschäften beteiligen zu können. Diese Geschäftsleute, die nebenher hauptsächlich am Immobilienmarkt aktiv sind, arbeiten direkt mit Arafat zusammen. Sie treffen sich heimlich mit ihm, sind aber in keiner Weise an nationale Entwicklungspläne gebunden oder der öffentlichen Kontrolle unterworfen. Dies alles ist kein Thema für die internationalen Medien, und daß die palästinensische Presse schweigt, liegt an der Zensur.

Ich habe keine Lösung für das gegenwärtige Dilemma, das als „Friedensprozeß" bezeichnet wird, aber ich weiß, daß die Mehrheit der palästinensischen Flüchtlinge, Tagelöhner, Bauern und Stadtbewohner unter der neuen Situation mehr leidet als vorher. Wir als Palästinenser müssen uns fragen, warum unser Kampf für einen eigenen Staat und die Demokratie nichts hervorgebracht hat als Karikaturen davon. Das große Schweigen, daß gerade westliche Liberale über den „Friedensprozeß" ausbreiten, muß gebrochen werden. Israel/Palästina ist mehr als ein Stück Geographie. Es ist von religiösen, historischen und kulturellen Bedeutungen gefüllt wie kaum eine andere Region. Außerdem ist es ein Ort, an dem zwei Völker miteinander leben müssen, ob sie wollen oder nicht. Nur von einem geopolitischen Problem zu reden, wie es die Clinton-Regierung tut, oder die Trennung einzuleiten, wie Israel es möchte, führt nur zu noch mehr Gewalt und Unterdrückung. ●

Zeitschrift für kritische Theorie

Gérard Raulet: Chockerlebnis, mémoire involontaire und Allegorie
Hauke Brunkhorst: Hunde ohne Kleinhirn
Heinz Eidam: Kontingenz und Metaphysik
Ulrich Kohlmann: Selbstreflexion der Ethik
Kurt Lenk: Politik als Theater

2. Jahrgang zu Klampen **2/1996**

Herausgeber: Gerhard Schweppenhäuser
Erscheinungsweise: zweimal jährlich
Einzelheft: DM 24,-/öS 178,-/SFr 25,30
Abo: DM 42,-/öS 311,-/SFr 43,30 inkl. Porto
ca. 140 Seiten, Paperback
ISBN 3-924245-54-1 • ISSN 0945-7313

Christoph Türcke

Religionswende

Eine Dogmatik in Bruchstücken

Das vorliegende Buch reagiert auf das Mißverhältnis zwischen dem gesamtgesellschaftlichen Vormarsch der Religion und dem Schwund ihrer öffentlich-kritischen Erörterung. Der Titel »Religionswende« zeigt zweierlei an: sowohl die weltweit stattfindende ›Wende‹ zurück zur Religion, als auch die Notwendigkeit, religiöse Inhalte kritisch nach allen Seiten zu ›wenden‹. Es werden Begriffe behandelt, deren religiöser Charakter ebenso offensichtlich ist wie ihr Weiterleben im alltäglichen Sprachgebrauch, der darüber keine Rechenschaft mehr ablegt.

114 Seiten, Leinen, Schutzumschlag
ISBN 3-924245-51-7
DM 28,-/öS 207,-/SFr 29,30

Burkhard Müller

Schlußstrich

Kritik des Christentums

In völliger Gleichberechtigung setzt das Christentum in sein Glaubensbekenntnis neben ›Ich glaube an Gott‹, Christus habe ›gelitten unter Pontius Pilatus‹. Was ist das für ein Gott, dessen Namen man in einem Atemzug mit dem eines römischen Provinzbeamten zu nennen hat? Wie in einem amerikanischen Film zwei aus Sicherheitsgründen aneinander gefesselte Häftlinge, denen zufällig die Flucht gelungen ist, stolpert das ungleiche Paar durch die Jahrtausende: ein fleischgewordener Gott und ein überlasteter Prokurator…

101 Seiten, Leinen, Lesebändchen
ISBN 3-924245-52-5
DM 28,-/öS 207,-/SFr 29,30

Postfach 1963 • D-21309 Lüneburg • Telefon: 04131/4 83 79 **zu Klampen Verlag**

LUDI LODOVICO

Frankreich nach den Streiks

Wenn es nach dem französischen Staatspräsidenten ginge, dann stünden die Dinge in Frankreich zum Besten – ein rundum blühendes Land. Jacques Chirac verabschiedete sich auf eine USA-Reise mit einem Beitrag auf der ersten Seite von Le Monde unter dem Titel „Der Eroberungsgeist". „Frankreich ist für die Zukunft gerüstet. Es hat die Modernisierung seiner Wirtschaft mit bemerkenswerter Fähigkeit zur Anpassung vorangebracht. Das erlaubt es dem Land heute, mit den stärksten Ökonomien der Welt zu wetteifern. Wir sind viertgrößte Wirtschaftsmacht auf der Welt, viertgrößter Exporteur, zweitgrößter Exporteur von Dienstleistungen und drittgrößter internationaler Investor. Hat man schon gemerkt, daß wir pro Kopf mehr exportieren als die USA und selbst Japan?" Deshalb ermunterte der Staatspräsident und Exportfachmannn Bürgerinnen und Bürger, mehr „Eroberungsgeist" zu zeigen, „um Frankreich zu helfen, seine Karte als wirtschaftliche, handeltreibende und finanzielle Großmacht zu spielen".

Im Artikel ist weder von den Streiks im November und Dezember die Rede, noch von der gravierenden gesellschaftlichen Krise des Landes mit seinen über drei Millionen Arbeitslosen und rund einer Million obdachloser und verarmter Menschen. Rund zwanzig Prozent der jungen Leute unter 25 sind arbeitslos, und in einzelnen Landstrichen machen die Langzeitarbeitslosen über ein Drittel aus. Verglichen damit ist der deutsche Osten ein blühendes Land. Der ganze Artikel liest sich wie ein Spottvers auf die sozialen Bewegungen, die das Land noch vor kurzem aufwühlten wie schon lange nicht mehr. Chirac ist einfach zur Tagesordnung zurückgekehrt und wirbt für sein und der Regierung Image, indem er wiederholt, was er in seinem demagogischen Wahlkampf allen versprach. Er wurde gewählt, weil er den Eindruck erweckte, dem Gaullismus gleichsam soziale Stützbalken einziehen zu wollen und weil er mit seinen Versprechungen die Konkurrenten aus dem eigenen Lager und die Sozialisten scheinbar links überholte.

Und auch die Regierung spielt auf Zeit. Der „Plan Juppé" ist vom Tisch, aber dafür gibt es jetzt viele Einzelplänchen von Juppé, mit denen er seine Ziele offensichtlich mittels einer Art Salamitaktik durchboxen will. Es ist zu befürchten, daß er damit relativ schnell Erfolg haben wird.

Erstens weil die drei großen Gewerkschaften (CGT, CFDT, FO) unterschiedliche Strategien verfolgen und unterschiedliche Mitgliederinteressen vertreten. Sie sind obendrein leicht auseinanderzudividieren, da sie sich untereinander alles andere als grün sind.

Zweitens spielen die Gewerkschaften in Frankreich überhaupt nur im öffentlichen Sektor (und einigen wenigen Industriezweigen) eine Rolle. Nur der öffentliche Dienst ist überhaupt streikfähig, und auch der nur begrenzt, denn es gibt keine Streikgelder, sondern nur Verpflegung für die Streikposten.

Drittens wurden die Streiks von der Bevölkerungsmehrheit mitgetragen bzw. wohlwollend „erduldet", weil man im öffentlichen Dienst den Vorreiter sah, um eine gesellschaftliche Entwicklung zu bremsen, die ein Streikender so formulierte: „Von zwei Generationen Arbeitern verlangt man ständig, den Gürtel enger zu schnallen. Und mit welchen Resultaten? Um zuzusehen, wie sich Arbeitslosigkeit und 2500-Francs-Jobs (knapp 800-Mark) überall ausbreiten. Und alles mußte man hinnehmen. Soll das die Gesellschaft für unsere Kinder werden?" Selbst wenn man wieder streiken wollte und könnte, müßte man damit rechnen, daß sich nach dem Ertrag der letzten Streikwelle Frust und Resignation so verstärken, daß es schwierig werden würde, die gleichen Leute wieder zu mobilisieren. Man schätzt, daß sich ein Drittel bis die Hälfte des Metro-Personals mit Kleinkrediten verschulden mußte, um das Loch in der Dezember-Januar-Haushaltskasse zu stopfen.

Viertens wird die Regierung die Maastricht-Karte spielen, d.h. den Gewerkschaften die Schuld zuschieben, wenn die sog. Konvergenzkriterien für die Währungsunion nicht erfüllt werden, weil sich die Staatsausgaben und die Staatsverschuldung nicht senken lassen. Gerade mit diesem Schachzug wird die Regierung versuchen, die Gewerkschaftsfront aufzusprengen. Das ist für die Gewerkschaften, die in solchen Fragen auch auf die Optionen politischer Parteien Rücksicht nehmen, eine heikle und unberechenbare Zwangslage.

Ergebnisse und Perspektiven des Streiks sind schwer einzuschätzen. Skepsis ist auf jeden Fall mehr angebracht als das Schüren von Hoffnungen auf den proletarischen Aufschwung. Aber immerhin, ein sicheres Resultat haben die sozialen Bewegungen im öffentlichen Dienst, im höheren Bildungswesen und in der Gesellschaft erbracht: den erneuten Beweis für die politische Belang- und Instinktlosigkeit eines Teils von ehedem linken Intellektuellen, die die Welt und den Streik nicht begriffen und sich mit ihren Aufrufen zum Maßhalten und zur Vernunft an die Spitze einer Bewegung setzten, die täglich von den sozialen Realitäten überholt wurde. Die Resolutionsfacharbeiter, Ober-Bosnier und Ehren-Tschetschenen kostümierten sich als Wirtschaftsexperten und Krisenmanager – und blamierten sich.

Mitten im Streik fiel ihnen das „Recht auf Arbeit" ein – und zwar als Recht jener, die wegen des Streiks im Verkehrswesen lange und komplizierte Wege in Kauf nehmen mußten. Andere sahen im Streik vorwiegend eine „Gefahr" für die „Europa-Kompatiblität" Frankreichs, d.h. eine Gefährdung für die Erfüllung der Maastricht-Kriterien. Sie bewiesen damit freilich nur, wie weit entfernt von den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Realitäten sie sich mittlerweile bewegen. ●

Wer hat noch nicht –
wer will noch mal?

Ich verschenke
15 „links"-Jahrgänge
an Selbstabholer

Nähere Infos:
Günter Friedmann,
Küpfendorf 37, 89555 Steinheim
Tel 07329 / 14 95

FRANZISKA ROLLER

Die Nützlichkeit der Furcht

Sicherheitsdiskurs, Kriminalitätsfurcht und Frauenpolitik *

Politische und soziale Bewegungen stehen immer vor dem Problem, daß sie ihre Forderungen nach konkreten Verbesserungen innerhalb einer bestehenden Politik vorantreiben müssen. Wenn es gelingt, den eigenen Argumenten im öffentlichen Diskurs Gehör zu verschaffen, ist dies allerdings möglicherweise kein Etappensieg, sondern erst der Anfang der Schwierigkeiten. Denn wie z.B. auch die Diskussion um eine multikulturelle Gesellschaft zeigt, werden gesellschaftsverändernde Ansätze schnell in hegemoniale Denkmuster eingebunden und in eine hierarchisierende Politik des Ausschlusses integriert. Dieser Prozeß der Retorsion von linken Positionen im Kontext reaktionärer Diskurse und Weltbilder vollzieht sich auch anhand feministischer Argumente für mehr Sicherheit und Bewegungsfreiheit für Frauen im öffentlichen Stadtraum.

In der Frauenpolitik auf bundes- und europaweiter Ebene ist ein tendenzieller 'backlash' für die Möglichkeiten und Rechte von Frauen derzeit unübersehbar. Ein Beispiel ist die Bevormundung und Kriminalisierung von Frauen, die abtreiben wollen, ein anderes die Entscheidung, daß Frauenquoten einen Verstoß gegen die EG-Richtlinien darstellen. In der Kommunalpolitik scheint es auf den ersten Blick anders auszusehen, denn Maßnahmen, die die Mobilität und das Sicherheitsgefühl von Frauen im Stadtraum erhöhen sollen, stehen auf der Tagesordnung der allermeisten Stadt- und Gemeindeparlamente. Allerdings zeichnet sich ab, daß sich das städtische Engagement in diesem Bereich in Zeiten knapper Kassen zumeist auf Diskussionen und Absichtserklärungen beschränkt und die Umsetzung von Maßnahmen mit dem Hinweis auf die Unmöglichkeit der Finanzierung auf unbestimmte Zeit verschoben wird.

Wenn nun das Thematisieren der Benachteiligungen und Ängste von Frauen so gut wie keine konkreten Folgen hat, ist die Frage, welche politischen Interessen sich hinter einer Beschäftigung mit diesem Problemfeld verbergen. Zuerst einmal handelt es sich hier um symbolische Politik, die tatsächliche Veränderungen durch guten Willen und das (leere) Bekenntnis zur Handlungsbereitschaft ersetzt. Darüber hinaus hat die Diskussion um die Sicherheit von Frauen im Stadtraum aber noch eine weitere Funktion. Denn Frauenpolitik ist neben Sozialpolitik immer auch Sicherheitspolitik. Somit fügt sich die Beschäftigung mit Bedrohungsgefühlen von Frauen im öffentlichen Stadtraum nahtlos in den Diskurs um Kriminalität und Innere Sicherheit ein. Dieser Diskurs ist ein zentrales Thema parteipolitischer Auseinandersetzungen und nimmt auch in den Medien breiten Raum ein. Joachim Hirsch begreift ihn als Teil eines gesellschaftlichen Umstrukturierungsprozesses vom Fordismus zum Postfordismus.

Bis Anfang 1995 stützten sich die Argumente für eine repressive Sicherheitspolitik auf einen angeblich explosionsartigen Anstieg der statistisch erfaßten Fälle von Kriminalität. Dies ist nicht nur deshalb problematisch, weil 'Kriminalität' ein politisch verhandelbarer und dehnbarer Begriff ist, der alles vom Automatenaufbruch über Wirtschafts- und Umweltdelikte bis zu Verstößen gegen die Ausländergesetze umfaßt, im Alltagsverständnis aber zumeist mit 'Gewalt', d.h. mit konkreten Angriffen auf Leib, Leben und Geld gleichgesetzt wird. Hans-Jürgen Kerner weist zudem darauf hin, daß 80 bis 90 % der in der polizeilichen Statistik geführten Vorfälle nicht auf Ermittlungen der Polizei, sondern auf Bürgermitteilungen beruhen: „Das Opfer ist der wesentliche Gestalter der offiziellen Kriminalität." Er zeigt, daß die Zahl der fälschlicherweise in die Statistik aufgenommen Meldungen groß ist. Kerner erklärt dies damit, daß zusätzlich zu einem Anstieg der Deliktzahlen die kollektive Aufmerksamkeitsschwelle sich erhöht und damit einhergehend die Empörungsbereitschaft sich intensiviert habe. Folglich stellt sich die Frage, inwieweit der Anstieg der Kriminalitätszahlen nicht auch ein Phänomen ist, das sich in gewissem Umfang auf eine Zunahme der Bereitschaft, eine Anzeige zu machen, zurückführen läßt. Und schließlich weist er darauf hin, daß je nach Berechnungsmethode, d.h. ob die Häufigkeitszahl, die Opferbelastungszahl oder die Kriminalitätsbelastung in der fiktiven Lebensereigniszeit errechnet wird, die Zahlen unterschiedliche Tendenzen in der Kriminalitätsbedrohung suggerieren.

Nachdem die Statistiken jedoch für 1994 ein Absinken der erfaßten Fälle belegten, bleibt außer der Bedrohung der Gesellschaft durch organisierte Kriminalität nichts mehr übrig, um eine repressive Sicherheitspolitik und eine umfassende Überwachung durchzusetzen, außer der Angst der Frauen. Nun wäre einzuwenden, daß Frauen im öffentlichen Kriminalitätsdiskurs zumeist überhaupt nicht auftauchen. Dies trifft für die groß angelegten Rundumschläge der Titelstorys von Wochenzeitungen wie *Die Woche, Der Spiegel* oder *Der Stern* zu, die Kriminalität zur umfassenden Bedrohung der Gesellschaft stilisieren. Doch die in den überregionalen Zeitungen und Zeitschriften skizzierten Szenarien werden in der Lokalpresse durch Meldungen aus dem Polizeibericht in das konkrete Wohnumfeld der LeserInnen übertragen und scheinen die unablässige Bedrohung der BürgerInnen im Stadtalltag zu bestätigen. Während jedoch hier Raubüberfälle auf Männer zumeist nur eines kurzen Berichts für wert befunden werden, sind Angriffe auf Frauen schlagzeilenträchtig. So löste die Vergewaltigung einer Frau in einem Stuttgarter Stadtbahnwagen im Oktober 1995 eine Welle von moralischer Empörung und Betroffenheit aus. Diese Reaktionen sind naheliegend, denn der Vorfall enspricht genau dem immer wieder heraufbeschworenen Horrorszenario einer Stadt, in der Gewalt und Brutalität den Alltag bestimmen. Doch ungeachet dessen, daß es sich hier um einen Einzelfall handelt, nahmen ihn die Stuttgarter Lokalzeitungen zum Anlaß, die allgemeine Gefährdung von Frauen in der Stadt zu beschwören. *Bild* Stuttgart (27.10. 1995) überschrieb die Story einer ihrer Mitarbeiterinnen, die es wagte, diese Stadtbahnstrecke selbst zu fahren, mit: „Ich fuhr im Zug der Schande." Und allein die Tatsache, daß die Journalistin das Abteil mit einem als „unrasiert, mit fettigen Haaren, kräftig" beschriebenen Mann teilte, ist Beweis genug für die Gefahr, der sie sich und damit alle Frauen ausgesetzt sah. Wie zur Bestätigung dieser Argumentation finden sich auf derselben Seite Berichte von Frauen über ihre Furcht in der Stadt sowie ein Foto, das die Reporterin an einer Straßen-

bahnhaltestelle zeigt. Diese Alltagssituation war mit dem suggestiven Kommentar „Nachts auf dem Bahnhof in Möhringen. Die Reporterin allein neben den Telefonzellen auf dem Bahnsteig – eine gespenstische Szene“ untertitelt. In der Folge rieten sowohl die Betreiber als auch die LokalpolitikerInnen von der CDU bis zu den Grünen dazu, die hinteren Wagen der Züge zu meiden und die Nähe des Bahnführers zu suchen. So entsteht erst das Bild der gefährlichen Straßenbahn, und zugleich erhöht sich das Risiko bei der Benutzung der hinteren Wagen tatsächlich, wenn sie zunehmend von den Fahrgästen gemieden werden, und das gilt in letzter Konsequenz für alle öffentlichen Räume in der Stadt.

Das Medienthema Kriminalität im öffentlichen Stadtraum wird also in den Lokalzeitungen vor allem dann spektakulär ins Bild gesetzt, wenn Frauen davon betroffen sind. Derlei Einzelbeispiele legitimieren nicht nur die Kriminalitätsdebatte, sondern stellen in diesem Kontext auch die Bewegungsfreiheit von Frauen in der Stadt grundsätzlich infrage. Überfälle auf Frauen werden zudem immer dann zitiert, wenn es darum geht, die Dringlichkeit von Sicherheitsmaßnahmen im Stadtraum zu unterstreichen. Mit der Forderung nach mehr ‘Sicherheit’, die in diesem Zusammenhang gebetsmühlenartig wiederholt wird, sind grundsätzlich schärfere Gesetze und der verstärkte Einsatz von Polizei gemeint. Die Bestrebungen, die Rolle der Polizei zu stärken, erklärt Jürgen Seifert damit, daß seit dem Ende des Kalten Krieges der immens ausgebaute Sicherheitsapparat darauf bedacht ist, sich nach wie vor als unentbehrlich darzustellen. Seifert verweist auf den Kampagnenstil innerhalb der Debatte; es fehle jede Kosten-Nutzen-Analyse, ebenso der Nachweis, daß die geforderte Verschärfung der Gesetze in irgendeiner Weise dazu beitragen kann, Kriminalität besser zu bewältigen.

Mit dem Ruf nach dem starken Arm des Gesetzes zum Schutz von Frauen geraten aber nicht nur feministische Forderungen ins Kielwasser einer repressiven und reaktionären Politik, er dürfte zudem für NutzerInnen des öffentlichen Raums zu einer weiteren (Selbst-)Beschränkung ihrer Stadtnutzung führen. Denn es wird zumeist übersehen, daß die Präsenz von Polizei selbst dazu beiträgt, Räume überhaupt erst als potentiell gefährlich erscheinen zu lassen, was Sabine Grimm mit dem Begriff der „Mythisierung gefährlicher Orte“ auf den Punkt bringt. Für marginalisierte Gruppen wie z.B. Ausländerinnen, d.h. für Frauen, die über Hautfarbe und/oder Kleidung als solche identifiziert werden und schlecht deutsch sprechen, ergeben sich durch diese Maßnahmen noch unvergleichlich heftigere Auswirkungen. Sie haben zusätzlich zu den genannten geschlechtsspezifischen Angriffen unter dem alltäglichen Rassismus zu leiden, der von Unfreundlichkeit über Anpöbeln bis hin zu Handgreiflichkeiten reicht. Bezeichnenderweise berichteten die im Rahmen eines Forschungsprojektes zu Frauen im Stadtraum in Stuttgart befragten Türkinnen zwar von solchen Vorkommnissen, aber fast mehr noch als diese fürchteten sie die Polizei. Sie erzählten von zahlreichen Konflikten mit der Polizei, bei denen ihnen aus ihrer Sicht Unrecht getan worden sei, und zwar aus zwei Gründen: Zum ersten seien sie mit der Tatsache konfrontiert, daß bei Auseinandersetzungen zwischen türkischen und deutschen NachbarInnen in ihrem Wohngebiet die Polizei automatisch auf der deutschen Seite stehe und dadurch ihre Chancen, Recht zu bekommen, viel geringer seien. Und zweitens seien sie aufgrund ihrer oft nur geringen Deutschkenntnisse und weil die Polizei sich häufig weigere, einen Dolmetscher hinzuzuziehen, nicht in der Lage, ihre Sicht der Vorfälle zu beschreiben. Die Folge davon ist, daß sie große Angst haben, in der Stadt in irgendeiner Weise von der Polizei angegangen zu werden, und sich ihr Vermeideverhalten, sprich ihre Bestrebungen, möglichst nicht alleine unterwegs sein zu müssen, durch eine höhere Präsenz von Uniformierten eher noch verstärkt. Dies wird dann von deutscher Seite häufig wieder als Zeichen kultureller Differenz gedeutet: Wenn also türkische Frauen ungern alleine in die Stadt gehen, scheint dies das Stereotyp der unselbständigen und von männlichen Angehörigen überwachten (muslimischen) Ausländerin zu bestätigen.

Vor allem zeigt sich aber an diesem Beispiel, inwieweit eine verschärfte Kontrolle des öffentlichen Stadtraums vor allem für marginalisierte soziale Gruppen nicht zu größerer Sicherheit, sondern im Gegenteil zu einer massiven Verunsicherung führen kann. Diese Folgen der Sicherheitspolitik werden durch die Analyse von Thomas Kunz bestätigt, derzufolge der Diskurs um ‘Innere Sicherheit’ als Fortsetzung des Asyldiskurses zu bewerten ist (vgl. *links* 306/307).

Auch wenn viele (deutsche) Frauen eine verstärkte Polizeipräsenz befürworten, stellt sich zudem die Frage, ob sich ihre Ängste dadurch wirklich verringern lassen. Denn in den allerwenigsten Fällen entstehen ihre Befürchtungen aus Stadterfahrungen, die einen gesetzlichen Strafbestand darstellen. Zumeist sind es ganz alltägliche männliche Verhaltensweisen wie (verbale) Anmache, Anpöbeleien, Hinterhergehen oder -pfeifen, die den Frauen ihr potentielles Bedrohtsein im öffentlichen Stadtraum ständig ins Bewußtsein rufen. Die Interpretation solcher Erfahrungen als Beleg für die Berechtigung von Ängsten und Befürchtungen läßt sich jedoch nicht damit erklären, daß jede Anmache eine versuchte Vergewaltigung ist. Belästigungen sind vielfach eher ein Machtspiel, das erst vor dem Hintergrund der Ängste von Frauen überhaupt seine Wirksamkeit entfaltet. Bedrohungsgefühle entstehen also nicht allein vor dem Hintergrund des tatsächlichen Vorfalls, sondern sind nur in Zusammenhang mit der geschlechtsspezifischen Sozialisation von Frauen erklärbar, die sich als Erziehung zur Furchtsamkeit beschreiben läßt. Die Warnungen vor dem bösen fremden Mann beginnen schon in der Kindheit und setzen sich später in besorgten Äußerungen von Freunden und Partnern fort.

„Die Warnungen vor dem bösen fremden Mann beginnen schon in der Kindheit und setzen sich später in besorgten Äußerungen von Freunden und Partnern fort.“

Dabei bleibt die Tatsache außen vor, daß Vergewaltigungen zum ganz überwiegenden Teil in privaten Räumen stattfinden und die Täter zumeist Bekannte oder Verwandte sind. Sie wird sowohl von der Öffentlichkeit als auch von den Frauen selbst weitgehend ignoriert.

Vor diesem Hintergrund werden die Anstrengungen von Stadtplanerinnen und Architektinnen fraglich, die in der Vergangenheit die Ängste der Frauen vor dem (nächtlichen) Stadtraum durch eine übersichtliche Stadtgestaltung in den Griff zu bekommen versuchten.

Problematisch sind Forderungen nach mehr Sicherheit für Frauen im Stadtraum vor allem an der Stelle, wo sich feministische Ansprüche mit konservativen Forderungen nach mehr Überwachung und Kontrolle decken. So tragen von Feministinnen initiierte Kampagnen zur Eroberung der Stadt zum Teil ebenfalls zu einer weiteren Mythisierung 'gefährlicher Orte' bei, anstatt die gesellschaftlichen Ursachen der Unsicherheit von Frauen im öffentlichen Raum zu thematisieren. In der Folge finden sich VertreterInnen einer frauenfreundlicheren Stadt schnell als Handlanger im Lager repressiver SicherheitspolitikerInnen wieder, nicht zuletzt auch deswegen, weil schnelle, technische Lösungen kurzfristig befriedigender erscheinen als die Erkenntnis, daß die Ängste von Frauen ein strukturelles Problem darstellen, das sich nicht einfach durch Zuweisung staatlicher und städtischer Etats beheben läßt.

Gleichzeitig werden Forderungen, die Frauen sollten sich selbst schützen, 'gefährliche' Räume meiden und Selbstverteidigungskurse belegen, die ebenfalls ursprünglich in der feministischen Bewegung entwickelt wurden, auch unter konservativen (Kommunal)PolitikerInnen immer lauter. Auch wenn diese Haltung eine Absage an das Bild der verletzlichen Frau zu beinhalten scheint, ist sie in diesem Kontext kontraproduktiv. Denn sie zielt nicht etwa darauf ab, daß Frauen bessere gesellschaftliche Möglichkeiten und größere Freiräume eingeräumt werden sollen, sondern individualisiert die Problematik und schiebt ihre Bewältigung den Betroffenen in die Schuhe. Aus dieser Argumentation heraus entsteht nicht etwa ein gesteigertes Selbstbewußtsein, sondern die Furcht, für eventuelle Angriffe selbst verantwortlich gemacht zu werden bzw. den Anforderungen an Sportlichkeit, Aggression und Durchsetzungsvermögen nicht zu genügen, die solche Strategien der Selbstverteidigung voraussetzen. An dieser Stelle greift auch die These von Joachim Hirsch, daß über den Sicherheitsdiskurs eine Verschiebung der politisch-sozialen Konfliktfelder hin zu einer Privatisierung der individuellen Schicksale stattfinde, mit der der Umbau des Wohlfahrtsstaates in einen Wettbewerbsstaat einhergehe.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß Maßnahmen zur Erhöhung des Sicherheitsgefühls, und das gilt sowohl für die Vorschläge von PolitikerInnen und städtischen Verwaltungen als auch für einen Großteil der konkreten Forderungen von aktiven Feministinnen, zumeist an den Ursachen für die Unsicherheit und Furcht von Frauen im Stadtraum vorbeizielen. Denn anstatt sich mit den Gewaltstrukturen im Verhältnis zwischen den Geschlechtern auseinanderzusetzen, erschöpfen sich die Diskussionen in einer nachgerade technizistischen Symptombekämpfung. Problematisch ist dies vor allem deswegen, weil sie sich diese (Schein)Lösungen zum einen auf die tatsächlichen Ängste von Frauen berufen können, zum anderen aber mit einem patriarchalen Bild von der passiven Frau als zu beschützendem 'Gut' operieren und daraus ihre moralische Wirkmächtigkeit beziehen. Ein Sicherheitsdiskurs, der die Komplexität der Gründe für die Furcht von Frauen ignoriert, verdoppelt nur bestehende Hierarchisierungen und befördert zudem eine weitere Ausgrenzung ohnehin bereits marginalisierter und diskriminierter Gruppen. In diese Richtung bewegt sich vor allem die unhinterfragte Verknüpfung der realen und begründeten Ängste von Frauen mit dem Kriminalitätsdiskurs. Denn wie bereits gezeigt sind es ja die (nicht nur, aber zumeist verbalen) Angriffe von Jedermann, die Frauen in eine Bedrohungssituation bringen, welche sich dann mit dem Kriminalitätsdiskurs vermischen und auf marginalisierte Gruppen wie Ausländer, Drogenabhängige und arbeitslose Jugendliche geschoben werden können. Solange der Furcht von Frauen mit paternalistischen Sicherheitsratschlägen begegnet wird, verstärkt sich ihre passive Rolle im Geschehen und sie werden ein weiteres Mal als das schutzbedürftige Weibliche imaginiert, das der Welt hilflos ausgeliefert ist.

Frauen haben viele berechtigte Gründe, Angst zu haben, aber den Ursachen dieser Angst ist nicht mit polizeilichen Sicherheitsmaßnahmen beizukommen. Demnach hilft es Feministinnen nicht, sich für den Diskurs der Inneren Sicherheit in Dienst nehmen zu lassen, sondern trägt im Gegenteil noch zu einer Verschärfung von Einschränkungen nicht nur aber auch für die Frauen selbst bei.

Diese Dynamik der Retorsion, d.h. der Umstülpung und Umwertung gesellschaftsverändernder Ansätze innerhalb des hegemonialen Kontexts, ist bis zu einem gewissen Grad immer der Preis dafür, sich nicht mit Analysen zu begnügen, sondern den Versuch einer Umsetzung von politischen Zielen zu wagen. Die Konsequenz daraus kann aber nicht lauten, diese Vereinnahmung als unabwendbares Übel zu akzeptieren. Vielmehr geht es darum, konkrete Ziele mit den gesellschaftlichen Bedingungen, die sie notwendig machen, in Verbindung zu setzen und auch immer wieder das paradox und unmöglich Erscheinende zu fordern. Denn der Ruf nach Frauenparkplätzen trägt weniger zu einer Bewußtseinsbildung über die Benachteiligung von Frauen bei als beispielsweise der Vorschlag eines nächtlichen Ausgehverbots für Männer. ●

* *An dieser Stelle wurde der Begriff feministische Politik ermieden, weil es sich hier sowohl um Politik on Frauen, die nicht unbedingt feministisch sein muß, als auch um Politik für oder im Namen on Frauen handelt.*

Literatur:

Grimm, Sabine 1992: Feiern, Spielen und Trommeln. Die Kampagne 'Frauen nehmen sich die Stadt'. In: diskus 41, S. 6-7.

Hirsch, Joachim 1995: Globalisierung des Kapitals und die Transformation des 'Sicherheitsstaats'. In: Widersprüche, Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich 55, S. 23-32.

Kerner, Hans-Jürgen 1994: Kriminalität in Deutschland. Ein Problem- und Sachstandsbericht. In: Gewerkschaftliche Monatsblätter 4/94, S. 202-214, hier S. 203.

Kunz, Thomas 1995: Der aktuelle Diskurs über 'Innere Sicherheit' in der BRD. Gesellschaftliche Ursachen und Funktion. Politologische Diplomarbeit, maschinenschriftl., Frankfurt a.M.

Seifert, Jürgen 1994: Öffentliche Sicherheit zwischen Repression und Heilen. In: Gewerkschaftliche Monatsblätter 4/94, S. 193-202.

17°C Zeitschrift für den Rest

Rotfront!

BIOPOLITIK
IDEOLOGIE UND POSTMODERNE
KÖRPERPOLITIK
KONSTRUKTION DER GESCHLECHTER
RASSISMUS
ANTINATIONALE THEORIE
FASCHISMUS
ANTIFASCHISMUS
STAATSTHEORIE
POLITISCHE ÖKONOMIE

und noch viel mehr Themen, ohne die der Klassenkampf nicht zu gewinnen ist.

Nr. 12 ab Februar im linken Buchhandel

oder direkt bestellen bei: 17°C, c/o Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55, 20357 HH. Einzelpreis: 7,50 DM + Porto (1,50 DM), Abos: 4 Nummern: 30,– DM. Förderabos: ab 100,– DM. V. Schmidt, Sonderkonto, Kto-Nr. 713990-200, Postgiro HH (BLZ 200 100 20)

THOMAS KUNZ / GOTTFRIED OY

Wellenreiten

Surfen am BKA-Beach

Seit der groß angelegten Razzia gegen linksradikale Zusammenhänge im Sommer letzten Jahres, den zunehmenden Verfahren gegen antifaschistische Gruppen, der wieder verschärften Gangart in diversen RAF-Prozessen und den forcierten Ermittlungsbemühungen im Fall „Weiterstadt" taucht immer wieder die Einschätzung auf, eine neue „Repressionswelle" bewege sich auf die bundesdeutsche Linke zu. Insbesondere wenn in linken Zusammenhängen von der „Repressionswelle" die Rede ist, wenn es darum geht, die Staatsschutzaktivitäten zu erklären, ist zu berücksichtigen, welche Implikationen dieser Begriff darüber hinaus besitzt. Der Fixierung auf ihn wäre entgegenzuhalten, daß sie eine Selbstwahrnehmung konturiert, die letztlich genau jenen Agenturen zuarbeitet, denen der Repressionsvorwurf gemacht wird. Gleichwohl bleibt die Frage, was das Verfolgungsverhalten motiviert bzw. wie es zu erklären ist. Braucht der Staat die Pole „links" und „rechts" um sich seiner Verortung in der politischen Mitte zu vergewissern? Wird durch die Verfolgung das Subjekt der Verfolgung erst hergestellt oder sind tatsächliche Kräfteverschiebungen zu beobachten, auf welche die Staatsorgane nur mit Repression zu reagieren wissen?

Ziel soll sein, sich der verschiedenen Ebenen der Auseinandersetzungen zu vergewissern, um nicht dem Kurzzeitgedächtnis der öffentlichen Berichterstattung, verschiedene Ereignisse an unterschiedlichen Orten als gänzlich voneinander losgelöst mißzuverstehen, anheimzufallen – so wie es uns die Schlagzeilenkonjunktur der Tagespresse allzugerne weismacht. Zugleich ist aber auch – neben Gemeinsamkeiten – die Unterschiedlichkeit zur Kenntnis zu nehmen. Nicht zuletzt zwischen den linken Gruppierungen, die über die zeitlich und inhaltlich fragmentierten medialen Darreichungen der angesprochenen Vorgänge überhaupt erst zu so etwas diffus Homogenem wie der linksradikalen Szene (von AIZ bis radikal) gemacht werden. D.h., die Verfolgung paralysiert radikale Opposition und als zweites stellt sie, vor allem im Verbund mit ihrer gesellschaftlichen Wahrnehmung durch die WahrheitsproduzentInnen, das obskure Objekt repressiver Begierde – eine linksradikale Bedrohung – überhaupt erst her und liefert den Staatsschützern sozusagen posthum hierüber die Legitimation.

Einige Beispiele sollen verdeutlichen, welche Ausmaße aktuelle Verfolgungsbemühungen gegen linke Zusammenhänge angenommen haben: Am 13. Juni letzten Jahres wurden in einer bundesweiten Razzia rund 50 linke Hausprojekte, Privatwohnungen und Infoläden durchsucht. Die Aktion richtete sich gegen die Verbreitung der Zeitschrift *radikal* und die Unterstützung von terroristischen Vereinigungen, zum einen gegen ehemalige MitbewohnerInnen eines abgetauchten angeblichen Mitgliedes der inzwischen aufgelösten Gruppierung K.O.M.I.T.E.E., welcher der gescheiterte Anschlag auf den Abschiebeknast in Berlin-Grünau vorgeworfen wird und zum anderen gegen die antiimperialistischen Zellen (AIZ), die sich zu Anschlägen auf den Sitz des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, verschiedene Parteibüros und einzelne Politiker bekannten. Während jedoch gegen das K.O.M.I.T.E.E. und AIZ kein belastendes Material gefunden wurde, kam es im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen die *radikal* zu der Verhängung von Beugehaft, einem Verfolgungsmittel, welches gegen linke Zusammenhänge in diesem Ausmaß zuletzt Ende der 80er Jahre (Startbahn-West, RZ/Rote Zora) gegen aussageunwillige ZeugInnen angewendet wurde.

In Beugehaft genommen wurden Ende letzten Jahres auch vier BewohnerInnen eines Wohnprojektes in Frankfurt am Main im Zusammenhang mit einem Verfahren gegen Unbekannt wegen Unterstützung einer „terroristischen Vereinigung". Nach dem Anschlag auf den Knastneubau in Weiterstadt und dem Auffliegen des Verfassungsschutzspitzels Steinmetz mußte das Projekt insgesamt fünf Hausdurchsuchungen über sich ergehen lassen und sieht sich nach Denunziationen durch Klaus Steinmetz mit dem Vorwurf konfrontiert, die Aktion der RAF unterstützt zu haben.

Konsequenter Verfolgung sieht sich auch die Göttinger Antifa (M) ausgesetzt. Gegen 17 Personen soll wegen „Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung" (der Antifa (M)) und „Werbung für eine terroristische Vereinigung" (der RAF) dieses Jahr vor der Staatsschutzkammer des Landgerichtes Lüneburg der Prozeß eröffnet werden. Für dieses Mammutverfahren, für das entsprechende Räumlichkeiten eigens hergerichtet werden, wurde über vier Jahre lang vom LKA Niedersachsen Observationsmaterial angehäuft. Allein die Tatsache, daß ca. 14.000 Telefonate abgehört wurden, verschaffte dem Verfahren eine gewisse öffentliche Aufmerksamkeit. Der linksliberale Mainstream beklagte vor allem die „Unverhältnismäßigkeit" der Bespitzelung – womit gleichzeitig unterstellt wird, es gebe Fälle, in denen dieser Umfang ohne Zweifel verhältnismäßig sei. Wie auch immer: über soviel Zuwendung ehemaliger Anti-Notstandsgesetz-Koalitionäre können sich andere verfolgte Gruppen aus der linken Szene nicht erfreuen.

Die Verfolgung der antiinstitutionellen, radikalen Linken ist zentraler Bestandteil der Geschichte der BRD. Der Antikommunismus mit seinem konkreten Feindbild der Staaten des real existierenden Sozialismus, insbesondere der DDR, ermöglichte als Integrationsideologie die Absicherung des nationalen Wohlfahrtstaates gegenüber Radikalisierungstendenzen, das heißt der Infragestellung der Grundlagen dieses Gesellschaftssystems. Wesentlich für das Funktionieren des Wohlfahrtsstaates waren die ideologischen Staatsapparaten, d.h. diejenigen Insitutionen der bürgerlichen Gesellschaft, welche die bürgerlichen Subjekte in ihrem konkreten Wollen überhaupt erst konstituieren. Daß dieser Prozeß der Subjektkonstitution mit Brüchen und Widersprüchen durchzogen ist, verweist nicht etwa auf ein Scheitern der ideologischen Anrufung, vielmehr zeigt es, daß die Subjekte durchaus widersprüchliche Momente in sich vereinigen können. Positive Kritik, Veränderungsvorschläge im Rahmen des Bestehenden waren stets erwünscht und dienten zur Verbesserung des politischen Systems, beispielsweise der besseren Anbindung von

Protestbewegungen an das System der repräsentativen Demokratie. In Momenten der drohenden Eskalation politischer Konflikte, in Momenten also, in denen es der Linken gelang, sich den Grundlagen sogenannten demokratischen Protests zu verweigern und statt dessen die Grundlagen kapitalistischer Demokratie mit einer gewissen Breitenwirkung zu kritisieren, mußte mit der Mobilisierung repressiver Strategien gerechnet werden. Das Interesse, die Grenzziehung zwischen erwünschter positiver Kritik und unerwünschter negatorischer Kritik deutlich zu machen, darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß Repression nicht allein einer kausalen Logik folgt. Diese Art der Erklärung birgt den Fehler, eine gewisse Rationalität der Repression zu unterstellen, d.h. sie bruchlos mit linker Stärke zu koppeln. Der Umkehrschluß zeigt jedoch, daß selbst diese Logik den Konstruktionen der Repression, das Objekt der Verfolgung auch immer erst zu schaffen, aufsitzt.

Entscheidende und zum Teil bis heute geltende gesetzgeberische repressive Maßnahmen wurden im Rahmen des sogenannten deutschen Herbstes 1977 verabschiedet. In dessen Vorfeld verdeutlicht etwa die Einführung des § 129a die enge Verknüpfung antikommunistischer Integrationsideologie und der Ausgrenzung politischer Gruppen und Einzelpersonen unter dem Topos der Bildung, Unterstützung, bzw. Werbung für eine „terroristische Vereinigung". In der Debatte um die Einführung dieses Paragraphen machte 1976 etwa Karl Carstens, damals Bundestagsabgeordneter der CDU/CSU, deutlich, daß er dazu diene, die „Unterbindung der vergiftenden Propaganda an Schulen und Hochschulen; der Propaganda, die besagt, daß wir in einem Land leben, in dem Wenige die große Masse der Bevölkerung ausbeuten, daß wir in einem Land leben, das durch Klassenkampf im marxistischen Sinne gekennzeichnet ist. Daß wir in einem Land leben, in dem nur mittels Konflikt, und das heißt doch mittels Klassenkampf, gerechtere Verhältnisse hergestellt werden können", zu organisieren. Auf den Anschlag gegen Generalbundesanwalt Buback, die gescheiterte Entführung des Dresdner Bank-Chefs Ponto und schließlich die Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Schleyer 1977 wußte die Bundesregierung nur mit der Einrichtung eines Krisenstabes zu reagieren, der sich unter Aufhebung der verfassungsmäßigen Gewaltenteilung auf „Terroristenjagd" machte. Das bedeutete im wesentlichen, die Position der sogenannten „SympatisantIn" zu konstruieren, d.h. alle, die sich weigerten, mit den staatlichen Organen zusammenzuarbeiten, sei es in Form von Aussagen oder Distanzierungen, wurden selbst strafrechtlich belangt. Somit wurde die linke Öffentlichkeit bis auf wenige Ausnahmen nahezu vollständig ausgeschaltet, während sich die bürgerliche Öffentlichkeit, in Reaktion auf die vom Krisenstab verhängte Nachrichtensperre selbst lahmlegte.

Die 1977 eingeführte Richtlinie 31 des Deutschen Presserats besagt, daß „Einzelheiten über laufende Fahndungen und von Krisenstäben eingeleitete Maßnahmen in Fällen von erpresserischem Menschenraub, Flugzeugentführungen, Bomben- und Entführungsandrohungen, sowie über Zeit und Ort von angedrohten Terroraktionen möglichst nur nach Absprache mit den Strafverfolgungsbehörden veröffentlicht und unangemessen sensationelle oder detaillierte Darstellungen, die die Arbeit der Ermittlunsbehörden beeinträchtigen könnten, vermieden werden" sollten. Durch gezielt eingesetzte repressive Maßnahmen konnte es somit gelingen, die linke Szene, in der es zum damaligen Zeitpunkt noch rege Auseinandersetzungen zwischen Militanten und Nichtmilitanten gab, auseinanderzudividieren in sich noch stärker radikalisierende Fraktionen und sich zum Teil in denunziatorischem Charakter abwendende Strömungen. Daß sich diese Spaltung trotz veränderter politischer Strate-gien und anderer historischer Voraussetzungen bis heute fortsetzt, ist auch Ergebnis staatlicher Verfolgung. So gab es in den letzten 20 Jahren immer wieder gesellschaftliche Auseinandersetzungen, in deren Rahmen die Bekämpfung von Widerstand dazu genutzt wurde, ganze Szenen mit §129a-Verfahren zu überziehen und somit Entsolidarisierungsprozesse voranzutreiben. Die Verfahren um militanten AKW-Widerstand, um den Startbahn-West-Widerstand, um die Aktionen der RZ/Roten Zora gegen Gentechnologie und Sextourismus und schließlich um die Anti-IWF-Kampagne seien an dieser Stelle als prominente Beispiele angeführt.

„Insbesondere wenn in linken Zusammenhängen von der 'Repressionswelle' die Rede ist, wenn es darum geht, die Staatsschutzaktivitäten zu erklären, ist zu berücksichtigen, welche Implikationen dieser Begriff darüber hinaus besitzt": Pipeline

Seit 1989 hat, im Unterschied zur politischen Situation in der alten BRD, nicht nur die radikale Linke weiter an Bedeutung verloren, auch die staatlichen Ausgrenzungsmechanismen haben im Zuge der Durchsetzung eines neuen Regulationsmodelles eine andere Qualität angenommen. Mit dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus und dem Ende des wohlfahrtsstaatlichen Organisationsmodus der westlichen Staaten wurde es zum einen immer schwieriger, antikommunistische Ressentiments als Integrationsideologie zu mobilisieren, zum anderen fiel der Anspruch, große Bevölkerungsteile über staatliche Zuwendungen zu integrieren, weg. Der „schlanke Staat" zeichnet sich jedoch nicht durch einen Rückzug

staatlicher Organe aus, vielmehr wird die Mobilisierung der Bevölkerung für den „Standort“ über selektive Sozialpolitik, Indienstnahme der Konkurrenz der Arbeitskräfte untereinander und der Konstruktion

„Verunsicherung und infolgedessen geschürtes Mißtrauen und die Furcht vor Verfolgung lähmen schließlich die Reaktions- und letztlich die Politikfähigkeit einer ohnehin geschwächten radikalen Linken.“

diffuser Feindbilder erreicht, also über autoritär-etatistische Maßnahmen. Innerhalb dieser Angstgefühle kanalisierenden Feindkonstruktionen spielt der „klassische Terrorismus“ eine andere Rolle wie bisher. Dessen zentrales Moment zeichnete sich in der Vergangenheit immerhin – trotz aller Ausgrenzungen – durch die Wahrnehmung der „TerroristInnen“ als Personen mit Namen und Biographien aus. Sie bot die Möglichkeit, die hierüber nicht gänzlich ins gesellschaftliche „Außen“ Verwiesenen, nach entsprechender Buße- oder Reuephase, potentiell zu reintegrieren. Hier kam es zu Verschiebungen. Zwar bezeichnete Kanther die Razzien gegen linke Projekte im letzten Sommer als Bestandteil seines Programms der „Inneren Sicherheit“, jedoch richtet sich dieses in erster Linie gegen Personen ohne deutschen Paß, das heißt einer diskursiv hergestellten, von „Außen“ den deutschen „Volkskörper“ bedrohenden ideologischen Konstruktion. Der Staat sieht sich nicht mehr in erster Linie durch politisch motivierte Straftaten bedroht, sondern durch „Ausländerkriminalität“. In dieser ist das Motiv „Terrorismus“ zwar enthalten, es erfährt aber eine spezifische Umwertung.

Es fungiert lediglich als Illustration einer inszenierten Bedrohung durch Nicht-Deutsche, die nicht staatliche Organe angreife, sondern jeden einzelnen Bürger, der sich – über seine imaginierte Opferrolle – besser mit Repressions-, Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen identifizieren kann. Dieses nicht neue, jedoch inzwischen hegemoniale diffuse Feindbild erlaubt die spezifische Intensivierung und Ausdehnung von Kontrolle und Überwachung. Es entsteht zugleich ein Instrumentarium, mit dem jederzeit auch andere (Staats)Feinde konstruiert werden können. Dieser Prozeß ist indes nicht beliebig, er wird determiniert durch bestehende strukturelle Unterdrückungsmechanismen der bürgerlichen Gesellschaft. Das bedeutet, daß sich in den vermeintlich immer neuen Feindbildern die bestehenden strukturellen Zusammenhänge von Nation, Kapital und Patriarchat in ihrer spezifischen Verwobenheit reproduzieren.

Die nicht zuletzt aufgrund wachsender technischer und vor allen Dingen gesetzlicher Möglichkeiten immer größer werdenden Datenberge gewährleisten aber keineswegs einen im staatlichen Sinne effektiveren Zugriff der Herrschenden auf zu verfolgende Personen und Gruppen. Verschiebungen im gesellschaftlichen Gefüge, wie etwa die tendenzielle Auflösung konfliktorganisierender Institutionen wie Parteien, Gewerkschaften oder Familie, lassen sich auch an den sich verändernden Organisationsstrukturen der radikalen Linken erkennen. Deren Aufspaltung in immer unterschiedlichere Subkulturen wird konterkariert von einer Wahrnehmung durch staatliche ErmittlerInnen, welche militante Linke als homogenen Block entwerfen. Dieses Bild, wie es z.B. in den Einschätzungen des BKA auftaucht, ist in hohem Maße Konstruktion der Verfolgungsbehörden, wird jedoch auch von links gerne als Bestätigung der eigenen Stärkephantasien aufgegriffen. Die oftmals völlig unterschiedlichen Politikkonzepte der einzelnen Gruppen lassen jedoch unschwer erkennen, daß die Linke alles andere als homogen ist. Um diesen Konstruktionen nicht aufzusitzen, ist es erforderlich, sich sowohl mit den Gemeinsamkeiten, als auch mit den Differenzen zwischen den Verfolgungsbemühungen gegen einzelne linke Zusammenhänge zu beschäftigen. Diese Beschäftigung ersetzt aber keinesfalls die Auseinandersetzung mit den Positionen und dem Handeln der betroffenen Gruppen selber. Eine Reduktion der Analyse auf die Strategien und Taktiken des Staatsschutzes wäre bereits ein Erfolg derselben.

So wenig es in erster Linie um die konkret Verfolgten geht – trotz der unbestritten gegebenen persönlichen existenziellen Bedrohung –, so sehr ist das Hauptziel die Verunsicherung linksradikaler Gruppen und Zusammenhänge. Besagte Verunsicherung und infolgedessen geschürtes Mißtrauen und die Furcht vor Verfolgung lähmen schließlich die Reaktions- und letztlich die Politikfähigkeit einer ohnehin geschwächten radikalen Linken – und markieren den eigentlichen Erfolg repressiver Strategien. Oder anders gesagt: Wer zu sehr auf der Welle reitet, läuft Gefahr vom Brett zu fallen. ●

WIDER★ SPRÜCHE

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- u. Sozialbereich

Klienten, Kunden, Könige oder: Wem dient die Dienstleistung?

Schwabe: Wer sind unsere Kunden? Worin bestehen unsere Leistungen? Wie die Dienstleistungs-Metapher der Jugendhilfe zu neuen Einsichten verhelfen kann! ● *Harris:* Soziale Arbeit als Business: Märkte, Manager und Konsumenten in der britischen Sozialarbeit ● *Krölls:* Zwecke, Folgewirkungen und Ideologien staatlicher Privatisierungspolitik ● *Kunstreich:* Das „Neue Steuerungsmodell“ (NSM). Essay über die Hegemonie konservativer Modernisierung ● *Nagel:* Krisenmanagement: Über den Zusammenhang von sozialem Beruf und Biographie ● *Schaarschuch:* Dienst-Leistung und Soziale Arbeit. Theoretische Überlegungen zur Rekonstruktion Sozialer Arbeit als Dienstleistung ● *Forum* ● *Magazin*

Heft 59, 116 S., DM 16,–

Ihr Kinderlein, kommet?
Kindheiten u. Kinderleben heute

Honig: Kindheit als sozialer Status ● *van Krieken:* Kindheit, Schule und der tendenzielle Fall der Geburtenrate ● *Karsten:* Kindheit – Kindheitsforschung – Kinder in der Jugendhilfe ● *Zeiher:* Kinder in der Großstadt. Raumorganisation und soziale Integration ● *Fuhs:* Kindliche Selbständigkeitsspielräume und kinderkulturelle Aktivitäten ● *Kunstreich:* Sozialer Raum und demokratische Kinder- und Jugendkultur ● *Sünker:* Gewalt, Kinderrechte und Kinderpolitik ● *Rezensionen*

Heft 58, 98 Seiten, DM 16,–

Unser Probeabo: Schicken Sie uns einen 20,- DM-Schein und wir senden Ihnen zwei aktuelle Hefte.

BEZUGSBEDINGUNGEN:
Jährlich 4 Hefte, Jahresabo W: 63,– DM, Einzelheft 16,– DM / O: 40,– DM, Einzelheft 10,– DM
StudentInnenabo 40,– DM

Verlag 2000
Postfach 10 20 62, 63062 Offenbach

KLASSEN

Vorbei sind die Zeiten, in denen mit der „sozialen Frage“ auch die kapitalistische Klassengesellschaft endgültig überwunden zu sein schien. Wenn schon ein biederer Ökonomie-Professor hinter der Debatte um den „Standort Deutschland“ die Verteilungskonflikte erkennt (vgl. *FR* v. 22.11.95), wenn auch der Ministerpräsident von Niedersachsen den gläubigen Stamokap-Anhänger nach außen kehrt, dem zu folge der „Primat der Ökonomie“ unumstößlich sei (so in den Thesen zur Wirtschaftspolitik der SPD), dann wird in diesen Äußerungen ein Stück der neuen Situation sichtbar. Antagonistische Interessenlagen und Strukturzwänge kapitalistischer Reproduktion beherrschen das politische Alltagsgeschäft. Damit wird auch die Botschaft vom „Ende der Klassengesellschaft“ als das erkennbar, was sie immer schon war: eine voreilige Verallgemeinerung, die an der Oberfläche des Geschehens bleibt. Nationale wie internationale Ausbeutungsstrukturen werden dagegen heute (wieder) als unbezweifelbares Faktum anerkannt – ohne daß deswegen klar wäre, was daraus politisch zu folgen hätte.

Daß Strukturprinzipien des Kapitalismus so deutlich zu Tage treten, ist keiner wie immer gearteten „Logik des Kapitals“ geschuldet. Vielmehr ist es vor allem auch Resultat einer politischen Strategie, nämlich der neoliberalen Zerschlagung institutioneller Regulierungsformen, durch die der Klassenkompromiß bislang abgesichert wurde. Auch wenn diese Strategie ihren Ausgangspunkt in den Krisen fordistischer Vergesellschaftung hat, ist sie doch nicht allein ökonomisch zu erklären. Hier wieder auf vermeintliche „Sachzwänge“ zu verweisen, bedeutet, den Legitimationsmustern dieser Politik auf den Leim gegangen zu sein, für die es eben nur noch Lohnnebenkosten u.ä. unerfreuliche Nachteile im internationalen Standortwettbewerb zu geben scheint. Sachzwänge dagegen als produzierte begreifen zu können – im diskursiven wie im institutionellen Sinn – wäre die erste Anforderung an eine Klassentheorie auf der Höhe der Zeit.

Und doch reicht das Problem noch um einiges tiefer. Zwar sind wir in den Auseinandersetzungen um die politische Brauchbarkeit des Klassenbegriffs in den 90er Jahren in eine neue Phase eingetreten. Ab den späten 70er Jahren wurde der lange „Abschied vom Proletariat“ (A. Gorz) eingeläutet, die Inadäquatheit der sozialstrukturellen wie politischen Aussagekraft des Klassenbegriffs kritisiert. Auch wenn schon damals sowohl seine deskriptive Relevanz als auch seine politische Unverzichtbarkeit jenseits der Revolutionsrhetorik verteidigt wurde, so geschah dies noch in einer eher defensiven Attitüde (vgl die Beiträge von L. Hack und R. Roth in *links* Nr. 203, Feb. 1987). Wenn heute beide Aspekte wieder neu in den Vordergrund treten, dann müssen nicht nur die alten Fehler erinnert und vermieden werden. Durchaus offen ist auch, ob mit dem Sichtbarwerden von Klassenstrukturen auch neue Ausgangspunkte für eine emanzipative Politik verbunden sind – und welche dies wären.

Genauso, wie eine rein defensive Verteidigung der Klassentheorie heute nicht angemessen wäre, ist auch ein Kurzschluß à la Karl-Heinz Roth (vgl. die Kritik von J. Hirsch in *links* Nr. 300/301) zu vermeiden, der die schrittweise Desillusionierung der klassischen Klassenmetaphysik nicht zur Kenntnis nimmt und alle richtigen Kritiken ignoriert: Von der Mystifizierung des Proletariats als revolutionärem Subjekt über die sozialstrukturelle

wie kulturelle Zersplitterung der Lohnabhängigen, welche diese Kategorie politisch problematisch machten, bis zur Nichtableitbarkeit des politischen Klassenhandelns aus der Klassenlage. Vielmehr soll in diesem Schwerpunkt der Versuch gemacht werden, ein Gespür für die politische Relevanz klassentheoretischer Denkweisen in der Auseinandersetzung zwischen strukturellen Verwerfungen und strategischen Optionen erst wieder zu erarbeiten.

Voraussetzung für eine solche Aktualisierung des Klassenbegriffs ist dabei ein nicht-ökonomistisches Verständnis von Klassen, das Heinz Steinert theoretisch als politisch-kulturelle Produktion von Sozialstruktur entwirft und anhand der Entwicklung von Subkulturen historisch nachzeichnet. Gleichzeitig gilt es sich des zeitdiagnostischen Kontextes zu vergewissern, der die „Standortdiskussion" beherrscht und dort eben als vermeintlicher Sachzwang meist unhinterfragt akzeptiert wird: die Herausforderung der politischen Regulierungsfunktion des Nationalstaats im Zuge kapitalistischer Globalisierung. Der Beitrag von Joachim Hirsch versucht, ausgehend vom Widerspruch zwischen ökonomischer und politischer Form die alte Frage nach der Aufhebung kapitalistischer Verhältnisse neu zu stellen und dabei die Sackgassen überholter Revolutionsvorstellungen zu vermeiden.

Im Mittelpunkt der Standortdebatten, mit deren spezifischen Facetten sich die folgenden drei Beiträge beschäftigen, steht das Schicksal des Sozial- und Wohlfahrtsstaats. Als Argument für die Verteidigung der etablierten sozialen Sicherungssysteme wie für die Bekämpfung der Dauerarbeitslosigkeit wird immer wieder auch der Begriff der Solidarität ins Feld geführt und dabei der Anschein geweckt, als sei der Sozialstaat ein genuines Produkt der Arbeiterklasse und seine Verteidigung in ihrem ureigensten Interesse. Der Beitrag von Michael Scharping zeigt jedoch, daß in historischer Perspektive davon nicht die Rede sein kann, daß es sich beim Sozialversichungssystem weniger um eine Institutionalisierung von Solidarität als vielmehr um deren Ablösung durch individualisierte Verrechtlichung und Bürokratisierung handelt. Ähnliches gilt für die vermeintliche Solidarität mit Arbeitslosen, die das „Bündnis für Arbeit" zwar wortreich betont, die aber faktisch kaum als Richtschnur des gewerkschaftlichen Handelns zu erkennen ist. Welche Konsequenzen daraus mit Blick auf die Organisierung von Erwerbslosen und Sozialhilfeempfängern einerseits, auf die gewerkschaftliche Interessenvertretung andererseits zu ziehen sind, diskutieren Harald Rein und Jörg Lauterbach.

Geschlechter- und Naturverhältnisse galten lange Zeit entweder als Gegenbegriffe zur Klassenfrage oder schienen auf eine Verlagerung gesellschaftlicher Widersprüche hinzuweisen. Daß davon nicht die Rede sein kann, daß wir es mit einer Überlagerung verschiedener nicht aufeinander reduzierbarer Herrschaftsformen zu tun haben, die sich weder in Haupt- und Nebenwidersprüche sortieren lassen noch als konstante oder statische Verhältnisse aufgefaßt werden können, zeigen die letzten drei Beiträge. Während Monika Domke die in der bürgerlichen Familie eingelassene geschlechtsspezifische Herrschaft als Vorraussetzung für die Reproduktion der Klassengesellschaft analysiert, geht Regina Dackweiler den aktuellen Verwerfungen im Verhältnis von Klasse und Geschlecht nach, in die immer stärker auch rassistische Diskriminierungsformen eingelassen sind.

Anhand der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland" vom Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt und Energie zeigt Christoph Görg auf, daß die Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse zwar einerseits immer stärker als binnengesellschaftliche Krise moderner Gesellschaften verstanden wird und damit auch die Überlagerung sozioökonomischer, politischer und ökologischer Widersprüche in den Blick geraten. Andererseits werden ökologische Reformvorstellungen immer noch von den Machtverhältnissen und Interessenlagen und insofern von den Gestaltungszwängen kapitalistischer Reproduktion dominiert und Ökologie auf diese Weise tendenziell zum „weichen Standortfaktor" degeneriert.

die Red.

HEINZ STEINERT

„Klassenpolitik“ als Politik der Subkulturbildung

Sozialstruktur entsteht (auch) als Ergebnis von Politik und Konflikt: Diese Voraussetzung macht es überhaupt erst möglich, Entwicklungen und Differenzierungen der Ungleichheitsstruktur zur Kenntnis zu nehmen, ohne jedesmal gleich die Vorstellung von einer Klassengesellschaft aufgeben zu müssen, ohne angesichts möglicherweise oberflächlicher Veränderungen gleich schließen zu müssen, daß wir es nicht mehr mit Kapitalismus als Klassengesellschaft zu tun haben.

Nicht nur Kapital und Herrschaft müssen konstituiert und reproduziert werden, sondern ebenso die Träger dieser Funktionen: Die Reproduktion der herrschenden ist mindestens so problematisch wie die der lohnarbeitenden Klasse. Da es sich bei „Kapital“, „Herrschaft“ und „Klasse“ immer um ein gesellschaftliches *Verhältnis* handelt, ist ferner davon auszugehen, daß entsprechende Politik sich immer auch auf das Gegenüber richtet, daß die eine Seite nicht unberührt bleibt von dem, was auf der anderen geschieht. „Sozialstruktur“, wie sie sich zu einem gegebenen Zeitpunkt darstellt, ist das jeweilige Zwischenergebnis von Auseinandersetzungen darum, wie man selbst leben will und kann und wie die anderen leben sollen. Es geht um die eigene „Arbeitsmoral“ und die der anderen, und es geht um die Ausgangsbedingungen und die erreichbaren Erfolge, die dafür ausgesetzt werden. Sozialstruktur wird „gemacht“ – und eigene Subkulturbildung sowie die Förderung oder Verhinderung der Subkulturen anderer sind wichtige Instrumente dieser Politik.

Die wichtigsten Manöver in dieser konflikthaften Klassenpolitik waren die Schaffung von immer mehr fixierten Berufen mit spezieller Ausbildung und der besonderen Lizenzierung und Monopolisierung bestimmter Tätigkeiten, die Schaffung und Vergrößerung der Schicht der Angestellten als Kapitalfunktionäre einerseits, privilegierte Arbeiter andererseits, der Ausbau der Staatsfunktionen (besonders in der Verstaatlichung von Wirtschafts- und Sozialpolitik) und damit der Schicht von zugehörigen Funktionären, die zunehmende Spezialisierung der Kopfarbeit und damit der Ausbau einer Schicht von Technikern und Wissenschaftlern mit der zugehörigen Monopolisierung von Wissen, schließlich die fordistisch-konsumistische Wendung des Kapitalismus, von der die Kapitalstrategie der Verbilligung der Arbeitskraft (zumindest in den Metropolen-Ländern) überflüssig gemacht wurde.

Wenn man diese und ähnliche Manöver als Züge in einer Auseinandersetzung um die Erhaltung von Privilegien und der Produktionsweise, der man sie verdankt, historisch untersucht und beschreibt, dann ist es selbstverständlich, daß gerade zur Erhaltung der Grundstruktur des Kapitalverhältnisses defensive wie offensive Veränderungen auch der Ungleichheitsstruktur teils herbeigeführt werden, teils sich in der Auseinandersetzung ergeben. Zum Beispiel: Das weitgehende Verschwinden von „Kapitalisten“ und ihre Aufspaltung in Aktionäre (als Eigentümer ohne Einfluß) und Manager (als Verfüger, die formell Lohnarbeiter sind) ist daher eine interessante und wichtige Veränderung der Ungleichheitsstruktur, eine der „entgegenwirkenden Ursachen“, von denen die Polarisierung in nur zwei Klassen verhindert oder zumindest verwischt wurde, aber das Kapital *erhältnis* und damit der Charakter der Produktionsweise als „kapitalistisch“ wird davon nicht berührt. Nicht einmal die Verstaatlichung der Produktionsmittel ändert daran unter der Voraussetzung jener Aufspaltung Grundsätzliches: Es entsteht nur Staatskapitalismus, der vielleicht eine höhere „Lohnquote“ abwirft, der aber, indem er wirtschaftliche Entscheidungen als politische sichtbar werden läßt, bei Mängeln der politischen Selbstbestimmung offenbar ziemlich unerträglich sein kann – schwerer zu ertragen als die nach angeblichen Sachgesetzlichkeiten erfolgende Auslagerung der Probleme auf Randgruppen und Drittwelt-Länder jedenfalls, wie sie bei uns gehandhabt wird.

Wie auch immer: Der theoretische Punkt ist, daß die kapitalistische Produktionsweise sich durch hohe Variabilität und Flexibilität auszeichnet, daß sie Einfallsreichtum in der Selbsterhaltung zuläßt und wirksam werden läßt, daß sie dementsprechend auch – bei identischer Grundstruktur – einiges an Varianten von Ungleichheitsstruktur (als Ergebnis von Politiken und der Auseinandersetzung zwischen ihnen) hervorbringen kann, darunter die, die wir hier und heute vorfinden. Es ist genau der Widerspruch der Klassenstruktur – sie tendiert einerseits zur Polarisierung in nur mehr zwei Klassen, andererseits wird dem durch den ganzen Komplex der „Klassenpolitik“, zum Teil sogar bewußt, entgegengearbeitet -, der die Differenzierungen hervorbringt, von denen dann soziologische oder andere Beobachter so beeindruckt sind, daß sie meinen, die Klassenstruktur wäre überhaupt verschwunden.

Zu den Manövern der „Klassenpolitik“ gehört die Herstellung und die Verhinderung von Subkulturen, und zwar für Gruppen, denen man selbst zugehört, wie für die der anderen, sogar und besonders der (potentiellen) gesellschaftlichen Konkurrenten und Gegner.

Um gleich einmal anschaulich zu machen, was hier gemeint ist: Es gibt wahrscheinlich kein besseres Beispiel für die Herstellung und Gestaltung einer Subkultur *für andere* als die Fabriksiedlungen, die im 19. Jahrhundert allenthalben von aufgeklärten Unternehmern im Rahmen ihrer paternalistischen Sozialpolitik eingerichtet wurden. Im Gegensatz zu Industriestädten und -dörfern mit ihren unkontrollierbaren „gewachsenen“ Elendsvierteln und halb-agrarischen Existenzweisen bot die Fabriksiedlung die Möglichkeit, den Umfang und die Form der lokalen Arbeiter-Subkultur bis zu einem gewissen Maß zu steuern. Es handelte sich zunächst schon um die Subkultur *eines* Werks, in der entsprechend die Chance bestand, daß ein Selbstbewußtsein eher als „Werksangehöriger“ denn als „Arbeiter“ oder als „Klassengenosse“ sich herausbildete. Es war ferner durch die Anordnung und Gestaltung sowie die Ausstattung der Siedlung möglich, eine gewisse Abgeschlossenheit nach außen zumindest zu suggerieren, oft aber auch praktisch zu erzwingen. Die Lebensführung der Bewohner konnte direkt gesteuert werden durch die Innengestaltung der Häuser, die Verfügbarkeit von Gartenflächen, Einrichtungen für die Kinder, Freizeiteinrichtungen bis hin zu Vereinen, die von der Betriebsleitung selbst initiiert wurden, dann natürlich – um zu den „härteren“ und im engeren Sinn sozialpolitischen Maßnahmen zu kommen – die Kassen zur Absicherung für Militärdienst, Unfall, Krankheit, Alter, um deren Verwaltung es immer wieder Konflikte gab,

schließlich die Höhe von Lohn und Miete und die Regelung der Arbeitszeit. Nicht zuletzt konnte dort auf ordnungsgemäße Familienverhältnisse und auf eine solide Haushaltsführung gedrängt werden – auch wenn der Maßstab des bürgerlichen Familienmodells, der angelegt wurde, ökonomisch völlig unpassend war, weil jedenfalls die Frau und Mutter und möglichst auch die Kinder in der Fabrik arbeiten mußten. Die Durchsetzung des Kleinfamilien-Haushalts als Normalform war jedenfalls ein hervorragendes Disziplinierungsinstrument für alle Beteiligten, mit dem unschätzbaren Vorteil, daß diese Beteiligten sich *gegenseitig* disziplinieren: der Mann die Frau, die Frau den Mann, die Eltern die Kinder, die Kinder die Eltern. Das konnte man sich, ohnehin stark moralisch motiviert, nicht entgehen lassen. In der Fabriksiedlung ließ sich die Arbeiter-Subkultur ziemlich weitgehend vom Fabrikherrn gestalten.

Dagegen stehen Versuche der Arbeiter, ihre Lebensbedingungen auch auf dieser Ebene nach eigenen Vorstellungen einzurichten, die organisiert erst später sichtbar wurden im Genossenschaftswesen und in kommunalen Arbeitersiedlungen, besonders sobald es sozialistisch dominierte Gemeindeverwaltungen gab. Auch hier aber gilt zunächst, daß die Arbeiterkultur vom Kapital hergestellt wurde, indem es die Lohnarbeiterschaft in den Städten und dort wieder in bestimmten Quartieren zusammenzog. Darüber hinaus wurden in jedem Fall auch im Detail Lebensbedingungen vorgegeben, indem von der Fabrik der zeitliche Rhythmus des Lebens und die verfügbaren Ressourcen, und das besonders kraß durch Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, auf der nächsten Ebene durch Arbeitszeit und Einkommen bestimmt wurden.

Freilich kann man feststellen, daß im historischen Verlauf diese Herstellung von Randbedingungen für die Subkulturbildung sich fortsetzte in die überlokale Vereinheitlichung und damit in die Auflösung von lebendigen Subkulturen zugunsten einer abstrakt gemeinsamen Lebenslage, aus der sich kein Zusammenleben mehr ergibt, dafür aber interne Konkurrenz. Am wichtigsten dafür war die Vereinheitlichung und Übernahme von Kontrolle durch den *Staat* in Ausbildung und Sozialpolitik und parallel dazu die konsumistische *Pri atisierung* in dem, was sich als „Fordismus" benennen läßt, die tendenzielle Auflösung von autonomer gesellschaftlicher Organisation also in der Polarisierung von isoliertem Einzelnem und staatlicher Bürokratie.

Die Bestimmung der Lebensweise der Arbeiterschaft durch die Fabrikherrn ist besonders deutlich sichtbar am Beispiel der Sozialpolitik – diese in einem weiten Sinn verstanden als Politik der Reproduktion der Lohnarbeiterschaft und ihrer Arbeitskraft. Diese Sozialpolitik beginnt als Armenpolitik und in diesem Rahmen zunächst damit, daß die dürftigen Versorgungsleistungen von Arbeitsbereitschaft abhängig gemacht werden, daß der (kapitalistische) Unterschied zwischen „selbstverschuldeter" Armut und „deserving poor" gemacht wird. Vorausgesetzt ist dabei der gewaltsame Prozeß der „ursprünglichen Akkumulation", in dem jene Armut als Subsistenzlosigkeit erst einmal durch Enteignung und Vertreibung der Bauern sowie durch die Aufkündigung von Nutzungsrechten – als relativ spätes deutsches Beispiel das berühmte Holzdiebstahlsgesetz – geschaffen wurde. Damit geht es erst einmal um die Herstellung einer „freien" Arbeiterschaft, was *ein* Aspekt jener Sozialpolitik ist, der hier, in der ersten Phase der ursprünglichen Akkumulation, isoliert sichtbar wird.

„Im Gegensatz zu Industriestädten und -dörfern bot die Fabriksiedlung die Möglichkeit, den Umfang und die Form der lokalen Arbeiter-Subkultur bis zu einem gewissen Maß zu steuern": Subkulturelle Wohnstätte

Eine „Bestimmung der Lebensweise" für die Arbeiterschaft war also von Anfang an in dem Sinne „nötig", als die traditionelle Subsistenzwirtschaft aufgelöst werden mußte. Im nächsten Schritt ging es darum, eine Arbeitsfähigkeit und -bereitschaft herzustellen, die den Erfordernissen der maschinellen Produktion angepaßt, also zuverlässig, ausdauernd und nicht am Produkt interessiert war. Am Beispiel der Maschinenstürme läßt sich zeigen, daß sich der Widerstand der Arbeiter vor allem gegen diese Zumutung wendete, anders, nämlich diszipliniert, leben zu sollen.

Es scheint, als wären alle diese Anstrengungen, eine Lohnarbeiterschaft und ihre Arbeitskraft in der nützlichen und notwendigen Form herzustellen, im ganzen 19. Jahrhundert wie selbstverständlich davon ausgegangen, daß sich das alles in einer relativ abgeschlossenen Arbeiter-Subkultur abzuspielen habe. Die Fabrikherrn standen zwar nicht an, das Herrenhaus für sich und sogar die Familie ins Fabrikgelände zu stellen, ein bißchen abseits und erhöht, versteht sich, aber immerhin. In der erhaltenen Anlage der damaligen Pulverfabrik duPont (inzwischen Dupont, und auch sonst hat der Fortschritt z.B. von Schwarzpulver zu Napalm geführt), die man bei Wilmington, Delaware, USA, besichtigen kann, hat das bedeutet, daß bei den regelmäßig vorkommenden Explosionen auf dem Gelände schon einmal ein Flügel des Herrenhauses beschädigt werden konnte. So weit war man (gedämpft und gepolstert) sogar an den Risiken der Produktion beteiligt. Ansonsten war aber klar, daß die Herren (und vielleicht noch besonders ihre Familien) ein Leben mit zumindest Einsprengseln von aristokratischen Mustern führten, das mit dem der Arbeiter nichts gemein hatte. Arbeiter waren damals eine eigene und fremde, auch bedrohliche Spezies, und das sollte – bei allem Eifer, sie zu „verbessern" und zu pazifizieren – auch so bleiben. Die Tendenz zur Einebnung der Klassenkulturen setzte erst im 20. Jahrhundert ein.

Bevor wir uns diesem entscheidend wichtigen Vorgang zuwenden, ist zu fragen, ob und wie auch umgekehrt die Kultur der Kapitalbesitzer und -funktionäre von der Lohnarbeiterschaft bestimmt wurde. Das angeführte Beispiel der Herrenvilla im Fabrikgelände ist insofern nicht ganz spezifisch, als auch in früheren Produktionsweisen Herren und Arbeiter gemeinsam lebten, der Plantagenbesitzer zwischen seinen Sklaven, der feudale Gutsherr zwischen seinen Bauern, der Handwerker und der Kaufmann ohnehin über der Werkstatt oder dem Kontor. Der Feudalherr war dementsprechend wahrscheinlich von den Bauern nicht so verschieden – außer daß er zusätzlich Krieger war. Die

Abtrennung auch der Herrschenden erfolgte erstmals an den Höfen und in den Domkapiteln und Klöstern. Als historische These für die Entwicklung der Produktionsweisen könnte man die riskieren, daß in dieser langfristigen Geschichte die Distanz zwischen den Herrschenden und den Beherrschten zugenommen hat. Das bedeutet, anders formuliert, daß Herrschaft zunehmend weniger „persönlich" wird, daß zunehmend Herrschafts*funktionäre* zwischengeschaltet werden, bis die Herrschaft so abstrakt wird, daß man die Herrschenden gar nicht mehr ausmachen kann, daß sich alle darauf zurückziehen, entweder einflußlose Dividendenbezieher oder angestellte Funktionäre, Manager zu sein. *Innerhalb* der kapitalistischen Produktionsweise hat wahrscheinlich in erster Linie die Sichtbarkeit der Herrschaft, die „verschämt" geworden ist, abgenommen.

Dieses Verschämt-Werden ist wohl die wichtigste Entwicklung der Subkultur von Kapital und Herrschaft, auf die von der Arbeiterseite einige Wirkung ausgeübt wurde: Einer auf der Straße, in der Politik und moralisch offensiven Arbeiterbewegung gegenüber waren provokante Herrschaftsdemonstrationen nach feudalem Muster nicht mehr so opportun, und die hochgekommenen gewerkschaftlichen Sozialpartner heute haben noch weniger Grund, vor den von ihnen angeblich Vertretenen zu protzen. Den „demonstrativen Konsum" pflegen heute eher die, bei denen er *nicht* Ausdruck einer Position von gesellschaftlicher Macht ist. Neben aufgedonnerten FriseurInnen und Bankangestellten ist es eine darauf spezialisierte „Schickeria", die sich mit demonstrativem Konsum auf verschiedenen Niveaus von Verschwendung befaßt.

Das Zurücktreten einer selbstbewußten öffentlichen Herrschaftsdarstellung ist offensichtlich mit der kapitalistischen Produktionsweise des „Fordismus" und der Erfindung des „Massenkonsums" verbunden. Die „soziale Frage", an der das kapitalistische 19. Jahrhundert laboriert hatte, wurde dadurch in der alten Form aufgelöst. Indem die Lohnarbeiter auch als Konsumenten ernstgenommen und durch Massenproduktion von Konsumgütern (mit der zugehörigen Produktionstechnologie, exemplifiziert in der tayloristischen Arbeitszerlegung und im Fließband) und Löhne, die den Konsumnotwendigkeiten angemessen waren, auf neue Weise in die Wirtschaft integriert wurden, konnte „Verelendung" als Form der Erhöhung von Mehrwert abgelöst werden von „Durchkapitalisierung" und „Durchstaatlichung". Das meint, daß notwendige Subsistenzleistungen der allgemeinen Verfügbarkeit und der Eigenarbeit entzogen und in Waren umgewandelt wurden, die gekauft werden müssen, unterstützt durch staatliche Arrangements der Lizensierung und der Bereitstellung von Infrastruktur. Insgesamt ist diese Form, durch Erhöhung des warenförmigen Anteils an der Reproduktion der Arbeitskraft den Lohn abzuschöpfen, für den Arbeiter wesentlich akzeptabler als das Drücken des Reproduktionsniveaus, das bis dahin üblich gewesen war. Sie ist zugleich eine neue Form von Steuerung der Lebensweise über das Warenangebot und die Werbung dafür und sonstige massenmediale Vorbild-Vorgaben, die damit entstanden. Damit verbunden ist, jedenfalls in Europa, auch die Verstaatlichung der Sozialpolitik, damit ihre Verallgemeinerung – und die Enteignung von autonomen oder sonst lokalen Formen der Absicherung gegen die Risiken der Lohnarbeiterexistenz, die eine Neigung dazu gehabt hatten, politisierend und solidaritätsstiftend zu wirken. (Das ging, wie man weiß, bis zur Konfiszierung der autonomen Kassen mit Einführung der staatlichen Sozialversicherung – sofern man ihrer habhaft werden konnte.) Indem warenförmig vereinnahmt oder verstaatlicht wurde, was bis dahin Kristallisationskerne für Subkulturbildung waren, wurde gesellschaftliches Leben individualisiert, privatisiert, monetarisiert – die Sozialversicherung ist ein zentraler Bestandteil und Ausdruck davon.

Grundsätzlich ist es dieser Vorgang, als Bestimmung der Lebensweise der Arbeiterschaft durch die Produktionsweise, der die Arbeiterkultur aufgelöst hat, sicher verstärkt und beschleunigt von der gewaltsamen Zerschlagung ihrer politischen Anteile durch die Nazis. Sozialpolitik ist ein Aspekt von Durchstaatlichung und Durchkapitalisierung, von Auflösung der Gesellschaft in ein unmittelbares Verhältnis der isolierten Einzelnen zu staatlichen oder staatlich garantierten, jedenfalls bürokratischen Apparaten und zu monetarisierten Leistungen.

Innerbetrieblich gehört dazu der Taylorismus, die Entwicklung dessen, was dann später als „instrumentelle Arbeitshaltung" identifiziert wurde, die Loslösung der Arbeit von Ansprüchen an Sinnhaftigkeit oder Eigeninitiative. Die Arbeitszeit, die man verkauft hat, soll als verlorene Zeit gelten, einzig der Lohn zählt und was sich damit in der „Freizeit" anfangen läßt. Die sozialpolitische Absicherung der wichtigsten Risiken ist der entfremdeten Verausgabung der Arbeitskraft, die damit programmatisch wird, sicher zuträglich, entspricht – privatisierend und individualisierend – auch der Konkurrenzsituation, die so hergestellt wird.

Das paradoxe und unerwartete Ergebnis dieser Entwicklung war in den 60er Jahren, als die Wohlstandsentwicklung ihre Höhepunkte hatte, die Neu-Formierung einer Jugend-Subkultur, durchaus mit Ähnlichkeiten zu der ersten Jugendbewegung ein halbes Jahrhundert davor, die für Deutschland mit dem Namen „Wandervogel" verbunden ist. Sie läßt sich in ihrem betonten Hedonismus, ihrer Ablehnung des Leistungsprinzips, ihrem Bestehen auf Demokratie und politischen Beteiligungsrechten, mit dem ganzen „Wertewandel", der seither wissenschaftliches und sonstiges Aufsehen erregt, als Fortentwicklung und „spin-off" jener instrumentellen Arbeitshaltung interpretieren: Wenn es vor allem auf die Freuden der Freizeit ankommt, dann ist es sinnvoll, den dafür zu zahlenden „Preis" in Form von entfremdeter Arbeit möglichst ganz zu vermeiden, dann empfiehlt es sich, diese Freuden des „guten Lebens" möglichst gleich einzuheimsen, nicht erst, wenn man alt und verbraucht ist und gar nicht mehr dazu imstande, dann wird man sich diese Freuden dort suchen, wo sie wirklich zu haben sind, nämlich in einem guten Zusammenleben mit Gleichgesinnten, wofür man dann leicht auf einiges an dem großartigen Warenangebot verzichten kann, einiges davon, das doch ganz ersprießlich ist, kann man sich auch so beschaffen. Politische Entwicklungen, in denen der Vietnam-Krieg und seine moralischen Zumutungen einen entscheidenden Drehpunkt darstellten, kamen hinzu.

Diese Subkultur, die damals entstand und ausgebaut wurde, auch materiell, als Netz von Treffpunkten, von Stützpunkten in vorhandenen Institutionen (wie den Universitäten), dann in selbst gegründeten und betriebenen, in Landkommunen und städtischen Alternativbetrieben und -wohnungen, diese Subkultur war das neu entstandene Substrat von politischen Bewegungen verschiedener Art, von der Studentenbewegung bis zur Friedens- und Ökologiebewegung. Daß es eine Politik gibt, diese Subkultur zu stabilisieren oder sie zu zerstören, braucht für den halbwegs wachen Beobachter keine weiteren Belege.

Inzwischen hat die Weltwirtschaftskrise und die mit den Rationalisierungen und Produktionsauslagerungen verbundene Arbeitslosigkeit immerhin eine deutliche Schwächung auch der Subkultur bewirkt, ist eine neue Generation von Leistungsmotivierten und Erfolgshungrigen herangezogen worden, für die kein Konsumverzicht in Frage kommt, die vielmehr mit Luxuskonsum geködert und bedient wird. Die ausgesteuerten weniger Erfolgreichen müssen sehen, wo sie bleiben. Die Reichen, Jungen und Schönen sind jetzt tonangebend. Eine (halbwegs öffentliche) Subkultur von Innenstadt-Konsumenten setzt sich durch. Wir beobachten eine Verschiebung in den Fronten der „Klassenpolitik", in der eine neue alte „Arbeitsmoral" durchgesetzt wird. Die Soziologie begleitet diesen „roll-back" mit alten neuen Konzeptionen wie „Lebensstil" und „Individualisierung" und kennt keine Klassen mehr. Sie war nie unparteiisch in der Klassenpolitik. ●

JOACHIM HIRSCH

Kapitalismus heute: global und ohne Klassen?

Es ist eine alte Erkenntnis, daß Klassen nur im Klassenkampf existieren. Das heißt, sie werden nur dann geschichtlich wirksam, wenn sich im Rahmen bestehender Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse politisch handelnde Gruppen herausbilden. Der Klassenbegriff umfaßt weit mehr als bloße sozialstrukturelle Gegebenheiten. So gesehen, ist die „Klassenfrage" heute bemerkenswert einfach zu beantworten. Während das Wort „Klasse" aus der wissenschaftlichen und politischen Sprache erfolgreich getilgt wurde, tobt der Klassenkampf mit einer Härte wie schon lange nicht mehr.

Die aktuelle Globalisierungsoffensive ist nichts anderes als der strategisch geführte Angriff auf die demokratischen und sozialen Errungenschaften, die im Laufe dieses Jahrhunderts erkämpft worden sind. Bestimmender Akteur ist das internationalisierte Kapital, das in den vergangenen Jahrzehnten beherrschend geworden ist. Es gibt heute tatsächlich so etwas wie eine international verbundene Kapitalistenklasse, die in einem engen Kooperationsverhältnis mit den „wettbewerbsstaatlich" transformierten nationalen Staatsapparaten steht. Angesichts des einzelstaatlichen Organisationsprinzips fehlt ihr zwar eine übergeifende politische Form, aber sie kennt sehr gut ihre unmittelbaren ökonomischen Interessen. Die Folge dieses Auseinanderklaffens von globalisiertem Weltmarkt und nationalstaatlicher politischer Form ist, daß die ökonomischen Prozesse und sozialen Konflikte immer mehr die gesellschaftlichen Grundlagen in Frage stellen.

Auf der anderen Seite sind diejenigen, gegen die der Kampf geführt wird, heillos zersplittert, leben unter höchst unterschiedlichen ökonomischen, politischen und kulturellen Bedingungen und scheinen sich immer stärker in gegenseitige nationalistische, rassistische und „fundamentalistische" Auseinandersetzungen zu verstricken. In politischer Hinsicht ist es daher sinnlos, abstrakt von einer internationalen Arbeiter- oder Lohnabhängigenklasse zu sprechen, zumal viele der am extremsten Ausgebeuteten nicht einmal einen Lohnarbeitsstatus haben. Damit ist auf die Spitze getrieben, was immer schon die Logik kapitalistischer Herrschaft war: die soziale Spaltung und politische Desorganisation der Unterdrückten.

„Es kommt vielmehr [...] darauf an, dieser Maschinerie in die Räder zu greifen, sie anzuhalten, Schluß zu machen, aufzuhören mit dem alltagspraktischen Mitmachen [...]"

Was mit dem harmlos anmutenden Begriff „Globalisierung" beschrieben wird, ist im Kern nichts weiter als das. Dieser Prozeß kann nur verstanden werden, wenn man zur Kenntnis nimmt, daß die gesellschaftliche Dynamik nach wie vor entscheidend von der Kapitalakkumulation bestimmt wird und daß Kapitalakkumulation immer Klassenkampf ist – wenn auch in historisch unterschiedlichen Formen und mit wechselnden Akteuren.

Gerade die aktuelle Entwicklung macht deutlich, wie unsinnig eine sich als kritisch wähnende Gesellschaftsheorie ist, die auf die Kritik der politischen Ökonomie und damit auf den Klassenbegriff verzichten zu können glaubt. Deshalb existiert kritische Theorie im strikten Sinne heute praktisch kaum mehr. Allerdings gibt es dafür auch einen realen Hintergrund: Je schärfer der Klassenkampf geführt wird, desto unsichtbarer werden seine konkreten Akteure. Die Zeiten der Ballonmützen-Proletarier oder der zylindertragenden und zigarrenrauchenden Kapitalisten sind vorbei. Die Klassenstruktur ist auf globaler Ebene extrem ausdifferenziert und und wird immer stärker durch andere soziale Antagonismen und Konflikte, z.B. in bezug auf das Natur- und Geschlechterverhältnis überlagert. Zugleich sind die unmittelbaren Klassenkonfrontationen zumindest im Normalbetrieb der Metropolen in den Hintergrund getreten. Sie sind hoch bürokratisiert, „verwissenschaftlicht" und versachlicht. An die Stelle von Barrikaden sind Expertenschlachten und grüne Tische getreten. Der Kapitalismus hat die Gestalt einer abstrakten Maschinerie angenommen, die nur noch anonyme, nach scheinbar objektiven Sachzwängen handelnde Funktionäre zu kennen scheint.

Wenn diese Einschätzung stimmt, bleibt die Frage, was dies politisch heißt. Die linke Debatte, soweit sie sich überhaupt noch ernsthaft auf einen kritischen Kapitalismusbegriff einläßt, scheint immer mehr zu schwanken zwischen kruden Zusammenbruchs- und Katastrophenszenarien und der Hoffnung, aus den globalen Marginalisierungs- und Verelendungsprozessen würden sich irgendwann einmal wieder „prole-

Wasser

als entscheidende Voraussetzung jeglichen Lebens sowohl unter ökologischen wie auch ökonomischen und politischen Gesichtspunkten relevant, ist es oft (zuweilen auch militärisch) umstritten. Grund genug, sich mit der politischen Ökologie des Wassers zu beschäftigen.

Zeitschrift
für kritische
Sozialwissenschaft

PROKLA 102

Von der politischen Ökologie des Wassers

ca. 160 S. - DM 18,00
(DM 14,50 im Abo)
ISBN 3-929-586-12-6

Frank Biermann:
Zur Aneignung der Ozeane durch den Menschen
Simon Guy/ Simon Marvin:
Wasserwirtschaft in England nach der Privatisierung
Engelbert Schramm:
Vernetzung dezentraler Kreisläufe
Uli Albrecht:
Krieg um Wasser
Vathsala Aithal:
Wasser im Alltag indischer Frauen

weitere Hefte:
103 Vom Gelde (Juni 1996)
101 Kapitalistische Kulturen
100 Ortsbestimmung
99 Verteilungsfragen
98 Italienische Verhältnisse
97 Markt und Staat

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Dorotheenstr. 26 · 48145 Münster · Tel. 02 51/608 60 80

tarische" Kämpfe entwickeln. Wer von der „Wiederkehr des Proletariats" träumt, müßte allerdings wissen, daß Armut und soziale Degradierung noch nie gute Voraussetzungen für politisch kompetentes Handeln dargestellt haben. Im übrigen hat „*das*" Proletariat überhaupt noch nie gekämpft, nicht einmal in den heroischen Zeiten der Arbeiterbewegung. Die Klassenbewegungen und -organisationen waren ihrer realen sozialen Zusammensetzung nach kaum jemals eindeutig „proletarisch". Immer schon haben sie sich – wenn auch mit den sozialen Lagen in spezifischer Weise vermittelt – politisch-kulturell eigenständig konstituiert.

Fest steht, daß die Tatsache von „Ausbeutung" im politökonomischen Verständnis keineswegs unmittelbar das Bedürfnis nach gesellschaftlichen Veränderungen und schon gar nicht gemeinsame Interessen schafft. Dies zeigt ein Vergleich zwischen, beispielsweise, hochbezahlten Computerexperten hierzulande, mit Hungerlöhnen abgespeisten koreanischen Bandarbeiterinnen oder ihrer einfachsten Existenzgrundlagen beraubten lateinamerikanischen Campesinos. Zweifellos wird ihr aller Lebensschicksal entscheidend vom „Weltmarkt", d.h. von globalen Profitmaximierungs- und Ausbeutungsstrategien bestimmt – aber was heißt das schon?

Die Bereitschaft zu Kampf und Revolte ist nicht nur eine Frage „objektiver", ökonomiekritisch entschlüsselbarer Strukturen und auch nicht allein vorhandener Handlungsspielräume. Sie ist vor allem auch eine Frage der „moralischen Ökonomie". Entscheidend ist, wie die konkreten Lebensbedingungen und vor allem ihre Veränderungen wahrgenommen werden, in welchen sozio-kulturellen Zusammenhängen man lebt, welche Vorstellungen von einem vernünftigen und guten Leben vorhanden sind und ob es überhaupt überzeugende Visionen von einer anderen, besseren Gesellschaft gibt.

Insofern war es gewiß kein Klassen-Selbstverrat, wenn sich in der Nachkriegszeit die Massen der Lohnabhängigen hierzulande in das fordistisch-keynesianische Kapitalprojekt einbinden und damit ruhig stellen ließen. Immerhin versprach dieses etwas, was den damals herrschenden Vorstellungen von „Sozialismus" und den trivialisierten Utopien der alten Arbeiterbewegung recht nahe kam: Arbeit für alle, mehr soziale Gleichheit und Sicherheit, stetig wachsenden Warenkonsum. Das Debakel des Sozialismus beruht nicht zuletzt darauf, daß die mit ihm verbundenen Vorstellungen nie weit über das Bild eines besseren Industriekapitalismus hinausgekommen sind.

Damit ist es nun vorbei, und selbst die schrumpfende Zahl derer, die in den prosperierenden Sektoren der Weltmarktökonomie verblieben sind, ist bedroht. Allmählich müssen alle die Gefahren realisieren, die mit der aktuellen Umwälzung der Klassenstrukturen und der Verschärfung der Ausbeutungsverhältnisse im Zuge des Globalisierungsprozesses verbunden sind. Aber was folgt daraus? Die alte industriegesellschaftliche Utopie ist nicht nur ihrer ökonomischen Grundlagen beraubt, sondern hat auch an Legitimationskraft verloren. An ihre Stelle ist jedoch kein überzeugendes Bild von einer besseren Gesellschaft getreten. Es ist vor allem dieser Utopieverlust, der das Feld der sozialen Kämpfe heute entscheidend bestimmt.

Wohl nicht zuletzt daraus resultiert auch der eigentümlich konservative Charakter der gegenwärtigen sozialen Konflikte. Immer noch wird zäh an der Vorstellung festgehalten, der industrielle Wachstumskapitalismus könne – nötigenfalls „ökologisch" modernisiert – wiederhergestellt werden. Während es also auf der einen Seite offensichtlich sehr schwer fällt, sich vom scheinbar „goldenen Zeitalter" des Fordismus zu verabschieden, kämpfen die anderen – beispielsweise die mexikanischen Zapatistas – schlicht darum, so zu leben, wie es möglich war, bevor das Kapital und der Weltmarkt über sie kam. Zwischen den jeweiligen Erwartungen und Interessen der IG Chemie und der EZLN liegt wahrlich sehr viel mehr als nur eine geographische Distanz.

Möglicherweise kommt allerdings einem gewissen Konservatismus heute sogar revolutionäre Qualität zu. Daß der globale Kapitalismus den Charakter einer unkontrollierbaren, alles umwälzenden und sich alle unterwerfenden Maschinerie angenommen hat, ist nicht nur von Marx vorausgesagt worden. Auch Max Weber sprach höchst weitblickend von einem sich entwickelnden „Gehäuse der Hörigkeit". Das heißt, daß es heute nicht mehr nur um schlichte Eigentums- und Verteilungsprobleme, sondern stärker denn je um die Frage von *Selbstbestimmung und Freiheit*, um die Bedingungen geht, das eigene Leben leben und gestalten zu können. Ins Zentrum des sozialen Konflikts rückt somit das, was in der traditionellen Arbeiterbewegung und in der herrschenden sozialistischen Theorie bestenfalls am Rande stand: Die Frage der Demokratie – allerdings nicht in der verhunzten Form der „Bürgergesellschaft", sondern als reale.

Weil die kapitalistische Gesellschaft den Charakter eines scheinbar unabhängig von allen Individuen funktionierenden und damit tatsächlich totalitären Zwangszusammenhangs angenommen hat, so kann es nicht mehr einfach um einen linear gedachten „Fortschritt" gehen. Es kommt vielmehr, um Walter Benjamin zu zitieren, darauf an, dieser Maschinerie in die Räder zu greifen, sie anzuhalten, Schluß zu machen, aufzuhören mit dem alltagspraktischen

Mitmachen – und sei es noch so kritisch reflektiert. Es gilt, sich von der alten sozialistischen Vorstellung eines besseren Industriekapitalismus zu verabschieden und zu realisieren, daß Befreiung weder eine bestimmte andere Gesellschaft, noch die wie auch immer geartete „Modernisierung" der bestehenden Verhältnisse, sondern nur die Schaffung der Bedingungen heißen kann, die es möglich machen, das eigene gesellschaftliche Leben frei zu gestalten.

Wenn es derzeit ein übergreifendes „Klasseninteresse" gibt, dann am ehesten dieses. Das läßt sich nicht nur theoretisch begründen, sondern drückt sich immer deutlicher auch in den aktuellen sozialen Kämpfen aus. Je mehr die bürgerlich-liberale Demokratie im Rahmen des „Wettbewerbsstaats" ihre Substanz verliert, desto entscheidender wird der Kampf um die Bedingungen realer Selbstbestimmung und desto deutlicher gewinnt er weltweite Dimensionen. Dieses Interesse könnte die qualifizierte Bankangestellte, die 14 Stunden am Tag arbeitet, um sich ein paar teure Klamotten, Fax, Handy und Großraumlimousine leisten zu können, mit dem Bauern in der Peripherie verbinden, dem seine letzen Lebens- und Existenzmittel abgenommen werden.

Reale Demokratie ist freilich immer auch eine Frage materieller Lebensverhältnisse, und die augenblicklichen sozialen Auseinandersetzungen werden sehr wesentlich von deren immer noch wachsenden Ungleichheit bestimmt. Die unmittelbaren materiellen Interessen sind nicht nur höchst verschieden, sondern vielfach sogar entgegengesetzt. Was der einen Arbeit und Einkommen verschafft, setzt den anderen der physischen Vernichtung aus. Die Struktur der „internationalen Arbeiterklasse" ist deshalb so kompliziert, weil immer noch und sogar verstärkt Teile davon auf Kosten der anderen leben. Über diese Realität von Globalisierung darf nicht hinweggesehen werden.

Das heißt, daß der Klassenkampf im globalisierten Kapitalismus auf Seiten der Ausgebeuteten und Unterdrückten von partiellen, isolierten und oft gegeneinander geführten Auseinandersetzungen und Rebellionen bestimmt bleiben wird. Eine „Vereinheitlichung" der Kämpfe, die Wahrscheinlichkeit, daß dem internationalen Kapital ein geschlossener Gegner erwächst, ist überhaupt nicht abzusehen. Ganz im Gegenteil. Es wäre allerdings die Wiederholung eines alten Fehlers, Befreiung in den Dimensionen eines heroischen Endkampfs begreifen zu wollen. Wirklich revolutionäre Prozesse, auch das wissen wir längst, sind keine Angelegenheit von Generalstäben, sondern resultieren aus der Verdichtung von Widersprüchen und Konflikten. Entscheidend ist daher, *daß* diese Kämpfe geführt werden, *daß* rebellisches Bewußtsein nicht erstirbt und daß sie nicht in nationalistischer, rassistischer oder wohlstandchauvinistischer Regression versinken. Dann bleibt zumindest die Möglichkeit, daß in und durch die konkreten Auseinandersetzungen hindurch Lernprozesse in Gang kommen und Gemeinsamkeiten erkannt werden.

„Eine wirkliche Revolution muß daher nicht nur eine soziale und politische, sondern vor allem eine *Kulturrevolution* sein."

Wie immer ist Klassenkampf auch eine Frage der Theorie. Wenn eine sich als kritisch und revolutionär verstehende Gesellschaftstheorie wieder halbwegs auf die Höhe der Zeit kommen sollte, wäre allerdings einiges nachzuholen. „Klassenpolitik" kann im globalisierten Kapitalismus nicht mehr den Mustern des 19. Jahrhunderts folgen. Wenn es nicht mehr um die Befreiung von Armut durch Industrialisierung und technischen Fortschritt, nicht um die „Fesselung", sondern um eine katastrophische Freisetzung der Produktivkräfte geht, wenn der gesellschaftliche Herrschaftszusammenhang nicht mehr durch die Existenz entgegengesetzter „feindlicher Lager", sondern durch den Totalitarismus der Eindimensionalität bestimmt wird, dann wird die „demokratische Frage" zentral. Allerdings nicht in der Weise, wie es die – nicht zuletzt linken – Apologeten der sich gerade selbst aufhebenden liberalkapitalistischen Demokratie verstehen. Angesichts der technischen Möglichkeiten, die heute zur Verfügung stehen, geht es mehr denn je darum, die Verhältnisse abzuschaffen, in denen der Mensch ein elendes, erniedrigtes und geknechtetes Wesen ist, um noch einmal Marx zu zitieren. Was dies praktisch heißt, ist allerdings erheblich komplizierter, als es sich dieser vorgestellt hatte.

Die Utopie, die einst „Sozialismus" oder „Kommunismus" hieß, hat sich sowohl verflüchtigt als auch konkretisiert. Es gilt anzuerkennen, daß gesellschaftliche Befreiung nicht die Durchsetzung eines vorgefertigten Gesellschaftsmodells bedeutet, sondern nur darin bestehen kann, Raum zu schaffen für die Verwirklichung *unterschiedlicher* Lebensentwürfe und Gesellschaftsvorstellungen. Dem dient keine „Klassenbewegung" traditionellen Musters, sondern die Vielzahl und Vielgestaltigkeit der Kämpfe. Es gilt zu realisieren, daß man den jetzt wirklich zu sich selbst kommenden Kapitalismus nicht einfach „gestalten" kann. Eine demokratische Politik, die diesen Namen verdient, muß darauf abzielen, die bestehenden Gesellschaftsverhältnisse nicht nur zu modifizieren, sondern aufzuheben. Es geht darum, die gesamten ökonomischen, sozialen und politischen Beziehungen in einer Weise umzuwälzen, die weit über die traditionellen Vorstellungen von einer sozialistischen Revolution hinausgehen.

Gerade in den kapitalistischen Zentren ist eine politische Revolution traditionellen Musters weder möglich noch sinnvoll. Das kapitalistische Herrschaftsverhältnis ist nicht nur tendenziell totalitär, sondern auch technisch und politisch höchst verwundbar geworden. Es wäre heute viel eher die massenhafte Verweigerung, die Beendigung des ganz alltäglichen Mitmachens, das praktisch werdende Bewußtsein, sich nicht mehr alles zumuten zu lassen, das sein Räderwerk schnell zum Entgleisen bringen würde. Und in einem solchen Prozeß könnten sich dann auch neue demokratische Politikformen und institutionelle Strukturen herausbilden.

Insofern war eine „antikapitalistische" Revolution wahrscheinlich noch nie so leicht wie heute, und gleichzeitig waren die Menschen wahrscheinlich kaum je unfähiger, über den Tellerrand ihrer Alltagszwänge hinauszublicken und ein Gespür dafür zu entwickeln, welche Möglichkeiten ihnen fortwährend genommen werden, die reale Würdelosigkeit zu erkennen, unter der sie zu leben gezwungen sind. Eine wirkliche Revolution muß daher nicht nur eine soziale und politische, sondern vor allem eine *Kulturrevolution* sein. Insofern ist die Unterschiedlichkeit, die Dezentralität und die Vielgestaltigkeit der Kämpfe nicht nur erzwungen, sondern auch produktiv. Wenn Revolution die Abschaffung eines gesellschaftlichen Zwangsverhältnisses bedeutet, dann meint sie auch das Ende von „Gesellschaft" als Herrschaftszusammenhang. Rezepte dafür gibt es nicht. Aber die revolutionäre Theorie entwickelt sich immer erst im und durch den praktischen Kampf. ●

TRANVIA
Heft 39
Winter
95/96
Revue der iberischen Halbinsel
Dossier KUBA: Politik und Wirtschaft Kubas • Beziehungen Spanien-Kuba • Emigration • afrikanische Religionen • Alltagsleben • Urlaub in Kuba • Lezama Lima • Hemingway • Baquero • "A wie Attentat" • Film und Kunst • ***Außerdem in diesem Heft:*** Mia Couto • Borges • spanisches Kino • Spanien und die Sefarden • Wahlen in Portugal u. a.

68 Seiten (A4) für 9,- DM + 1,50 Versandk.
Tranvia, Postfach 30 36 26, D - 10727 Berlin

MICHAEL SCHARPING

Sozialstaatssolidarität

Die „Standortdebatte" hat in den letzten Wochen die Flut von Forderungen weiterer Kürzungen von Sozialleistungen anschwellen lassen. Die auch den Letzten desillusionierenden Vorstöße haben vor allem einen Zweck: Senkung der Lohn- und der „Lohnnebenkosten", ob sie nun direkt die Leistungen der Sozialversicherungssysteme betreffen oder – wie die Planungen zur weiteren Absenkung der Arbeitslosen- oder Sozialhilfe (Radikalisierung des Lohnabstandsgebotes) – auf Leistungen bezogen sind, die steuerfinanzierte Transfers betreffen. Versuche der Verteidigung des Wohlfahrtsstaates allerdings scheinen sich kaum auf „Solidarität" gründen zu lassen.

Der gemeinsame Nenner der verschiedenen Intentionen zu einer Reduktion der indirekten Lohn- und Gehaltsbestandteile ist darin zu sehen, daß es offenbar gelungen ist, eine Strategie der Preiskonkurrenz auf dem Weltmarkt im Unterschied zu einer der Produktivitätssteigerungen als notwendig darzustellen und auf dieser Grundlage politische Positionsgewinne zu erzielen. Auf dieser Linie liegt auch die gern wiederholte Interpretation, der IG Metall-Vorschlag „Bündnis für Arbeit" habe schließlich erstmals den Zusammenhang von Lohn- und Lohnnebenkosten und Beschäftigung durch die Gewerkschaften anerkannt. Geradeso als wäre nicht der keynesianische Wohlfahrtsstaat und der ihn tragende korporatistische Kompromiß die Anerkennung dieses Zusammenhangs par excellence – allerdings, weil unter anderen Bedingungen, mit nahezu umgekehrtem Vorzeichen. Daß eine Strategie der Konkurrenz auf Preisebene weder ökonomisch vielversprechend noch vermutlich – aufgrund der Bodenlosigkeit der von ihr geforderten Spirale des Abbaus von Transferzahlungen – politisch langfristig durchzuhalten sein dürfte, stellt kein prinzipielles Hindernis für eine auf ihr basierende weitere Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse im Sinne der in allen politischen Parteien mehr oder minder grassierenden marktliberalen Vorstellungen dar. Daß die Spielräume für eine solche politische Strategie derzeit noch nicht erschöpft sind, wird daran deutlich, daß in den Verhandlungen des „Bündnis für Arbeit" sogleich Kürzungen der Arbeitslosenhilfe durchsetzbar waren, wogegen doch der IG Metall-Vorschlag noch definitiv den Verzicht auf jede Form von Sozialkürzung als notwendige Bedingung jeden „Bündnis' für Arbeit" bezeichnet hatte.

In dieser Situation mag es manchem unangemessen erscheinen, auf die normative Dimension sozialpolitischer Entscheidungen und Regelungen einzugehen. Ein Blick auf die gegenwärtigen Auseinandersetzungen zeigt allerdings schnell, daß moralisch bzw. ethisch gehaltvolle Konzepte, keineswegs Kostenargumente allein, zentraler Bestandteil des rhetorischen Repertoires sind, in dessen Rahmen die Auseinandersetzungen sich abspielen. „Mißbrauch", „versicherungsfremde Leistungen", „Eigenvorsorge" und „Selbstbeteiligung", aber auch der inflationäre Appell an „Solidarität" sind bekannte Beispiele dafür. Und nicht jede der mit diesen oder anderen Begriffen angedeuteten sozialmoralischen Realitäten – von freilich ganz unterschiedlichem Wirklichkeitsgehalt – dürfte sich gleichermaßen zur Konstruktion einer nationalen Wettbewerbsgemeinschaft eignen.

Im Hinblick auf den Begriff der Solidarität stellt sich freilich die Frage, inwiefern er einerseits in deskriptiver Hinsicht dazu taugt, das Sozialversicherungssystem, verstanden als Kern des deutschen Wohlfahrtsstaates, zu begreifen und damit eventuell auch eine sozial relevante Motivlage zu benennen, an die normativ freilich nicht nur gegen Abbauinteressen, sondern darüber hinaus auch im Interesse nötiger Veränderungen appelliert werden könnte. Die Notwendigkeiten solcher Veränderungen ergeben sich ja keineswegs allein aus isoliert ökonomisch zu verstehenden Ursachen der Krise der wohlfahrtsstaatlichen Integration (internationale Konkurrenz, Arbeitslosigkeit, andere Arbeitsmarktintegration und aus alledem folgende Finanzierungsengpässe). Veränderungsdruck resultiert ebenso aus dem mit diesen Prozessen sich überlappenden Lebensformenwandel wie aus den weitreichenden Kritiken der internen Architektur des arbeitszentrierten Wohlfahrtssystems, die – aufgrund ihres arbeitsmarktregulierenden Charakters – keineswegs zweitrangige Konstituentien der wohlfahrtsstaatlichen politischen Ökonomie sind, also aus ihren immanenten sozialen Ausgrenzungsmechanismen (wer erwirbt wie das Recht auf Versicherungspflicht, wer kann sich ihm entziehen), die vor allem Gegenstand feministischer Kritik sind. Nicht zu vergessen sind schließlich aber auch die ökologisch verheerenden Implikationen jener Architektur.

Um einer Klärung dieser Fragen näher zu kommen, orientiere ich mich an einem recht allgemeinen und gängigen Begriff von Solidarität. Mit „Solidarität" bezeichnet wird i.d.R. eine Form sozialer Beziehungen, die zustandekommt, wenn Individuen an einer gemeinsachen Sache (Werten, Zielen) orientiert sind und durch diese Orientierung zu einer sozialen Gruppe oder Gemeinschaft zusammengeschlossen sind. Diese Vergemeinschaftung impliziert, daß die durch sie in mehr oder minder starken Formen gemeinsamer Identität oder des Zusammengehörigkeitsgefühls Verbundenen sich wechselseitig in ihrem spezifischen, individuellen Beitrag zu der gemeinsachen Sache und dadurch als Mitglieder der Gemeinschaft anerkennen. Daraus resultiert als eine spezifisch gemeinschaftsinterne Handlungsform eine Wechselseitigkeit des Gebens und Nehmens untereinander, die nicht nur in der Zeit extrem gedehnt werden, sondern unter bestimmten Bedingungen auch ganz ausbleiben kann, ohne Normen der Solidarität zu verletzen, und die zudem im Falle ihrer Realisierung prinzipiell von den Forderungen ökonomischer Tauschäquivalenz entlastet ist. Tauschäquivalenz kann hier nämlich dadurch ausgeschaltet werden, daß sich die Individuen immer schon in einer umfassenderen, einer gewissermaßen höheren Dimension als Gleiche ansehen, nämlich in der Orientierung an der gemeinsamen Sache. Zur ihr haben sie – Implikat anerkannter Mitgliedschaft wie Voraussetzung solidarischer Hilfe – ihren spezifischen Beitrag immer schon erbracht. Festzuhalten ist weiterhin, daß die Orientierung an der gemeinsamen Sache ein näher zu bestimmendes gemeinsames Handeln bedeutet, freilich in unterschiedlichem Grade differenziert nach den legitim gemäß den unterschiedlichen Fähigkeiten zu erwartenden individuellen Beiträgen (Pflichten), daß sich schließlich Rechte auf der Grundlage jener Beiträge ergeben (und nicht etwa ihnen vorhergehen).

Was nun die Betrachtung der Sozialversicherungspflichtsysteme des deutschen Wohlfahrtsstaates betrifft, dürfte sehr viel dafür sprechen, einen solchen Begriff der Solidarität äußerst zurückhaltend auf sie anzuwenden. Die Gründe dafür lassen sich gut verdeutlichen im Blick auf die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV). Denn einerseits können hier aufgrund der Tatsache, daß in ihr das im großen und ganzen noch geltende (und medizinisch definierte und standardisierte) Bedarfsdeckungsprinzip einer einkommensdifferenzierten Beitragsbemessung gegenübersteht (was in dieser Kombination für die anderen Versicherungszweige nicht zutrifft), noch am ehesten solidarische Komponenten ausgemacht werden, die allerdings durch die „Beitragsbemessungsgrenze“ und die „Pflichtversicherungsgrenze“ deutlich limitiert sind. Diese eingeschränkte solidarische Komponente fällt mit sich einander überlagernden unterschiedlichsten Umverteilungen zwischen verschiedenen Einkommens- und Statusgruppen und ihren jeweiligen gesundheitlichen Risiken, die kaum auf einen Nenner zu bringen sein dürften und deren längerfristige Beurteilung schwierig ist. Es handelt sich jedenfalls nicht um eine einfache vertikale Umverteilung zwischen Einkommensgruppen. Andererseits fällt es bedeutend schwerer, weitere zentrale Komponenten von Solidarität (gemeinsame Sache, kollektives Handeln) zu entdecken, wie sich gerade auch in historischer Perspektive verdeutlichen läßt.

Die GKV ist nicht nur ein bekannt guter Beleg dafür, daß die Sozialversicherungen im Deutschen Kaiserreich unter Bismarck gegen die organisierte Arbeiterbewegung institutionalisiert worden sind und nicht einer dem Sozialistengesetz entgegengesetzten sondern identischen Zielsetzung folgten. Dies ist einer der Gründe dafür, daß die These von den sozialdemokratischen Ursprüngen des Sozialstaates – nicht nur für Deutschland – u.a. von Autoren wie Baldwin oder Esping-Andersen differenziert worden ist. Das Beispiel der Krankenversicherung zeigt aber darüber hinaus eindringlich, daß exakt mit jenem Ursprung Entwicklungen der Boden bereitet wurde, die noch heute fortwirken (auch auf der Ebene aktueller Krisenursachen), und die u.a. für das Problem der Solidarität von Belang sind (vgl. zum Folgenden etwa Rodenstein u. Göckenjan).

In dieser Hinsicht ist zentral, daß die GKV sukzessive an die Stelle der von Arbeitern selbstorganisierten Krankenversorgung gesetzt wurde, auch um deren politische Funktion auszutrocknen. Die „freien Hilfskassen“ nämlich, denen mit der Krankenversicherungsnovelle von 1892, die eine entscheidende Stärkung der Pflichtkassen bedeutete, die Grundlage ihrer Existenz entzogen worden war, verbanden noch Krankenversorgung und politische Solidaritätsbildung, besonders unter dem Sozialistengesetz.

Wie besonders Göckenjan deutlich gemacht hat, war im Rahmen dieser Verbindung auch eine andere Form der Erbringung von Leistungen im Krankheitsfalle typisch. Anstelle einer fixierten Leistung aufgrund eines beitragserworbenen Anspruchs habe es eher eine kollektive Mobilisierung bedarfsorientierter Hilfe durch die gewerkschaftlich-proletarischen Beziehungsnetze gegeben. Die darin sich Realität verschaffende „Möglichkeit aktiver Solidarität“ beruhte vor allem auf einem anderen Verständnis des Zusammenhangs von industrieller Lohnarbeit und Krankheit, demzufolge Krankheit noch als „unbezweifelter Bestandteil des Arbeitslebens“ und kollektiv getragene „Kosten der Produktionsweise“ verstanden wurde. Davon unterscheidet sich der heute vorherrschende individualisierte Krankheitsbegriff, der Krankheit zu einem anderen Zustand (neben dem der Arbeitsfähigkeit) erklärt und die ursächliche Verbindung mit den Bedingungen der Arbeit zugunsten eines Kausalmodells zerschneidet, das mittels naturwissenschaftlicher Medizin auf das Individuum (seine körperlichen Dispositionen, sein selbstverantwortetes Verhalten etc.) bezogen ist. Die Durchsetzung dieses Begriffs von Krankheit und der ihm weitgehend entsprechenden kurativen Medizinpraxis vertieft sich parallel mit der von der GKV, ihren Organisations- und Leistungsformen (insb. standardisierte, mit den Ärzten ausgehandelte Sachleistungen) ausgehenden Formierung eines massenweisen „versicherungsrechtlichen Subjekts“ (Göckenjan) mit rechtlich geschützten individuellen Ansprüchen. Bemerkenswert ist darüber hinaus, daß es auch über die in ihren Möglichkeiten zunehmend begrenzte „Selbstverwaltung“ bis heute nicht mehr möglich gewesen ist, dieser gesundheitspolitischen Entwicklung eine andere wirksam entgegenzusetzen, und im Gegenteil die „Selbstverwaltung“ ihrerseits zum integralen Bestandteil dessen geworden ist, was als System individualisierender, selbstdisziplinierender Kontrolle von Gesundheit und Krankheit und ihres (Nicht-) Zusammenhangs mit der Arbeit resp. gesellschaftlichen Arbeitsteilung etabliert worden ist (und nun teilweise selbstdestruktive Qualität erlangt).

„Idealisierende Vorstellungen über vergangene Solidaritäten“: FDGO-Schulung

Natürlich besteht kein Anlaß, die vergangenen Formen selbstorganisierter Solidarität zu romantisieren, und zwar nicht nur, weil ihre Leistungen in Umfang und Reichweite immer gering geblieben waren, sondern auch, weil die Erzeugung von Solidarität sicher nicht immer zwanglos vonstatten gegangen sein mag. Zudem bleibt hier die Frage ganz ausgeklammert, an welchen Orten soziale Solidariät heute primär zu erwarten ist. (Unklar ist nebenbei bemerkt auch, durch welche sozialen Akteu-

ami

Krieg und Frieden

Politik, Forschung und Bewegung

Monatlich.
Probeheft gratis.

Themenhefte:

- Gewaltfreie Konfliktbearbeitung (12/95)
- Krisenregion Asien (10/95)
- Medien und Krieg (6/95)

Abo: (9 Normal-/3 Themenhefte) DM 50,- Ausland: DM 60,-
Themenheft: DM 5,- (+Porto).
WWW: http://fub46.zedat.fu-berlin.de:8080/~arend/ami.html
Bezug: Telefon/Fax: ++30-215 10 35
e-mail: ami@zedat.fu-berlin.de
✉ Elßholzstr. 11, 10781 Berlin

antimilitarismus information

KURDISTAN

eine Einführungsbroschüre über die Situation von KurdInnen in der Türkei und BRD

AutorInnenTeam der AKTION 3.WELT Saar
Magazin Verlag, Kiel, 1995 ,Reihe BRD + 3.Welt Nr.52
50 Seiten, 4,-DM, viele Photos

•historische Entwicklung •aktuelle Situation •Interessen der Türkei und BRD •Möglichkeiten einer politischen Lösung •Situation und Kriminalisierung von KurdInnen in der BRD •Buch- und Zeitschriftentips

Lieferung bis 50,-DM Bestellwert nur gegen Vorauskasse
Für Wiederverkäufer und Buchertische ab 5 Ex. 30% Rabatt zzgl. Porto (bis 5 Ex. 1,50; bis 10 Ex. 2,50; über 10 Ex. 5DM); kostenlose Rezensionsexemplare
AKTION 3.WELT Saar • Weiskirchener Str. 24 • 66674 Losheim • Tel 06872/6982 Fax 7826
Bankverbindung: Konto 01382618 bei Saarbank Losheim, BLZ 591 900 00

re heute ein anderer Krankheitsbegriff gesundheitspolitisch konsequenzenreich etabliert werden könnte). Es scheint dennoch nicht übertrieben, unter dem Aspekt der Solidarität von einem radikalen Formwandel der Krankenversorgung zu sprechen: von der „Möglichkeit zu aktiver Solidarität" auf der Grundlage geteilter, auch gesundheitspolitischer, Vorstellungen zu einer formalisierten Solidarität, im wesentlichen einer rechtlich und bürokratisch abgewickelten „finanziellen Aktion" (Göckenjan). Dafür eigent sich die Bezeichnung „Zwangssolidarität" (Claus Koch) dennoch kaum, weil sie idealisierende Vorstellungen über vergangene Solidaritäten mitschleppt und weil die Legitimation dieses Systems der GKV von der Gesetzgebung über seine dauerhafte korporatistischen Reproduktion bis zur alltäglichen Praxis nicht unterschlagen werden sollte.

Kommt man also zu dem Ergebnis, daß die GKV mit der angesprochenen Verbindung von Prinzip der Deckung des Bedarfs (anstelle einer rudimentären Grundversorgung) und einkommensdifferenziertem Beitrag ein zentrales solidarisches Element nur sehr restriktiv verwirklicht, ist die Beurteilung der anderen Sozialversicherungen im wesentlichen umrissen. Auch wenn es in ihnen Formen „politisch bestimmter Bedarfe" (Nullmeier/Vobruba) gibt, ist – wie sich im Einzelnen zeigen ließe – das Moment der Bedarfsgerechtigkeit im Verhältnis zu dem der Äquivalenz individueller Beiträge und Leistungen in weitgehendender Anlehnung an das Versicherungsprinzip bedeutend schwächer entwickelt als in der GKV. Die Kerninstitutionen des deutschen Wohlfahrtsstaates minimieren also die Anforderungen an die Solidarität ihrer Mitglieder (was allerdings gemeinsame Interessen Versicherter und deren politische Artikulation nicht ausschließen muß). Das verbindet ihre interne Verfassung mit ihren beiden wesentlichen äußeren Begrenzungen, die die schwache Solidarität derer, die sozusagen ein Recht auf Pflichtversicherung haben, mit starken Ausschlußmechanismen absichern: mit (a) ihren nach wie vor auf die männliche Normalerwerbsbiographie zentrierten Zugangsbedingungen, durch die definiert ist, was eine versicherungswürdige Leistung ist, und durch die die existente Geschlechterordnung als Ganzes reproduziert wird, und (b) ihrem nach wie vor konstitutiven Unterbau diskriminierender Fürsorge, auf dem historisch die Formierung und aktuell die Reproduktion jenes verallgemeinerten männlichen Arbeitertypus beruht und dem vor wie nach die Funktion einer Regulierung der untersten Löhne zukommt. (Vgl. nur die aktuellen Pläne zur Senkung der Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe.)

Wenn dieser Befund einer weitreichenden Anspruchslosigkeit des bundesdeutschen Sozialversicherungssystems unter Solidaritätsaspekten zutrifft, dürfte es eine Politik differenzierter Verteidigung und Fortentwicklung des wohlfahrtsstaatlichen Systems nicht eben leicht haben, an „Solidarität" als eine existierende sozialmoralische Grundlage anzuknüpfen, die die beitragsfinanzierten Versicherungssysteme trägt. Als in diesen Kontext stehendes weiteres Indiz könnte ebenso der Verlauf der Diskussion über ein garantiertes Grundeinkommen und über erforderliche Arbeitszeitverkürzungen dienen.

Es erscheint deshalb nicht unplausibel, wenn ein aktueller Beitrag den Versuch unternimmt, eine Verteidigung des unbestritten relativ hohen Sicherungsniveaus auf einen „sozialstaatlichen Republikanismus" zu gründen. Für diesen seien nicht nur Solidar-, sondern ebenso die von diesen gehegten individualisierenden Leistungsnormen grundlegend und in sozialstaatlichen Regelungswerk institutionalisiert (Nullmeier/Rüb). Ein solcher stellt einen sich selber als defensiv einbekennenden Versuch dar, an „leistungszentrierte Grundüberzeugungen und Denkstrukturen" anzuknüpfen und das Modell einer zur „sozialstaatlichen Leistungsgemeinschaft" fortgebildeten „vorpolitischen Marktgesellschaft" zum fortzuentwickelnden bestandserhaltenden „Integrationsmodus bundesdeutscher Demokratie" zu erklären. Aber auch dabei wird implizit dem Sozialversicherungssystem unter dem Titel der Bedarfsgerechtigkeit bzw. der „politisch bestimmten Bedarfe" (Nullmeier/Vobruba) mehr Solidarität zuerkannt, als hier als sinnvoll betrachtet worden ist – wobei unzweifelhaft richtig ist, daß die Bedarfe politisch bestimmt sind! Zudem scheinen in diesem Modell Prämissen des bundesdeutschen Wohlfahrtsstaates konservieren zu werden, deren Problematik sowohl in sozialer wie in ökologischer Hinsicht eher zu- als abnehmen dürfte. ●

Literatur:

Baldwin, Peter 1990: The Politics of Social Solidarity. Cambridge

Esping-Andersen, Gösta 1990: Three Worlds of Welfare Capitalism. Princeton

Göckenjan, Gerd 1981: Verrechtlichung und Selbstverantwortung in der Krankenversorgung. Leviathan 9, S. 8 - 38.

Nullmeier, Frank / Rüb, Friedbert W. 1994: Erschöpfung des Sozialversicherungsprinzips? Gesetzliche Rentenversicherung und sozialstaatlicher Republikanismus. Leviathan Sonderheft 14 („Grenzen des Sozialversicherungsstaates").

Nullmeier, Frank / Vobruba, Georg 1995: Gerechtigkeit im sozialpolitischen Diskurs. In: Döring, Diether u.a. (Hg.): Gerechtigkeit im Wohlfahrtsstaat. Marburg

Rodenstein, Marianne 1981: Arbeiterselbsthilfe, Arbeiterselbstverwaltung und staatliche Krankenversicherungspolitik in Deutschland. In: Starnberger Studien 2: Sozialpolitik als soziale Kontrolle. Frankfurt/M.

HARALD REIN

Armut

Individuelles Risiko oder Grund zur Auflehnung?

„Nicht eine der rund 265 Arbeiterinnen, die das Philips-Unternehmen Car Stereo Wetzlar bei seinen jüngsten Umstrukturierungsmaßnahmen entlassen hat, war bereit, sich auf Kosten der Firma und des Arbeitsamts umschulen zu lassen. Diese Aussage des Philips-Betriebsratsvorsitzenden Helmut Bonke verschlug Hessens Arbeits- und Frauenministerin Heide Pfarr (SPD) am Freitag die Sprache. Pfarr fand für das Verhalten dieser Frauen, lieber arbeitslos zu sein, als sich höher zu qualifizieren zu lassen, keine Erklärung..." (*FR* vom 14.3.1992)

Aufstehen gegen Sozialleistungskürzungen" so lautete das Motto einer bundesweiten Demonstration am 4.11.1995 in Bonn. Etwa 3.000 Menschen fanden sich dort zusammen, um gegen die fortschreitende Verarmung durch Änderungen im Sozialhilfe- und Arbeitslosenrecht ihre Meinung und ihre Positionen zu manifestieren. Fast unbemerkt von Presse, aber auch von fortschrittlichen gesellschaftlichen Gruppen bzw. sozialen Bewegungen, formiert sich, nach Jahren relativer Ruhe, eine kleine Bewegung von Sozialhilfebezieher-Innen und Erwerbslosen, die nicht nur über ihre materiell schwierige Situation redet, sondern auch nach außen ihren Protest zeigen will.

Fast zur gleichen Zeit bot der IG-Metall-Vorsitzende Zwickel den KapitalvertreterInnen ein „Bündnis der Arbeit" an. Mit dem Angebot von Lohnverzicht und der Akzeptierung von untertariflichen Einstiegslöhnen für Langzeiterwerbslose soll den Unternehmern die „Lust" an der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen „schmackhaft" gemacht werden.

Zwei Ereignisse, die im Vorgriff auf die weiteren Ausführungen bereits andeuten, wie gering das öffentliche Interesse ist, sich mit Protestformen der Armutsbevölkerung auseinanderzusetzen und wie wenig die Gewerkschaften als „natürliche Verbündete" der „Unterpriviligierten" dazu beitragen, eine gemeinsame Solidarität von Erwerbslosen und Erwerbstätigen aufzubauen.

Erwerbslosenprotest

Auf den ersten Blick haben Millionen von Erwerbslosen keine nennenswerte soziale Bewegung hervorgebracht. Trotz jahrelanger, systematisch angelegter Angriffe bundesdeutscher Politiker und Kapitalvertreter auf die existenziellen Grundlagen der Armutsbevölkerung regt sich kaum kollektiver Widerstand. Ein Phänomen, daß nach Erklärung sucht.

Wesentlich für die Herangehensweise an Widerstandsverhalten von Erwerbslosen ist die Abkehr von einem eindimensionalen Politikbegriff, der maßgebliche politische Einflußnahme nur als fest organisierte Lobbyarbeit oder ausnahmsweise als disziplinierte fahnenschwingende Masse identifiziert und bewertet. Das Protesthandeln Erwerbsloser und Sozialhilfebezie-herInnen ist aber nur bedingt in solcherart gängige politische Verhaltensklischees einzuordnen. Es beinhaltet eine Vielfalt von Widerstandsmustern, die je nach sozialer und ökonomischer Entwicklungsvoraussetzung einer historischen Epoche eingesetzt wurden.

So nutzten Erwerbslose 1931 den Zustand der Arbeitslosigkeit und die Möglichkeit des kollektiven „Abstempelns", um im Grunewald lautstark mit anderen Betroffenen über eine Zukunft ohne Lohnarbeit zu sinnieren, ebenso wie die Erwerbslosen und SozialhilfebezieherInnen, die mit geringen materiellen Mitteln 1981, ein Hüttendorf zur Verhinderung der Startbahn-West mit aufbauten.

Piven/Cloward kritisierten bereits vor einigen Jahren die Herangehensweise von vielen Forschern an die amerikanische Erwerbslosenbewegung, für die, ähnlich wie in Deutschland, Bewegung und Organisation gleichbedeutend sind. Dies hat zur Konsequenz, daß „Proteste einen Führer, eine Satzung, ein legislatives Programm oder doch zumindest ein Banner haben müssen, bevor sie anerkannt werden", was zur Folge hat, „daß die Aufmerksamkeit von vielen Formen politischer Unruhe abgelenkt wird und diese per definitionem den verschwommenen Bereichen sozialer Probleme und abweichenden Verhaltens zugeordnet werden" (Piven/Cloward 1986: 30).

Politisch aktuelle Verhaltensmuster von Erwerbslosen finden sich häufig in Form alltäglicher Resistenz, im individuellen Widersetzen. Dieser „stumme" Protest ist es, der sich am ehesten in der Protestwirklichkeit der Armutsbevölkerung wiederfindet. Er stellt oft den einzigen Weg dar, sozialer Ungerechtigkeit entgegenzutreten und bewahrt darüber hinaus in selbstbewußten „listigen" Handlungen einen gewissen Grad an menschlicher Würde.

In diesem Kontext definiere ich unter Widerstand alle individuellen und kollektiven Verhaltensweisen von Erwerbslosen, die eine Änderung bestehender sozialer Verhältnisse bezwecken oder ein Leben in Würde anstreben. Um die Voraussetzungen für Protest zu prüfen, sind noch folgende Bemerkungen wichtig:

Erwerbslose zu organisieren, erwies sich schon immer als schwieriges Unterfangen. Auch in der Weimarer Republik konnten nur ansatzweise stabile und kontinuierliche Organisationsstrukturen aufgebaut werden. „Erwerbslose galten mit ihrem unkalkulierbaren politischen Auftreten und ihrer eruptiven Widerständigkeit als Störfaktor im geregelten, organisierten Klassenkampf. Nicht nur staatliche Stellen taten sich schwer im Umgang mit Erwerbslosen, sondern auch Arbeiterparteien und Gewerkschaften. Das Spontane, Unangepaßte lag quer zur Vernunft und Ordnungsliebe der Arbeitervertreter." (Rein/Scherer 1993: 9) Dies gilt zum großen Teil auch noch für heute. Der Verlust des Arbeitsplatzes, der Zusammenbruch jahrzehntelanger politischer Selbstverständlichkeiten (Wirtschaftswachstum gleich Konsumwachstum) und die Realitäten, daß Erwerbslose von keinen politischen Instanzen Hilfe zu erwarten haben bzw. sogar noch für eine Situation, die sie selbst nicht zu verantworten haben, durch Kürzungen von Lohnersatzleistungen und Sozialhilfe bestraft werden, kann zu politischen Verhaltensweisen führen, die durch keine Partei oder Gewerkschaft einzuordnen sind und dort integrierbar erscheinen.

Nach Meinung vieler Wissenschaftler fehlt es den Erwerbslosen an Konfliktfähigkeit, da diese, von ihrer gesellschaftlichen Stellung aus gesehen, nichts zu verweigern hätten, was staatliche Instanzen zum schnellen Handeln zwingen könnte. So auch neuerdings Jürgen Habermas, der glaubt, eine Schicht von jugendlichen Langzeitarbeitslosen entdeckt zu haben, die über kein „Drohpotential" verfügen, „um ihre verzweifelte soziale Lage aus eigener Kraft verändern zu können". Ge-

schichtliche Erfahrungen aus Deutschland, England und Amerika zeigen, daß Erwerbslose durchaus etwas zu verweigern haben, nämlich ihre geduldige Loyalität. Kündigen sie diese auf, geschieht dies allerdings nicht in politischen Ausdrucksformen der Institution, des Verbandes oder der Partei, sondern in der Direktheit unvermittelt erscheinender Aktion.

Protesthandeln steht in engem Zusammenhang mit der jeweiligen sozialen Struktur eines gesellschaftlichen Systems und den Spielräumen, die den Menschen zugestanden werden. Solange diese „das Alltägliche leben können, rekonstituieren sich die alten Verhältnisse" (Lefebvre 1972: 51). Eine Vorhersage, wann Menschen sich gegen soziale Verhältnisse wehren, ist nicht möglich. Dennoch kann es gesellschaftliche Anzeichen geben, die, als abweichendes Verhalten diffamiert, Möglichkeiten sozialer Rebellion andeuten. Ökonomische Entwicklungen und staatliche Reaktionen „können derartig einschneidend sein, daß die Strukturen und Gewohnheiten des Alltagslebens praktisch außer Kraft gesetzt werden" (Piven/Cloward 1986: 35). Führt dieser soziale Erosionsprozeß bei Teilen der Armutsbevölkerung dazu, Erniedrigung, Verarmung und Deklassierung als ungerecht und wandelbar zu interpretieren, sind günstige Voraussetzungen für eine verändernde Praxis gegeben.

Veränderte Rahmenbedingungen

Die ökonomischen und politischen Einschnitte der letzten 10 Jahre im Hinblick auf die Armutsentwicklung bedürfen einer zielgerichteten und differenzierten Analyse. Auszugehen ist davon, daß das derzeitige wirtschaftliche Wachstumsmodell verstärkt gesellschaftliche Polarisierungstendenzen schafft. Eine Art aktive Armutsanalyse ist nötig, um festzustellen, welche Personen wie ausgegrenzt werden, welche Gruppen besonders betroffen sind und welche sozialen Abfederungsfaktoren noch existieren.

1977 schrieb Günther Anders über die Antiquiertheit der Arbeit: „Das Postulat der Vollbeschäftigung wird also um so weniger erfüllbar sein, je höher der technologische Status einer Gesellschaft ist." Anfang 1996 erreicht die Arbeitslosenquote mit offiziell 4,1 Millionen (die tatsächliche Zahl dürfte um einige Millionen höher sein) das höchste Niveau in der Nachkriegszeit. Der Einsatz technologischer Mittel zur Erreichung kostengünstigerer Produktionsabläufe steht in direktem Zusammenhang mit dem „Überflüssigmachen" menschlicher Arbeitskraft. Im Unterschied zu den siebziger Jahren, trifft es nicht nur alte, kranke oder unqualifizierte Erwerbslose, sondern auch jüngere, gut qualifizierte Arbeitskräfte. Sie werden einfach nicht mehr gebraucht, oder gelangen erst gar nicht in den Lohnarbeitsmarkt. Der Mythos von der Unterqualifizierung als Ursache für Arbeitslosigkeit ist nur noch teilweise aufrechtzuerhalten.

In Frankfurt verfügen etwa ein Drittel aller Langzeiterwerbslosen (ein Jahr und länger arbeitslos) über eine abgeschlossene Berufsausbildung ohne gesundheitliche Einschränkungen. Davon besitzt ein hoher Prozentsatz die Hochschulzugangsberechtigung. Rund 40 % haben eine zusätzliche berufliche Qualifikation oder/und ergänzende Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten auf dem Wege der Fort- und Weiterbildung erworben. D.h., die Möglichkeit, daß es jeden treffen kann, wird immer größer. Viele kommen nach der Ausbildung in keinen regelmäßigen Arbeitsprozeß. Umschulung, Fort- und Weiterbildung schützen nicht vor Arbeitslosigkeit, sondern sind oft nur ein Mittel, die Erwerbslosen irgendwie zu beschäftigen und in ein Disziplinarsystem einzubinden bzw. die Arbeitslosenstatistik zu bereinigen.

„Diese Erwerbslosen begreifen ihre Situation als individuelle Chance autonomen Handelns, als Hilfe für die Bestätigung ihres status quo...

Veränderungen ergeben sich auch im Industriesektor und im Dienstleistungsgewerbe. 1992 waren 300.000 Personen wegen unzureichendem Erwerbseinkommen auf Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen. Niedriglöhne finden sich im Friseurhandwerk, in der Landwirtschaft, der Schuhindustrie, im Einzel- und Großhandel usw.. Eine ausgelernte Friseurin in Rheinland-Pfalz bringt es auf 1200 DM netto, ein Erntehelfer im Weser-Ems-Land auf ebenfalls 1200 DM netto und eine Verkäuferin in Westberlin nach sieben Jahren Berufserfahrung auf rund 2050 DM netto. Sie alle bewegen sich im Armutsbereich, obwohl sie, ausgestattet mit einem Tarifvertrag, arbeiten. Hinzu kommt die Zahl der geringfügig Beschäftigten (Wochenarbeitszeit unter 15 Stunden). Sie lag für 1988 bei rund 2,1 Millionen.

Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit besuchten die Minister Waigel, Rexrodt und Blüm im März 1994 die USA, um vom dortigen „Beschäftigungswunder" zu lernen. Was sie aus den USA mitbrachten, war die „Notwendigkeit grundlegender Reformen des europäischen Arbeitsmarktes" nach dem Motto: schlechtbezahlte Jobs sind besser, als gar keine Arbeit.

Mit Hilfe regelmäßiger direkter und indirekter Kürzungen von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld und -hilfe sollen die Betroffenen in Billigjobs gedrängt werden. Flankiert wird dieses Vorhaben dadurch, ähnlich wie in der Sozialhilfe, von Arbeitslosenhilfe-BezieherInnen eine Art Arbeitspflicht zu verlangen („Arbeitstrainingsmaßnahmen"). Die von immer mehr Gewerkschaften akzeptierten untertariflichen Einstiegslöhne für Langzeitarbeitslose vervollständigen die sozialen Angriffe.

Die Reaktion der politisch Verantwortlichen auf die Krise des Arbeitsmarktes ist deutlich: die Erwerbslosen dürfen nicht unruhig werden, sie durchlaufen gezwungenermaßen oder freiwillig ein System von Weiterqualifizierungs - Arbeitsbeschaffungs - Eingliederungs - Einarbeitungs - Umschulungs - Fortbildungs - Trainingsmaßnahmen usw. ohne, daß sich die Situation des Einzelnen grundlegend ändert. Gleichzeitig wird der Druck auf die Erwerbslosen, jede Arbeit annehmen zu müssen, verschärft, die Regularien für Niedriglohn entschärft und die materielle Existenzgrundlagen der Einzelnen eingeschränkt.

Aktuelle Protestformen

Die gängigen Argumente zur Erklärung mangelnder politischer Aktivitäten unter den Erwerbslosen lauten in etwa so:

- Arbeitslosigkeit ist kein geeigneter Dauerzustand zur Identifikation, die Erwerbslosen sind bunt zusammengewürfelt, vom Hilfsarbeiter bis zum Akademiker.

Was schon im Betrieb nicht funktionierte, kann außerhalb des Arbeitsplatzes erst recht nicht funktionieren.

● Arbeitslosigkeit wird ausschließlich negativ wahrgenommen. Die psychischen Folgeprobleme eines Arbeitsplatzverlustes beeinträchtigen die Möglichkeit, sich aktiv nach außen zu bewegen.

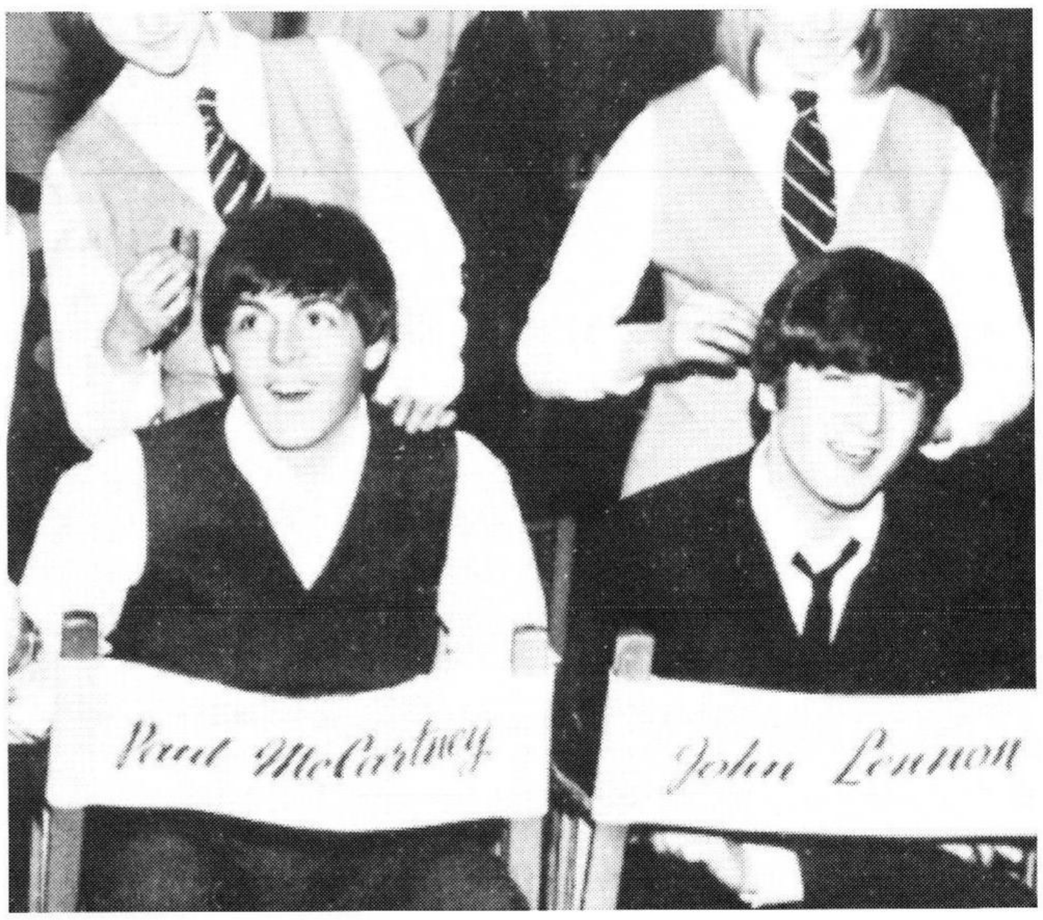
● Das gesellschaftliche Sozialsystem individualisiert, indem es den Einzelnen in Segmente (z.B. nach Berufsqualifikation) aufteilt, in unterschiedliche Anspruchsgruppen gliedert und nach sorgfältiger Einzelfallprüfung versorgt. Solidarität ist kaum möglich.

Tatsächlich wirken diese objektiven und subjektiven Faktoren auf Erwerbslose und beschneiden deren Handlungsspielräume. Allerdings nicht in dem Maße, wie es noch vor einigen Jahren vermutet wurde. In der Öffentlichkeit und in der etablierten Wissenschaft wird nur ein bestimmter Typ (der des Leidenden) dargestellt und nur in Ausnahmefällen (wenn es um Diskriminierung geht) der produktive Umgang mit Arbeitslosigkeit hervorgehoben. Diese Bild geriet in den letzten Jahren ins Wanken, denn vielfältige Untersuchungen haben nachgewiesen, daß es nicht ein Reaktionsmuster auf Erwerbslosigkeit gibt, sondern daß verschiedenartige Auseinandersetzungs- und Realisationsformen das Leben der Erwerbslosen bestimmen (Beispielhaft: Alheit/Glaß 1986, Guggemos 1989, Kronauer/Vogel 1993).

In einer eigenen Untersuchung von 1992 konnte ich verschiedene Formen der Resistenz unter Erwerbslosen feststellen, wobei diese Formen nicht als statisch zu begreifen, noch automatisch bestimmten sozialen Gruppen zuzuorden sind. Häufiger kommen Überschneidungen und Vermischungen vor:

1. Die individuellen Leistungsverweigerer:
Sie unterwerfen sich nur in äußersten Notsituationen einem regelmäßigen Lohnarbeitsdrill und nehmen nur solche Tätigkeiten an, die nötig sind, das eigenbestimmte Lebensniveau zu halten. Ergänzend halten sie sich mit zusätzlichen sozialen Leistungen über Wasser. Solange ihr individueller Widerstand erfolgreich ist, sehen sie keine Notwendigkeit des gemeinsamen politischen Engagements.

2. Die selbstbewußten BezieherInnen von Sozialhilfe und Lohnersatzleistungen
Sie lassen ihre Lage weder psychologisieren (wer arbeitslos ist, leidet), noch sich für ihre Situation individuell verantwortlich machen. Sie wissen sehr wohl, wer sie wegrationalisert hat und wer ihnen die Sozialleistungen kürzt. Ihr Widerstand ist der Kampf um materielle Leistungen und für ein Leben in Würde. Sie fordern die ihnen zustehenden staatlichen Leistungen selbstbewußt ein und kennen sich im Arbeitsförderungs- und Bundessozialhilfegesetz bestens aus. 1993 legten mehr als 500.000 Menschen Widersprüche gegen Bescheide der Arbeitsämter ein. Gegen Kürzungen von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe Anfang 1995 legten 125.000 Betroffene Widerspruch ein. Obwohl individuell angelegt, werden über informelle Kanäle innerhalb der Erwerbslosen Einspruchs- und Widerspruchsmöglichkeiten an andere Betroffene weitergegeben. Hierzu zählt auch die Weitergabe von „geheimen" Informationen, über Möglichkeiten, die geringen Sozialleistungen durch Nebenverdienst („Schwarzarbeit") aufzubessern.



... oder für weitergehende Lebensschritte. Dies kann auch politische Verhaltensweisen einschließen, muß es aber nicht."

3. Die FreiraumschafferInnen
Sie nutzen den geschaffenen Freiraum zum Nachdenken und zur Realisierung anderer Lebens- oder Arbeitsmöglichkeiten, etwa um in anderen gesellschaftlichen Bereichen politisch aktiv zu werden oder anderen, ihnen nützlich erscheinenden Tätigkeiten nachzugehen. Aktivitäten bestimmter sozialer Bewegungen (Anti-AKW, Häuserkampf usw.) wären ohne diese Protagonisten kaum denkbar gewesen.

Freiraumschaffung kann aber auch zur persönlichen Lebensneugestaltung individueller oder beruflicher Art gesehen werden. Die Zeit, nachzudenken und Neues anzugehen, spielt dabei eine große Rolle.

Diese Erwerbslosen begreifen ihre Situation als individuelle Chance autonomen Handelns, als Hilfe für die Bestätigung ihres status quo oder für weitergehende Lebensschritte. Dies kann auch politische Verhaltensweisen einschließen, muß es aber nicht.

Die verstärkten Angriffe der politisch Verantwortlichen auf die materielle Existenbasis von Erwerbslosen und SozialhilfebezieherInnen in den letzten zwei Jahren wird auch zu einer veränderten Widerständigkeit führen. Dies besonders deshalb, weil die existentielle Versorgung nicht mehr gesichert werden kann, weil der Druck zunimmt (moralisch und rechtlich), jede Arbeit zu akzeptieren und weil bei Ablehnung solcher Arbeiten ansonsten der Bannstrahl des „Schmarotzers" trifft. Um hier genauere Aussagen machen zu können, ist eine aktive Armutsanalyse notwendig, die nicht nur objektive Daten bereitstellt, sondern auch alltägliche Lebens- und Widerstandsformen mit berücksichtigt.

Solidarität

Die Solidarität zwischen Erwerbslosen und Gewerkschaften ist seit Jahren belastet. Das aktuelle „Bündnis der Arbeit" bestätigt diese Kluft ein weiteres Mal. Die Erwerbsloseninitiativen sind mehr denn je genötigt, eine eigenständige Form der Arbeit und Zusammenarbeit aufzubauen. Unabhängige Initiativen sind dafür Vorbedingung. Der Kontakt zu ArbeitnehmerInnen erscheint momentan eher problematisch. Zu tief sitzt die Angst, den eigenen Arbeitsplatz zu verlieren, und zu tief sitzen nicht nur geschürte Vorurteile gegen Erwerbslose.

Auch innerhalb noch bestehender sozialer Bewegungen und forschrittlicher Gruppen wird die Bedeutung der sozialen Frage nur langsam erkannt. Das Erfordernis, über den eigenen politischen Tellerrand zu blicken, erfolgt allenfalls durch den Druck der veränderten sozialen Verhältnisse, aber nicht durch grundsätzliche Einsichtsnahme die soziale Frage in allen politischen Kämpfe mit einzubeziehen. Hier die Zusammenarbeit zu intensivieren, ist dringendes Gebot. Was die weiteren Aktivitäten und Widerstandsformen der Erwerbslosen in Zeiten sinkender materieller und sozialer Absicherung betrifft, lassen sich kaum präzise Prognosen aufstellen. Unvermutete Reaktionen sind wahrscheinlicher als gradlinige, visuell erkennbare und akustisch hörbare Protestaktionen. ●

JÖRG LAUTERBACH

Nur Krampf im Klassenkampf

Gewerkschaftspolitik in Deutschland

Der internationalen Solidarität verlustigt, dem Klassenkampf abgeschworen, den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit als Phänomen der Vergangenheit deklarierend, präsentieren sich die bundesdeutschen Gewerkschaften als die opportunistischsten und langweiligsten Arbeitnehmervertreter Europas. Mit dem vom IG Metall-Chef Zwickel vorgeschlagenen „Bündnis für Arbeit" setzen sie einmal mehr auf die „Wohltaten" kapitalistischer Ausbeutung, statt auf Konfrontation.

Ich bin nicht dafür gewählt, das Allgemeinwohl wahrzunehmen, sondern ich werde dafür bezahlt, die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten." Ein Satz wie der von Marc Blondel, gesprochen auf dem Höhepunkt der letztjährigen Streiks in Frankreich, würde einem Gewerkschaftsfunktionär in Deutschland nie und nimmer einfallen. Ein ähnlicher Protest gegen Sozial- und Arbeitsplatzabbau wie im Nachbarland ist hierzulande nicht vorstellbar, ein politischer Streik ist absolut tabu, denn der ist per Notstandsdekret quasi verboten – und Deutschlands Gewerkschaften sind gesetzestreu. Sie sind anständig und diszipliniert, haben die „innovative Kraft von Markt und Unternehmern anerkannt" (Zwickel), machen Standortpolitik und sich darüber Gedanken, wie sie die Dreifaltigkeit aus Staat, Arbeitgebern und sich selbst in die Zukunft hinüberretten können. Klassenkämpferische Ansätze der Gewerkschaften brauchten hier – im Gegensatz etwa zu Großbritannien – nach dem Ende des Fordismus nicht durch konservative politische Mehrheiten erst zerschlagen werden, solche Tendenzen waren in der BRD nie in evidentem Ausmaß vorhanden. Das vom DGB und seinen Einzelgewerkschaften mitgetragenene „Modell Deutschland" setzte vielmehr auf die „Wohlstand-für-alle"-Ideologie – und war in gewissem Umfang durchaus erfolgreich. Relative Vollbeschäftigung, vergleichsweise hohe Löhne, imposante Apparate und bei Wirtschaft und Staat gleichermaßen gefragte Funktionäre steigerten das nationale und internationale Ansehen der hiesigen Gewerkschaften. Diese „Erfolgsstorry" hatte aber ihre Schattenseiten: Historisch in der Zerschlagung der Organisationen der Arbeiterklasse im Faschismus und den Neuordnungsvorstellungen der Besatzungsmächte nach 1945, soziologisch in der „fordistischen Vergesellschaftung" (Konsumorientierung, Entpolitisierung, Individualisierung) der Arbeiterschaft. Politisch trug sie dazu bei, den internationalen Gegensatz zwischen arm und reich zu vergrößern. Insgesamt war der Erfolg des „Modell Deutschland" an die fordistische Epoche der Kapitalakkumulation geknüpft, das heißt, historisch begrenzt. Die Versuche, korporatistische Politikkonzepte im postfordistischen Akkumulationsmodell zu etablieren, führen daher zunehmend in die Sackgasse, denn die Internationalisierung des Kapitals und weitgehende Alternativlosigkeit staatlichen Handelns lassen die Spielräume korporatistischer Modelle heute ziemlich eng werden. So werden die Vorschläge der Gewerkschaften immer konformistischer, wird die Institution immer affirmativer. Das von den Gewerkschaften favorisierte „Bündnis für Arbeit" offenbart das ganze Dilemma. Gleich zuhauf werden bislang existentielle gewerkschaftliche Grundpositionen zu Grabe getragen, allen voran der Flächentarifvertrag und das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit". Kein Wunder, daß Staat und Wirtschaft applaudieren, liegen diese Vorschläge doch voll auf ihrer Linie. Ein „Schritt in die richtige Richtung" sei gemacht, erklären sie unisono, Europaweit seien die inzwischen getroffenen Vereinbarungen „einmalig", Entlassungen und Sozialkürzungen gleichwohl unerläßlich. Einen Schritt voraus ist die CSU. Der inneren Logik des Vorschlags „Bündnis für Arbeit" – das konsequenterweise Arbeitszwang zum Wohle des Standorts Deutschland bedeutet – folgend, ruft sie in Wildbad Kreuth ein „Bündnis für Deutschland" aus. In einem 20-Punkte-Programm fordert die Partei unter anderem, daß Krankheitszeiten durch Überstunden ausgeglichen, Rehabilitationsmaßnahmen gekürzt, Zumutsbarkeitsregelungen für Arbeitslose weiter verschärft werden sollen. Aber die „Axt ans Sozialsystem" *(FR)* haben die Gewerkschaften selbst gelegt. Sollten Zwickels Vorstellungen Realität werden, kann geheuert und gefeuert werden, wie es den Unternehmen gerade in den Kram paßt. Relativ gute, auf Betriebsbasis ausgehandelte Tarifverträge für Modernisierungsgewinner, die „integrierten Gesamtarbeiter" (Kern/Schumann) und unsichere, oft schlecht bezahlte und individuell ausge-

„Institutionen, deren Aufgabe im Erhalt des herrschenden Reproduktionszusammenhangs besteht, können schlichtweg nicht für dessen Abschaffung mobilisiert werden."

handelte Vereinbarungen für die Ausschußware des Modernisierungsprozesses, bei gleichzeitiger tendenzieller Verelendung einer größer werdenden industriellen Reservearmee, wären die Folge. Für letztere, das heißt für die Verlierer dieser Entwicklung, ging der gewerkschaftliche Versuch, auf veränderte ökonomische Rahmenbedingungen damit zu reagieren, Staat und Wirtschaft moralisch in die Knie zwingen zu wollen, zweifellos tüchtig nach hinten los. Aber der Vorschlag „Bündnis für Arbeit" zielte auch nicht auf die sozialere und demokratischere Gestaltung des zukünftigen kapitalistischen Akkumulationsmodells ab, vielmehr wollen sich die Gewerkschaften damit für kommende Zeiten profilieren. Ihr Vorschlag ist das Angebot, auch in Zukunft für die Sicherung des „sozialen Friedens", das heißt für die relativ ungesteuerte Kapitalakkumulation, Sorge tragen zu dürfen.

Während hier die Eisen für das „Bündnis für Arbeit" geschmiedet, Kanzler- und Elefantenrunden initiiert und die eigene Institution mittels Organisationsentwicklung auf den postfordistisch-kapitalistischen Vordermann getrimmt wurden, legten exakt 586 Kilometer von der Frankfurter IG Metall-Zentrale entfernt Hunderttausende die Arbeit nieder und protestierten gegen Sozialdumping und reaktionäre Politik. Solidaritätsaktionen für die streikenden französischen Kolleginnen und Kollegen? Fehlanzeige! Finanzielle und organisatorische Unterstützung des Protests? Wo kämen wir da hin! Politische Funktionäre schwiegen sich geflissen aus, Betriebsräte weigerten sich, Solidaritätsplakate aufzuhängen, auf internationale Zusammenarbeit spezialisierte Abteilungen hatten die Adresse der kommunistischen CGT nicht. Lapidar erklärte Zwickel, „das, wogegen die da streiken, ist bei uns doch weitgehend schon Realität". Gewiß, der Opportunismus der Gewerkschaften ist bekannt, ihr Überbau integriert, ihre Basis weitgehend entpolitisiert. Aber angesichts des dramatischen Zerfalls linker Zusammenhänge in der BRD kann über die Borniertheit der Gewerkschaften hierzulande auch niemand mehr so recht lachen. Vielmehr schaut man einigermaßen neidvoll nach Frankreich, wo sich immer wieder anarchistische Momente Bahn brechen und Revolten gegen die Obrigkeit entstehen. Hoffnungen, wonach die deutschen Gewerkschaften sich daran ein Beispiel nehmen und vor dem Hintergrund zunehmender Pauperisierung einerseits, steigender Unternehmensprofite andererseits, den Klassenkampf wiederentdecken, sind unangebracht. Gewerkschaften fallen hierzulande eher durch zwielichte Börsengeschäfte, Grundstücksspekulationen und Entlassungen von MitarbeiterInnen als durch Protest gegen immer neue Schweinereien von Staat und Kapital auf. Nicht hier, sondern in Frankreich blamierte sich Zwickel eingehend, als er auf dem Höhepunkt des Widerstands in einem Interview mit *Le Monde* davor warnte, „durch den Streik nicht das Ansehen der Gewerkschaften zu gefährden."

Dabei ist heute, mehr als noch vor wenigen Jahren, offensichtlich, daß der Klassenkampf weder stillgelegt, geschweige denn beseitigt ist, sondern tagtäglich in den Sozial-, Arbeits- und Wohnungsämtern, auf Polizeistationen, in den Asylbewerberheimen und Abschiebeknästen auf bundesdeutschen Großflughäfen stattfindet. Davon wollen die Gewerkschaften jedoch nichts wissen. Sie sind selbst zum integralen Bestandteil des sozio-ökonomischen Systems geworden und haben sich längst zu „quasi Staatsapparaten" (Poulantzas) entwickelt. Auf die Fragen der Zeit haben sie keine plausiblen, schon gar nicht zum herrschenden mainstream querliegende Antworten. Diese Tatsache läßt sich empirisch leicht nachweisen, ist aber auch theoretisch begründbar. Institutionen, deren Aufgabe im Erhalt des herrschenden Reproduktionszusammenhangs besteht, können schlichtweg nicht für dessen Abschaffung mobilisiert werden. Diese Erkenntnis begründet den Vorrang „außerinstitutioneller" gegenüber „institutioneller" Politik, das heißt, Antworten darauf, wie die weltweite Zunahme totalitärer Tendenzen gestoppt und das kaum noch kontrollierbare internationale Kapital kontrolliert werden kann, können nicht innerhalb, sondern nur außerhalb und gegen die etablierten Institutionen entwickelt werden. Das Gegenargument, daß die außerparlamentarischen Bewegungen mit dem Ende des fordistischen Vergesellschaftungsmodells aus dem Feld gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen verschwunden sind, ist kaum stichhaltig. Soziale Bewegungen haben ihre Konjunkturen, und angesichts aktueller Entwicklungen ist eher eine Zunahme sozialer Kämpfe statt ein „Ende der Geschichte" zu erwarten. ●

„Sollten Zwickels Vorstellungen Realität werden, kann geheuert und gefeuert werden, wie es den Unternehmen gerade in den Kram paßt."

Erstens die Frankfurter Allgemeine Zeitung, um zu wissen, was das Kapital denkt. Zweitens die Berliner Zeitung, um zu wissen, wie die liberale Bourgeoisie denkt... Dann lese ich noch etwas, was man nicht Tageszeitung nennen kann, eine ganz einzigartige Sache auf dieser Welt, eine Tageszeitschrift, die heißt junge Welt.

Jürgen Kuczynski

Jetzt teste ich...

die junge Welt für 4 Wochen zum Preis von DM 15,– statt des regulären Preises von DM 45,–.

Name/Vorname

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Datum/Unterschrift

☐ Ich habe DM 15,- (Scheck, Bargeld) dieser Bestellung beigelegt.
☐ Ich ermächtige Sie einmalig, die Testabo-Gebühr von meinem Konto abzubuchen:

Konto-Nummer

Geldinstitut

BLZ

Mein Testabo kann ich bis zum Ablauf der dritten Testwoche kündigen. Melde ich mich nicht mehr bei Ihnen, dann wandelt sich das Testabo in ein reguläres Abo um. Dieses verlängert sich monatlich, wenn ich es nicht 20 Tage vor Ablauf des Monats kündige.

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Poststempel) schriftlich bei junge Welt,Am Treptower Park 28–30, 12435 Berlin, widerrufen.

Datum/2. Unterschrift

Redaktion junge Welt
Am Treptower Park 28–30 · 12435 Berlin
Oder per Fax an 030/68834-343

Die Tageszeitung
junge Welt

MONIKA DOMKE

Klasse, Geschlecht, Familie

Geschlechtsspezifische soziale Ungleichheit und Herrschaft

„Wie die Sozialisten darauf hingewiesen haben, daß Klassenunterschiede die angebliche politische Gleichheit untergraben, so haben Feministinnen betont, daß gleiche politische Rechte durch Ungleichheit in Ehe und Haushalt ad absurdum geführt werden" (Phillips 1995: 54).

Nimmt mensch diese Äquivalenz als Ausgangspunkt, so bedeutet dies, politische Partizipation und Selbstbestimmung im Sinne von Kontrolle über die Bedingungen des eigenen Handelns sind für Frauen – im doppelten Sinne eingeschränkt: durch ihre Klassenzugehörigkeit und ihre Zuständigkeit für den Haushalt.

Im folgenden geht es um die Frage, inwieweit geschlechtsspezifische Ungleichheit durch die immer noch eindeutige Zuweisung der familialen Arbeit an das weibliche Geschlecht manifestiert wird und welche Beziehungen zur Herrschaftskonstitution in kapitalistischen Gesellschaften allgemein bestehen.

Trotz spät erreichter staatsbürgerlicher Gleichheit und in der Bundesrepublik 1949 gegen männlichem Widerstand verankerter verfassungsrechtlich proklamierter gesellschaftlicher Gleichberechtigung sind Frauen von dieser immer noch weit entfernt (Berghahn 1993). Der Hauptgrund dafür liegt in dem immer – wenn auch modifiziert – wiederkehrenden Konflikt zwischen der die eigene materielle Existenz und Unabhängigkeit sichernden Erwerbstätigkeit und der vollständigen und oft zusätzlichen Zuständigkeit für die familiale Arbeit. Diese weibliche Zuständigkeit für den familialen Bereich scheint notwendig für das Funktionieren kapitalistischer Gesellschaften zu sein. In Zeiten sogenannter Verteilungskämpfe wird deutlich, daß die 'natürliche' Zuständigkeit von Frauen für familiale Arbeiten nicht nur staatlich gewünscht ist und durch verschiedene 'sozialpolitische' Maßnahmen gefördert wird (Pflegeversicherung, Mutterschaftsurlaub, Kindergeld etc.), sondern auch normativ in männlichen und weiblichen Köpfen verankert ist.

Fünfundfünfzig Prozent der westdeutschen Bevölkerung (gegenüber 29 % der ostdeutschen und 36 % der europäischen) lehnen die These ab, daß eine berufstätige Mutter ihrem Kind genausoviel Wärme und Sicherheit geben kann wie eine nicht berufstätige Mutter. Nur 39 % stimmen dieser These zu! Daß Kleinkinder darunter leiden, wenn die Mütter berufstätig sind, meinen sogar 80 % der westdeutschen Bevölkerung (in Ostdeutschland und Gesamteuropa immerhin „nur" 67 % bzw. 65 %). Dem entspricht, daß nur 66 % der westdeutschen Frauen im erwerbsfähigen Alter berufstätig sein wollen, gegenüber 80 % der ostdeutschen Frauen (Datenreport: 600; Schering-Frauenstudie 1993: 40ff.). Da 80 % aller Mütter in Westdeutschland mit Kindern im Kleinkindalter aus der Erwerbstätigkeit ausscheiden, wird außerdem erst möglich, angeblich knappe finanzielle Mittel der öffentlichen Hand – ohne große Gegenwehr – nicht für die Durchführung des verabschiedeten Bundesgesetzes zur flächendeckenden Versorgung von Kindergartenplätzen zur Verfügung zu stellen. Dies wäre eine der Bedingungen gewesen, existenzielle materielle Unabhängigkeit für Frauen zu gewährleisten und geschlechtsspezifische Ungleicheiten im sozialen und politischen Bereich abzubauen.

Da die Positionierung in der bürgerlichen Gesellschaft und im bürgerlichen Staat nicht mehr gottgegeben war, sondern scheinbar durch individuelle Leistung bestimmt, mußten unterschiedliche monetäre Entlohnung, soziale Stellung und politische Partizipation als Folge unterschiedlicher naturgegebener Leistungsfähigkeiten erscheinen. Herrschaft über frei und an Rechten gleich geborene Menschen, die prinzipiell durch Leistung auch aus unteren Schichten individuell gesellschaftlich aufsteigen konnten, mußte durch naturgegebene Differenzierungen begründet werden. Statt Gott trat die Natur für Legitimation von Herrschaft ein.

Biologische Unterschiede zwischen Männern und Frauen wurden zu 'natürlichen' Wesensunterschieden ideologisch überhöht und legitimierten geschlechtsspezifische Arbeitsteilung. Der Ausschluß aller Frauen nicht nur von den Bürger- sondern auch von den Menschenrechten erschien als naturgegeben, da aufgrund des Gebärens und der Entwicklung einer bürgerlichen Mutterideologie die allgemeine und ausschließliche Zuweisung der privaten familialen Arbeit an Frauen plausibel erschien und damit deren Verbannung aus dem als öffentlich definierten Bereich erreicht wurde. (Phillips: 43ff./ Frevert 1995: 66ff.)

Der Ausschluß von Frauen war die legitimatorische Grundlage, alle nicht den Herrschaftseliten zugehörigen (männlichen) Gruppen aus 'natürlichen' und 'funktionalen' Gründen von der politischen Partizipation auszuschließen. Die alleinige politische Herrschaft der männlichen 'Eliten' wurde mit dem durch 'natürliche' Leistung erworbenen Besitz begründet. Mit der Zurückkämpfung dieses Prinzips im Laufe des 19./20. Jahrhunderts durch die Arbeiterbewegung wurde Männern, egal wie besitzlos sie waren – und in den USA sogar den männlichen Sklaven –, das Wahlrecht vor allen Frauen, egal welchen sozialen Status sie besaßen, zugestanden. Interessant ist dabei, daß in Deutschland die Gewährung der allgemeinen Ehefähigkeit um 1868 von der Arbeiterbewegung als egalitäre Maßnahme in ihrem Kampf um politische Gleichstellung aller Männer angesehen wurde – die Forderung nach politischer Gleichstellung der Frauen wurde erst 1891 ins Programm aufgenommen (Mies 1990: 132ff.).

Die staatliche Konstituierung der – bürgerlichen – Familie begleitete die strukturelle kapitalistische Neuorganisation von Staat und Gesellschaft und ergänzte diese durch einen Prozeß, in dem individuelle Identitäten über die Positionierung in der Familie hergestellt wurde. Die Herstellung dieser individuellen Identitäten war besonders für die Personen wichtig, die dies nicht über eine 'leistungsbezogene' differenzierte Positionierung in der Industriegesellschaft erreichen konnten. Wichtig war die gesellschaftlich-staatliche Integration der nicht-besitzenden (Arbeits-) Männer ohne politische Rechte, die in der 'Hausfrauenehe' eine Herrenposition über Frau und Kinder einnehmen konnten. Der Kern dieser Eheform bestand in einer Entmündigung von erwachsenen Frauen, die nicht als 'bürgerliche' Individuen angesehen wurden. Der Hausherr galt als Ernährer der Familie. Verheiratete Frauen bedurften der Erlaubnis ihres Ehemannes um

erwerbstätig zu sein und auch nur, wenn sie Haushalt und Kindererziehung nicht vernachlässigten (in Westdeutschland bis 1976); allerdings mußten sie (gesetzlich bis 1953) außer Haus arbeiten gehen, wenn der Lohn des 'Hausherrn' nicht zur Ernährung der Familie ausreichte.

Die staatlich festgelegte weibliche Zuständigkeit für die familiale Arbeit wurde durch die teilweise Durchsetzung der Forderung der Arbeiterbewegung nach Familienlohn zementiert, denn mit diesem 'Erfolg' der Arbeiterbewegung wurde die bürgerliche Familie als Norm und strukturelle Realität anerkannt und sogar als Fortschritt begrüßt. Auf dieser Art proletarischer Familie baute die Bismarcksche Sozialgesetzgebung mit ihrem Subsidaritätsprinzip auf, das bei uns bis heute gilt. Damit wurde der Unterordnung der Arbeiterbewegung unter staatliche Vorherrschaft und ihrer Integration in den Staat Vorschub geleistet (Rerrich 1990: 40).

Der strukturellen Entgegensetzung von Familien- und Erwerbsarbeit und deren geschlechtsspezifische Verteilung entsprach und entspricht die Entgegensetzung von sogenanntem öffentlichen und privaten Bereich. Doch schon seit Mitte des 18. Jh. beginnt die – männliche – Theorie , die dem Mann zugeordnete öffentliche Sphäre mit ihrer instrumentellen Rationalität, dem individuellen Eigennutz und der verordneten Effizienz als indviduell unbefriedigend und für eine stabile politische Ordnung defizitär zu betrachten. Die bürgerliche Familie wurde komplementär als Hort ideeller Werte, individueller Selbstverwirklichung und zur Wahrung für eine 'gute' Gesellschaft unverzichtbarer 'Tugenden', für welche die 'tugendhafte' Hausfrau zuständig war, definiert (Klinger 1990: 110ff.). Die Familie wurde nicht mehr der Sphäre der materiellen Produktion und Reproduktion zugerechnet, sondern bekam in der privaten Sphäre eine Kompensationsfunktion zugeordnet. Die Hausarbeit verlor ihre materielle gesellschaftliche Bedeutung, und ihr materieller Wert ging im öffentlichen und individuellen Bewußtsein ebenso verloren wie die Hausfrau aus dem öffentlichen Bereich herausfiel.

Dies gilt bis heute: Gesellschaftliche und staatliche Konflikte wurden und werden zur Problemlösung an die Familie verwiesen. Gelingt dort die Konfliktlösung nicht, wird eine Krise der Familie konstatiert, die ihrer Sozialisationsfunktion im gesellschaftlich-staatlichen Sinne angeblich nicht gerecht wird. Es gibt eine symbolische Verschiebung der Politik und der gesellschaftlichen Probleme hin zur Familie; gesellschaftliche Konflikte übersetzen sich in persönliche. Die Ursache wird – fast immer – in der angeblich nicht mehr oder nur unzureichenden Wahrnehmung der weiblichen familialen Funktion gesehen: so z.B. die Ursache von jugendlicher Gewalttätigkeit in der durch Berufstätigkeit verursachten Nichtanwesenheit der Mütter.

Deutlich wird, daß die sogenannte öffentliche und die angeblich private Sphäre in einem aufeinander bezogenen widersprüchlichen und spannungsreichen Verhältnis stehen. Der kapitalistische Staat hat mit gesellschaftspolitischen Interventionen von Anbeginn versucht, zur Optimierung dieses Verhältnisses die 'private' Familiensphäre politisch zu ordnen. „Die diversen Strategien des Interventionsstaates hatten u.a. den Effekt, in erster Linie immer massiver den Frauen als persönliches Dilemma aufzubürden, was sich als gesellschaftlicher Antagonismus zwischen dem familialen System der Produktion und Reproduktion von Menschen und dem gewinn- und marktorientierten System der Produktion und Reproduktion von Kapital, Gütern und Dienstleistungen herausgebildet hat." (Hausen: 10)

Die mit der Durchsetzung der bürgerlichen Familie stattgefundene Hausfrauisierung ist ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor sowohl für die individuelle Reproduktion, als auch für die Veränderung der Familie zur Konsumgemeinschaft, womit diese Teil der Tauschwertsphäre wird. Mit der industriekapitalistischen Wachstumsorientierung und dem Vorauslaufen des Konsumangebots vor der Lohnhöhe drängt sich den Konsumenten die Notwendigkeit und der Wunsch auf, die von der Produktions-/Reproduktionseinheit aufzubringende Familienlohnsumme durch den Eintritt der nur für die Reproduktion zuständigen weiblichen Person in die Produktionssphäre aufzustocken. Konsequenterweise wurden Frauen zum Eintritt in die Produktion ermuntert, was einer expansiven Wirtschaft prinzipiell entgegenkommen mußte, die auch tatsächlich – bis in die 80er Jahre – sowohl an einem Steigen der Lohnsumme wie an einer Ausweitung des Arbeitskräftepotentials interessiert war (Keil 1992: 268f).

Dieser „fordistische Klassenkompromiß" mit seiner Wohlfahrtsstaatsorientierung (Keil) brachte nie für alle gleiche Vorteile, sondern orientierte sich an den 'einheimischen' weißen Männern. Mit der Krise der kapitalistischen Akkumulation wurden und werden die Lohnarbeitsverhältnisse von Frauen und Arbeitsimmigranten zur Disposition gestellt, sie sollen flexibel „an ihren imaginären Ursprungsort" – Herd oder ein anderes Land – zurückgeschickt werden können. Diese doppelte wirtschaftliche Bedeutung des 'privaten' familialen Bereichs und seine gesellschaftliche Kompensations- und politi-

„Die bürgerliche Familie wurde komplementär als Hort ideeller Werte, individueller Selbstverwirklichung und zur Wahrung für eine 'gute' Gesellschaft unverzichtbarer 'Tugenden', für welche die 'tugendhafte' Hausfrau zuständig war, definiert."

Der Kolumbien Rundbrief

informiert über Vorgänge und Entwicklungen in Kolumbien, über die Arbeit der Basis- und Menschenrechtsorganisationen und über die Solidaritätsarbeit in der Bundesrepublik.

Neben den aktuellen Berichten setzen wir uns in den Schwerpunkten mit bestimmten Themen auseinander:

* ***Solidarität mit Kolumbien*** (RB 38/39, 1/96) * ***ila zum Thema Medellín*** (RB 37, 7/ 95) * ***Kultur in Kolumbien*** (RB 35, 12/ 94) * ***Menschenrechte in Kolumbien*** (RB 34, 11/ 94) * ***ila zum Thema Kolumbien*** (RB 32, 10/93) * ***Jugend in Kolumbien*** (RB 30/31, 7/93) * ***Die Guerillabewegung in Kolumbien*** (RB 27, 8/92) * ***Frauen in Kolumbien - Kolumbianerinnen in der BRD*** (RB 26, 4/92)

Der **Kolumbienrundbrief** erscheint mit 3 Ausgaben im Jahr und kostet im Abo DM 25.-, einz. DM 7.- plus Vers.

Bestellungen an:

Kolumbiengruppe e. V. * Postfach 1347 * 72 603 Nürtingen * Tel./Fax.: 07022/36242.

Bezahlung auf das Konto Nr. 500 660 000, Volksbank Nürtingen, BLZ 612 901 20, mit V-Scheck oder Briefmarken.

ANtifaschistische NAchrichten Saar **Nr.27** **Feb-April 96** **3 DM**

aus dem Inhalt

Schwerpunkt: Frauen vor dem Hintergrund von Flucht und Migration in Deutschland Interviews und Berichte ★

Aktuelle Situation im türkischen Staat ★
Prozeß gegen Ursula M. ★
Siegerjustiz gegen Monika Haas, Christel Fröhlich und Magdalena Kopp ★
...

ANtifaschistische NAchrichten Saar ★
Landwehrplatz 2 ★ 66111 Saarbrücken ★
0681/3908863 ★ Einzelheft 3,- DM + Porto ★
6 Ausgaben kosten 27,- DM (incl. Porto) ★

WIDERSPRUCH

Beiträge zur sozialistischen Politik **30**

Ethnische Politik, Krieg und Völkermord

Geschlechterordnung, Kriegskultur, Vergewaltigung; Ethno-Nationalismus, Gewalt und UNO: Rwanda und Ex-Jugoslawien; Berberkultur in Algerien; "Feindbild Islam" und Menschenrechte - Krieg der Zivilisationen?

B. Weisshaupt, R. Seifert, S. Kappeler, R. Kößler, T. Schiel, Ch.P. Scherrer, P. Parin, S. Kebir, E. Hunziker

Diskussion

D. Senghaas: Ursächlicher Pazifismus
M. Jäger: Grüner Interventionismus-Streit
Jürgmeier: Sind Soldaten Mörder?
P. Lock: Waffenmärkte und Kriege in Europa
Th. Gass / A. Gfeller: Schweizer Waffenexporte
W. Schöni: Neutralität, NATO, Friedenspolitik

Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenschau

15. Jg./Heft 30 - Dezember 1995 Fr. 18.–

196 Seiten, Fr. 18.-- DM 20.-- (Abonnement 32.-- 36.--)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, CH - 8026 Zürich
Probeheft anfordern **Tel./Fax 01 / 273 03 02**

sche Stabilisierungsrolle wird weiterhin nicht in Gesellschaftsanalysen einbezogen. Auch die sogenannte Regulationsschule berücksichtigt(e) dieses Problem nicht oder nicht ausreichend; die Rolle von arbeitenden Frauen wurde weitgehend ignoriert, die Rolle von Frauen im 'privaten' Reproduktionsbereich als unwichtig angesehen (Ruddick 1992: 294ff.).

Im sogenannten Postfordismus erlebt diese theoretische und praktische Ignoranz eine neue Blüte. Dies wird deutlich an der Forderung nach Flexibilisierung der Arbeitszeit. Eine solche Flexibilisierung wird von allen begrüßt, von links als angeblich individuelle Verfügung über die Arbeitszeit, als Möglichkeit der Gewinnung von mehr Selbstverantwortung. Doch ist eine solche Flexibilisierung nur möglich, wenn die Verantwortlichen für den familialen Bereich – eben Frauen – nicht oder nur teilweise erwerbstätig sind, besonders wenn berücksichtig wird, daß die Mittel für die gesellschaftliche Kinderbetreuung – Kindergärten, Gesamtschulen, Horte – zurückgeschraubt werden. Damit wird die angesprochene Ambivalenz des familialen System für den ökonomischen Bereich deutlich: Wieder wird das Konsumangebot der Familienlohnsumme vorauslaufen. Andererseits wird durch die teilweise oder zeitweise Verdrängung von Frauen aus der Erwerbstätigkeit scheinbar die 'normale' Existenzgrundlage von Männern erhalten, die nun wieder zum alleinigen 'Ernährer' der Familie avancieren. Wäre die hohe Erwerbsquote von Frauen nach Anschluß der DDR beibehalten worden, sähe die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland noch bedrohlicher aus.

Die scheinbar anthropologische Konstante der 'natürlichen' Zuständigkeit der Frauen für den familialen Bereich und die ebenso 'natürliche' Zuständigkeit der Männer für den Familienunterhalt durch Erwerbstätigkeit scheint in Krisenzeiten besonders zu wirken. So stimmen immerhin 52 % im Westen und 44 % im Osten (Frauen 51 % und 41 %) der Aussage zu, daß eine verheiratete Frau bei einer begrenzten Anzahl von Arbeitsplätzen auf Berufstätigkeit verzichten sollten, wenn ihr Mann in der Lage ist, für den Unterhalt der Familie zu sorgen (Datenreport: 600).

Damit wird die weibliche existenzielle Abhängigkeit von Männern und die Unterordnung von Frauen unter familiale Belange als letztendlich notwendig angesehen. Diese Unterordnung bewirkt ein Zementieren von Herrschaft: Frauen sollen sich den Bedürfnissen der Männer und der Familie unterordnen, um deren Reproduktion zu gewährleisten; Männer sollen sich dagegen im Betrieb unterordnen, um die Familie mit notwendigen Geldmitteln zu versorgen. Dies wird qua Sozialisationsfunktion in der Familie an die nächste Generation weitergegeben.

Die vorhandenen geschlechtsspezifischen Abhängigkeiten, Unterordnungen und Ungleichheiten werden im Moment verstärkt und keine relevante politische Kraft tritt dem konsequent entgegen. Die Selbstbestimmungsmöglichkeiten für Frauen sehen nicht sehr rosig aus. Wenn die Aussage von Charles Fourier, Anfang des 19. Jahrhunderts, „Der soziale Fortschritt ... erfolgt aufgrund der Fortschritte in der Befreiung der Frau" (nach Gerhard 1995: 27) heute noch zutreffen sollte, wäre es an der Zeit, die Befreiung der Frau, die Aufhebung der Determinierung durch das weibliche Geschlecht endlich als gesamtgesellschaftliches Problem ernst zu nehmen. ●

Literatur:

Barrett, Michèle, 1983: Das unterstellte Geschlecht: Umrisse eines materialistischen Feminismus. Berlin (London 1980)

Berghahn, Sabine, 1993: Frauen, Recht und langer Atem – Bilanz nach 40 Jahren Gleichstellungsgebot in Deutschland. In: Helwig/Nickel 1993

Brück, Brigitte u.a. 1992: Feministische Soziologie. Eine Einführung. Frankfurt a.M./New York

Demirovic, Alex u.a. (Hg.) 1992: Hegemonie und Staat: Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozeß. Münster

Frevert, Ute 1995: „Mann und Weib, und Weib und Mann": Geschlechter-Differenzen in der Moderne. München

Gerhard, Ute 1995: Unerhört – Die Geschichte der deutschen Frauenbewegung. Hamburg 2. Aufl.

Helwig, Gisela / Nickel, Hildegard Maria (Hg.) 1993: Frauen in Deutschland 1945-1992. Berlin

Hausen, Karin, 1994: Die 'Frauenfrage' war schon immer eine 'Männerfrage'. Überlegungen zum historischen Ort von Familie in der Moderne. Bonn (Reihe Gesprächskreis Geschichte, Heft 7)

Institut für Demoskopie in Allensbach (Hg.) 1993: Frauen in Deutschland: Lebensverhältnisse, Lebensstile und Zukunftserwartungen; die Schering-Frauenstudie '93. Köln

Keil, Roger 1992: Krümelmonster was nun? Einige Überlegungen zur Restrukturierung fordistischer Handlungsmuster. In: Demirovic u.a. 1992

Klinger, Cornelia 1990: Unzeitgemäßes Plädoyer für die Aufklärung. In: Schaeffer-Hegel (Hg.) 1990

Mies, Maria, 1990: Patriarchat und Kapital. Frauen in der internationalen Arbeitsteilung, 3. Auflage

Phillips, Anne 1995: Geschlecht und Demokratie. Hamburg

Rerrich, Maria S. 1990 (1988): Balanceakt Familie. Zwischen alten Leitbildern und neuen Lebensformen. Freiburg i.Br.

Ruddick, Susan, 1992: Das Gesellschaftliche konstruieren: Armut, Geschlechterverhältnis und Familie im Goldenen Zeitalter. In: Demiro ic u.a. 1992

Schaeffer-Hegel, Barbara (Hg.) 1990: Vater Staat und seine Frauen. Erster Band. Beiträge zur politischen Theorie. Pfaffenweiler

Statistisches Bundesamt (Hg.) 1992: Datenreport '92

REGINA DACKWEILER

Achsen der Differenz – Koordinaten der Diskriminierung

Auf den Wegen durch die Frankfurter Innenstadt begleitet mich seit Wochen auf großflächigen Plakaten die Ankündigung einer neuen Frauenzeitschrift: Das Hochglanzmagazin „Amica" umwirbt seine potentiellen Käuferinnen mit einem männlichen Modell. Trotz silbrig glänzendem Mäntelchen und ebensolchen Handschuhen mehr ent- als bekleidet, in dem er das, was wir gemeinhin Geschlechtsteil nennen, mit geballter Faust kokett wie knapp verdeckt, gerinnt der auch als Abo-Dankeschön im Großformat vergebene Plakat-Mann („12 x kommen lassen") zur bedenkenswerten Chiffre behaupteter Geschlechtersymmetrie im Kontext ungebremster Konstruktion und Reproduktion gesellschaftlicher Dominanzverhältnisse.

Skandalieren Feministinnen seit den 70er Jahren die Kommodifizierung weiblicher Sexualität als eine zentrale Achse der Geschlechterherrschaft und markieren sie hiermit eine Dimension geschlechtsspezifischer Ausbeutung und Unterdrückung, die bis heute nicht in den Radius linker Kapitalismustheorien gelangte, läßt sich angesichts dieser 'Werbung' konstatieren, daß eben auch der männliche Körper von „der Welt der schönen Bilder" von verdinglichender Hetero-Sexualisierung eingeholt wird. Zwar haben Patriarchatskritikerinnen sich so Emanzipation sicherlich nicht vorgestellt. Doch könnten postmodern Inspirierte einwenden, ob hier nicht MitarbeiterInnen der Kreativbranche ein Signal setzen, daß mit der lang geforderten Gerechtigkeit im gesellschaftlich organisierten Geschlechter-verhältnis an diesem Punkt nun Ernst gemacht wird: Endlich auch der Mann als käufliches Objekt der sexuellen Begierde für jede Frau?

Doch weder hat die aggressive Werbestrategie zum Verkauf eines Journals der Mischung 'ein bißchen Mode, ein bißchen U-Kultur, ein bißchen Frieden in Bosnien' alle Frauen im Visier, noch steht hier jeder Mann frei Haus zur Fleisch- und Muskelschau. AdressatInnen sind vielmehr die gut ausgebildeten, ökonomisch unabhängigen, heterosexuellen und deutschen Mittzwanzigerinnen – betrachtet und als Pin-up erworben wird nicht schlicht der schöne und junge, sondern 'der' schwarze Mann, dessen unbehaarten Kopf zwei diabolische Hörnchen schmücken. Diese gleichermaßen rassistische wie im ungewohnten Bedeutungssinn sexistische Botschaft an die mit Bildungskapital ausgestatteten Mittelschichtstöchter lenkt die Aufmerksamkeit auf Verschiebungen in den Konfigurationen kapitalistischer und patriarchaler Vergesellschaftung und eröffnet Fragen nach sich verändernden Konstellationen des Geschlechterverhältnisses als Herrschaftsgefüge. Nur zu offenbar wird hierbei, daß neben der Interdependenz der Ungleichheitsdimensionen „Klasse" und „Geschlecht", deren Zusammenhang mit der sozialen Konstruktion „Rasse" genauer zu bestimmen ist. Und erneut erweisen sich gängige Sozialstrukturanalysen aufgrund androzentrischer Prämissen sowie berufs- und einkommenszentrierter Verkürzungen als hierfür wenig geeignetes Instrumentarium. Doch auch feministisch orientierte Theorien sozialer Ungleichheit gilt es weiterzuentwickeln, um die vielfältigen und sich überlagernden Dimensionen von Differenz und Diskriminierung ausleuchten zu können.

Denn traditionelle Schichtungsforschung und Klassentheorien berücksichtigen Geschlecht – wenn überhaupt – lediglich als Bestimmungsfaktor für die eingeschränkten Teilhabechancen an Erwerbsarbeit für Frauen, d.h. nur an diesem gesellschaftlichen Ort und nur für diese Genusgruppe, ganz der Logik der Moderne verpflichtet, daß Männer Menschen und Frauen andere, weil Menschen plus Geschlecht sind. Geraten aus dieser Perspektive weder die gesellschaftlich organisierte, geschlechtsspezifische und -hierarchische Arbeitsteilung in den analytischen Fokus, so daß den Diskriminierungen von Frauen in Produktion und Reproduktion nur in Gestalt einer Art 'Restkategorie' gedacht werden kann, noch gar Vergesellschaftungsmodi jenseits der von marktvermittelter (Erwerbs-)Arbeit – etwa Sexualität und Prokreativität – so bleiben die Pluralität und Interdependenz der Faktoren sozialer Ungleichheit wie rassistische oder ethnisierende Konstruktionen gänzlich ausgeklammert. Daß und wie auch 'Männlichkeit' hergestellt werden muß und wie diese innerhalb der Koordinaten von allererst hervorzubringender „Rassen-" oder ethnischer Zugehörigkeit, von Alter und sexueller Orientierung zur Grundlage von Norm und Abweichung, Integration und Ausschluß oder eines zugewiesenen Subjekt- bzw. Objektstatus wird, kann in diesem Rahmen garnicht erst Gegenstand gesellschaftstheoretischer wie -kritischer Reflexion werden.

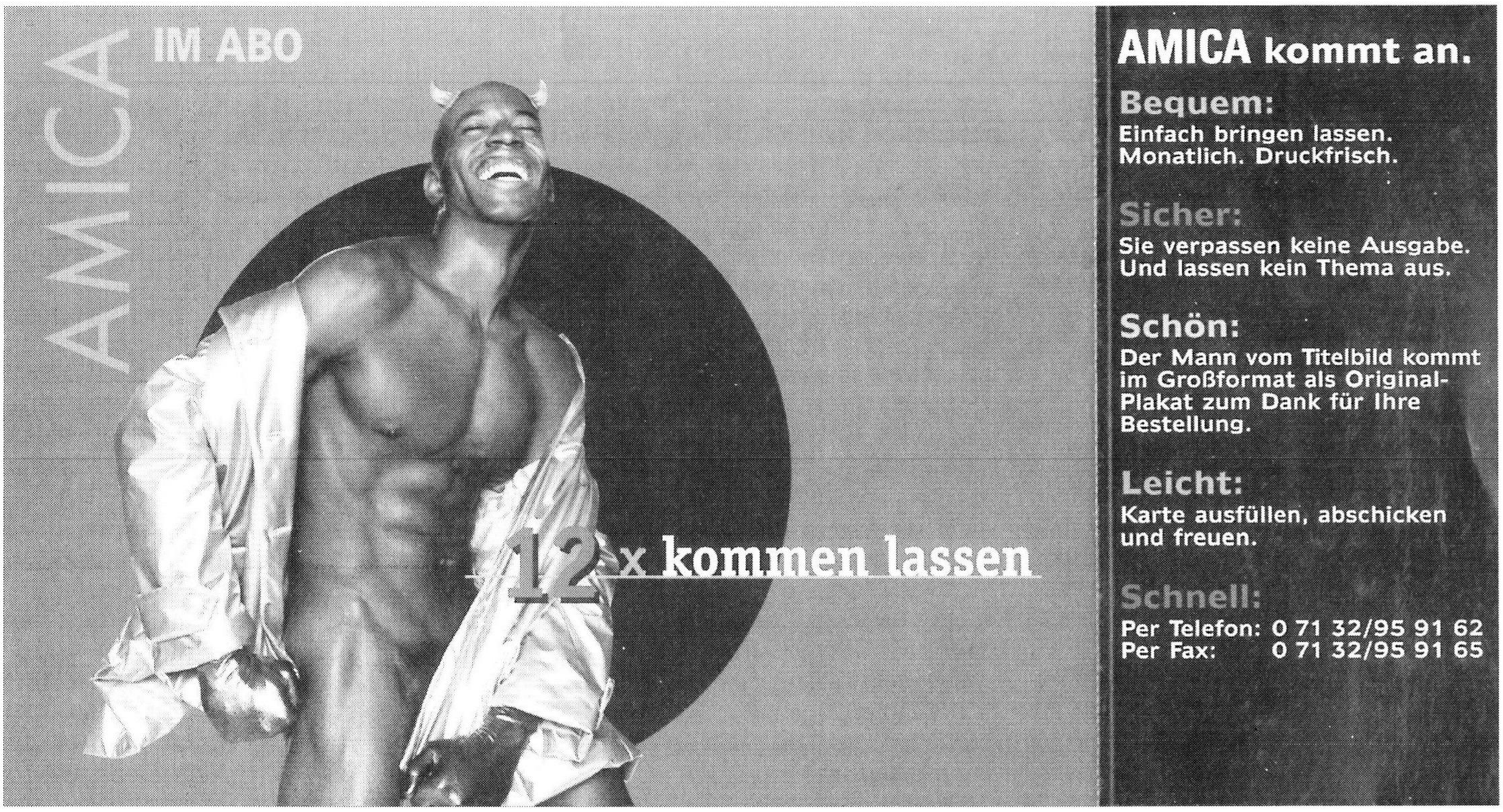
Demgegenüber entwickelte sozialwissenschaftliche Frauenforschung in einem ersten Schritt Konzepte, die das transhistorisch wie transkulturell durchgängige Prinzip der Geschlechtertrennung, -plazierung und -hierarchisierung begrifflich-kategorial zu erfassen suchten. In dem sie Geschlecht als „soziale Strukturkategorie" ausweist, öffnet sie Sozialstrukturanalysen für die allgegenwärtige Zuweisung von sozialem Status sowie gesellschaftlich vermittelten Lebenschancen und -perspektiven qua Geschlecht und beleuchtet „Machtstrukturen auf der Ebene von Geschlechterbeziehungen und ihnen innewohnende Kräfteverhältnisse, die Unterdrückungs- und Ausgrenzungsphänomene sowie Benachteiligungen von Frauen beinhalten." (Bublitz 1992: 67) In den Blick gelangen hierbei erstmals auch strukturelle Ungleichheiten, welche in der von produktionszentrierten Zugängen ausgeklammerten „privaten" Sphäre eingelassen und bezogen auf Ressourcen wie Freizeit und Muße sind. Als Strukturprinzip kapitalistischer und „sekundärpatriarchalischer Gesellschaften" (Beer 1990) wird aus dieser gesellschaftstheoretischen Orientierung Geschlecht verschränkt mit und kumulativ zu bestehenden Klassenverhältnissen analysiert: Einerseits lassen sich quer zur Klassenlage Gemeinsamkeiten von Frauen identifizieren – so die ungebrochene Zuweisung der Erziehungs- und Familienarbeit – andererseits bilden Frauen keine eigene Großklasse oder gar Kaste, sondern ihre objektive Lage wie subjektiven Einstellungen und Identitäten sind wiederum klassenspezifisch ausgeformt. Es ist die „doppelte und widersprüchliche Vergesellschaftung von Frauen" (Knapp 1990), welche ihre soziale, politische und kulturelle „Ungleichrangigkeit, Ungleichwertigkeit und Ungleichwirklichkeit" (Becker-Schmidt 1987) hervortreibt.

Innerhalb dieses Bezugsrahmens wid-

men sich feministisch orientierte Sozialwissenschaftlerinnen nun in einem zweiten Schritt empirischer Forschung, die konsequenterweise vermehrt die 'Differenzen unter Frauen' entlang der Linien von Klassenzugehörigkeit und vermehrt auch „Ethnizität" aufsucht und präzisiert. So etwa eine Studie über Frauen und Männer in den alten und neuen Bundesländern aus den drei „großen Klassen", um die Forschungsthese klassenspezifischer Ungleichheiten und Benachteiligungen gleichermaßen empirisch zu überprüfen wie diejenige „stellungsspezifischer Benachteiligungen aller Frauen in ihrer jeweiligen Klasse" (Frerichs/Steinrücker 1993). Oder in Untersuchungen zur „neuen internationalen Arbeitsteilung zwischen Frauen" am Beispiel osteuropäischer Migrantinnen, die als Putzhilfe in westdeutschen „Mittelschichtshaushalten" arbeiten, und somit einerseits die Freisetzung von Hausarbeit und damit Karrieren der 'Anderen' ermöglichen, andererseits ein „neues politisch-kulturelles Arrangement zwischen Männern und Frauen der gleichen Bildungsschicht" (Friese 1995) absichern helfen, denn nicht Umverteilung gesellschaftlich notwendiger Arbeit zwischen jenen wird hier zur Grundlage von Geschlechtersymmetrie, sondern die hierarchische Delegation dieser Arbeit zwischen Frauen.

Diese Fragestellungen und Ergebnisse empirischer Sozialforschung zur „doppelten Vergesellschaftung" machen deutlich, daß Frau-Sein im nationalen Wettbewerbs- und Wohlfahrtsstaat bundesdeutschen Zuschnitts nicht allein durch 'Benachteiligung' charakterisierbar ist. Die subjektiven Erfahrungen und objektiven Lebensbedingungen von Frauen erweisen sich bestimmt durch Brüche und Widersprüche und sind in komplexer Form Teil der Transformationsprozesse sozialer Ungleichheiten, die sich gerade nicht zu einer Summe von Diskriminierungen oder einem Bündel an Unterdrückung aufaddieren lassen, innerhalb dessen Frauen im Sinne von „double" oder „triple"-Theorien (Klasse & Geschlecht & „Rasse"/Ethnie) entweder auf der Verliererinnen- oder auf der Gewinnerinnenseite stehen. Anja Meulenbelt umreißt dies treffend mit Blick auf mögliche kollektive AkteurInnen und deren politische Handlungsmodelle: „Ich bin eine Frau (unterdrückt), aber auch weiß (herrschend) und stamme aus der höheren Mittelschicht (ebenfalls herrschend). Einer meiner Freunde ist schwarz (unterdrückt), aber männlich (herrschend) und heterosexuell (herrschend). Kaum jemand von uns gehört nur zur Gruppe der Unterdrücker oder zur Gruppe der Unterdrückten, sonst wäre es beträchtlich einfacher, eine Strategie zu entwickeln, die uns von Unterdrückung befreit. Jede Minderheit könnte sich organisieren, wir bündeln die Kräfte, und siehe da, eine große Mehrheit mit nur einem einzigen Feind: eine kleine, unpopuläre Gruppe weißer, heterosexueller, nichtjüdischer Mittelschichtsmänner zwischen dreißig und vierzig. Nicht behindert." (Meulenbelt 1993: 57f.)

Zurück zu *Amica*. Wäre auf ihrem Titelblatt, als Werbeplakat und Poster zur sinnlichen Erbauung der deutschen Leserinnen auch ein schöner, junger und weißer Mann denkbar, im Mäntelchen und Handschuhen, Teufelshörnchen auf der blankpolierten Glatze? Ich denke nein. Das symbolische Angebot weiblicher Verfügungsmacht über den männlichen sexualisierten Körper bewegt sich im Rahmen eines spezifischen Ungleichheitsverhältnisses: Der Über- und Unterordnung im rassistischen Kontext, welcher die Situierung innerhalb der Geschlechterhierarchie kreuzt und eine andere Position hervorbringt, in der sie ihn „12 x kommen lassen" darf. ●



Literatur:

Becker-Schmidt, Regina 1987: „Frauen und Deklassierung. Geschlecht und Klasse." In: Beer, Ursula (Hg.): Klasse Geschlecht. Feministische Gesellschaftsanalyse und Wissenschaftskritik. Bielefeld, S. 187 - 235.

Beer, Ursula 1990: „Gechlecht, Struktur, Geschichte. Soziale Konstitutierung des Geschlechterverhältnisses." Frankfurt.

Bublitz, Hannelore 1992: „Lektion IV Geschlecht." In: Korte, Hermann/Schäfers, Bernhard (Hg.): Einführung in die Hauptbegriffe der Soziologie. Opladen, S. 59 - 78.

Friese, Marianne 1995: „Die osteuropäische Akademikerin, die im westeuropäischen Haushalt dient. Neue Soziale Ungleichheiten und Arbeitsteilung zwischen Frauen." In: Modelmog, Ilse/Gräßel, Ulrike (Hg.): Konkurrenz & Kooperation: Frauen im Zwiespalt? Münster, S. 171 - 194.

Frerichs, Petra / Steinrücker, Margareta 1993: „Frauen im sozialen Raum. Offene Forschungsprobleme bei der Bestimmung ihrer Klassenposition." In: dieslb. (Hg.): Soziale Ungleichheit u. Geschlechterverhältnis. Opladen, S. 191 - 203.

Knapp, Gudrun-Axeli 1990: „Zur widersprüchlichen Vergesellschaftung von Frauen." In: Hoff, Ernst H. (Hg.): Die doppelte Sozialisation von Erwachsenen, München/Weinheim, S. 17 - 52.

Meulenbelt, Anja 1993: „Scheidelinien. Über Sexismus, Rassismus und Klassismus." Reinbek.

CHRISTOPH GÖRG

Mit „ökologischen Leitplanken" in die Zukunft

und wie dabei gesellschaftliche Interessenlagen in die Quere kommen

In den 70er Jahren sah alles noch ganz einfach aus: von der Ablösung der „Klassenfrage" durch die „Gattungsfrage" war die Rede. Schon lange hat sich jedoch herum gesprochen, daß ökologische Problemlagen keineswegs im interessenfreien Raum angesiedelt sind. Daß es aber immer noch schwerfällt, ökologisches Wollen und gesellschaftliche Herrschafts- und Ungleichheitsverhältnisse in der Analyse zu verbinden, zeigt die von BUND und Miserior herausgegebene Studie „Zukunftsfähiges Deutschland" (siehe dazu auch *links* 308/309). Mehr und mehr stellen sich heute ökologische Fragen als politische Gestaltungsprobleme, ohne daß die dabei involvierten strukturellen Zwänge angemessen zur Kenntnis genommen werden oder gar ein Weg zu ihrer Auflösung gezeigt würde.

Umfassende Bedrohungsszenarien unterschiedlichster Art haben das Aufkommen ökologischer Themen von Anfang an begleitet. Dabei waren nicht nur Ängste vor den unbeherrschbaren Risiken großtechnischer Systeme wie AKW's oder Chemiewerken im Spiel. In der Erfahrung der eigenen Ohnmacht wie der Macht der Atomindustrie war vielmehr noch ein herrschaftskritisches Motiv beteiligt, das bei der konservativ-technokratisch angelegten Furcht vor den „Grenzen des Wachstums" aufgrund der Endlichkeit der natürlichen Ressourcen weitgehend fehlte. Vollends in eine reaktionäre Richtung gehen die immer stärker werdenden neo-malthussianisch begründeten Ängste vor der großen „Bevölkerungsflut". Und doch bildeten diese Motive ein schwer entwirrbares Amalgam, daß seinen kleinsten gemeinsamen Nenner im Bild einer heraufziehenden ökologischen Katastrophe fand und findet. Daß vor dieser Bedrohung alle Interessenunterschiede, alle Ungleichheits- und Herrschaftsverhältnisse verblassen sollten, dies war jedoch ein schnell zu durchschauendes Mißverständnis. Nicht nur wird mit dem Begriff des „Gattungsinteresses" ein abstraktes Allgemeines beschworen, das so weder auffindbar noch praktisch wirksam ist. Wer es wissen wollte, für den wurde auch schnell deutlich, daß es zur Bewältigung vermeintlicher oder tatsächlicher Gefahren nicht allein der „Einsicht aller Aufgeklärten" bedarf, vielmehr hier höchst unterschiedlich ausgeprägte gesellschaftliche Interessen zu berücksichtigen sind. Wenn sich jedoch mit der Steigerung der technischen Fähigkeit zur Naturbeherrschung und ihren desaströsen Nebenfolgen auch gesellschaftliche Interessen verbinden, dann sollte dies eine ökologische ausgerichtete Politik nicht unberücksichtigt lassen.

Und trotzdem war die Kritik und die Abkehr vom traditionellen klassentheoretischen Konfliktverständnis nicht nur ein Irrtum. Wer beispielsweise den Konflikt um die Kernenergie auf die Frage nach der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel reduzierte und die Technik selbst ausblendete, der verfehlte gerade die zentrale Dimension des Konflikts. Es ging eben nicht mehr um „Kernkraft in Volkes Hand", sondern um die Politisierung der Produktionsmittel selbst. Und es ging in den Konflikten nicht mehr um die Verteilung des wachsenden gesellschaftlichen Reichtums, sondern darum, auf welche Weise und bis zu welchem Umfang dieser produziert werden sollte. Damit wurde die Richtung und die Dynamik des gesellschaftlichen „Fortschritts" selbst zum Gegenstand des Konfliktes. Mit der Diagnose der Ablösung der Konflikte um die Reichtumsverteilung durch Konflikte um die Risikoverteilung brachte Ulrich Beck diese neue Dimension auf den Begriff – und verfehlte das Problem gleichzeitig, und zwar auf eine bis heute immer noch instruktive Art und Weise.

Ausgedrückt wurde in der Formel von Beck zwar das Neue an der Situation: Die Gesellschaft wird in den ökologischen Risiken mit den destruktiven Nebenfolgen ihrer eigenen Entwicklung konfrontiert, mit selbstgeschaffenen, aber nicht mehr mit den gegebenen Institutionen bearbeitbaren Gefährdungslagen. Die Strategie der Naturbeherrschung scheitert quasi durch ihren Erfolg hindurch und produziert gerade im Versuch der völligen Kontrolle und Ausbeutung der Natur die neue, nicht mehr mit den bisherigen Mittel kontrollierbare Gefahrenlage. Verkannt wurde aber von Beck, daß dadurch weder die Konflikte um die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums beseitigt waren – eine Tatsache, die sich in den Diskussionen um den „Standort Deutschland" nachdrücklich in Erinnerung gebracht hat. Noch bedeutsamer ist aber, daß der Klassenbegriff über das Verteilungsproblem hinaus auf Strukturmerkmale kapitalistischer Vergesellschaftung abzielt, die gerade für die Genese der neuen Problemlage und deren weitere Dynamik konstitutiv sind. Sollte nach Beck ein „Kapitalismus ohne Klassen" entstehen, dann hatte diese Diagnose für die alltagsweltliche Ebene individualisierter Lebensweisen und pluralisierter Milieus vielleicht einige Plausibilität. Mit dem Klassenbegriff im weiteren Sinne werden jedoch auch typische Stellungen im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß und die mit ihnen verbundenen Interessenlagen und Machtverhältnisse benannt, die auch eine Analyse ökologischer Risiken in Rechnung stellen muß.

Daß seine Analyse in dieser Hinsicht Defizite aufweist, wurde Beck schon früh vorgehalten. Keineswegs sei schon aus dem konstatierten Scheitern ein Verzicht auf eine Weiterführung der naturbeherrschenden Praxis zu schließen, solange sich starke und durchsetzungsfähige Interessen mit ihr verbinden. Und trotzdem hatte Beck auf einen wunden Punkt politischer Analyse und Praxis aufmerksam gemacht, der nach wie vor in den Debatten um eine sozial-ökologische Reform dieser Gesellschaft als ungelöstes Problem herumgeistert. Eine ökologisch orientierte Politik ist nämlich nicht als im sozio-ökonomischen Sinne interessenorientierte Politik zu begründen. Da sie die Entwicklungs- und Reproduktionsdynamik kapitalistischer Gesellschaften angreift, kann sie sich nicht auf eine wohlverstandene Interessenlage in diesem System berufen. Vielmehr muß sie darauf abzielen, den Zusammenhang dieser Lagen im System gesellschaftlicher Reproduktion selbst zu verändern. Auch und gerade, wenn sie den Klassencharakter moderner Gesellschaften in Rechnung stellt, scheint sie zur Formulierung eigener Ziele notwendig auf die normative Ebene verwiesen zu sein und ein Allgemeininteresse an der Abwendung ökologischer Gefahren zu formulieren. Das aber macht sie zu Recht verdächtig und provoziert die Nachfrage: Wer spricht in wessen Namen und mit welchen Machtressourcen im Rücken

für welche Ziele – und wer soll die Zeche zahlen?

In die ökologische Krise geführt haben die in der fordistischen Phase kapitalistischer Entwicklung institutionalisierten Produktions- und Konsumweisen in den sogenannten entwickelten Industriestaaten, hinter denen wiederum spezifische Klassenkompromisse und Formen der Sozialintegration stehen. Unklar bleibt allerdings, worauf sich das Interesse an einer Änderung berufen könnte, an welche Lebensformen und damit verbundenen sozialen Bedürfnisstrukturen dabei anzuknüpfen wäre. Alle Verschwisterungsversuche mit der realexistierenden Arbeiterklasse haben sich aufgrund ihrer spezifischen Integrationsweise als wenig tragfähig erwiesen. Und traditionelle Lebensformen oder Subsistenzökonomien, die sich mit Blick auf das Nord-Süd-Verhältnis größerer Aufmerksamkeit erfreuen (vgl. das Interview mit G. Esteva in der letzten *links*), sind schon im internationalen Rahmen mit dem Zweifel behaftet, ob nicht schon wieder sowieso von der Weltwirtschaft marginalisierte Bevölkerungsgruppen mit romantischem, aber auch konservativem Gestus und in idealisierender Weise zum Hort des Widerstands erklärt werden. Wie sich daraus eine Veränderungsperspektive für kapitalistische Industriestaaten ableiten lassen soll, bleibt vollends im Dunkeln.

Obwohl also deutlich geworden ist, daß Klassen- und Risikokonflikte nicht einander ablösen sondern sich vielmehr überlagern, läßt sich aus dieser Einsicht direkt noch keine neue Politikform ableiten. Allzu deutlich scheitert eine ökologisch motivierte Reform an Verteilungssproblemen erster und zweiter Ordnung: Am Dogma des Wachstums des Bruttosozialproduktes als Grundlage des Klassenkompromisses mag trotz und wegen der Ausgrenzung und Marginalisierung großer Bevölkerungsteile niemand rütteln. Gerade in der ökonomischen Krise ist vielmehr wieder sichtbar geworden, wie sehr dieses Dogma von nahezu allen Beteiligten als Grundlage der gesellschaftlichen Integration angesehen wird, wie es den gemeinsamen Hintergrundkonsens des Verteilungskonfliktes abgibt. Das gleiche gilt im Hinblick auf die sekundären Konflikte um die „Staatsaufgaben" und die Verteilung staatlicher Ressourcen. Daß hier der Schwerpunkt auf der Absicherung kapitalistischer Akkumulation liegt, daß von dieser Funktion aus nicht nur der Einfluß der dominanten ökonomischen Interessen sondern ebenso die Formen der Einbindung subalterner Klassen zu bestimmen sind, das hat sich im Übergang zum „nationalen Wettbewerbsstaat" einmal mehr bestätigt. Deswegen überwiegen auf diesem Gebiet eindeutig die Ängste: Was kann die Grundlage eines „demokratischen Konsenses" sein, wenn nicht die Steigerung des gesellschaftlichen Gesamtproduktes? Ist also eine „ökologische Demokratie" überhaupt möglich? Muß nicht eine Änderung der gesellschaftlichen Entwicklungsdynamik Freiheitsspielräume der Individuen wie der gesellschaftlichen Teilbereiche (Wissenschaft, Wirtschaft) zu-rücknehmen? Wäre nicht ein „ökologisches Allgemeininteresse" somit notwendig repressiv gegenüber den verschiedenen sozialen Interessen? Muß nicht umgekehrt versucht werden, sich mit gesellschaftlichen Interessen zu verbünden, um diesen Ausweg zu vermeiden? Vor dem Hintergrund dieser Fragen läßt sich der in der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland" eingeschlagene Weg besser begreifen, wie umgekehrt in der Studie die konkrete Relevanz von Klassenstrukturen offen zu Tage tritt.

Das erklärte Ziel der Autorinnen und Autoren vom Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt und Energie ist es, gegen die „Verzerrung der Zukunftsdebatte" im Rahmen der Diskussionen um den „Standort Deutschland" ökologische, soziale und internationale Aspekte zur Geltung zu bringen. Doch schon in der Einleitung skizzieren sie das Problem, daß es eine ihrer Ansicht nach unauflösliche Spannung zwischen zwei Argumentationsmustern gebe: zwischen der Indienstnahme der Ökologie für die Erhöhung der nationalen Wettbewerbsfähigkeit („technische Innovationen und zukunftsträchtige Märkte") und ihrem Widerspruch gegen den Imperativ kapitalistischer Akkumulation („die Tugend des Unterlassens ..., die Bescheidung oder das Maßhalten"). Diese Spannung „auszuhalten" (13) stellt ein Leitmotiv dieser Studie dar. Vor dem Hintergrund des oben ausgeführten kann dem entgegengehalten werden: Schon das Aushaltenwollen der Spannung ist eine Kapitulation vor den strukturellen Zwängen gesellschaftlicher Reproduktion. Die von vielen Kritikern in den letzten Wochen schon vermißte Ursachenanalyse, der weitgehende Verzicht auf eine Beschäftigung mit Macht- und Herrschaftsverhältnissen und die Anpassung an und das Arrangment mit vorgegebenen Interessenlagen haben darin ihren Grund: Sie sind Teil einer Strategie, das Fell des Bären zu waschen, nicht nur, ohne es naßzumachen, sondern auch trotz der Zweifel darüber, ob der Genosse überhaupt gejagt werden soll.

„Eine ökologisch orientierte Politik ist nämlich nicht als im sozioökonomischen Sinne interessenorientierte Politik zu begründen."

Dabei sind in der Anlage und dem Aufbau der Studie durchaus Vorteile gegenüber den Diskussionen der letzten Jahre oder vergleichbarer Unternehmungen zu erkennen. Nicht eine naturwissenschaftliche und vermeintlich objektive Bestimmung ökologischer Tragfähigkeit steht im Mittelpunkt, sondern die Verbindung von wissenschaftlicher Bestandsaufnahme und politisch-normativer Zieldiskussion, in deren Zentrum neue Leitbilder und institutionelle Reformstrategien stehen. Von der Nanogramm-Ideologie (der Suche nach riskanten Schadstoffen) über die Megatonnen-Manie (der rein quantitativen Bestimmung von Reduktionserfordernissen im Materialdurchsatz) zu sozial-ökologischen Nutzungsrelationen, in deren Zentrum ein politisches Gestaltungsproblem steht – so ließe sich der Fortschritt (wohlwollend) umschreiben. Und auch die normative Zieldiskussion unterscheidet sich zunächst wohltuend vom Öko-Moralismus vergangener Tage. Obwohl in den Leitbildern interessante Anregungen mit bisweilen kuriosen Argumenten (z.B. die von der dynamischen Balance zwischen Zusammenarbeit und Wettbewerb in der Natur, von der zu lernen sei – früher wurde diese Balance 'Fressen-und-Gefressen-werden' genannt, 193) ein widersprüchliches Amalgam eingehen, lassen sich jedoch zwei Vorteile gegenüber bisherigen Diskussionen erkennen. Zum einen ein an kommunitaristische Denkweisen erinnernder Anti-Etatismus, verbunden mit dem Versuch, den Staat aus dem Zentrum der Politik zu nehmen (358). Zwar steht mit der ökologischen Steuerreform weiterhin ein fiskalisches Instrument im Mittelpunkt der Reformbemühungen, doch wird deren Wirkungsweise wiederum von den sozialen Randbedinungen abhängig gemacht und die bei Grünen und anderen so verbreitete Staatsgläubigkeit durch eine realistischere Einschätzung der Steuerungskapazität des Staates ersetzt. Zum anderen wird auch auf der normativen Ebene im engeren Sinn nicht behauptet, daß es den *einen* ökologisch verträglichen Lebensstil gebe, den es durchzusetzen gelte. Den einzig wahren „ökologischen Konsumenten" zu suchen macht nicht nur keinen Sinn, weil überall ökologisch bewußtes Verhalten in einer Hinsicht (z.B. Mülltrennung) mit Ressourcenverschwendung in anderen Bereichen (Freizeitverhalten) Hand in Hand geht. Vermieden wird auch der repressive Gestus des grünen Gesinnungstäters, der anderen seine Heilsbotschaft vom richtigen Leben aufzwingen möchte.

Und trotzdem lassen sich auf beiden Ebenen – in Bezug auf den Staat und die

Konsum- oder Lebensstilebene – auch die angedeutete Kapitulation und ihre Folgen feststellen. Zwar ist ohne Zweifel richtig: ökologische Kriterien sind zu einem wichtigen Nachfragefaktor geworden, und der Konsumakt ist heute zu einem politischen Ausdrucksmittel geworden. Doch daraus nun den Schluß zu ziehen, damit sei der Weg „von einer Überflußwirtschaft zu einer Einflußwirtschaft geöffnet" (214), erweist sich als ein fataler Fehlschluß. Nicht nur wird die klassenmäßige Ungleichverteilung dieser Konsumchancen völlig vergessen. Auch wird die Chance vertan, aus dem politischen Charakter des Konsums zur Erkenntnis der ihm innewohnenden Distinktionsstrategien (à la Bourdieu) fortzuschreiten. Statt einfach zu unterstellen, entstehende Handlungsspielräume würden zu „einem Akt der Selbstreflexion" (216) über die ökologische Angemessenheit des Konsums führen, wäre zu fragen, ob und inwieweit die Gestaltungsmacht genutzt wird, um Statusunterschiede auch mit Hilfe symbolischer Aspekte ökologischen Handelns darzustellen. Zunächst entsteht mit dem „grünen Konsumenten" soziologisch gesehen nichts weiter als ein neues Betätigungsfeld für Strategien der Produktdiversifizierung und damit neue statusmäßige Unterscheidungsdimensionen: verkörpert gerade vielleicht in dem „Stolz, in der ersten Person an dem historischen Übergang zu einer maßvollen Wirtschaftsweise mitzuwirken" (217). Die Einbindung der normativen Aspekte der Leitbilder in die Sozialstruktur bleibt in der Studie unhinterfragt und damit die Reformszenarien in dieser Hinsicht tendenziell naiv.

Ein vergleichbares, aber in seiner Relevanz noch bedeutenderes Problem zeigt sich im Hinblick auf die polit-ökonomische Reformstrategie. Einerseits gibt es deutliche Hinweise auf die Strategie einer institutionalistischen Einbettung des Marktes mit Hilfe von „ökologischen Leitplanken" (369). Nicht die Verstaatlichung der Ökonomie und die Abschaffung des Marktes, sondern seine Nutzung als Allokationsinstrument wo möglich (Erhöhung der Effizienz) und seine Eingrenzung wo nötig (nicht alles was gut ist für den Markt, ist auch gut für die Ökologie; vgl. 171), vor allem aber die Setzung von Rahmenbedingungen für den Markt mit Hilfe einer ökologischen Steuerreform ist das in der Studie verfolgte Ziel. Diese soll den Faktor Energie verteuern und den Faktor Arbeit gleichzeitig verbilligen und auf diese Weise zu einer neuen Rationalisierungsdynamik und neuen Arbeitsplätzen führen. Auf diese Weise hofft die Studie, Wettbewerbsfähigkeit und ökologische Zukunftsfähigkeit miteinander verbinden zu können.

Unabhängig davon, ob diese Änderung der Entwicklungsdynamik wirklich plausibel begründet ist, sind die Implikationen dieser institutionalistischen Strategie schwerwiegend. Denn ein Ende des strukturell verankerten Zwanges zur Konkurrenz steht nicht zur Debatte. Sowohl binnenwirtschaftlich (170) als auch im internationalen Rahmen werden allein die Kriterien für eine Wettbewerbsfähigkeit geändert, diese keinesfalls aber aufgehoben. Dies ist den Autorinnen und Autoren völlig klar: „auf den Märkten der Zukunft (wird) derjenige die Nase vorn haben, der Sustainability konsequent zum Kriterium seiner Produktion und seines Marketings macht" (269). Auch ein ökologisch zukunftsfähiges Deutschland ist strukturell gesehen zunächst ein dominantes Deutschland im Rahmen der internationalen Ungleichheitsverhältnisse. Beim zukunftsfähigen Deutschland geht es um die „Sicherung des Wohlbefindens der Menschen in einem Land" (364). Mit dieser Zielsetzung soll der Wandel „wirtschaftsverträglich" gestaltet werden und die Innovationsdynamik eben nicht gebremst sondern umgelenkt werden (369). Eine weitergehende Änderung des marktwirtschaftlichen Systems will die Studie erst für den Fall reservieren, daß sich dieser Wandel als unmöglich erweist.

„Die Einbindung der normativen Aspekte der Leitbilder in die Sozialstruktur bleibt in der Studie unhinterfragt und damit die Reformszenarien in dieser Hinsicht tendenziell naiv."

Deshalb drängt sich die berüchtigte Gretchenfrage auf: Wie halten es die Wuppertaler dann mit der beschworenen Verknüpfung von Umwelt und Entwicklung, mit dem Anspruch, eine auch für das Nord-Süd-Verhältnis geltende Reform- und Veränderungsstrategie zu entwerfen. Darauf gibt die Studie zwei Antworten: Die erste ergibt sich aus der soeben rekonstruierten Argumentation – strukturelle Zwänge ändern sich (zunächst) nicht. Daneben findet sich jedoch noch ein normatives Argument – die Forderung nach Gerechtigkeit und Solidarität. Doch genau diese Trennung ist das Problem. Zwar wird behauptet, daß sich langfristig auch die Bedingungen für Chancengleichheit verbessern können, wenn beispielsweise mit dem Übergang zum ökologischen Landbau die Überschußproduktion an Nahrungsmitteln und die Subventionierung des Nahrungsmittelexports entfallen (415). Doch kurzfristig sieht die Sache ganz anders aus: „Im Norden ist der ökologische Strukturwandel Teil der wirtschaftlichen Modernisierung, dient der Wettbewerbsfähigkeit, erbringt damit einen kräftigen Veränderungsimpuls und setzt finanzielle Potentiale frei. Den armen Ländern des Südens fehlt dieser Anschub fast ganz" (407). Dies ist nicht einfach eine realistische Betrachtungsweise. Die Einschätzung beruht auf einer spezifischen Sichtweise, nämlich auf der oben angeführten zentralen Prämisse: Eine ökologische Reform muß sich mit den mächtigen ökonomischen Interessen in der Bundesrepublik verbünden. Aus diesem Grund müssen die Autorinnen und Autoren selbst zugeben, daß sich Chancengleichheit für die Länder des Südens und ökologischer Umbau der Industrieländer in die Quere kommen: Da mit Widerständen gegen einen aus der Ökosteuer finanzierten Ausgleich für die Einnahmeausfälle des Südens zu rechnen sei, müsse halt zunächst mit der Umsetzung im eigenen Land (ohne Wettbewerbsverzerrung) begonnen werden – die Chancengleichheit müsse halt warten (401f.). Auch hier gilt wieder: Zunächst kommt der ökologische Umbau, dann kommt die Moral.

Damit wird aber letztere selbst beschädigt. Wenn Solidarität mit den Ländern des Südens aus einer „Verbindung von Eigennutz und Fürsorge" (278) entstehen soll, dann fallen offenbar beide doch immer wieder auseinander. Eigennutz für das eigene Land – weil sonst die stärkeren Interessen siegen. Und dazu noch etwas Fürsorge für den Süden, weil anders das Thema Ökologie sowieso nicht durchzusetzen ist. Die „unmittelbare Erfahrung des eigenen Bedroht- und Angewiesenseins" (278), die einst die europäische Arbeiterbewegung solidarisch zusammengeschweißt habe, läßt sich – eben als „Gattungsinteresse" – global jedenfalls nicht so leicht erfassen. Profaner ausgedrückt: Einstweilen ist uns das Hemd näher als der Rock! Und „Fürsorge" und „Nächstenliebe" behalten, trotz aller Beteuerungen vom gemeinsamen Lernen (418ff.), doch einen paternalistischen Zug. Was systematisch vergessen wird, ist, daß sich normative Prinzipien an Machtverhältnissen reiben – und daß es dann im Konflikt auf das Austragen dieser Widersprüche ankommt. Soll die Ökologie nicht einfach zum weichen Standortfaktor degenerieren, dann ist der Konflikt mit den institutionalisierten Interessen ernst zu nehmen und ihr nicht mit Blick auf die Machtverhältnisse auszuweichen. Doch diese Kraft traut dem mit der ökologischen Krise verbundenen Bedrohungsszenario offensichtlich niemand mehr zu. ●

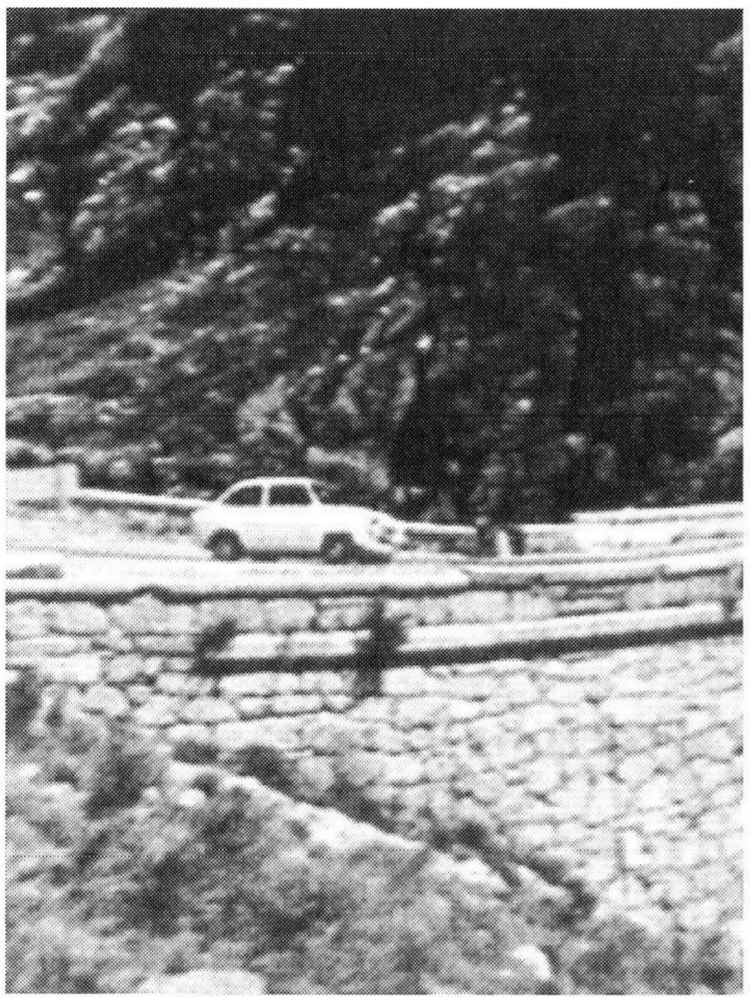
❶ American Independent

Blau im Gesicht (Blue in the face) sollen die Leute in Brooklyn werden, durch den ihnen angeblich eigentümlichen, atemlosen Redefluß. Das steht für die Authentizität und den Eigensinn jener toughen und lebensgewandten KiezbewohnerInnen, die sich so durch's Leben schlagen. Unterstrichen wird das von den besonderen Produktionsbedingungen des Films; dieser wurde im Anschluß an *Smoke,* Regisseur ebenfalls Wayne Wang sowie Drehbuch Paul Auster, in knapp einer Woche in Zusammenarbeit mit den DarstellerInnen abgedreht. Dahinter reiht sich einiges ein, was in Amerikas Main- und Submainkultur Rang und Namen hat und den Film in Hinblick auf hiesige Debatten erst interessant macht. Madonna, Lou Reed, Roseanne, Harvey Keitel als Hauptdarsteller und Koproduzent, Jim Jarmush, um nur einige zu nennen. Allesamt hierzulande gerne mal mit den Weihen linker Gegenkultur versehen oder zumindest einen spielerisch überschreitenden Umgang mit dem eigenen Genre pflegend. Was inszeniert also die „alternative Popszene" bei jenem freien, spontanen und laut Presseheft „gegen Autoritäten" gerichteten Film?

Die erste Szene ist hier schon richtungsweisend: Harvey Keitel alias Auggie Tabakwarenhändler steht plaudernd vor seinem Laden, als ein afroamerikanisches Kid einer jungen Frau die Handtasche klaut. Auggie holt sie samt dem circa 12-jährigen Jungen unter, wie er sagt, „Einsatz seines Lebens" zurück. Als das der Frau ausreicht und sie auf eine Anzeige verzichten will, wird Auggie wütend, weil er ja sein Leben für die fremde Handtasche riskierte und meint, ob sie denn nicht wisse wie gefährlich, gesetzlos und brutal solche Kids heutzutage wären. Da die Frau daraufhin immer noch nicht einsichtig wird, gibt Auggie dem Jungen die Tasche zurück und jagt ihn weg. Auggie, die Identifikationsfigur dieser Szene, so soll signalisiert werden, kennt die Straße und weiß, im Gegensatz zur Mittelstandsfrau, daß hier einzig hartes Durchgreifen weiterhilft. Nicht nur daß sich dabei der üblichen rassistischen Clichés bedient wird, auch die zur Schau gestellte Streetcleverness des Auggie Wren, die spontan und im weiteren unhinterfragt, auf die Staatsgewalt zur Sanktionierung seiner Sicherheit zurückgreift, illustriert wie weit es mit dieser Cleverness her ist. Das führt die damit vermutlich beabsichtigte Distanzierung vom biederen Mittelstand, welche die eigensinnigen BrooklynerInnen kennzeichnen soll, ad absurdum.

Das durchgehende Motiv der Streetcleverness, eine Unterart des american way of life, wird zur Mentalitätsgeschichte verklärt – die BrooklynerInnen sind halt tough. Verdeckt wird die trostlose Situation der Einzelnen ohne allzu große soziale Sicherheiten, in der zwischenmenschliche Nettigkeiten vielleicht tatsächlich nicht mehr so drin sind. Es wiederholt sich ein klassisches Moment bürgerlicher Subjektkonstitution: der Zwang der schlechten Verhältnisse, der einem das Durchwursteln aufnötigt, darf als solcher nicht erkannt und benannt werden, das würde als Eingeständnis der eigenen Angepaßtheit empfunden, sondern wird zum eigenen Willen erklärt, – wir sind stolz darauf so zu sein, wie wir sein müssen.

Winnie, der nette Immobilienspekulant und Eigentümer des Tabakwarengeschäfts,



will den unrentablen Laden aufgeben. Im Gespräch mit Auggie, hält der ihm vor Augen, was das für's Viertel bedeuten würde, daß es noch weiter runterkomme, etc.. Daraufhin hat Winnie eine Erscheinung: Der erste „schwarze" Footballspieler, der natürlich vor zig Jahren bei den Brooklyner Dodgers spielte, betritt den Laden und unterhält sich mit Winnie über deren gemeinsame Jugend in Brooklyn oder so ähnlich, ich hab's vergessen. Winnie besinnt sich und läßt aus seinem Spontanurlaub mit Ehefrau Roseanne ein singendes Telegramm (Madonna) überbringen, indem verkündet wird, daß alles beim Alten bleiben soll. Gemäß dem Motto des Presseheftes: „It is also a celebration of a community and a neighborhood that stubbornly (eigensinnig) holds onto its unique personality, no matter how much the city – and the world – may change".

Die konservative Message wird von einem der immer wieder dazwischen geschobenen Handycam – Clips auf den Punkt gebracht. Ein freundlicher Mittvierziger hat es sich zur Freizeitaufgabe gemacht Plastiktüten, die sich in den Bäumen verfangen haben, herunterzuholen. Diese verschandeln in seinem Geschmacksempfinden die Landschaft. Die eigens dazu entwickelte Greifstange wurde freilich gleich zum Patent angemeldet. Anstatt nun die Plastiktüten, diese, etwas pathetisch gesprochen, Statthalter einer mißlingenden Zivilisation, mal fröhlich mal trostlos im Wind flattern zu lassen, muß der Ordnungssinn jenes Bürgers sie aus dem Gesichtsfeld entfernen und am besten gleich noch ein Geschäft draus machen.

Nicht daß es keinerlei unterhaltsame Episoden gäbe, überraschenderweise sogar mit Michael J. Fox, dem Unausstehlichen aus „Zurück in die Zukunft 1-10", auch die Sequenz mit Jim Jarmush ist erträglich. Diese gehen jedoch im allgemeinen Gesülze über Brooklyn und der Anzahl seiner Schlaglöcher unter.

Nicht zufällig gerät die Thematisierung des Kiezes und seiner „eigensinnigen" BewohnerInnen, mit der sich die Alternativkultur ihren bodenständigen Flair bewahren will, zum sentimentalen Kitsch. Das Bekenntnis zum Milieu ist halt so abgestanden, wie das vermeintlich abweichende Thema etabliert ist. Die uneingestandene eigene Etabliertheit und eine Spontaneität, die treffsicher vorhersagbar ist, verstärken diesen Eindruck noch.

Harvey Keitels penetrantes Dauergrinsen läßt am Ende nur den Wunsch offen, eines jener 12-jährigen Kids möge Auggie's Laden betreten und mit vorgehaltener Waffe sagen: „Give me the cash man, but first take this fucking smile of your face, or i'll blast your head off".

Michael Elm

Wayne Wang: Blue in the face, USA 1995

❷ Westkonsens

Die mediale Strategie hätte eigentlich klar sein können. Überwiegend zwischen den Seiten drei und fünf konnten Ablichtungen von Egon Krenz entdeckt werden, wie er an der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde seine Nelken plazierte. Schnitt. In diesen Tagen beginnt der Prozeß gegen ihn. Schnitt. Mehrere tausend Menschen pilgerten mit ihm zu dem Ort, wo auch Walter Ullbrichts Gedenktafel in die Mauer eingepaßt wurde. Schnitt. Während der von der PDS organisierten Gedenkkundgebung kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Autonomen. Schnitt. Das öffentliche Auftreten der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK wurde unterbunden. Schnitt.

Dem teilnehmenden Beobachter blieb sodenn ein altbekanntes Szenario nicht verborgen, allerdings mit einigen Überra-

tellerwäscher

schungen. Prinzipiell unbeachtet blieb zunächst, daß seit 1990 der zentrale Demonstrationszug nach Friedrichfelde nicht von der PDS vorbereitet wurde. Sich der diskreditierenden Vergangenheit bewußt, wurde die Individualisierung des Rituals bevorzugt. JedeR einzelne sollte zwischen 9 und 13 Uhr wie und wann es ihm/ihr beliebt in Friedrichsfelde erscheinen. So blieb der Demonstrationszug aus der Innenstadt mit rund 10.000 Teilnehmern auch in diesem Jahr verhältnismäßig kurz und überaus bunt. Das er anders als in den Jahren zuvor 1½ Stunden länger benötigte, erklärt sich daraus, daß die einstige Ost-Ritualisierung nun endgültig von der westlichen abgelöst wurde. Etwa alle zweihundert Meter drangen die brav spalierlaufenden Sondereinheiten in den Zug ein, schwangen ihre Dienststöcke, wurden wieder rausgedrängt, orderten Verstärkung usw..

Als schließlich auf dem Friedhofsvorplatz das ruhige Ende erwartet wurde, stand die Eskalation noch bevor. Eine Göttinger Gruppe von Antifaschisten führten ein „verbotenes“ (!) (nicht nur Heiner Müller litt unter Zensur) Theaterstück auf. Die Inszenierung wurde komplettiert durch das vehemente Eingreifen uniformierter Statisten, die sich gemäß höherer Regieanweisung in wohlbekannter Manier bis zum Moment ihres Auftritts unsichtbar in den Seitenstraßen bereithielten.

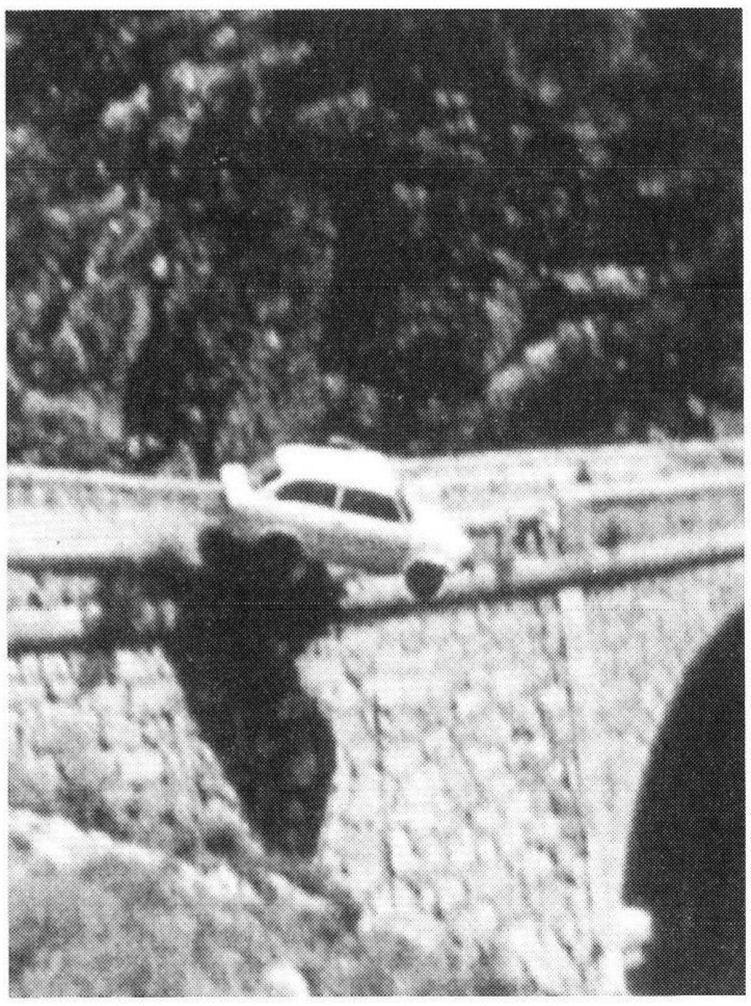
So fand die erste konzertierte Aktion der in der vorangegangenen Woche beschlossenen Großen Koalition ihr „Grande Finale“. Ob jedoch die gezielte Einschüchterung, Provokation und Kriminalisierung – mittels den Vehikeln PKK und Autonome, einhergehend mit der Diskreditierung der PDS – der an Heterogenität nicht mehr zu überbietenden Menschenansammlung tatsächlich die Nachwehen des Berliner Wahldebakels wird kompensieren können, ist unwahrscheinlich und schließlich auch uninteressant.

Zurück blieb der Gedenkstein, umsäumt und überdeckt von einer Unzahl roter Nelken die neben Egon Krenz tatsächlich noch rund 100.000 andere Menschen dorthin brachten, deren „Diskurspotential“ angesichts der faktischen Diskursunfähigkeit in scheinbar immer paranoideren Formen unterbunden werden muß.

Doch das Paranoide ist weder auf staatliche Institutionen noch auf die bürgerliche Mitte beschränkt. Geradezu peinlich war es, wie hervorzuhebende Exemplare der „Westlinken“, die sich vor jeglicher Ideologisierung gefeiht glauben, den in den Zeitungen produzierten Konstruktionen auf den Leim gingen – freilich ergänzt und interpretiert durch die eigene „radikale“ (!?) Perspektive. Die „konditionierte“ Vorstellung eines tradierten Rituals, bei dem die ehemalige DDR-Führungsriege die Gunst der öffentlichen Stunde nutzte, um mit tausenden Unverbesserlichen wenigstens kurz ins Fernsehen zu kommen, war kein Einzelfall. Die DDR bildet scheinbar immer noch das ideale Abarbeitungsobjekt, um die eigene Identität als „radikaler“ oder sonstwie gearteter Linker (sich selbst) beweisen zu können.

Bleibt nur viel Glück zu wünschen, bei der künftigen Identitätsbildung. Doch die Bedingungen sind hervorragend, schließlich kann man sich in diesem Fall dem gesellschaftlichen Konsens (West) sicher sein.

J. W.



❸ FALZ

Am 17.1.1996 wurde dem Frankfurter Arbeitslosenzentrum (FALZ) unter Vorbehalt zur Kenntnis gegeben, daß ab 1.1.1996 die Finanzierung (170.000 DM pro Jahr) ohne Vorankündigung und rückwirkend eingestellt wird. Mit dieser Entscheidung des Sozialdezernenten Vandreike wurde einer Entschließung der Stadtverordnetenversammlung in skandalöser Weise vorgegriffen. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß die Stadtverordneten von CDU und SPD damit einverstanden sind, daß sie übergangen werden.

Neben dem FALZ trifft dieser Streichbeschluß noch vier weitere Initiativen aus den Bereichen Armut und Arbeitslosigkeit. Was 1989 als notwendige Arbeit finanziell gewürdigt wurde, wird sieben Jahre später mit einem Federstrich ausgelöscht.

Seit 14 Jahren besteht das FALZ. Zehntausende von Erwerbslosen, Noch-Beschäftigten und SozialhilfebezieherInnen haben in dieser Zeit um Rat und Hilfe nachgefragt. Als unabhängige Selbsthilfeeinrichtung ist das FALZ auch über die Grenzen Frankfurts hinaus bekannt geworden. Unter dem Vorwand einer angeblich notwendigen Sparpolitik soll nun eine eigenständige und oft auch für die Behörden unbequeme Einrichtung geschlossen werden. In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit und wachsender Armut ist dies für den Sozialdezernenten Vandreike kein Problem. Auf einer Pressekonferenz „begründete“ er u.a. die angebliche Entbehrlichkeit des FALZ mit der Feststellung, daß es Aufgabe der Sozialämter und des Arbeitsamtes sei Beratung anzubieten. Eine an fachlicher Inkompetenz nicht zu überbietende Behauptung! Die 10.000 persönlichen und telefonischen Beratungen im FALZ sprechen eine andere Sprache. Noch im November 1995 demonstrierten 150 Bedienstete des Jugend- und Sozialamtes für mehr Personal in den Sozialstationen. In einer Verlautbarung hieß es dort: „Die Arbeitssituation der Beschäftigten ist teilweise unerträglich“.

Dies weiß natürlich auch der zuständige Sozialdezernent, sodaß der leise Verdacht entsteht, daß es den politisch Verantwortlichen der Stadt Frankfurt um die Beseitigung eines für sie politisch brisanten Projektes geht.

Wer das FALZ unterstützen will durch Spenden, Solidaritätserklärungen oder praktische Aktionen wendet sich an:
Frankfurter Arbeitslosenzentrum, Solmsstraße 1a, 60486 Frankfurt/M., Tel.: 069 / 70 04 25, Postgiro Frankfurt 185107-601 (BLZ 500 100 60)

Harald Rein

❹ Lohnabstandsgesetz

Über eine für Frühjahr 1996 geplante Neufassung des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) informiert eine vom Arbeitslosenverband Deutschland, BAG Sozialhilfeinitiativen, BAG der Initiativen gegen Erwerbslosigkeit und Armut und der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Ar-

beitslosengruppen herausgegebene Broschüre. Im Vorwort der Herausgeber heißt es: „Wieder einmal soll das Bundessozialhilfegesetz 'reformiert' werden. Im Frühjahr 1996 soll eine Neufassung des BSHG verabschiedet sein. Die Bundesregierung will zum dritten Mal seit 1993 die Lohnabstandsformel des BSHG ändern und den Lohnabstand erhöhen. Die neue Lohnabstandsformel soll 1999 in Kraft treten. Die Regelsätze sind der Kern zum Lebensunterhalt. Die neue Lohnabstandsformel macht es nicht nur möglich, die Regelsätze absolut zu senken. Sie macht es notwendig... Die Veränderung der Lohnabstandsformel ist die wichtigste Veränderung des BSHG in bezug auf die Höhe der Hilfe zum Lebensunterhalt. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik bestimmt nicht mehr ein staatlich festgesetzter Bedarf die Höhe der Regelsätze, sondern ein staatlich festgesetzter Abstand zum Durchschnitt der unteren Löhne. Zusammen mit den Veränderungen bei der 'Hilfe zur Arbeit' wird dadurch der Zwang erheblich verstärkt, Billiglohnarbeitsplätze anzunehmen, die unter dem heutigen Sozialhilfeniveau liegen."

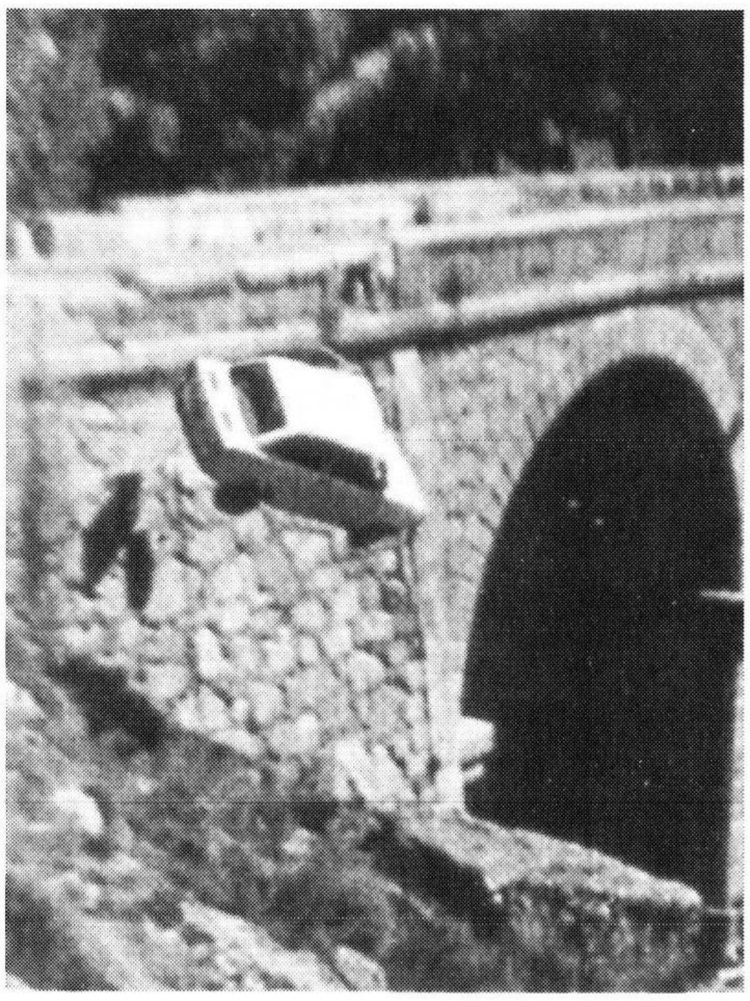
Die Broschüre informiert darüber, was das Lohnabstandsgesetz genau ist, gibt einen Überblick über Lohnabstandsformeln seit 1993 und führt Konsequenzen der neu geplanten Lohnabstandsformel anschaulich vor Augen. Sie ist zum Preis von 3,- DM plus 1,50 DM Versandkosten über folgende Adresse beziehbar: ***BAG Sozialhilfeinitiativen, Moselstraße 25, 60329 Frankfurt.***

J.L.

❺ Aus aller Welt

El Salvador. Da war doch was. Richtig. In den 80er Jahren war der „Däumling", wie der Dichter Roque Dalton sein Heimatland zärtlich nannte, ein Kristallisationspunkt der internationalistischen Linken. Nicht wenige Hoffnungen, daß dem „System" mal endlich wieder ein Schlag versetzt werde, verbanden sich mit dem dortigen Guerillakrieg. Lang, lang ist's her.

Heute bringen es Meldungen aus El Salvador gerade mal auf die „Revolverseiten" der hiesigen Gazetten. Ein Flugzeugabsturz, ein Vulkanausbruch oder ein spektakulärer Banküberfall, bei dem die Räuber sich so sicher wähnen, daß sie sich nicht einmal maskieren, und dann durch eine zufällig laufende Kamera als hohe Offiziere der Polizei geoutet werden, reicht immer noch für die Rubrik „aus aller Welt". Doch die Entwicklung El Salvadors, vier Jahre nach Beendigung des bewaffneten Konfliktes, läuft nicht nur in der bürgerlichen Presse unter Ferner liefen. Von der einstmals starken Solidaritätsbewegung ist nichts mehr zu spüren. Wenn auch die Gründe für die heutige Schwäche der Solidaritätsbewegung vielschichtig sind, so kann doch festgehalten werden: In Bezug auf den politischen Prozeß El Salvadors in den letzten vier Jahren hat sie weder theoretisch zureichende Erklärungen noch adäquate politisch-praktische Handlungsformen entwickelt.



Was läßt sich in einer solchen Situation tun? Manche in der Solidaritätsbewegung verbringen ihre Zeit mit dem Streit darüber, ob die Wandlung der ehemals radikalsten Fraktion der Befreiungsbewegung FMLN zur staatstragenden law and order-Partei historischen Gesetzmäßigkeiten folgt. Manche verkaufen Kooperativenkaffee von ehemaligen Guerilleira/os und LandbesetzerInnen. Andere wiederum schreiben ein Buch. Einer, der dies, um es vorweg zu sagen, auf sehr gelungene Weise getan hat, ist der langjährige Mitarbeiter der *Lateinamerika Nachrichten* M. Krämer.

Krämer rekonstruiert in dem Buch ***El Salvador. Vom Krieg zum Frieden niedriger Intensität*** historisch-systematisch die Faktoren, die zunächst den Ausbruch des Bürgerkrieges begründeten, die dann seinen konkreten Verlauf bestimmten und die schließlich zur „Lösung" eines verhandelten Friedens geführt haben. Plausibilität gewinnt Krämers Erklärung vor allem aus zwei Gründen. Zum einen analysiert er den konkreten Verlauf der jüngeren Geschichte El Salvdors detailliert als Ergebnis von internen und externen, von sozioökonomischen und politischen Faktoren, deren Verknüpfung auf sich jeweils ändernde Dynamiken verweist. Zum anderen fragt der Autor, ob den handelnden Akteuren (Regierung, Militärfraktionen, legale Oppositionsparteien und soziale Bewegungen, Wirtschaftsverbänden, Befreiungsbewegung) in den konkreten Situationen historische Handlungsalternativen offen gestanden haben, die zu einem anderen Verlauf der Auseinandersetzung und ihrer „Lösung" hätten führen können. Krämer vermeidet auf diese Weise eine monokausale, schematische und deterministische Rekonstruktion der jüngeren salvadorianischen Entwicklung. Spannend wird es vor allem dann, wenn Krämer die Frage nach Alternativen an die Befreiungsbewegung FMLN richtet. Dabei geht es weder darum infragezustellen, daß 1980/81 kaum eine andere Option als die des bewaffneten Widerstandes für die salvadorianische Linke übrig blieb, noch darum, die Notwendigkeit für die FMLN zu leugnen, 1990/91 ein Ende des bewaffneten Kampfes herbeizuführen.

Solch kritische Nachfrage bezieht sich beispielsweise auf die von der stärksten Fraktion innerhalb der FMLN favorisierte militärische Strategie zu Beginn des Krieges, dem *„guerra popular prolongada"* (verlängerter Volkskrieg), die verkannte, daß die breite Massenbewegung politisch an den Punkt gelangt war, wo es nur die Alternative zwischen einem breiten, schnellen Volksaufstand oder dem Zerriebenwerden durch die militärische Gegenseite gab. Kritisch beleuchtet wird auch das Verhältnis der Befreiungsbewegung FMLN zu ihr nahestehenden sozialen Bewegungen, die die von ihr vertretenen Interessen und erkämpften Handlungsspielräume nicht selten den Direktiven der FMLN unterordnen mußte. Diese kritische Nachfrage ist gut und wichtig, signalisiert sie doch das Ende einer für die Solidaritätsbewegung nicht untypischen Fixiertheit auf die „politisch-militärische Avantgarde". Jenseits dieser Fixiertheit auf die heute zur normalen Partei gewordene FMLN künden sich sowohl für die sozialen Auseinandersetzungen in El Salvador (beispielsweise bezogen auf die durch das Friedensabkommen in keiner Weise gelöste „Landfrage" oder die sich ausweitende Maquiladora-Industrie) wie auch für die Solidaritätsbewegung mögliche Perspektiven an.

Abschließend sei noch erwähnt: In manchen Rezensionen liest mensch ja den Satz, daß sich das Buch auch für EinsteigerInnen eignet und nicht ausschließlich „ExpertInnenkompatibel" ist. Diese Beurteilung trifft für das hier rezensierte Objekt in jedem Fall zu. Leider kommt mir jedoch der Verdacht, daß sich die Kategorie „EinsteigerIn" bezogen auf El Salvador ins Nichts auflöst. Aber ein bißchen Optimismus schadet auch diesbezüglich sicherlich nicht.

Matthias Proske

Michael Krämer (1995): El Salvador. Vom Krieg zum Frieden niedriger Intensität, ISP-Verlag, Köln, 194 S., DM 29,–

tellerwäscher

❻ NAFTA

In Nordamerika wurde im Kontext der Neuen Weltordnung, bei der es auch darum geht, die Vormachtstellung der USA auf dem amerikanischen Doppelkontinent zu sichern, zu Beginn der 90er Jahre das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (span. Abkürzung TLC, engl. NAFTA) zwischen den Regierungen Kanadas, Mexikos und den USA verhandelt. Am 1. Januar 1994 trat es in Kraft und soll, zumindest nach Ansicht der BefürworterInnen, den Wohlstand der beteiligten Nationen fördern.

Reiner Hoffmann und Manfred Wannöffel haben zu dem Abkommen, der Diskussion darum sowie zu seinem politischen und wirtschaftlichen Kontext einen Sammelband herausgegeben, in dem vor allem US-amerikanische und mexikanische AutorInnen zu Wort kommen.

Die Debatte um das Abkommen entzündete sich in den USA und Kanada paradoxerweise *nach* dem Abschluß der Verhandlungen. Die Geheimhaltungsstrategie der Regierungen sind dafür ebenso verantwortlich wie die Wahlsiege zweier Präsidentschaftskandidaten (Clinton, Ende '92 und Chrétien, Ende '93), die Nachverhandlungen in arbeitsrechtlichen und umweltpolitischen Fragen versprachen. Tatsächlich wurden 1992/93 zwei Zusatzabkommen zu den genannten Fragen verhandelt und unterzeichnet. Letztere bzw. ihre „blinden Flecken", wie fehlende Sozialklauseln, stehen im Mittelpunkt der meisten Buchbeiträge. Eine weitere, von mehreren AutorInnen vertretene Ansicht lautet, daß insbesondere an den freien Produktionszonen in Mexiko, den sog. *Maquiladoras*, wesentliche Entwicklungslinien abzusehen sind, wenn es keine adäquaten gewerkschaftlichen Gegenstrategien gibt. Die Suche nach gewerkschaftlichen Optionen angesichts der nordamerikanischen Regionalisierung durchzieht viele Beiträge. Wenn auch teilsweise sehr "technisch" und speziell argumentiert wird und keinerlei Kritik an den US-amerikanischen Gewerkschaften vorkommt, werden wesentliche zu erwartende Auswirkungen in sozialer und ökologischer Hinsicht diskutiert.

Wannöffel selbst stellt in einem Überblick die These auf, daß TLC/NAFTA ein Symbol für den neoliberalen Modernisierungspfad sei, der über nationalstaatliche politische Formen hinausweise. „Die Integration von Märkten verlangt nach neuen Normen und Institutionen der Regulation. Nationale und daher sehr unterschiedlich ausgestaltete Systeme der Arbeitsbeziehungen werden im zeitlichen Verlauf durch supranationale überformt. Der Integrationsprozeß ist deshalb zugleich ein Prozeß der Errichtung eines Systems neuer institutioneller Beziehungen auf NAFTA-Ebene."

M.E. wird das Abkommen mit solch einer These dahingehend überhöht, daß es bereits eine wichtige supranationale Institutionalisierung des Neoliberalismus festlege. Ich würde TLC/NAFTA eher als Teil eines teilweise noch offenen „Suchprozesses" verstehen, um stabile gesellschaftliche Rahmenbedingungen für Kapitalakkumulation zu schaffen. Dieser Suchprozeß muß beispielsweise aus der Sicht des US-Kapitals nicht unbedingt Mexiko einbeziehen, wenn dort dauerhaft „instabile" Verhältnisse herrschen. Andere „Billiglohnländer", allen voran Chile, stehen Schlange, um Mexikos priviligierte Rolle als Investi-

tions-„Standort" zu übernehmen. Die „unterschiedlich ausgestalteten Systeme der Arbeitsbeziehungen" sind und bleiben konstitutiv für eine internationale Arbeitsteilung zwischen USA/Kanada und lateinamerikanischen Ländern, allen voran Mexiko.

Formal zu bemängeln ist die recht schlampigen Edition des Bandes: uneinheitliche Literaturverzeichnisse, auf dem Buchrücken steht ein anderer, in gewisser Weise zum Buch widersprüchlicher Titel; und dies, obwohl das Buch kein „Schnellschuß" ist, sondern die meisten Beiträge 1993 abgeschlossen wurden. Inhaltlich fällt vor allem die Ausblendung der kanadischen Diskussion auf. Gerade von kanadischer Seite wurden viele spanndende Beiträge in die TLC/NAFTA-Diskussion eingebracht (zum Beispiel: Ricardo Cameron/Maxwell A. Cameron, The Political Economy of North American Free Trade, New York 1993). Die Auswirkungen von TLC/NAFTA in Kanada wie auch die Erfahrungen des 1989 zwischen den USA und Kanada in Kraft getretenen Freihandelsabkommens werden nicht behandelt.

Ob es sich angesichts der „sozialen und ökologischen Sackgassen ökonomischer Globalisierung", so der Titel, auch um „ökonomische Sackgassen" handelt, wie auf dem Buchrücken wohl unbeabsichtigter Weise zu lesen ist, das muß sich zeigen und ist nicht zuletzt ein Ergebnis sozialer Auseinandersetzungen, die um TLC/NAFTA herum dargestellt werden. Der Band gibt insgesamt eine gute Einführung in die US-amerikanische und mexikanische Debatte über die angestrebte nordamerikanische Integration aus gewerkschaftlicher Sicht. Dies ist ein gutes Angebot, da gerade Mexiko hierzulande vor allem unter dem Stichwort „Chiapas", teilweise ergänzt durch die „Peso-Krise", diskutiert wird. Der unmittelbare Anlaß des Aufstandes (nicht der Grund!) der ZapatistInnen, nämlich das Inkrafttreten von TLC/NAFTA, wird oft der Chiffre „Neoliberalismus" angehängt – ohne genaueren Blick darauf, was sich denn wie entwickelt.

U.B.

Reiner Hoffmann, Manfred Wannöffel (Hg.), Soziale und ökologische Sackgassen ökonomischer Globalisierung. Das Beispiel NAFTA, Westfälisches Dampfboot, Münster 1995, 258 S., DM 39,80

❼ Abschiebeprogramm

Daß einige Leute vom 'Humanen Strafvollzug' à la Rot/Grün nicht allzuviel halten, haben sie 1993 eindrucksvoll unter Beweis gestellt, als sie den Vorzeigeknast im hessischen Weiterstadt kurzerhand in die Luft jagten. „Der Kampf findet weiter statt!", hieß es damals, während bei Konservativen die Instandsetzung der Anstalt bis heute auf massive Kritik stößt. Sie sei zu teuer, die Ausstattung luxeriös, sogar von einem „Erholungsheim" war die Rede. Finanziell vertretbar, sicherheitstechnisch

geboten, könnte man demgegenüber die Haltung des Grünen Justizministers in Hessen, von Plottnitz, zusammenfassen, der der *FAZ* am 11.2.96 ein Interview gab. Die Sicherheitstechnik im wiederaufgebauten Gefängnis in Weiterstadt sei sehr viel effektiver, als bei bloß nachgerüsteten Anstalten, obwohl auch dort eine erhebliche Reduzierung von Ausbrüchen festzustellen sei. Ganz Staatsmann fügt von Plottnitz wörtlich hinzu: „Absolute Sicherheit gibt es bei der notwendigen Beachtung rechtsstaatlicher und humaner Standards selbst unter Aufbietung des größten repressiven Arsenals nicht."

Nachholbedarf an der Aufbietung des größten repressiven Arsenals – unter der notwendigen Beachtung rechtsstaatlicher und humaner Standards, versteht sich – sieht der Justizminister allerdings bei der Abschiebung ausländischer Häftlinge. Mit dem Versprechen, ihnen einen Teil ihrer Freiheitsstrafe zu erlassen, sollen diese unter Druck gesetzt werden, 'freiwillig' Deutschland zu verlassen und in ihre Heimatländer zurückzukehren. Die Möglichkeit einer solchen Abschiebepraxis ergibt sich aus entsprechenden Rundverfügungen des Generalstaatsanwalts, die von Plottnitz verstärkt in Anspruch nehmen will. Daß Hessen davon bislang zu wenig Gebrauch gemacht habe, versucht er an einem Zahlenbeispiel zu verdeutlichen: 1994 wurden hier 240 Häftlinge abgeschoben, während es im gleichen Zeitraum in Baden-Württemberg 1310 gewesen seien. Bei einer verbesserten Koordination zwischen den Staatsanwaltschaften und den Ausländerbehörden und unter Ausschöpfung der vorhandenen Möglichkeiten, könnten auch in Hessen „deutlich mehr" hinzukommen. Dies verkauft von Plottnitz als Maßnahme gegen die Überbelegung der hessischen Knäste, beispielsweise der Justizvollzugsanstalt I in Frankfurt. So wird aus einem Abschiebeprogramm plötzlich ein Modell des 'Humanen Strafvollzugs'.

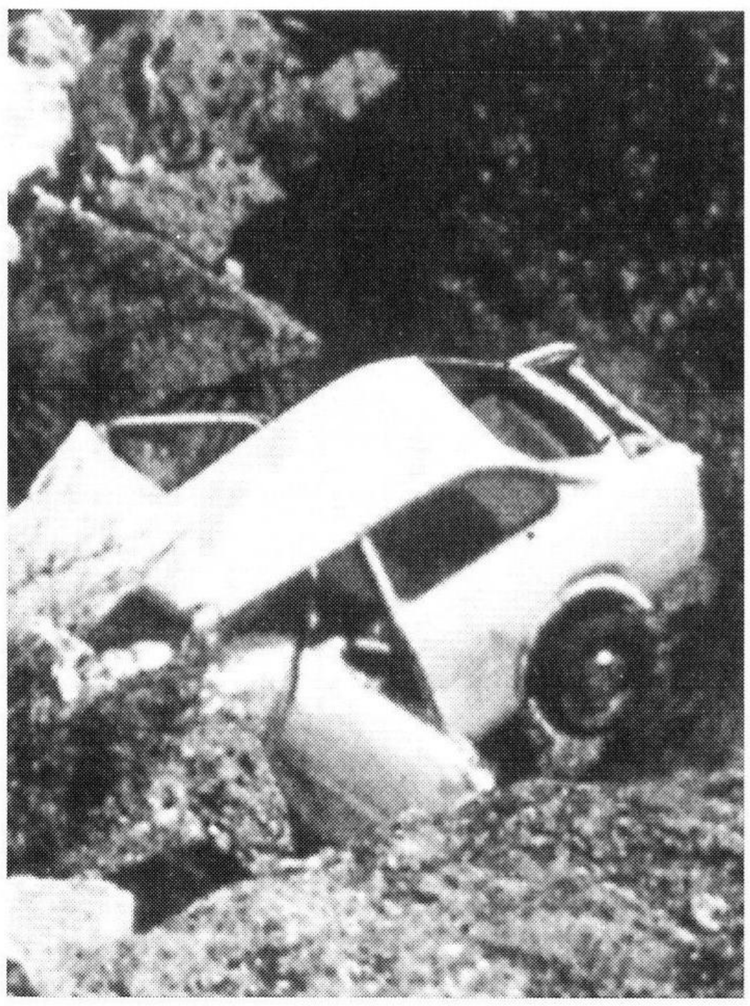
Von Plottnitz, Realo und als erster Grüner in einem sogenannten 'klassischen Amt', sieht seine Partei keineswegs auf dem Weg zu den 'besseren Liberalen'. „Die Grünen wollen die besseren Garanten für Bürger- und Grundrechte sein." Dazu muß sich die Partei allerdings mittlerweile an Deutschlands Rechtsaußen profilieren. Die hessische CDU bot sich schon mal an und warnte von Plottnitz vor einem „Mißbrauch" der Strafprozeßordnung. Wenn dieser als „Bonbon" eine vorzeitige Haftentlassung anbieten wolle, zeige dies von falsch verstandener Liberalität gegenüber „Kriminellen". Der rechtspolitische Sprecher der CDU im Landtag, Christean Wagner, sagte, „schwerkriminelle Ausländer" sollten ihre Strafe absitzen und danach abgeschoben werden. Plottnitz' Vorstoß reihe sich konsequent in die Serie von Initiativen ein, bei denen es um die „bevorzugte Behandlung von Dealern, die Abschaffung der lebenslangen Freiheitsstrafe und die Freilassung aidskranker Straftäter" gegangen sei.

Gemach, meine Herren. Abschieben will von Plottnitz schon, möglichst viel und möglichst rasch – „sofern das nicht im Einzelfall an der Schwere der Schuld scheitert."

J. L.

❽ Veranstaltungen

● Am ***Donnerstag, den 21. März*** findet im Bürgerhaus Gutleut in Frankfurt am Main die Veranstaltung **Der Prozeß gegen Monika Haas** statt. RednerInnen sind voraussichtlich: Armin Golzem (Rechtsanwalt von Monika Haas), Wolf-Dieter Narr (Kommitee für Grundrechte und Demokratie), Thomas Scherzberg (Bunte Hilfe) und Mitglieder des Forums für Monika Haas. Der genaue Beginn der Veranstaltung stand zu Redaktionsschluß noch nicht fest und kann unter Tel. 069 / 46 17 20 erfragt werden.



Seminare des Bundeskongreß entwicklungspolitischer Gruppen (BUKO):

● ***Nachhaltige Entwicklung***. Inhalt: Einführung in die Debatte um nachhaltige Entwicklung, Darstellung der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland" des Wuppertaler Instituts, Darstellung der Kritik an der Studie, breiter Raum für Diskussion um die Kernfragen. Termin: ***1.-3. März***. Ort: Detmold.

● ***Die neue Welthandelsordnung (WTO)***. Inhalt: Ursachen und Folgen der WTO; Alternativen und Widerstandsperspektiven am Beispiel der Diskussionen in Indien und auf den Philipinen, sowie um Alternativhandel und Regionalisierung. Termin: ***22.-24. März***. Ort: Münster.

● ***20. BUKO vom 16.-19. Mai in Heidelberg***. Nachhaltige Entwicklung – nachhaltige Herrschaft. Programm: 20 Arbeitsgruppen zur Kritik an der Nachhaltigkeitsdiskussion, Handlungsmöglichkeiten, neue Entwicklungen im Welthandel. Kulturprogramm, Disco und Fete zu 20 Jahren BUKO, Medienbörse uvm.

Infos und Anmeldung: BUKO-Geschäftsstelle, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel.: 040 / 39 31 56, Fax.: 040 / 39 07 520.

● ***Tagung: Gesellschaftliche Naturverhältnisse und aktuelle Kapitalismustheorien – Hat der Postfordismus ein „ökologisches Gesicht"?*** Ausgehend von der Annahme, daß spätestens Mitte der 70er Jahre tiefgreifende Umbrüche der kapitalistischen Gesellschaftsformation einsetzten, sollen sich die Beiträge der Tagung im Kern damit auseinandersetzen, in welchem Zusammenhang „die ökologische Dimension" mit den Veränderungen des fordistischen Akkumulationsregimes und seinen Regulationsweisen steht. ReferentInnen: Egon Becker, Thomas Jahn, Ulla Peters, Rainer Hartel, Michael Scharping, Steffen Becker und Ulrich Brand. Termin: ***10. Mai, 9.00 – 17.00 Uhr***. Ort: Institut für Sozialforschung Franfurt/M.. Kontakt: Steffen Becker (069 / 798 - 22 008), Ulrich Brand (Di, Do, Fr: 069 / 798 - 23 685).

● ***Tagung: Ende der Aufarbeitung des NS?*** Nachdem in der Frühzeit der Geschichte der Bundesrepublik ein offizielles Gedenken an den NS überhaupt nicht stattfand, ist die Geschichtslandschaft der 70er bis 90er Jahre von einer zunehmenden Anzahl entsprechender Projekte und Publikationen geprägt. Nun stellt sich die Frage, ob mit der staatlichen Inszenierung im Jahr 1995 die Erinnerungsarbeit an einen Wendepunkt gekommen ist. Ganz bewußt und entgegen konjunktureller Zyklen soll auf dieser von Bundesweite Geschichtswerkstatt e.V., Fachschaft Geschichte der Ernst-Bloch-Universität Tübingen, Alexander-Seitz-Geschichtswerkstatt Marbach a.N., Geschichtswerkstatt Tübingen und Antifa-Komitee Tübingen veranstalteten Tagung eine Bestandsaufnahme vorgenommen und die künftige Erforschung des und Auseinandersetzung mit dem NS-Faschismus diskutiert und erarbeitet werden. Termin: ***10.-12. Mai***. Ort: Tübingen. Kontakt: Alexander-Seitz-Geschichtswerkstatt Marbach a.N. und Umgebung e.V., c/o Cafe Provinz, Cottaplatz 4, 71672 Marbach a.N., Tel. und Fax: 07071/41645.

leserbrief

Betr.: Schwerpunkt „Popmoderne“ (links 306/307)

1. Wenn die *links* über Pop schreibt und Subversion sucht, dann ist höchstwahrscheinlich der Zug abgefahren oder die Fahrgäste stehen auf dem falschen Bahnsteig.

2. Die gute Nachricht: Es ist nur der falsche Bahnsteig, der Zug ist noch da. Trotz Abgesang auf die „rhizomatische Praxis“ in der *links* und Skepsis in der *SPEX,* man muß nur die richtigen In-Journale lesen und an den richtigen Stammtischen verkehren, um die Hand am Puls der Subversion zu haben: So war in der Bildzeitung zu lesen, daß Christian Anders sich nackt (Sex !) an den Knast von Aschaffenburg gekettet hat – im Sommer, aber immerhin – um so die Freilassung seines Bruders aus Selbigem zu erzwingen. Sein Bruder ist der berühmte SPD-Europaabgeordnete, der auf dem Aschaffenburger Hauptbahnhof mit einem Koffer Falschgeld erwischt worden war und sich jetzt damit verteidigt, wenn er gewußt hätte, daß es sich um Falschgeld handelt, hätte er das nie gemacht, schließlich sei das ja verboten. Er hätte gedacht, das sei Schwarzgeld auf dem Weg zur Wäscherei.

Oder in der Rheinzeitung kurz vor Weihnachten: Konstantin Wecker (Drugs !) hat uns aus dem Knast (!) ein neues Lied geschrieben: „Getrennt von den Tönen, von Feinden verlacht und dennoch von Eurer Liebe bewacht, hab ich mich im Kerker geschunden.“ [...]

3. Das heilige Dreigestirn von Sex, Drugs and Rock’n Roll donnert dahin, die Subversionsmaschine stampft und nur die Rockintellektuellen schlafen. [...]

4. Selbst dem Tod wird ein Schnippchen geschlagen, zu Dylan’s 50sten singt die versammelte Gerontologie auf der Bühne: „Knockin’ on heaven’s door.“

5. Was macht es eigentlich aus, wenn die Kulturindustrie genauso schnell ist wie die Subkultur? Schnelles Schlingen bei der Weihnachtsgans erzeugt Bauchschmerzen, könnte kulturelle Subversion unter den Bedingungen von Gleichzeitigkeit nicht heißen, der Kulturindustrie allerlei Unverdauliches zum Fressen hinzuwerfen? Was der Kulturindustrie Bauchschmerzen macht, kann der Subkultur sehr wohl schmecken. Unseren Eltern bekommt der Gänsebraten meistens auch viel besser als uns. Fragen, die sich nach Lektüre des Female Rap Artikels aufdrängen. [...]

7. „Der Rückzug in eine möglichst unpopuläre gegenkulturelle Nische“ kann schneller in den Kulturtempel führen als Mann und Frau denken können. Was ist das, wenn Fred Frith den Weg von der Batschkapp durch irgendwelche besetzten Häuser in den Mousonturm schafft? Kunst? Gelungene Subversion des herrschenden Kulturbetriebes? Den gibt es neben der Kulturindustrie ja auch noch.

8. Meine derzeitige Lieblingsthese: Teile des subkulturellen Schaffens sind statt bei der Kulturindustrie bei der Kunst untergekommen und unterliegen damit der Dialektik eben dieser Kunst, einerseits den Herrschenden ein Liedlein zu singen, aber andererseits einen Vorschein des guten Lebens herzugeben, dort wo Alle fischen, vögeln und künstlerisch tätig sein werden. Damit sitzen die subversiven Popschaffenden dann zusammen mit Adorno, dem „Professor der den Jazz nicht mochte“, der kritischen Theorie und der sogenannten großen Kunst in genau der verkorkten Flasche, in der man die Paradiesvögel ganz bestimmt nicht haben wollte. [...]

10. In einem etwas älteren Beitrag der *links* wird dem aktuellen Intro zufolge „ein für einen spezifischen Bezug auf Popkultur typisches Lob des ‘ehrlichen’, ‘dreckigen’, von unten, also links kommenden, befreiend emanzipativen Rock kultiviert, der hierüber von der entsprechend ‘unehrlichen’, ‘sauberen’, von den Reichen, also von rechts kommenden ‘Disco-Kultur’ abgegrenzt wird.“ Das soll jetzt nicht mehr richtig sein. Stimmt! Daß Joe Cocker ungewaschen und im verschwitzten T-Shirt auftritt, während Prince top gekleidet seine Show abzieht, muß nicht unbedingt für Cocker sprechen. Aber hier ist eine Spur gelegt, die es weiter zu verfolgen gilt.

11. Am Beispiel Miles Davis: Miles hat drei Dinge in seinem Leben gemacht, er war immer schnieke gekleidet, hat unerhörte Töne gespielt und hat nie die Vorstellung aufkommen lassen, er wüßte nicht (mehr), was es heißt, ein Mitglied der black-community in white-anglo-saxon-protestant-america zu sein. Aus diesen drei Punkten ergeben sich zwei Aspekte gelungener Subversion im Leben von Miles Davis: Erstens zeigt mit dem Luxus, mit dem er sich zeitlebens umgab, ein Schwarzer der weißen Gesellschaft, die prompt in Gestalt ihrer Bullen bei jeder x-beliebigen Verkehrskontrolle mit schikanösen Überprüfungen zurückschlägt: Es kann doch nicht sein, daß ein Schwarzer eine Superschlitten fährt. Dieser Aspekt paßt noch in den Rahmen des Diskurses um Popmoderne in der *links,* aber der zweite Aspekt nicht mehr, er ist mit dem berechtigten Niedergang des oben zitierten „Ehrlichkeitsdiskurses“ untergegangen, sozusagen ist das Kind mit dem Bade ausgeschüttet worden. Da sind und bleiben nämlich die unerhörten Töne. In der Musik von Miles Davis, und an dieser Stelle könnten genauso gut Billie Hollyday, John Zorn, Jimi Hendrix, Fred Frith, Cassandra Wilson, die Einstürzenden Neubauten undundund stehen, reibt sich etwas am Bestehenden und kündet vom Anderen, Besseren. Es liegt in den Tönen, Melodien, Rhythmen und manchmal auch in der Lyrik. Jede/r kann es hören. [...] Es geht um das subversive Potential, das in der Subjektivität der KünstlerInnen bei der Produktion von poprockjazzblueskrach liegt und in das Stück eingeht und andererseits

12. um den Hörer, die Konsumentin, deren Wünsche und Träume, deren Trauer und Wut, deren Kritik und Utopie. Einzig im Comicartikel findet sich hierauf ein Hinweis: „Ich stelle fest: Der Comiczeichner, der mich jahrelang entführte, Moebius alias Jean Giraud hat mich nun verlassen. In seinem neuesten Produkt spielt sich Die Handlung heute, identifizierbar in Paris, mit einem der sogenannten Realität nachempfundenen Personal ab. Keine Mutanten, keine Feen, keine Roboter mit Gefühlen, keine Märchen- und keine Mondlandschaften. Alles ganz scheußlich ausgezeichnet. Eine Enttäuschung auf der ganzen Linie. Wie wenn Superman nicht mehr fliegen könnte.“ Dies beredte Klage macht klar, es kommt darauf an, was man mit dem Produkt macht, was das Stück bei einem macht. Öffnet das ganze Popzeug für neue Gefühle, Gedanken und Genüsse oder verweist es einem zurück in die ewige Wiederholung des immer Gleichen. [...]

13. Gleichzeitigkeit von Kommerz und Subversion ist weiterhin möglich und findet weiterhin statt, da waltet zum Glück (noch) der berühmte subjektive Faktor in seiner Popvariante. Wenn godfather Diedrich Diedrichsen in „the kids are not allright“ es nicht schafft an Robert Johnson vorbeizukommen, obwohl es in dem Artikel um etwas ganz anderes geht, und er im Stile eines manischen Exorzismus die subjektive, nicht greifbare Seite, am Werk des Sängers und Gitarristen bekämpft, mutet das wie das Aufblasen herzallerliebster Teufelchen zu fürchterlichen Dämonen an, nur weil diese Teufelchen nicht in sein Konzept passen. [...]

Uwe Saßmannshausen

P.S.: Michaela Lönneberger und Don Martin, you are not alone.

CHRISTOPH SCHNEIDER

Strategen der Subkultur!

Eine kleine Geschichte der Abhängigkeiten

Der *links*-Schwerpunkt „Popmoderne" (Nov./Dez.) mit seinen durchaus heterogenen Beiträgen hat eine rege Debatte ausgelöst. Umstritten ist vor allen Dingen der vermeintlich strategisch-politische Bezug auf kulturelle Phänomene, deren Indienstnahme für das linke Projekt. Obwohl sich einzelne Beiträge dezidiert von dieser Einschätzung abgrenzten, entstand doch der Eindruck, die *links* suche nach neuen Feldern der Agitation. Christoph Schneider versucht im folgenden Beitrag dem Verhältnis zwischen Linkspolitik und Subkultur nachzugehen, ohne in gängige Dichotomien zu verfallen, aber auch ohne bestehende Unterschiede zu verwischen. (die Red.)

Laut Einführung der Redaktion handelt ein Beitrag des Schwerpunkts „Popmoderne" (der von Stefan Gregory) davon, „daß das Konzept Subkultur überhaupt nur eine brauchbare politische Perspektive darstellt, wenn es sein Verhaftetsein in den gesellschaftlichen Zusammenhängen reflektiert".

Für die Betrachtung subkultureller Produktionen ist es sicher unerläßlich, nicht ihr „Verhaftetsein", bzw. ihr Begründetsein in gesellschaftlichen Verhältnissen zu übergehen. Inwieweit aber damit eine Bedingung geschaffen werden kann, um Subkultur a) als „Konzept" zu begreifen und b) als eine „brauchbare politische Perspektive" zu gewinnen, erscheint nicht nur zweifelhaft, sondern – und das ist die These, die hier vertreten werden soll – es ist auch keinesfalls erstrebenswert subkulturelle Phänomene immer wieder in den Dienst einer politischen Perspektive zu stellen.

Wer „politische Perspektive" sagt, hat eine strategische Idee. Es ist ein Wesenszug des Politischen, intentional zu sein, das heißt, aus einer den Anspruch der Rationalität erhebenden Analyse, planvolles Handeln zu entwickeln. Unabhängig davon, wie die praktische Durchführung an den Widerständen des Sozialen und der gesellschaftlichen Machtverhältnisse scheitert – der politische Blick taxiert diese Widerstände als Hemmnisse seiner zuvor definierten Absicht. Politisieren heißt also, in zwei Richtungen einen Kontext zu errichten. Einen analytischen, der auf Erkenntnis und einen strategischen, der auf Veränderung abzielt. Subkulturelle Praxen waren deshalb nie nur der Gegenstand einer politischen, das heißt kontextualisierenden Wahrnehmung, sondern immer auch Objekt einer möglichen Indienstnahme für die strategische Idee. Die politische Kritik war daher häufig eine taktische und die Zustimmung mitunter plakativ, um nicht zu sagen: pädagogisch. Schließlich wähnte man, aus der Perspektive einer Analyse zu begreifen, während die AkteurInnen doch offenkundig völlig unreflektiert an die Sache herangingen.

Das Verhältnis zwischen Subkultur (manchmal geadelt zur subkulturellen Dissidenz) und Linkspolitik ist auf eigenartige Weise verschränkt. Es gab ja, wie Heiko Stoff bereits beschrieben hat, schon ab Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre die Ablehnung bürgerlicher Politik nicht nur, weil sie die kapitalistische Wirtschaftsweise moderiert, sondern auch, weil sie einen ganzen Modus von Repräsentanzen aufbaut: Artikulation, Verantwortung, Opposition – für alle Regungen, einen vorgezeichneten Weg. Ein Subjekt würde sich nur emanzipieren können, wenn es sich im Kampf gegen das Kapital gleichermaßen auch aus den Zwängen bürgerlicher Politikformen befreit. Die Erben der Spontis – in dem Sinn , daß sie ihnen Verrat am zu bewahrenden radikalen Politikbegriff vorwarfen – hoben den Widerspruch zwischen Politikform und revolutionärem Inhalt auf, indem sie „autonomen Lebensstil und autonome Praxis" ineinssetzten. Zumindest in der Besetzerbewegung und zumindest lokal begrenzt.

Jenseits der medial gepushten Bewegungen gab es Linke, die den Jugendlichkeitsanforderungen nicht genügten, aber auch zahlreiche Gruppierungen, die ein historisch und ideologisch ausdifferenziertes Weltverständnis hatten und sich nicht selten um die theoriearmen Autonomen bemühten, als diese stark auf der Straße waren. Etwa in gleicher Weise, wie sich später Linke, ob einst Autonome oder nicht, um die Subkultur bemühten. Bemühen heißt zunächst ums Verstehen bemühen, aber nie allein aus Erkenntnisinteresse, sondern verbunden mit dem Wunsch, etwas der spezifischen Direktheit und Lebendigkeit des subkulturellen Geschehens zu transformieren. Denn das ist der Angelpunkt der Konstellation: Aus der wesenhaft abstrakten Reflexion, aus dem Erleben der politischen Arbeit als leibfeindlich, zäh und taktikbestimmt sowie ihrer sozialen Einbettung in wenig angenehme Gruppendynamiken resultiert ein immerwährender Mangel. Der Mangel, der der Unmöglichkeit folgt, den persönlich erlittenen Brutalitäten des Alltags mit den zur Verfügung stehenden politischen Instrumentarien unmittelbar etwas entgegensetzen zu können. Der Mangel, der entsteht, wenn eine emotionale Intensität nicht politisch rationalisiert werden kann, sondern auch durch diese Rationalisierung bewältigt werden muß. Der Anspruch, abends loszugehen, die Widersprüche von Kleinfamilie und Lohnarbeit bis zum Hals, und sich im Getümmel nächtlicher Subs zu verändern, ist dagegen atemberaubend. Diese Emphase des Hier und Jetzt läßt sich mit ein paar Standards über Sozialisationsmodelle beredt auseinander nehmen. Aber ein Stachel bleibt. Zu oft scheint die Polemik ihren Gegenstand zu verfehlen und das unmittelbare lustvolle Ausagieren seiner kulturkritischen Einordnung überlegen zu sein. Schließlich hat auch der autonome Kurzschluß von Politik und Leben temporär funktioniert und in seiner Hochzeit eine Wirkung entfaltete, die theoretisch nicht zu antizipieren war und somit den Anspruch der allwissenden Strategen blamierte.

Die starke Präsenz subkultureller Praxen übte eine uneingestandene Attraktivität auf die politische Linke aus, was dazu führte, daß ihre Kritik zunehmend die Aufgabe hatte, die eigene Faszination zu domestizieren. Dergestalt genötigt, den eigenen Widerspruch zu überdecken, war die Kritik selten durchdacht. Heraus kam oft eine schablonenhafte und reichlich platte Abgrenzung wie sie uns auch von der „Roten Flora" berichtet wurde. Umgekehrt haben Protagonisten subkultureller Dissidenz sich bequem eingerichtet in der Argumentationsfigur des vom Kopfrocker bedrängten Verteidigers der Augenblicke echten Lebens. Was um so leichter fiel, je affektgeladener der pure Rationalismus der „Inhalte" gegen die entsprechende Popmusikstilrichtung ins Feld geführt wurde. Lapidar ließe sich schlußfolgern, man brauchte sich.

Im Unterschied zu dieser gewissermaßen psychosozialen Dynamik wurde hinsichtlich der Wirkungsweise subkultureller Praxen auch eine Reihe Fragen formuliert, die ihrem Mythos aus dem Weg gingen und sich auch nicht an den lächerlichen Behauptungen z.B. des Techno-Marketing abarbeiten.* Bange Fragen, die sich deshalb auf Populärkultur beziehen, weil hier womöglich „unverbrauchte subversive Strategien gefunden" werden können, die für die „Orientierungsdiskurse des Politischen" (Marie-Hélène Gutberlet) etwas hergeben: Stellt Subkultur nicht die viel näherliegenden Orte, um sich als ein den bloßen gesellschaftlichen Funktionsabläufen Widersetzender zu erleben? Und nährt sich aus diesem begriffslosen Ausscheren aus der Regelmäßigkeit in die nicht vollständig durchstrukturierten „Locations" eine Dissidenz, die noch ganz anderes zu Wege bringt? Und besonders wichtig für diejenigen, die von der Massenfrage nicht lassen können: Sind vielleicht die des völkischen Geistes unverdächtigen Massen der subkulturellen events (da die Massen, die politischen Veranstaltungen beiwohnen und politischen Parolen folgen, seit einigen Jahren mit äußerster Skepsis beurteilt werden müssen) über eine wie auch immer geartete inhaltliche Aufladung zu politisieren? Die positive Beantwortung dieser und anderer Fragen führte dazu, daß sich als Spiegelbild der politischen Verteufelung von Popkultur, ein Flügel von meist lohnabhängig im (Gegen-)Kulturbetrieb verankerter cultural studies-Fachleute gebildet hat, die „mit der Attraktivität des Hedonismus Politik (zu) machen" gedachten (Heiko Stoff). Der Versuch sich einmal mehr an authentischen subjektiven Bedürfnissen und Wünschen zu orientieren, basiert auf der Vorstellung von der Existenz einer ursprünglichen, „unschuldigen" Emotionalität, Sensibilität und Spontanität. Was in der Hochstimmung, linke Perspektive mit sinnlichen Genüssen verknüpft zu haben, flöten ging, hält Stefan Gregory mit dankenswerter Klarheit fest: „Subkulturelle Produktionen wären ... zunächst einmal als Äußerung innerhalb der Reproduktionslogik der herrschenden Kultur aufzufassen bzw. als Affirmation von „Lebensstilen" innerhalb des kapitalistischen Immanenzfeldes."

Das Faszinierende am Eintauchen in die Subkultur: die Intensität, der schöne Selbstverlust, die Entgrenzung, planloses und unbewußtes Da-Sein markieren gleichermaßen den Quell einer Destruktion. Das Desinteresse am Kontext, am Geworden-Sein, an den materiellen Bedingungen befreit nicht von ihnen. Mehr noch: die Suggestion, hier die wirkliche, ursprüngliche Seite seines Ichs zu erleben, immunisiert gegen (Selbst-)Kritik. Auch die Dynamik der Unmittelbarkeit läßt sich unter den nunmal gegebenen Bedingungen auf

„So schwer ist es wohl nicht zu verstehen, daß manchen nicht nur das gänzlich andere Out-fit, die neuste Droge, sondern auch die gänzlich andere Kulturkritik einen Riesenspaß macht."

kurz oder lang vorausberechnen. Letztlich richtet der Markt die Grenzen auf, die sich auch nicht durch ein Mehr desselben, ein Mehr an Intensität aufheben lassen.

Nein, damit ist der „Taumel der Nacht" nicht ein weiteres Mal widerlegt, allenfalls seine ideologische Aufbereitung zur politischen Perspektive. Aber, daß das Entkommen nicht gelingen kann, hebt nicht die Wahrheit in den Ritzen zwischen den Blöcken monolithischer Strukturen auf. Es muß ein Ende haben, den Kampf um bewußtes Sein gegen die Schönheit des Augenblicks, des Rauschs zu wenden; und umgekehrt, den Kampf um die Ausschöpfung sinnlicher Möglichkeiten gegen die Kontinuität theoretischer Arbeit. Subkultur wäre dann weder der mißratene Königssohn, der nichts aus seinen Anlagen macht und immerfort Sorgenfalten auf die Stirn des Patriarchen Politik treibt, noch die Option auf die Massenbasis sozusagen durch die Hintertür, des an sich durch den nationalen Konsens strukturierten deutschen Bauwerks. Letztlich ist es genauso läppisch vorzuhalten, daß es kein richtiges Leben geben kann, wie es vorgehalten zu bekommen. Nur, daß sich die Theoretiker manchmal etwas schwerer tun, ihr's ein „falsches" zu nennen.

Das Selbsterlebnis in der Subkultur ist eine Episode. Im Gleichmaß eines an erinnerbaren Augenblicken armen Lebens im Rhythmus der Kapitalverwertung ist jenes per se ein Anknüpfungspunkt der Dissidenz. Da Dissidenz aber, und darin beweist sich die historische Qualität des Kapitalismus, nicht automatisch subversiv ist, sondern empirisch betrachtet primär ein Reservoir von Innovation und Kreativität darstellt, taugt sie nicht als Beweis einer potentiellen Systemgefährdung. Gegenüber dieser Konstellation braucht die theoretische Linke allerdings ihr Maul nicht aufreißen. Die scharfsinnige Arbeit an Analyse und Konklusion führt auch gelegentlich zu den Fleischtrögen des akademischen Betriebs und von dort zu sozialwissenschaftlichen Innovationen.

Wenn nun endlich der Anspruch einiger Protagonisten der Subkultur, das von der Gesellschaft abgekoppelte zu repräsentieren, obsolet ist, braucht auch kein politischer Kopf mehr seine Zeit damit zu verplempern, in diesem oder jenem Musikstil triumphierend die sexistischen Untertöne nachzuweisen. Wer Techno tanzen geht, erlebt was. Wer Techno in Zusammenhang mit anderen Massenerlebnissen stellt, erlebt auch was. Ersterer ist nicht Objekt auf dem Seziertisch des letzteren, wenn letzterer nicht für den Distinktionsgewinn des ersteren herhalten muß. Nicht die Analyse subkultureller Phänomene beschädigt den Theoretiker, sondern der Dünkel, die höhere Wahrheit zu haben. Gedanken machen und sich absichtsvoll in einen Zustand zu versetzen, in dem der Kopf aus der Disziplin entlassen ist, ist ein Pseudowiderspruch. Er nährt sich sowohl aus der Aristokratisierung des Theoretischen mit den beiden Elementen Selbsterhöhung des Theoretikers und Selbstbescheidung des „Gemeinen", und er nährt sich aus der habituellen Großmäuligkeit des Nachtlebens, das immerzu suggeriert, die irreren Erfahrungen zu machen. Eine Suggestion, die nur funktioniert, weil sie fast durchgehend sexuell konnotiert ist.

Das „Konzept Subkultur" ist in keinem Fall eine „brauchbare politische Perspekti-

ve". Der Versuch, Subkultur in einen strategischen Entwurf einzubauen, ist ein typischer Fehler des Politischen. Soweit wie linksradikale Politik zurückfiel hinter die Kritik des Formprinzips bürgerlicher Politik und ihrerseits Delegierungs- und Verwaltungsregelkreise aufbaute, muß sie unterminiert werden. Der Versuch, sich die Gesellschaft (Welt) zum Gegenstand der Analyse zu machen, verführt zur Überhöhung des Politischen. Das nach Betreten des politischen Terrains vermeintlich erlaubte „objektivere" Sprechen, basiert auf der Verwischung des Abstands zwischen dem einsamen lohnabhängigen Denker und der Bedeutung des Gegenstands. Der Kontextualisierende ist nicht an jenen (zentralen) Stellen gesellschaftlicher Funktionsweise, weil er sie untersucht. Und er ist nicht im Disco-Fieber, weil er es untersucht. Diese Nichtidentität verschafft ihm einen anderen Zugang. Sein Zugang bewirkt weder automatisch ein Verhältnis des Verstehens, des Antwortens oder des Ersatzes. Die Kritik ist das Andere des Geschehens, nicht ihr Regent.

Bei der Lektüre der Schwerpunkttexte fiel mir eine Bestimmung auf, die Momente der Subkultur charakterisiert, allerdings nicht in einer politisch-strategischen Absicht, sondern sozusagen umgekehrt, affirmativ gegenüber den Zuschreibungen, die Politisches nur als Form der Selbstgeißelung kennen. Das ist in Stefan Gregorys Text das Diktum: „'Subkultur' als der letzte Ort, an dem eine andere Erfahrung eingeübt werden kann. Vorschein des besseren Lebens im schlechten." Neben der Überhöhung der Politik, die für manche den Gewinn eines kleinen Feldherrnhügels in Aussicht stellt, hat sich verschiedentlich eine Ödnis-Akzeptanz eingeschlichen, die auch in Wahrnehmung und Denken eingeflossen ist. Es erscheint mir als die Fortschreibung des schlechten und zuwenig kritisierten Ist-Zustands des politischen Linkssein, Subkultur als „letzten", das heißt als einzigen Ort, an dem eine „andere Erfahrung eingeübt" werden kann, zu bezeichnen. Unterstellt, mit anderen Erfahrungen sind pauschal die Erfahrungen jenseits der monotonen Strukturierung des Alltags durch Konkurrenz, Beziehung und Alkohol umrissen, so ist deren raumzeitliche Begrenzung auf subkulturelle Praktiken, die unnötige Akzeptanz einer zugewiesenen Konventionalität des Politischen. Die Imagination von Triebaufschub und starren Gesichtern nährt eine Dichotomie, die in konkreten Auseinandersetzungen – z.B. in der „Roten Flora" – als die von Spaßhabenden vs. Spaßverderbern einfache Weltbilder am Leben erhält. Daß Spaß, „die in den 90ern inflationär gewordene Ware der Medienindustrie" (Heiko Stoff), am meisten Kontur gewinnt in der Abgrenzung zum Politischen, liegt daran, daß dort die rigideste Ernsthaftigkeit vermutet wird. Die Entgegnung, die sich trotzig vor „die Inhalte" stellt, läßt zu, daß die die Linke auszeichnende negatorische Kritik an Kapital, Nation und Patriarchat um ihre lustvolle Anwendung gekürzt wird. Daß der Spaß soviel Punkte machen kann, grenzt er sich nur heftig ab von „Kulturkonservativismus" und „feministischen Zensurkommandos", liegt auch an der Bereitwilligkeit, mit der sich die machtlosen „Spaßverderber" in die Rolle der Puristen drängen lassen, bzw. begeben. Kein Zweifel, angesichts solch nervtötender Dinge wie Repression, Geldmangel und lächerlicher Einflußlosigkeit bietet es sich geradezu an, gegenüber demonstrativer Hipness, den Part des strengen, sarkastischen Kommentators zu übernehmen. Zu viele kommen dabei mit der Imprägnierung gegen Kritik allein schon durch die Besetzung des Spaßpoles durch.

„Der Versuch, Subkultur in einen strategischen Entwurf einzubauen, ist ein typischer Fehler des Politischen."

Daß politische Praxis oft durchsetzt ist von gespreizten Ritualen und bürgerlicher Moral, kurz: die „lustvolle Anwendung" grade kein Renner ist, verweist nicht auf eine Wesenhaftigkeit, sondern auf einen Mangel. Der Spaß an der Unterbrechung des monotonen Alltags ist auch anders denn in der Disco machbar. Kontextualisierung von Popularität mit Macht z.B. heißt nicht automatisch mühevolle Erklärung, sondern kann auch heißen Verweigerung der Evidenz. Kann aber auch heißen, Unterbrechung wörtlich zu nehmen und dem Abend einen neuen Rhythmus zu geben. So schwer ist es wohl nicht zu verstehen, daß manchen nicht nur das gänzlich andere Outfit, die neuste Droge, sondern auch die gänzlich andere Kulturkritik einen Riesenspaß macht. Oder wer ist da so borniert auf seinem Programm zu beharren? ●

*) *So entblödet sich der Chefredakteur des Technomagazins Frontpage nicht, in einem junge Welt-Inter iew (30.1.96) zu behaupten, wir erlebten im Techno „die heimliche Abkoppelung einer ganzen Generation on bestehenden staatlichen Systemen, ohne daß dieses (nun mehr nur eine; C.S.) staatliche System das merkt" Auf den Einwand, daß das wenig stört, solange der Umsatz stimmt, folgen die beiden erbliebenen Argumente der Wir-sind-nicht-in-ein-rechts-links-Schema-einzuordnen Stilisierung: Popularität und besser Spaß als Krieg.*

Historische Publizistik ist eine spezifische Form sozialer Kommunikation

Vielerorts wurde das Ende der Nachkriegszeit gefeiert, Horst Grabert feiert in seinem Kommentar nicht mit. Manfred Vasold untersucht am Beispiel Nürnbergs die Grippepandemie von 1918, in deren Folge mehr Menschen starben als auf den Schlachtfeldern des Ersten Weltkriegs. Heiko Hasenbein zeigt, daß Jazz und Swing im Nationalsozialismus unerwünscht waren und doch toleriert und schließlich instrumentalisiert wurden. Karl Heinz Roth kratzt am Bild Ludwig Erhards, indem er ihn selbst zu Wort kommen läßt. Gerlinde Grahn untersucht kommunale Wirtschaftskonzepte in der DDR vor dem Anschluß. Zum Schluß gibt's dann doch noch 'was zu feiern: die Geburtstage von Dietrich Eichholtz, Hans Mommsen und Hans-Josef Steinberg.

Seit nunmehr 10 Jahren thematisiert die Zeitschrift *1999* in bewußtem Gegenwartsbezug die sozialen, ökonomischen und kulturellen Prozesse des auslaufenden 20. Jahrhunderts, um die Voraussetzungen für ein humaneres 21. Jahrhundert zu benennen. *1999* versteht sich als internationales Forum für alle kritisch-sozialgeschichtlichen Strömungen.

Ein kostenloses Verzeichnis oder ein Probeheft (gegen 5,– DM in Briefmarken) senden wir Ihnen gerne zu.
Janus Verlag, Simon-Meister-Str. 42, D–50733 Köln, Tel.: 0221/72 34 32

EIKE HENNIG

Postmodern left

Edward Sojas Cybersafari durch Postmoderne, Postfordismus und Posthistoire

„Wieder-Vereinigung“: ein deutscher Traum mit Tradition. „Für immer ungeteilt“, meldeten die Dithmarschen, bevor es im Herbst hieß: „Land unter!“ – Genug der deutschen Verweise. Schließlich geht die Cybersafari nach USA, genauer – 9000 km (von Ffm) – nach Süd-Californien, so in die Gegend in und um Los Angeles. Dort, in der „Doggy Dogg World“, träumt niemand von Einheit. Anfang der 60er Jahre, zunächst in New York, endet der amerikanische Traum der Vereinigung bzw. jenes föderalistisch (nie ethnisch und sozial) gemeinte Dollar-Motto „e pluribus unum“; 1963 zeigen Nathan Glazer und Daniel P. Moynihan das Ende des melting pot an.

Daniel Bell, ein früher Beschreiber der „post-industrial society“ (1974), ist im Freibeuter (Sept. 1995) der Ansicht, die USA befänden sich auf der trostlosen Reise vom Klassenkampf zum Kulturkrieg. Zwar müsse man akut weder Niedergang noch Verfall beklagen, aber es fehlte außerhalb der Middletown von Lynd (1929) und Caplow (1982) der Geist jenes alten Sozialkitts z.B. durch Patriotismus und individualisierte Aufstiegshoffnungen bzw. -chancen. Interessen treten zurück, soziale und kulturelle Themen werden politisiert. Bell ist der Ansicht, diese neue postmoderne, je autonome Vielfalt der Bewegungen sei schwer zu verhandeln; jedes Thema zielt für sich aufs Ganze, nicht aber auf Abwägen, Koalition und Kompromiß. Folglich tendiert der neue Pluralismus vieler Gruppen, Milieus, Stile und sozialer Räume zur Polarisierung, so wie sein Kulturalismus das Soziale „links“ liegen läßt. Das Land, welches ehedem als das der unbegrenzten Möglichkeiten galt, präsentiert sich als Land des Dilemmas, der Vorurteile und Fragmen-tierungen mit z.B. einer der klaffendsten Eigentumsscheren der Welt.

Klassenfragen

Die Differenz wird nicht nur postmodern aufgemischt, sondern ist auch unappetitlich materiell, voll der sozialen Ungleichheiten. Die postmoderne Vielfalt der Gegensätze, der autonomen Räume und des Nebeneinanders von Bewegungen wirft nicht nur Fragen des gesellschaftlichen oder gemeinschaftlichen Zusammenhalts auf, sondern ist selbst Ausdruck des Verlusts an kultureller wie sozialer Kohärenz. 56 % der Weißen und 30 % der Afro-Amerikaner leben in Armutsgebieten. Gerade im südlichen Sunbelt – nicht im abgewirtschafteten Rustbelt der alten Schwer- und Massengüterproduktion mit Detroit als Kapitale – wohnen 48 % aller Personen in statistisch definierten Armutsbezirken. Einer von fünf Amerikanern wohnt in einem solchen Armutsbezirk (obgleich er selbst nicht arm sein muß, lebt er doch in einem Umfeld geringerer Chancen, schlechterer Infrastrukturen, höherer Arbeitslosigkeit etc.); einer von 25 wohnt sogar in einer „extreme poverty area“, wo 40 % der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze leben. Dem kommunitaristischen Ideal vor allem Robert N. Bellah's mit seiner Vorliebe für die Zivilreligion mittelständisch wie mittelstädtisch-weißer evangelischer Sekten sei's geklagt, daß die Armutsregionen ein von den Rest-USA klar abweichendes „different racial and ethnic make up“ aufweisen (wie sich das Census Bureau in einem Bericht über die „Poverty Areas“ ausdrückt:http://www.census.gov/ftp/pub/socdemo/www/povarea.html).

In den 10 größten Städten der USA wird – bei großen Schwankungen – jeder 10. Haushalt öffentlich unterstützt, jeder 5. Bewohner lebt unterhalb der „poverty line“. Angesichts solcher Zahlen schmilzt der Vorrat gemeinsamer Normen, Einstellungen und Verhaltensweisen und macht einer Mentalität der wechselseitigen Abkoppelung und des Tribalismus Platz. – Einige Sozialdaten der 10 größten Städte mögen die sozialen Differenzen anklingen lassen:

	1192 Bev. (Mill)	1990 Afro-Am (% Bev.)	1989 Haush.,die unterstützt werden (%)	1989 Pers. (%) unter der Armutsgrenze
New York	7,3	28,7	13,1	19,3
Los Angeles	3,5	14,0	10,7	18,9
Chicago	2,8	39,1	14,4	21,6
Houston	1,7	28,1	7,1	20,7
Philadelphia	1,6	39,9	14,0	20,3
San Diego	1,1	9,4	8,8	13,4
Dallas	1,0	29,5	5,8	18,0
Phoenix	1,0	5,2	5,8	14,2
Detroit	1,0	75,7	26,1	32,4
San Antonio	0,96	7,0	9,1	22,6

Die USA sind 1995 auch nicht mehr das, was wir mal dachten, als wir („don't no much about history...“) 1977 noch vom „Hotel California“ träumten. Schon Frank Zappa hat den amerikanischen Traum verspottet. Jeder NY oder LA-Rapper erzählt heute Geschichten von Sexismus, Gewalt und Frust, die drastisch auf die Schwierigkeiten verweisen, Konflikt und Differenz zu verhandeln. Don Felders „Hotel California“ enthält aber einen Vers: „What a nice surprise, bring your alibis“, dem nachgespürt werden soll: In Kenntnis der sozialen Spaltungen ist ein Projekt vorzustellen, das von jener Stadt ausgeht, die sich ab ovo als „Fragmented Metropolis“ (R.M. Fogelson) versteht, das jedoch der Postmoderne und ihrer zynischen Verdoppelung der Realpolarisierungen nicht die Welt überlassen will. Die Rede ist von Edward Soja und dem Agglomerat Los Angeles (*links* Nr. 298/299, März/April 1995). Es gilt zu prüfen, ob Sojas „postmodern left project“ ein Alibi ist und die Materialität des einfachen Lebens in Süd-Kalifornien, das immer schon ein schwieriges Geschäft, „a very complicated proposition“, gewesen ist, übersieht oder gar verdrängt. Gibt es eine linke Postmoderne, und nimmt sie in Kalifornien oder in den USA Gestalt an? Liefert eine postmoderne Linke à la Edward Soja eine Antwort auf jenes Lamento, worauf sich laut R.J. Ellis (1993) die politischen Kulturen der USA eingestimmt haben? Muß die Postmoderne aufgegriffen werden, um von links her in die vielfältigen städtischen Restukturierungen eingreifen

CyberSurfari '95 Update!

(Updated: Thursday, November 16, 1995)

Thanks for playing CyberSurfari '95

The World Wide Web (WWW) treasure hunt with a difference is over!

Keep checking the SPA Home Page for lists of winners as we confirm them. WE still have School Teams to announce, and drawings to do. We'll be announcing winners in the next couple of days. Thanks for playing!

SPA Home Page im World Wide Web

zu können? Soja bejaht dies alles und setzt da ein, wo 1981 Habermas' Aufsatz über postmoderne Architektur endet, er will da soziologisch bleiben, wo Charles Jencks „Heteropolis" (1993) in eine okkult-ökologische, „bioregionalitische" Mystik von LA als dem „Welt-Garten" abdriftet.

Edward Soja

Wer ist Edward W. Soja, den J. Friedrichs Einführungen in die Stadtsoziologie und -analyse übersehen, den die Frankfurter Stadtsoziologie um Walter Prigge als Geheimtip lanciert, um zu verstehen, was die sozialräumliche Rhythmik von decline and restructuring ist? Soja (geb. 1940 in New York) promoviert 1967 an der Universität von Syracuse (NY) in Geographie, welche, als Humangeographie, in den USA viel soziologischer verstanden wird als in der BRD. Der Titel der Doktorarbeit lautet *Geography of Modernization in Kenya* (1968), und hier schon verweist der Untertitel „A Spatial Analysis of Social Economic and Political Growth" auf die von Soja präferierte Kategorie des Raumes als Medium für strukturell wie zeitlich zu analysierende Wandlungsprozesse. Von 1965 bis 1972 lehrt Soja an der Northwestern University Geographie und Afrikanistik, ab 1972 ist er am Department für Urban Planning der Universität Kalifornien Los Angeles (UCLA) tätig. Derzeit ist sein wichtigstes Werk der Rückgewinnung der Kategorie Raum in die kritischen Sozialwissenschaften gewidmet: *Postmodern Geographies* (1989), 1996 soll die Zusammenfassung zahlreicher LA-Studien erscheinen: *Thirdspace: Journeys to Los Angeles and Other Real-and-Imagined Places*. Raum, mehr als Zeit, verlangen unsere Aufmerksamkeit, propagiert Soja, wenngleich er seine kritischen regionalen Studien auf den Dreischritt von Postmodernismus, Postfordismus und Posthistorie als drei verschiedene Pfade der Verräumlichung (spatialization) bezieht. Zeit (historicality), Sein/Struktur (sociality) und Raum (spatiality) sind für Soja drei gleichgewichtige Momente, wobei der Raum das Environment für die Wandlungen in Zeit und Struktur abgibt. Jede Änderung, vor allem aber die maßgeblichen Restrukturierungen gegenwärtiger Städte als dem Laboratorium gesellschaftlicher Entwicklungen, betrifft zugleich Zeit, Sein und Raum. Soja fordert eine „Thirdspace"-Sichtweise um die dreifachen Bedeutungen zu erfassen, wobei die Arbeitsergebnisse einer (entfinalisierten) Historiographie, strukturellen (Stadt)Soziologie und eine vom Arbeitsmarkt, der Technologie und der Internationalisierung definierte Politische Ökonomie als Vor-Studien in die Kompositionen wie Dekompositionen von „Thirdspace" einfließen. Sojas eigentliche Bemühung besteht darin, in der raumbezogenen Kompilation von Teilbefunden das Neue der vielfältigen städtischen Restruktrurierungen zu erfassen und zur Sprache zu bringen. Die Systematik der industriekapitalistischen Stadtanalyse, etwa des Ansatzes der Chicago Schule (Park, Wirth, Burgess), erscheint ihm ebenso wie ein marxistischer Ansatz angesichts der postmodernen Vielfalt gleichzeitig-gegenläufiger Wandlungen als Prokrustesbett, das die neuartige Komplexität der Wandlungsprozesse je unzulässig reduziert. Postmodernismus und „Thirdspace" werden als adäquate multidimensionale Aufmerksamkeitshaltungen ausgegeben. Von der Sache her geht es Soja um die Erfassung von sechs Restrukturierungsprozessen, welche die postmodernen Stadterneuerungen prägen. Als Stichworte dieser Transformationen nennt Soja Deund Reindustrialisierung, Globalisierung, das inside out/outside in der Stadt bzw. der Zentren und Peripherien, die soziale Fragmentierung, die Befestigung von Stadtvierteln („fortress LA"), eine Lokalisierung der Politik und die urbane Hyperrealität, wie sie vor allem in LA über Disneyland hinaus zum räumlichen Gestaltungs- und psychischen Erlebnismoment geworden ist. Die postmoderne Stadt ist gleichzeitig Realität, auch die der ethnisch-informellen Ausbeutung und der Fragmentierung von „arm" und „reich", sie ist aber auch ein Cyberspace, der zur Cybersafari einlädt (http://www.spa.org./cybersurfari/).

Sozialer Postmodernismus in den USA

Die Aneignung „der" Postmoderne in „den" USA unterstreicht die Politik der Pluralisierungen, ohne daß für die jeweils autonom und selbstgenügsam gesetzten Bewegungen bzw. issues ein Ganzes des Bezugs auf Demokratie und Menschenrechte gesucht würde (vgl. *links* 300/301 '95, S. 17). Postmodernismus, so Crook/Pakulski/Waters (1992), ist eine an sich unmöglich erscheinende Kopplung von „hyperdifferentiation with monocentric organization", ist unvorhersagbar vielschichtig, reißt Sozialstrukturen ein und fördert die Effektivität kultureller Prozesse. Der soziale Postmodernismus, den Linda Nicholson und Steven Seidman zu Wort kommen lassen, präsentiert sich als die Abkehr gerade vom nicht-dogmatischen Marxismus der Frankfurter Schule, nachdem er gender, sex und body entdeckt, ökonomischen Determinismus und kohäsive Diskurse aber verwirft. Die kulturelle Identität bzw. die „identity politics" werden mit

sozialen Räumen verknüpft, „To maintain our space" avanciert zu einer wichtigen Parole, ebenso wie das „framing" von Ethnizität als Teil einer kulturellen Politik der Repräsentation wichtig wird. „De-centering" wie „de-essentializing" werden wichtige Verfahren, „undoing a binary opposition". „Getting Specific" avanciert zum Aufruf nicht nur für Shane Phelans „Postmodern Lesbian Politics" (1995) oder für Steven Seidmans dekonstruktivistische Schwulentheorie („queer theory"), die laut Webster als ein „derisive term", vergleichbar etwa den „niggaz & bitches & hustlas" im (Gangsta)Rap, auch mit einer Theorie in Schwulitäten kokettiert. Kurz, die Postmoderne ist – besonders für einen white old male – bunt, grell bunt. Hoffnung der postmodernen Beweger und Theoretiker ist es, daß diese Buntheit je autonomer Gruppen und Stile das „pralle Leben" selbst ausdrücken möge. Jede der Gruppen hat von daher ihre Berechtigung, selbst dem ethnischen „framing" wird Gutes abgesehen.

Postmodern left

Sojas Reflexion des Raumes und der für postmoderne Städte typischen sechsfachen Restrukturierungen akzeptiert das postmoderne Kaleidoskop. Seine zentrale Frage: „Was ist hier und jetzt zu tun?" macht den Postmodernismus wichtig, weil die etablierten (modernen) Denkformen und Praktiken allesamt ineffektiv werden. Soja ist der Ansicht, die Konsequenz liege im Raum, einer Kategorie, die Zeit und Struktur verbindet. Die gegenwärtige Modernisierung des Kapitalismus, die die sechs Restrukturierungen hervorbringt, läßt sich hinsichtlich ihrer krisenhaften Verknüpfung auch von „danger" und „opportunity" mit den traditionellen Begriffen auch des Marxismus nicht einfangen. Soja setzt auf eine Verbindung der Möglichkeiten und Fehler der Postmoderne. Einer mit Thatcher und Reagan identifizierten reaktionären postmodernen Politik wird eine postmoderne Politik des Widerstandes und der Demaskierung („demystification") gegenübergestellt. Ein radikal-postmodernes Politikprogramm (was immer das sei) trägt Soja jedoch nicht vor. Zurück zu den eingangs knapp angesprochenen Realfragmentierungen, wie sie z.B. die poverty areas und viele großstädtische Downtown-Bereiche im Gegensatz zu den „golden ghettos" der „gated people" prägt. Soja greift die Bewegungen des sozialen Postmodernismus auf, betont vor allem die Artikulationsfunktion multikultureller und feministischer Gruppen und künstlerischer Äußerungen (performances). Deren Blick vertraut er mehr als verkrusteten akademischen Fragestellungen der „first space analyses", die seit rund 100 Jahren gelten und das Neue der Neuigkeiten in bzw. ausgehend von den alten Mustern nicht sehen. Das Neue ist für Soja aber die partielle Geltung von Postmoderne, Postfordismus und Posthistorismus, im Guten wie im Schlechten also die Öffnung und Fragmentierung. Postmoderne heißt für Soja vor allem eine harsche und ironische Kritik am akademischen Selbstlauf z.B. eines Wissenschaftsbetriebes, für den Soziologie das ist, was ein (beamteter) Soziologe macht (wenn er schreibt). Soja unterscheidet sich dabei vom sozialen US-Postmodernismus insofern, als er die alten Themen in ihrer neuen Form (Fordismus – Postfordismus) ebenfalls akzeptiert.

Nicht nur der „body", sondern auch die „socio-spatial dialectic" ist für ihn der „battleground". Soja sieht die sozialen Spaltungen und beschreibt deren negative Konsequenzen, etwa am Beispiel der LA-„riots" vom Mai 1992. Den Postmodernen folgt er im Verzicht auf eine holistische Perspektive, er betont die Vielheit der Topik, der „heterotopias" in einer „Heteropolis", distanziert sich zugleich aber von Charles Jencks ökobiologischer Krudheit und von Jencks bzw. Gehrys Verbrämung des Elends durch eine „cheapskate aesthetic", die auf die Inzivilität der Straße mit „dumb stucco walls and chain-link" reagiert. Soja dagegen setzt auf die Postmoderne als Medium eines „gigantischen Agglomerats von Themenparks", wo Risiken und Chancen nebeneinander wohnen. Unter den Themen sind auch Ökonomie, soziale Kohärenz und eine soziale Politik vertreten. Soja setzt auf eine Kette von Wendungen, die in den Widersprüchen der Gegenwart angelegt sind. So sieht er neben dem Trend zur „befestigten Stadt" (Foucault, Davis) auch den zur regional-ökologischen wie politischen Koordination: „Ob sich diese beiden Ebenen eines erneuerten räumlichen Bewußtseins (lokal und regional) zusammen so entwickeln können, daß eine bessere Steuerung des postmodernen Urbanisierungsprozesses möglich wird, ist ein ... drückendes Problem." Soja hofft dabei auf die Möglichkeiten zur postmodernen Verbesserung. Wie? Irgendwie! Wer kennt den Schlüssel zur wirklichen Freiheit bzw. zur Assoziation freier Menschen...? ●

Literatur:

Habermas, Jürgen 1985: Die Neue Übersichtlichkeit. Frankfurt, S. 11 - 29

Jencks, Charles 1993: Heteropolis. London/Berlin

Nicholson, Linda / Seidmann, Steven (Hg.) 1995: Social Postmodernism. Cambridge

Schumann, Hans-Gerd 1990: Postmoderne – Schlagwort o. Wirklichkeit?. In: Lichtungen 41, S. 61 - 67

Soja, Edward W. 1989: Postmodern Geographies. London/New York

ders.: The Stimulus of a Little Confusion. A Contemporary Comparison of Amsterdam and Los Angeles. In: Deben, Léon u.a. (Hg.) 1993: Understanding Amsterdam. Amsterdam, S. 69 - 91

ders.: Postmoderne Urbanisierung. In: Fuchs, Gotthard u.a. (Hg.) 1995: Mythos Metropole. Frankfurt, S. 143 - 164.

ak analyse & kritik

Zeitung für Linke

Analysen, Berichte & Diskussionen u.a. zu:

Todesstrafe in den USA
Politische Schreibtischtäter in der bundesdeutschen Justizgeschichte
Guatemala: Waffenstillstand für Wahlen
Deutsche Großgrundbesitzer in Chiapas
Kommentar zur Weltfrauenkonferenz
Tropenholz: Der Boykott ist immer noch gerechtfertigt
u. v. m.

ak kostet DM 7,50, erscheint vierwöchentlich und ist in allen linken Buchläden und Zeitungskiosken erhältlich oder direkt bei:

analyse & kritik,
Rombergstr. 10
20255 Hamburg
Tel.: 040/40170174
Fax: 040/40170175

kostenloses Probeexemplar bestellen! Stichwort: links

e-mail: ak-redaktion@cl-hh.comlink.de

MICHAEL HINTZ

Kritische Theorie? Abgewickelt.

Zur Lage des Frankfurter Instituts für Sozialforschung

Im Winter 1988/89, fast zwanzig Jahre nachdem Studenten das Frankfurter Institut für Sozialforschung (IfS) besetzt und von ihren Lehrern eine gesellschaftsverändernde Praxis gefordert hatten, konnten Passanten an dessen Mauern die von streikenden StudentInnen gesprayte Frage lesen: „Habt ihr noch irgendeinen kritischen Anspruch?“ Daß sie nicht nur die eigene Hilflosigkeit zum Ausdruck brachte – was ist schon ein kritischer Anspruch, zumal auch noch „irgendeiner“? –, sondern auch durchaus richtig adressiert war, hatten die SprayerInnen vielleicht einer gerade erschienenen Einführung in die mit dem Institut seit Horkheimer und Adorno assoziierte sogenannte „kritische Theorie“ entnommen, in der es hieß: „Im Institut für Sozialforschung hat man sich nach Adornos Tod entschieden, sich gerade in Kontrast zu Adornos philosophischen und ästhetischen Interessen auf eine empirisch ausgerichtete Industrie- und Gewerkschaftssoziologie zu konzentrieren. Deshalb können die heutigen Bewohner des Instituts noch viel weniger als Habermas für sich beanspruchen, in der Kontinuität des Erbes der kritischen Theorie zu stehen.“ (Dubiel 1988, 13)

Dubiel, mittlerweile selber einer der Direktoren des IfS, möchte diesen Anspruch nun doch erheben. Unter dem Titel „Die verstummten Erben. Kritische Theorie in der Krise“ konstatiert er in einem Beitrag für die *Neue Rundschau* zunächst ein Debakel jener Tradition: Vor dem Hintergrund eines dramatisch gezeichneten Krisenszenarios („ungeheuerlicher realhistorischer Problemdruck“) klagt er, daß „nicht wenige“ der „Erben“ der kritischen Theorie sich in die „innere Emigration der Gelehrtenrepublik“ zurückgezogen hätten und deren Tradition nur noch „in den Katakomben der Archive verwalten“, während andere keine Skrupel hätten, „den Namen der kritischen Theorie als Firmenschild für Aktivitäten zu benutzen, die nichts mit ihrer Tradition zu tun haben. Wiederum andere beschränken sich – geblendet und betäubt von einer verwirrenden Realität – auf philosphische Basteleien an den normativen Grundlagen der Theorie, deren Bezug auf die politische Dimension der genannten Krisen undeutlich bleibt. Und alle (!) Nachfahren der kritischen Theorie sind eigentümlich resigniert und/oder zynisch.“ (66) Wer jedoch erwartet, näher über die wissenschaftspolitischen Strategien und Taktiken der sich ja doch ganz munter im bundesdeutschen Blätterwald tummelnden, alles andere als verstummten „Erben“ aufgeklärt zu werden, wird enttäuscht. Stattdessen geht es Dubiel um eine programmatische Neufassung „kritischer Theorie“ in demokratietheoretischem Sinne. Um diese einzuleiten, erklärt er kurzerhand die Erblasser für schuldig an der Ratlosigkeit ihrer Epigonen: es sei die „spezifische historische Imprägnierung der klassischen kritischen Theorie“ (Dubiel 1995, 67), die es unmöglich mache, an sie anzuknüpfen. Diesen Teil des Erbes möchte er, der das mit den Namen Max Horkheimer, Theodor W. Adorno, Herbert Marcuse, Erich Fromm, Leo Löwenthal, Otto Kirchheimer Franz Neumann, Friedrich Pollock verbundene symbolische Kapital nichts desto trotz aus Prestigegründen für sein Institut retten will, möglichst loswerden. Während auch nach der Wiedereröffnung des Instituts 1951 die Frage vorrangig war, inwieweit die in der *Dialektik der Aufklärung* bereits formulierte Vermutung über die Kontinuität faschistischer Ideologeme und konformistischer Einstellungen in der BRD zutraf, kritisiert Dubiel eben diese herrschaftskritische Orientierung und klagt dagegen eine handlungs- und demokratietheoretische Perspektive ein: „Bis in ihre Grundkategorien geprägt von dem historischen Erfahrungszusammenhang der nationalsozialistischen Herrschaft“ hätten die kritischen Theoretiker auch in den bürgerlich-demokratischen Gesellschaften der Nachkriegszeit „keine Akteure, keine Bewegungen, keine Mentalitäten und moralischen Ressourcen“ erkennen können, auf die man sich „positiv“ hätte stützen können, vielmehr – so Dubiels Vorwurf – an einem „marginal-elitären Selbstverständnis“, am „Exil in Permanenz“ festgehalten. (Ebd., 74f.)

Dagegen stellt Dubiel nun für seine „neue“ kritische Theorie fest, diese verorte sich „im Zusammenhang der Gesellschaft, die sie kritisiert“ und orientiere sich am „öffentlichen Räsonnement des demokratischen Publikums“ als „letzter Instanz“. Sie halte zwar fest an dem „Unterschied von besser oder schlechter begründeten Meinungen, aber nicht an dem politischen von ‘wahren’ und ‘falschen’ Urteilen“; darum sei die ihr angemessene Praxis „einzig die der intelligenten Intervention in den öffentlichen Streit“. (Ebd., 75) Doch wer wie Dubiel die „systematische gesellschaftstheoretische Reflexion“ von „fundamental neuen Krisenszenarios, Bündniskonstellationen, Konfliktformen und politischen Identitäten“ (69) fordert, müßte zumindest ansatzweise die Kriterien bestimmen, die die „intelligenten Interventionen“ des „demokratisch engagierten Intellektuellen“ als „kritisch“ gegenüber anderen ausmachen.

Insofern konnte man gespannt sein, als die *Frankfurter Rundschau* Ende letzten Jahres ein Memorandum mit programmatischen und organisatorischen Vorschlägen zur zukünftigen Entwicklung des IfS veröffentlichte, für das neben Helmut Dubiel auch Ludwig von Friedeburg, ehemals hessischer Kultusminister und derzeit noch leitender Direktor des IfS, verantwortlich zeichnete.

Als Ausgangspunkt aller Überlegungen proklamieren die Autoren ihre Absicht, „wieder entschiedener an Tradition und Anspruch einer kritischen Gesellschaftstheorie anzuknüpfen“. Was auch immer diese programmatische Wende qua Rückbesinnung konkret bedeuten mag, es handelt sich um eine deutliche Abkehr von jenen forschungspolitischen Tendenzen, die von Anfang der siebziger bis Mitte der achtziger Jahre unter dem damaligen (Mit-) Direktor Gerhard Brandt maßgeblich die Arbeit des Instituts bestimmten. Dieser hatte die Ansicht vertreten, daß die von Horkheimer ursprünglich geforderte Einheit von theoretischer Reflexion, interdisziplinär angelegter empirischer Forschungstätigkeit und gesellschaftsverändernder Praxis sich nicht habe herstellen lassen. Sie sei deshalb schon relativ früh aufgegeben und im Verlaufe der Geschichte des Instituts zunehmend auf eine enthistorisierte Form radikalisierter Ideologie-

„Bei dem gezeichneten Krisenszenario handelt es sich eher um ein Sammelsurium unverdauter Versatzstücke aus Zeitdiagnostiken": Sammelsurium

und Kulturkritik reduziert worden. Die nach dem Tode Adornos notwendige Neuorientierung der Arbeit des Instituts zielte unter Brandt auf die Reformulierung einer materialistischen, in der Tradition Alfred Sohn-Rethels subsumtionslogisch verstandene Paradigma der Kritik der Politischen Ökonomie her begründeten Kapitalismustheorie. In diesem Kontext standen – wie problematisch auch immer – bis Ende der achtziger Jahre zahlreiche Arbeiten in den Bereichen der Industriesoziologie, der Gewerkschafts- und Industrial-Relations-Forschung, nicht zuletzt aber auch in der Frauenforschung. Heute ermöglicht die anstehende Regelung der Nachfolge für den seit 1966 amtierenden Direktor von Friedeburg erneut die Möglichkeit einer nicht nur personalpolitischen Zäsur.

So harsch Brandt es noch 1986 auf der Frankfurter Horkheimer-Konferenz für „gescheitert" erklärt hatte, so forsch behaupten nun Dubiel und Friedeburg für ihre Überlegungen den „unmittelbaren Orientierungswert" von Horkheimers Programm einer „philosophisch inspirierten interdisziplinären Gesellschaftsanalyse, in der theoretische Fragestellungen mit empirischer Sozialforschung systematisch verknüpft werden". Und da die erwähnten Forschungsarbeiten des IfS aus den siebziger und achtziger Jahren den Anspruch, Produkte der „kritischen Theorie" zu sein, gar nicht erst erhoben, verfallen auch sie notwendig der Mißachtung. Allein aus jenen „forschungspolitischen Diskussionen", die Ende der achtziger Jahre zur Errichtung eines Forschungsschwerpunktes „Demokratische Kultur" führten – hierfür war etwa die Veröffentlichung „Die demokratische Frage" (Rödel/Dubiel/Frankenberg 1989) richtungsweisend –, ziehen Dubiel und Friedeburg Konsequenzen für ihre Vorschläge zur Weiterentwicklung. Kein Wort über Argumente und Gegenargumente der laut Vorspann „langwierigen und schwierigen Diskussionen", die dem Memorandum vorangegangen sein sollen, kein Wort über die Mitverantwortung des immerhin seit 1966 amtierenden Direktors Friedeburg für die bisherige Entwicklung des Instituts.

Daß es mit der proklamierten Unmittelbarkeit ihres Anknüpfens an Horkheimer nicht weit her sein kann und damit keinerlei nähere Bestimmung der theoretischen Grundlagen der Institutsarbeit und keine Spezifizierung des besonderen, da immer noch „kritischen" Anspruchs verbunden ist, wird deutlich, wenn Dubiel und Friedeburg das nur allzu Selbstverständliche feststellen: daß sich eine intellektuelle Tradition nur „reflexiv fortschreiben" läßt, „das heißt immer unter den jeweils zeitgenössisch geltenden wissenschaftlichen und realhistorischen Bedingungen" – diese aber in keinster Weise reflektiert werden. Während in der von Dubiel und Friedeburg in Anspruch genommenen Antrittsrede Horkheimers ebenso wie in anderen frühen Texten die forschungsleitenden Fragen offen und unbestimmt bleiben, der kritischen Positionierung im historischen sozialen, politisch-ideologischen und philosophisch-wissenschaftlichen Kontext hingegen größter reflexiver Aufwand gewidmet wird, drehen sie das Verhältnis geradezu um. In naiver Selbstverständlichkeit sehen sie „in den Krisen und Konflikten, die sich in der Welt nach 1989 herausgebildet haben", den ausgezeichneten „Gegenstand" der zukünftigen Forschungstätigkeit des Instituts.

Horkheimers Diktum – „Die Verpflichtung auf wissenschaftliche Kriterien trennt die Sozialforschung methodisch auch von der Politik. Sie hat die Selbstständigkeit ihres Erkenntnisanspruchs gegenüber allen weltanschaulichen und politischen Rücksichten zu behaupten" (Horkheimer 1937, 38) – scheint Dubiel und Friedeburg nicht zu kümmern. Sie reduzieren den Reflexionsdruck, indem sie ebenso naiv wie affirmativ am herrschenden politischen und wissenschaftlichen Status quo anknüpfen. Bereits in seinem Artikel in der *Neuen Rundschau* hatte Dubiel entsprechend festgestellt: „Das Verständnis von Gesellschaftstheorie und Politik, das sich im letzten Jahrzehnt weitgehend durchgesetzt hat, hat (...) vor allem mit der kollektiven Vergewisserung demokratischer Handlungs- und Gestaltungsspielräume zu tun." (Dubiel 1995, 74)

Derart durch „kollektive" Gewißheiten gestützt, verwundert es nicht, wenn Dubiel und Friedeburg die von ihnen leitmotivisch herangezogene berühmte Passage aus der Antrittsrede Horkheimers als Direktor des IfS banalisierend kürzen und gegen deren Kontext zitieren: „Vielmehr kommt es heute darauf an, (...), auf Grund aktueller philosophischer Fragestellungen Untersuchungen zu organisieren, zu denen Philosophen, Soziologen, Nationalökonomen, Historiker, Psychologen in dauernder Arbeitsgemeinschaft sich vereinigen und das

Neu bei ISP

Catherine Samary
Die Zerstörung Jugoslawiens
Ein europäischer Krieg
176 Seiten, DM 25,00

Sylvia Ortlieb
Palästinensische Identität und Ethnizität
Genese und Entwicklung des Selbstverständnisses der Palästinenser
Wissenschaft & Forschung 11
246 Seiten, DM 38,00

Manfred Behrend
Franz Josef Strauß
Eine politische Biographie
368 Seiten, DM 48,00
gebunden

Neuer ISP Verlag

Marienstr. 15
D-76137 Karlsruhe
Telefon (0721) 31183, Fax 31250
Mitglied in aLiVe (assoziation Linker Verlage)

Neues Gesamtverzeichnis anfordern!

„Horkheimer sah die im damaligen Institut bestehende 'Diktatur des Direktors' als ein wesentliches Instrument an, 'um wenigstens im engsten Rahmen gemeinsam mit meinen Mitarbeitern eine Diktatur der planvollen Arbeit über das Nebeneinander von philosophischer Konstruktion und Empirie in der Gesellschaftslehre zu errichten."

gemeinsam tun, (...) , was alle echten Forscher immer getan haben: nämlich ihre aufs Große zielenden philosophischen Fragen an Hand der feinsten wissenschaftlichen Methoden zu verfolgen". Bei Horkheimer heißt weiter: „die Fragen im Verlauf der Arbeit am Gegenstand umzuformen, zu präzisieren, neue Methoden zu ersinnen und doch das Allgemeine nicht aus den Augen zu verlieren" (Horkheimer 1931, 29f).

Die ausschließlich legitimatorische Bezugnahme von Dubiel und Friedeburg auf die Frühphase des Instituts wird deutlich, wenn man sich die historische Konstellation in Erinnerung ruft: Der Versuch dieser Gruppe von damals keinesfalls etablierten, vom herrschenden Wissenschaftsbetrieb vielmehr marginalisierten Intellektuellen, die wenig später emigrieren mußten, bestand darin, eine Verbindung von marxistischer Kritik der politischen Ökonomie und Psychoanalyse erstmals für die theoretische und empirische Sozialforschung fruchtbar zu machen. Dabei mußten sie sich nicht nur gegen die zum damaligen Zeitpunkt hegemonialen Strömungen der Soziologie und Philosophie (Positivismus, Lebensphilosophie etc.) abgrenzen. Ihr Projekt war nur aufgrund der durch einen Mäzen gesicherten finanziellen Unabhängigkeit des Institutes überhaupt durchführbar – eine Voraussetzung, die heute nicht mehr besteht, da das Institut nun größtenteils auf die Aquisition von Drittmitteln angewiesen ist.

Bei allem Ökonomismus war es auch für die „klassische" kritische Theorie selbstverständlich, die gesellschaftlichen Verhältnisse, die Dubiel und Friedeburg vage als „undeutliche Vielfalt von sozialen Konflikten" vor Augen schweben, nicht, wie diese kritisieren, „auf den Faden eines einheitlichen theoretischen Grundmodells aufzureihen". Horkheimers Insistieren auf dem „Gedanken einer fortwährenden dialektischen Durchdringung und Entwicklung von philosophischer Theorie und einzelwissenschaftlicher Praxis" (Horkheimer 1931, 29) war in einer radikal anti-reduktionistischen Haltung begründet: „So wenig übergreifende begriffliche Zusammenfassungen bei der wissenschaftlichen Arbeit zu entbehren sind, dürfen sie diese doch nirgends abschließend vorwegnehmen und sich an die Stelle der zu lösenden Probleme setzen." (Horkheimer 1931, 38)

Daß das schwierige Geschäft der Interdisziplinarität jedoch auch mit Horkheimer nicht so einfach zu bewältigen ist, müßte Dubiel eigentlich wissen, kritisiert er doch an anderer Stelle, dieser habe „die interdisziplinäre Reorganisation der Fachwissenschaften im Medium der Philosophie und die Integration von theoretisch-philosophischer und empirischer Arbeit miteinander identifiziert" und nicht „zwischen der horizontalen Integration der Fachwissenschaften einerseits und der vertikalen von Theorie und Empirie in den Fachwissenschaften andererseits" differenziert (Dubiel 1978, 206f). Statt diese Problematisierung interdisziplinärer Praxis nun weiter zu präzisieren, stellen er und Friedeburg in ihrem Memorandum vollmundig fest: „Weil die konkrete Totalität unserer Gesellschaften uns verborgen ist, könnte Horkheimers Projekt heute nur in der Form explorativer Offenheit begonnen werden, in der Organisation eines Raumes gemeinsamer Reflexion, in der sich die Perspektiven verschiedener Disziplinen und verschiedener Wissenschaftlergenerationen im Horizont gemeinsamer Fragestellungen aneinander abarbeiten." Wie bestimmt sich diese „Offenheit" bzw. die Kriterien und Modi der In- und Exklusion, wie deren notwendig dynamischer Charakter? Wie soll sich ein „Horizont gemeinsamer Fragestellungen" herstellen angesichts der herrschenden disziplinären Arbeitsteilung, der weitgehenden Unvermitteltheit ihrer Sprachspiele und Theoriedesigns, wie die Formen „gemeinsamer Reflexion"? Wie macht sich die besondere, „demokratische" Qualität des neuen Frankfurter Versuchs, Interdisziplinarität in der sozialwissenschaftlichen Forschung zu institutionalisieren, geltend?

Um derartige Problematisierungen geht es dem Memorandum von Dubiel/Friedeburg jedoch nicht. Entscheidend ist für sie ganz anderes: Wie kann man angesichts der sich eher noch zuspitzenden Staatsfinanzenkrise, die nicht nur den Hochschulen, sondern auch alle anderen direkt oder indirekt von Staatsknete abhängigen Bildungs- und Forschungseinrichtungen langsam aber sicher den Hahn zudreht, dem IfS öffentliche Aufmerksamkeit und dadurch die nötigen finanziellen Ressourcen eröffnen bzw. sichern? Antwort der beiden Direktoren: Indem renommierte Experten vom zivilgesellschaftlich „räsonnierenden Publikum" anerkannte Gegenstandsbereiche mit einem wissenschaftlich halbwegs innovativen – eben „interdisziplinären" – Konzept bearbeiten.

Das Memorandum kündigt dafür „tiefgreifende organisatorische Veränderungen" an. Ein Kreis von noch für das Institut zu gewinnenden sechs bis acht WissenschaftlerInnen, die „in der Regel" HochschullehrerInnen aus den Disziplinen Soziologie und Philosophie, Kultur- und Geschichtswissenschaft, Rechts- und Politikwissenschaft sowie Psychologie sein sollen, bildet nach den Vorstellungen von Dubiel und Friedeburg zusammen mit dem Geschäftsführenden Direktor und VertreterInnen der MitarbeiterInnen das für die „Weiterentwicklung des Programms" sowie den „Zusammenhang der Forschung" am Institut verantwortliche Kollegium. Nach welchen Kriterien dieses über Wohl und Wehe des Instituts entscheidende Gremium zusammengesetzt sein soll und wer darüber in welchem Modus befindet, bleibt offen – durch Kooptation, über Antragstellung, Wahl...?

„Dem zersetzenden Diskurs radikaler Gesellschaftskritik wird abgeschworen..."

Diese und andere Fragen werden nicht nur nicht gestellt, sondern qua rhetorischer Konstruktion eines vielfältig anschlußfähigen „zeitdiagnostischen Hintergrunds" sowie durch die Einführung einer „zentralen

Forschungsfrage“ gelöst. Bei dem dabei gezeichneten Krisenszenario handelt es sich eher um ein Sammelsurium unverdauter Versatzstücke aus Zeitdiagnostiken unterschiedlichster Provenienz und keineswegs um eine auch nur halbwegs theoretisch bestimmte Reflexion auf den sozialhistorischen Kontext zeitgenössischen sozialwissenschaftlichen Arbeitens: Kernpunkte sind „eine gefährdete internationale Ordnung“ nach dem „Zusammenbruch der Welt von Jalta“ mit der „Tendenz einer ethnisierten Innen- und Außenpolitik“, die „Konfrontation eines westlichen Universalismus mit fundamentalistischen Entwicklungen in vielen Gesellschaften der Dritten Welt“, die „industrielle Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen“, eine „Entkoppelung von Wohlfahrtsstaat und Demokratie“, eine „Erosion traditioneller Loyalitäten“ sowie die „Differenzierung von Lebensformen“.

Der dramatisierende Gestus des zeitdiagnostischen Abschnitts gipfelt in der abschließenden These: „Die Probleme der internationalen Ordnung, das Verhältnis der Industriegesellschaften zu ihren natürlichen Lebensgrundlagen, die sozialpolitischen Folgen der ökonomischen Entwicklung sowie die Veränderung ihrer sozialmoralischen Grundlagen verdichten sich am Ende dieses Jahrhunderts zu einer Krisenerfahrung, die es in dieser Weise nur Ende der zwanziger Jahre gegeben hat, zu jener Zeit, in der auch die Kritische Theorie entstanden ist.“ Um dann im nächsten Satz, eingangs der Ausführungen über die zentrale Forschungsfrage wieder einer Betonung der „Vielfältigkeit der Krisen“ zu weichen und einer „Skepsis gegen die Versuche des zeitgenössischen Feuilletons, sie zu einem Epochenbruch – wie etwa ‘Postmoderne’, ‘Ende der Geschichte’ etc. – vorschnell zu vereinheitlichen“. Die Differenzen mögen in der Art und Weise der Konzeptionierung liegen, doch Epochenbruch bleibt Epochenbruch und Feuilleton bleibt Feuilleton, ob postmodern oder neukritisch. Und vereinheitlicht wird, und zwar blitzschnell! Es heißt zwar noch, daß „uns“ die „inneren Zusammenhänge“ der vielfältigen „Bündel“ und „Gruppen“ von Krisen interessierten, doch dann wird umstandslos dekretiert: „Das einheitliche Thema dieses Forschungsprogramms ist die dramatische Zuspitzung von Krisen der sozialen Integration.“ Die ebenso einheitliche Fragestellung des projektierten Forschungsprogramms zaubern Dubiel und Friedeburg gleich mit aus dem Hut: „Welches sind die politisch-ökonomischen, die rechtlich-institutionellen, die psychologischen, die kulturellen und die soziologischen Bedingungen einer demokratischen Lösung der Krisen der gesellschaftlichen Integration?“ Kein Wunder, daß man in Frankfurt mittlerweile auch schon Konferenzen zum Thema „Bürgergesellschaft im Ernstfall“ abhält.* Dem zersetzenden Diskurs radikaler Gesellschaftskritik wird abgeschworen, die leer geräumten Stellen besetzt ein an den konservativ-liberalen politischen und theoretischen mainstream anschlußfähiger zivilgesellschaftlicher Ordnungsdiskurs, der sich um die „Analyse der zu erwartenden Konflikte“ und die „Spielräume für demokratische Lösungen“ der „Krisen sozialer Integration“ kümmert und zu diesem Zweck gleich auch einmal eine „sozialpsychologische Bestandsaufnahme der Grundlagen der ‘zivilen Gesellschaft’“ anvisiert.

Einst gehörte es zu den Binsenweisheiten kritischer Theorie, daß die sozialen Ausschlüsse bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften so zivil nicht sind, auch wenn die Produktion von sozialem „Ausschuß“, von „underclass“-Ghettos und banlieus in den Metropolen in den politischen und rechtlichen Formen verfaßter Demokratien verläuft – soziale Antagonismen und Demokratie schließen sich nicht aus, es gibt nur einige „Integrationsprobleme“. Die gibt es auch, wenn ein wie demokratisch auch immer durchgeführter sozialer und ökologischer Umbau der Industriegesellschaft seine notfalls durch Einsatz staatlicher Gewalt geschützten Grenzen im Kapitalverhältnis findet, das in ihren demokratischen Transformationsdiskurs einzubeziehen Dubiel und Friedeburg schwer fällt. Zwar sprechen sie von einem „technologisch modernisierten und global agierenden Kapitalismus, dessen Produktivitätsentfaltung mit der Schrumpfung von Arbeitsplätzen einhergeht“, doch handelt es sich hierbei wohl um eine eher äußerliche Sprachspieladaption, ein augenscheinliches gesellschaftliches Problem zu markieren, und nicht um einen versteckten Hinweis auf zu aktualisierende Restbestände marxistischer Theoriebildung. Mit radikaler Kritik des sich modernisierenden Kapitalismus sind die beiden Institutsdirektoren „nach 1989“ nicht mehr beschäftigt, mit der Beseitigung seiner Integrationskrisen dafür umso mehr. ●

Anmerkung

**) Zur Erinnerung: Im Sommer 1978 machte die Carl Friedrich von Siemens-Stiftung das Thema „Der Ernstfall“ zum Gegenstand einer Vortragsreihe; die dort vorgetragenen Referate wurde publiziert in: Peisl, Anton; Mohler, Armin (Hg.) 1979: Der Ernstfall. Frankfurt a.M./Berlin/Wien. Und Günter Rohrmoser, einer der Vordenker der neokonservativen Wende, stellte in seiner jüngsten Publikation „Der Ernstfall. Die Krise unserer liberalen Republik“ fest: „Die Exzessivität, mit der wir uns der hegemonialen Dominanz des Liberalismus bis zu seiner Pervertierung zum libertären Liberalismus anheimgegeben und anvertraut haben, hat einen Grad der Individualisierung der Gesellschaft, einen Grad der Herrschaft des Hedonismus, ein Ausmaß an Parzellierung und Fragmentierung der Gesellschaft hervorgebracht, daß uns ständig Symptome der inneren Erosion, ja, der Auflösung der Gesellschaft begegnen.“ (Berlin/Frankfurt a.M., S. 27f.)*

Literatur:

Brandt, Gerhard 1990: Arbeit, Technik und gesellschaftliche Entwicklung. Frankfurt am Main

Dubiel, Helmut 1978: Wissenschaftsorganisation und politische Erfahrung. Studien zur frühen Kritischen Theorie. Frankfurt am Main

Dubiel, Helmut 1988: Kritische Theorie der Gesellschaft. Eine einführende Rekonstruktion von den Anfängen im Horkheimer-Kreis bis Habermas. Weinheim/München

Dubiel, Helmut 1995: Die verstummten Erben. Kritische Theorie in der Krise. In: Neue Rundschau, 106. Jg. Heft 3, S. 64 - 75

Dubiel, Helmut/ Friedeburg, Ludwig von 1995: Gemeinsam tun, was alle echten Forscher immer getan haben. Das traditionsreiche Institut für Sozialforschung geht mit Max Horkheimer in eine neue Zukunft. In: Frankfurter Rundschau vom 19.12.1995, S. 10

Horkheimer, Max 1931: Die gegenwärtige Lage der Sozialphilosophie und die Aufgaben eines Instituts für Sozialforschung. In: Gesammelte Schriften, Band 3: Schriften 1931 - 1936, Frankfurt am Main 1988

Horkheimer, Max 1937: Traditionelle und Kritische Theorie. In: Gesammelte Schriften, Band 4: Schriften 1936 - 1941, Frankfurt am Main 1988

Zu lesen in der graswurzelrevolution:

Nach Lübeck: Asylwohnheime auflösen★Massenstreik in Frankreich: Nachlese★Albert Camus: Algerienkrieg, Gewaltkritik, Anarchismus★ Antimilitaristische Opposition in der Türkei★Indígenas in Kolumbien★ Tschetschenien: Hintergründe eines vergessenen Krieges★Zum Stand der Frauenbewegung: Feminismus zwischen „Graswurzel” — NGO — Staat★Buchbesprechungen★Concert for Anarchy u.v.a.m

Jahresabo: 35 DM. Schnupperabo: 10 DM Vorkasse (4 Ausgaben, danach jederzeit kündbare Umwandlung in Abo)

Jetzt am Kiosk:

Über 80x in Berlin und 20x an Bahnhofskiosken (Nachfragen! Wenn nicht im Angebot: ☎ 06221/183907)

GWR★Karlstr.14a★26123 Oldenburg

DISSJOCKEYS

Nationaler Wettbewerbsstaat

Anmerkungen zum neuen Buch von Joachim Hirsch

Können kapitalistische Nationalstaaten unter den Bedingungen fortschreitender Globalisierung des Kapitals, bzw. die durch diese hervorgebrachte Konkurrenz der Nationen darum, die profitabelsten Anlagesphären anzubieten, überhaupt noch demokratische Strukturen aufweisen? Diese Frage stellt sich J. Hirsch in seinem neuen Buch *Der nationale Wettbewerbsstaat,* in dem er die Transformation des fordistischen Staates in einen neuen Typus von Staat untersucht, dessen Handlungsspielräume zunehmend vom global operierenden Kapital eingeengt werden. Hirsch geht es dabei nicht so sehr um die abstrakte Weiterentwicklung der „materialistischen Staatstheorie", sondern eher darum, verschiedene z.T. widersprüchliche Tendenzen dieser Entwicklung aufzuzeigen und deren Auswirkungen auf die Struktur der nationalstaatlich verfaßten Demokratien zu beschreiben. Im Vordergrund stehen dabei die sozialen und politischen Effekte, auf die er mit einem neuen Konzept politischer Praxis antwortet.

Wir leben heute in einer prekären Übergangsphase, in der – regulationstheoretisch gesehen – die Strukturen der historischen kapitalistischen Formation des Fordismus global in Auflösung begriffen sind, ohne daß sich insbesondere auf der Ebene der Regulationsweise national wie international gesehen schon durchgängig neue stabile Strukturen herausgebildet hätten. Dennoch meint Hirsch folgende, durchaus widersprüchlich verlaufende Entwicklungstendenzen feststellen zu können: „Was sich (...) grundlegend verändert, ist das *Verhältnis* von 'Staat' und 'Kapital' und die Bedeutung, die Staaten im kapitalistischen Akkumulations- und Verwertungsprozeß haben. Die Entwicklung des Kapitalismus ist tatsächlich durch einen widersprüchlichen Prozeß von Globalisierung *und* Regionalisierung gekennzeichnet, der dazu tendiert, die bestehenden ökonomischen Räume aufzulösen, und der die staatlichen Funktionen und die nationalstaatlichen politischen Strukturen und Prozesse entscheidend verändert. Grob gesprochen, konzentriert sich staatliche Politik zunehmend darauf, einem global immer flexibler agierenden Kapital in Konkurrenz mit anderen Staaten günstige Verwertungsvoraussetzungen zu verschaffen. Genau dies kollidiert aber zunehmend mit den Bedingungen einer sozialökonomisch ausgewogenen und demokratischen innergesellschaftlichen Entwicklung. In diesem Sinne kann von der Herausbildung eines neuen Typs des kapitalistischen Staates: dem 'nationalen Wettbewerbsstaat' gesprochen werden." (102)

In diesem gewinnen einerseits administrative Staatsinterventionen, unter Einschluß physischer Gewaltmittel, im Zuge des neuen Globalisierungsschubes an Bedeutung. Andererseits wird nationalstaatliche Souveränität, eine halbwegs kohärente gesamtwirtschaftliche Regulation betreffend, im Zusammenhang mit vielfältigen sektoralen, regionalen und sozialen Spaltungsprozessen ausgehöhlt. Im Schnittpunkt beider widersprüchlicher Tendenzen steht eine Standortpolitik, die sich an der Konkurrenzfähigkeit des international operierenden Hochtechnologiekapitals orientiert und diesbezüglich eine „umfassende Mobilisierung der Bevölkerung für einen 'Wirtschaftskrieg'" anstrebt. Die Nation wird unter den totalitären Imperativ gestellt, sich als kapitalistisches Gesamtunternehmen (Deutschland GmbH, Japan Inc. usw.) zu begreifen.

Vor diesem Hintergrund entwickelt sich eine „neue Phase der *Durchstaatlichung* der Gesellschaft", die aber im Gegensatz zu dem in Auflösung begriffenen fordistischen 'Sicherheitsstaat' (Hirsch 1986) nicht mehr wohlfahrtsstaatlich konturiert ist, sondern auf die umfassende Mobilisierung der Gesellschaft zu Zwecken profitabler Privatproduktion zielt.

Für den Zusammenhang von bürgerlicher Gesellschaft, Staat, Nation und Demokratie haben diese Entwicklungen einschneidende Konsequenzen: „Nationalstaaten sind nicht mehr als Teile einer komplex verzweigten politischen Apparatur, in der mehr oder weniger formell institutionalisierte supranationale Politikebenen eine ebenso wachsende Bedeutung erhalten. Zugleich entwickeln regionale und lokale politische Einheiten eine fortschreitende Eigendynamik und können immer weniger als bloß verlängerte Arme der Zentralstaaten begriffen werden. Da sich gleichzeitig vor allem die multinationalen Unternehmungen als eigenständige Akteure mit globaler Reichweite etabliert haben, kann Politik nur noch die Form mehr oder weniger formalisierter 'Verhandlungen' zwischen verschiedenen staatlichen Organisationseinheiten, Unternehmen und gesellschaftlichen Gruppen annehmen, deren Ergebnisse von der Übereinstimmung aller Beteiligten abhängen." (116f.)

Substanzverlust

Auf der anderen Seite wächst die Verselbständigung des Staates gegenüber „wichtigen sozialen Milieus und Interessenlagen", die aus den 'staatsmonopolistischen Verhandlungssystemen' ausgegrenzt werden. Massenarbeitslosigkeit als Standortvorteil, Deregulierung, Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse als Mittel zur Senkung der durchschnittlichen Realeinkommen, die mit einer 'Dienstleistungsrevolution' einhergehende Spaltung des Arbeitsmarktes, die Desartikulation der Klassenverhältnisse im Rahmen kultureller und politischer Überlagerungen – dies sind u.a. die Elemente, welche die „Fragmentierung der Gesellschaft" vorantreiben und die „Vorstellung von einer einheitlich 'nationalen' [und dazu noch demokratisch verfaßten] Gesellschaft zunehmend fiktiv" (122) werden lassen. In die gleiche Richtung weisen – im Kontext der globalen Auflösung tradierter ökonomisch-sozialer Räume – die internationalen Flucht- und Wanderungsbewegungen, die das nationalstaatliche Gefüge transzendieren. Fazit: „Wenn von politischen Entscheidungen Betroffene nicht wählen können, weil sie keine Staatsbürgerrechte besitzen, wenn sie außerhalb der staatlichen Grenzen leben [,] oder wenn die relevanten Entscheidungen überhaupt nicht im institutionellen Rahmen des Nationalstaats fallen, so verliert offensichtlich das nationalstaatlich-liberaldemokratische System seine Substanz" (121).

Unter diesen Bedingungen, die den Zusammenhang von Staat, Gesellschaft, Na-

tion und Demokratie erodieren und in demselben Maße die Herausbildung des nationalen Wettbewerbsstaates hervorrufen, wie sie selbst sein Resultat sind, stellt sich die Frage nach einem neuen tragfähigen hegemonialen Projekt im besonderen Maße. Der alte fordistische Sicherheitsstaat basierte in seinen Legitimationsmustern laut Hirsch auf einem scheinbar grenzenlosen Wachstum, fortwährender Steigerung der Masseneinkommen sowie dem Ausbau sozialer Sicherungssysteme und demokratischer Partizipationschancen.

Zivilgesellschaftlicher Totalitarismus

Den Kern des neuen hegemonialen Projekts sieht Hirsch in dem, was er als „zivilgesellschaftlichen Totalitarismus" bezeichnet: Die „Einpassung" der Individuen erfolgt demnach weniger über staatlich organisierte Gewaltanwendung und Überwachung; vielmehr überläßt dieser Totalitarismus die Individuen den Gesetzen des Marktes, die zugleich ideologisch überhöht und kulturindustriell abgefeiert werden: „Im Kern ist er aber vor allem dadurch charakterisiert, daß er die bestehenden gesellschaftlichen, ökonomischen Verhältnisse erfolgreich als unabänderlich erklärt und gleichzeitig die Nationen, Regionen und Gemeinschaften in einen sich verschärfenden Kampf um die Sicherung oder Schaffung relativer Privilegien verstrickt." (167)

Besteht die neue Durchstaatlichung auf ideologischer Ebene in einem Wechsel vom Konsens der sozialen Sicherheit im fordistischen Modell zum *Sicherheitsdiskurs* im nachfordistischen Wettbewerbsstaat, so übersieht Hirsch bei der Analyse des aktuellen Sicherheitsdiskurses das in diesem implizierte neorassistische Bild der „Ausländerkriminalität". Die von ihm aufgeführten Feindkonstruktionen, die „international organisierten kriminellen Banden, obskuren Mafias, 'Asylanten', 'Wirtschaftsflüchtlinge', Fundamentalisten und Terroristen unterschiedlichster Provenienz" (157) sind sich dennoch darin gleich, daß sie allesamt Anschlußstellen für den rassistischen Diskurs bieten. So stellte z.B. die organisierte Kriminalität nach Kanther (30.5.94) nur einen spezifischen Teilbereich der „Ausländerkriminalität" dar. Wie Thomas Kunz („Feinde draußen – Opfer drinnen", *links* 11/12 '95) zeigte, werden Nichtdeutsche in diesem Bild entindividualisierend als bedrohliche, amorphe Masse kodiert: „Ein homogenes Kollektiv 'ausländischer Täter' wird hierüber ebenso hergestellt, wie umgekehrt das Kollektiv 'deutscher Opfer'." Die Bedeutung dieser mit dem Sicherheitsdiskurs einhergehenden Volksvergemeinschaftung wird von Hirsch jedoch nicht thematisiert. Dies würde auch der Annahme widersprechen, ein zivilgesellschaftlicher Totalitarismus – gewissermaßen als *lean ideology* – würde genügen, „ganze Bevölkerungen im Sinne eines umfassenden Wirtschaftsprojekts für den internationalen Konkurrenzkampf zu mobilisieren". Erfordert die Mobilisierung zur „nationalen Betriebsgemeinschaft" (Hirsch) nicht mehr als die Anrufung der Individuen als Autofahrer oder Naturschützer? Da die von Hirsch selbst beschriebenen gesellschaftlichen Fragmentierungen keinen anderen umfassenden identitätsstiftenden Zusammenhang mehr zulassen als den der Nation, werden die Individuen nicht so sehr als Arbeitnehmer, Verbraucher usw. angerufen, sondern primär als Deutsche. So sehen es jedenfalls neokonservative Ideologen, die durchaus betonen, daß trotz oder gerade wegen jener Auflösungsprozesse die „Nation als Schutz- und Schicksalsgemeinschaft" (Schäuble 1994) nicht auf den Müllhaufen der Geschichte gehört.

„Die Eigentumsverhältnisse, der größte Hemmschuh für eine radikale Demokratisierung gesellschaftlicher Verhältnisse werden großräumig umfahren."

Radikaler Reformismus

Hirschs Vorschläge zur politischen Praxis rekurrieren auf den Begriff des „radikalen Reformismus", der Widersprüchliches miteinander verbindet: eine Politik „in und gegen Staat und Kapital". Auf der einen Seite kritisiert er die herrschende, parlamentarisch-etatistische Form der Demokratie und beschreibt die Unmöglichkeit, deren Institutionen für die eigenen Zwecke zu nutzen. Auf der anderen Seite betont er die Notwendigkeit, daß sich Politik innerhalb der bestehenden sozialen Strukturen und Institutionen entwickeln muß – wohl um dem Anspruch gerecht zu werden, systemüberwindende Politik müsse an „konkreten politischen Ansätzen und Bewegungen" (und nicht abstrakt-utopistischen Vorstellungen) festgemacht werden.

Das bedeutet aus der Sicht Hirschs auch, daß trotz der Globalisierungstendenzen, welche die Nationalstaaten schwächen und den Spielraum nationaler Regierungen beschränken, der Nationalstaat weiterhin der Ansatzpunkt für eine angemessene politische Strategie sein muß. Möglich ist dies deswegen, weil nationalstaatsbezogene Politik in dem Maße Spielräume hat, wie die international agierenden Kapitale immer noch und vorwiegend auf bestimmte nationale Standorte angewiesen sind. Die

Durchsetzung einer „demokratischeren und sozialeren Alternative zum neoliberalen" Modell zielt aber von vornherein darüber hinaus, nämlich auf eine globale „Ausweitung und Weiterentwicklung von Demokratie" auf der Basis eines Netzwerks lokaler und internationaler politischer Strukturen.

Das Zauberwort „Demokratisierung" tritt bei Hirsch an die Stelle einer überholten, weil nationalstaatlich und klassenmäßig beschränkten „traditionell revolutionären Politik". Eine umfassende Demokratisierung soll durch die „Erweiterung der politischen Kontrolle" und „Veränderung der sozialen Rahmenbedingungen der kapitalistischen Akkumulationsdynamik" die Entstehung von Prozessen ermöglichen, aus denen heraus sich institutionelle Formen sowie soziale Träger neuer gesellschaftlicher Verhältnisse entwickeln können. Inhalt und konkrete Gestalt von „Demokratie" bleiben dabei allerdings unklar und sollen es auch: Weil als politische Träger solcher Kämpfe keine einheitlichen Klassen- etc. Subjekte mehr gedacht werden, die hegemonial zentrierend auf den Inhalt sozialer Kämpfe wirken, verschiebt Hirsch diese Problematik ins Formale. Entscheidend sei nun das Verfahren, mittels dessen Auseinandersetzungen und Kämpfe geführt werden; ähnlich dem heuristischen Modell des „herrschaftsfreien Diskurses" sollen Formen gefunden werden, in denen Konflikte ausgetragen, Konsense gefunden und Kompromisse gemacht werden. Diese Reformulierung des Demokratiebegriffs beruht im wesentlichen auf der durch die gesellschaftliche Dissoziation der sozialen Lagen (Fragmentierung) unmöglich gewordenen Eindeutigkeit der politischen Ziele. Eine „ganz andere Verbindung" traditioneller und neuer politischer Akteure, wie z.B. den international orientierten Demokratie- und Menschenrechtsbewegungen, sei notwendig, die vorbei an Nationalstaaten und suprastaatlichen Strukturen, sich sowohl lokal als auch global vernetzen. Bleibt die Frage, wie die auf verschiedenen Gebieten arbeitenden NGOs (Non-Governmental-Organisations) dem hegemonialen Einbindungsvermögen der bürgerlich-kapitalistischen Politik ein oppositionelles Konzept entgegensetzen können. Act local – Think global, nach dieser Maxime scheint die politische Praxis Hirschs gedacht zu sein.

Auch die Kämpfe der Arbeiterbewegung sollten zunächst nicht viel mehr erreichen, als die Erweiterung ihrer Kommunikation und Organisation. Sie hatten allerdings den Vor- und auch Nachteil, ein bestimmtes Ziel und ein abgrenzbares Kampffeld zu haben. Bei Hirsch verhält es sich umgekehrt: Der Vorteil der Pluralität der politischen Felder birgt den Mangel, kein vereinheitlichendes, im Sinne Gramscis hegemoniales Projekt zu enthalten. Ohne ein solches hegemoniales Projekt ist aber nicht zu erkennen, wie sich die sozialen Bewegungen der institutionellen Einbindung in die staatlichen Apparate entziehen können – wenn sie das überhaupt wollen. Aufgabe linker Politik müßte es sein, das, was theoretisch als Totalität gedacht wird, praktisch so umzusetzen, daß über eine bloße Vernetzung hinaus das Ganze (Wir erinnern: „Das Ganze ist das Unwahre") in Frage gestellt wird und dadurch erst in den lokalen Organisationen das Bedürfnis entstehen kann, sich den staatlichen Einbindungsversuchen zu widersetzen. Ähnlich wie in der bürgerlichen Ideologie die Medien nur als gesellschaftliches Korrektiv gelten, ergeht es sonst auch den NGOs. Wie von Mohssen Massarrat vorgeschlagen (*FR* vom 16.11.95), würde eine „Dritte Kammer" mit Vertretern der NGOs neben den Bürokratien und dem Parlament bloß eine weitere staatliche Instanz etablieren, die „weder das parlamentarische System noch das Prinzip der gesellschaftlichen Konsensbildung in Frage" stellt. In solchen Institutionen könnten sich zudem als NGOs getarnte quasi-staatliche Organisationen (sog. QUANGOS und GONGOS) tummeln.

Hinzu kommt die Vernachlässigung der Ökonomie im Prozeß der Demokratisierung; Die Eigentumsverhältnisse, der größte Hemmschuh für eine radikale Demokratisierung gesellschaftlicher Verhältnisse werden – bis auf die politische Kontrolle multinationaler Konzerne großräumig umfahren. Ob sich unter den Bedingungen des Privateigentums an den Produktionsmitteln die verschiedenen politischen Projekte nicht in Maßnahmen zur Verbesserung des Kapitalismus verwandeln, bleibt weitgehend offen. Denn daß der Kampf um solche besseren Lebensbedingungen mit der „Logik des Kapitals" durchaus zu vereinbaren ist, dient Hirsch gerade als Argument, um die Machbarkeit des „reformistischen" Teils seines Programms zu beweisen. ●

Hirsch, Joachim 1995: Der Nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus. Berlin/Amsterdam.

Die DissJockeys sind ein AutorInnenkollektiv aus dem Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS).

Die Konstruktion des Vertrauten und des Fremden

Hilfsmittel ergeben als Summe den Alltag der Reichen. Ohne Zahnprothesen keine nouvelle cuisine. Ohne Handy und Internet kein menschlicher Austausch. Leben ist Bypass, Herzschrittmacher, Spender-Leber, Kabelfernsehen, Ecstasy und Schmerztablette.
Die gänzlich andere Realität der Armen in einem verminten Land vermittelt sich dennoch ähnlich: auch in diesen zerstörten Lebenswelten ist humane Existenz auf Hilfsmittel gegründet. Künstliche Arme & Beine sind nötig, um gesellschaftlich anerkannt und arbeitsfähig zu werden. Dabei gibt es eine Differenz: Die prothetischen Lebensmittel der Reichen sind unauffällig kultiviert und anerkannt. Künstliche Herzen sieht man nicht. Minenopfer dagegen erscheinen bedrohlich und als fremd. Ein Millionenheer gezeichneter Aliens.

medico international geht im Frühjahr 1996 auf Tournee.
Mit einer Prothesenfigur, die als bewegliches Display in Menschengröße vor einer Videoinstallation auf die verheerende Wirkung weltweit verteilter Landminen hinweisen wird. Zu sehen in Fußgängerzonen, Kulturzentren & Kinofoyers in Deutschland. Aufforderung zum Mitmachen: Melden Sie sich bei uns. Wir freuen uns auch über zusätzliche Ideen.

Spendenkonten:
1800 Frankfurter Sparkasse
(BLZ 500 502 01)
6999-508 Postgiroamt Köln
(BLZ 370 100 50)
Stichwort: „Minenopfer"

Bestellen Sie bei uns kostenloses Info-Material zu unseren Projekten und zur Kampagne gegen Landminen.

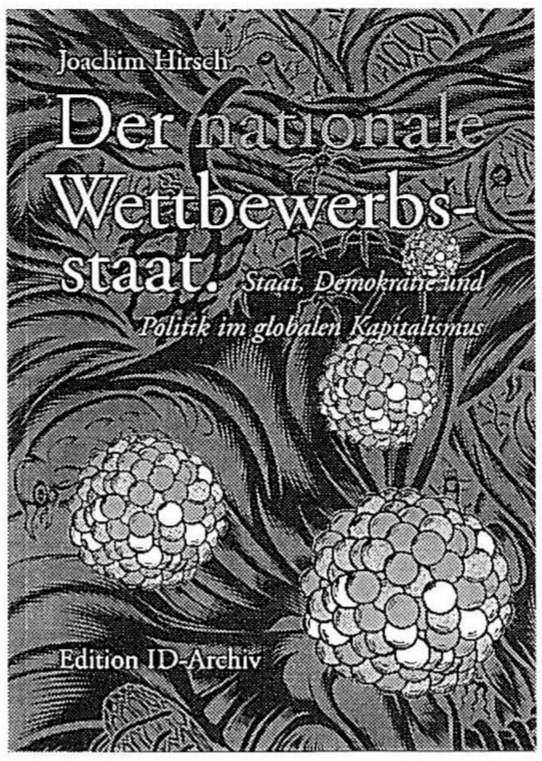
medico international
Obermainanlage 7 ▮ D-60314 Frankfurt ▮ Tel. 069/94438-0

Seit 1974 unterstützt die Rote Hilfe e.V. politisch Verfolgte in der BRD. Die Rote Hilfe ist eine parteiunabhängige und strömungsübergreifende linke Schutzorganisation. Sie hilft AntifaschistInnen, Totalverweigerern, HausbesetzerInnen, DemonstrantInnen und anderen, die wegen ihrer politischen Betätigung kriminalisiert und verfolgt werden.
Mit Mitgliedsbeiträgen und Spenden wird für die Unterstützung der Betroffenen bei Anwalts- und Prozeßkosten gesorgt. Zudem organisiert die Rote Hilfe praktische Solidarität, wie Veranstaltungen, Flugblätter, Solidaritätsparties und Demos.

Schafft Rote Hilfe!
Werdet Mitglied!
Rote Hilfe e.V.
Postfach 6444, 24125 Kiel
Tel. + Fax: (0431)75141

Jetzt *links* abonnieren oder werben

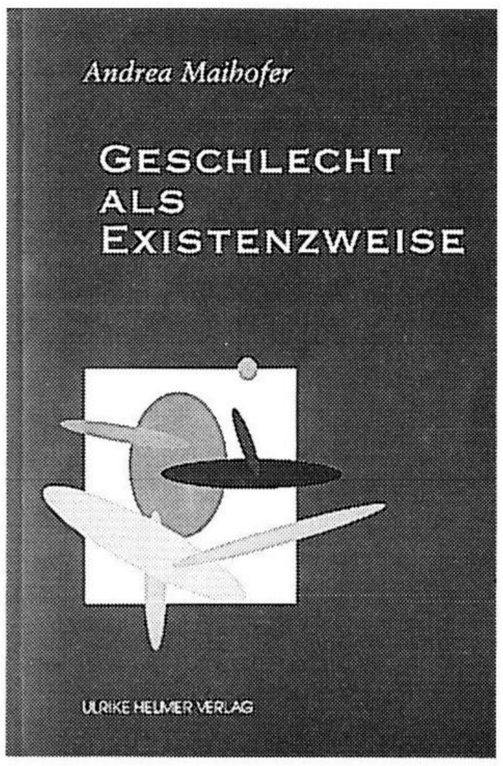
für ein Jahr und länger ...



1

Joachim Hirsch
Der nationale Wettbewerbsstaat
Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus
Joachim Hirsch ist einer der wichtigsten Theoretiker der mittlerweile schon etwas in die Jahre gekommenen Neuen Linken in der BRD. Seine neue Arbeit schließt an die früheren Untersuchungen zum Sicherheitsstaat an. (Verlagsankündigung)

Andrea Maihofer
Geschlecht als Existenzweise
Ulrike Helmer Verlag, Frankfurt1995, 208 Seiten
In der Auseinandersetzung mit aktuellen Ansätzen des Dekonstruktivismus entwickelt Andrea Maihofer eine Auffassung von „Geschlecht", die eine begriffliche Balance herstellt zwischen Natur und Kultur, Körper und Geist, Materie und Bewußtsein, gesellschaftl. Hegemonie und konkreter Individualität. (Verlagsankündigung).



2

3

l'amigamore
Tanzmusik aus der DDR von 1963 bis 1970 / CD, L'AGE D'OR, Hamburg 1995
Allen LeserInnen, die [...] an der politischen Relvanz dessen zweifeln, was zu hören ist, sei versichert, „der Inhalt der CD ist gleichermaßen obskur wie hochpolitisch [...]" (Heumann). Allen HörerInnen, die sich dafür nicht interessieren wollen, sei versichert: Es ist einfach Tanzmusik! *(links)*

... und eine der drei Prämien kassieren!

☐ **Normal-Abo** (W: DM 75,- / O: DM 50,- incl. Porto, Versand und MWSt.; Luftpostpreise auf Anfrage)
☐ **Ermäßigtes Abo** (DM 56,- gegen Vorlage von Studi-, Arbeitslosen- oder Sozialhilfebescheinigung)
☐ **Förder-Abo** (*links* für DM100,- oder mehr)
☐ **Geschenk-Abo** (*links* für ○ **1 Jahr**; Preis wie Normal-Abo) ab Monat/Jahr: _____

Betrag : ○ zahle nach Erhalt der Rechnung
○ mit Einzugsermächtigung: abbuchen von

Konto: _____ Bank: _____

BLZ: _____

○ Das **Geschenk-Abo** geht an folgende Adresse
○ Ich habe den/die AbonnentIn geworben, bin bereits *links*-AbonnentIn und möchte die angekreuzte **Werbeprämie** als Dankeschön.

○ Prämie 1 ○ Prämie 2 ○ Prämie 3

_____
Vor- und Zuname

_____
Straße

_____
Plz Ort

_____
Datum Unterschrift

_____
Vor- und Zuname

_____
Straße

_____
Plz Ort

Vertrauensgarantie: Diese Vereinbarung kann schriftlich innerhalb von zehn Tagen widerrufen werden. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht bis zum 30.9. (frühestens 1996) vor Ablauf des bezahlten Bezugszeitraumes gekündigt wird.

Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach
Postvertriebsstück D 1600 E Gebühr bezahlt

Infoladen Leipzig SOR 1

Koburger Str. 3
D 04277 Leipzig

WO DIE LINKS ZU HABEN IST:

BUCHLÄDEN

Bamberg
Collibri-Buchhandlung
Austr. 14
Berlin
Buchladen am Savignyplatz
Carmerstr. 9
Kirschkern Buchversand
Schlüterstr. 28
Petermann, Gebr.
Zeitschriftenvertrieb
Kurfürstenstr. 111
Bielefeld
Buchladen Eulenspiegel
Hagenbruchstr. 9
Bonn
Buchladen 46
Kaiserstr. 46
Braunschweig
Magni Buchladen GmbH
Langedamm 13
Bremen
Buchladen am Ostertor
Fehrfeld 60
Darmstadt
Georg-Büchner-Buchladen
Lauteschlägerstr. 18
Dortmund
Buchladen Taranta-babu
Humboldtstr. 44
Düsseldorf
Bibabuze Buchladen
Aachenerstr. 1
Essen
Heinrich-Heine-Buchhandl.
Viehofer Platz 8
Frankfurt
Autorenbuchhandlung
Reuterweg 57
Baersch, Herbert Nachf.
Hostatastraße/
Ecke Albanusstr. 29
Bahnhofsbuchhandlung
Schmitt & Hahn
Im Hauptbahnhof
Buchhandlung Hector
Gräfstr. 77
Buchhandlung Christensen
Kettenhofweg 104
Club Voltaire
Kleine Hochstr. 5
Karl-Marx-Buchladen
Jordanstr. 11
Uni Buch
Jügelstr. 1 (Studentenh.)
Ypsilon-Buchladen
Berger Str. 18
Freiburg
Jos Fritz-Buchladen
Wilhelm-Str. 10
Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Str. 10
Hamburg
Buchl. in der Osterstraße
Osterstr. 156
Heinrich-Heine-Buchhandl.
Schlüterstr. 1
Hanau
Buchladen a. Freiheitsplatz
Am Freiheitsplatz 6
Hannover
Hennies & Zinkeisen
Fachbuchhandlung
Marienstr. 14 u. 18
Heidelberg
Der andere Buchladen
Plöck 93
Hildesheim
Amei's Buchecke
Goschenstr. 31
Hockenheim
Hockenheimer Bücherecke
Hirschstr. 20
Kassel
ABC-Buchladen
Goethestr. 77
Koblenz
Reuffel Buchhandlung
Inh. E. Duchstein
Löhrstr. 92
Köln
Der andere Buchladen
Wahlenstr. 1
Lengfeldsche Buchhandl.
Kolpingplatz 1
Vereinigte Universitäts- u.
Fachbuchhandlung
Richard-Wagner-Str. 1
Konstanz
Buchladen
"Zur schwarzen Geiß"
Obermarkt 14
Krefeld
Andere Buchladen
Dionysiusstr. 7
Ludwigsburg
Buchladen Schwarzes Schaf
Reithausplatz 2
Lüneburg
Delbanco Buchhandlung
Bessemerstr. 3
Mannheim
Buchladen M2, 6
M2, 6
Marburg
Roter-Stern-Buchhandlung
Am Grün 28
Mönchengladbach
Prolibri-Buchladen
Regentenstr. 120
Moers
Aragon-Buchvertrieb
Hombergerstr. 30
München
Basis—Buchhandlung
Adalbertstr. 43
Münster
Buchhandlung Krueper
Frauenstr. 42
ROSTA-Buchladen
Aegidistr. 12
Nürnberg
Bücherkiste Diekmann
Schlehengasse 6
Offenbach
Buchladen am Markt, BAM
Wilhelmplatz 12
Tucholsky Buchladen
Mittelseestr. 14
Oldenburg
Carl-v.-Ossietzky-
Buchhandlung
Bergstr. 1
Holzberg Buchhandlung
Haarenstr. 20
Osnabrück
Jonscher Buchhandlung
Postfach 2545
Recklinghausen
Attatroll Buchladen
Herner Str. / Paulusstr. 2
Reutlingen
Jakob-Fetzer-Buchladen
Weingärtnerstr. 7
Rosenheim
Irrlicht Buchladen GmbH
Innstr. 45 a
Saarbücken
Der Buchladen GmbH
Brückenstr. 7
Siegen
Bücherkiste GmbH
Bismarckstr. 3
Schneider Buchhandlung
Sandstr. 9
Stuttgart
Buchhandlung W. Niedlich
Schmale Str. 9
Kunst & Wissen
Postfach 10 28 44
Tübingen
Buchhandlung in der
Gartenstraße
Gartenstr. 20
Die Gruppe
Münzgasse 15
Wetzlar
Buchladen am Kornmarkt
Kornmarkt 12
Zürich
Pinkus & Co.
Froschgasse 7